Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

31

Bahro-Diskussion:

Spohn ★ Bahros Beitrag zur Sozialismus-Diskussion / Schäfer ★ Was heißt bürokratischer Sozialismus? / Erbe ★ Klassenantagonismus oder Schichtendifferenzierung? / Damus ★ Intelligenz im „realen Sozialismus"

Rationalisierung und Gewerkschaften:

Neusüß ★ Produktivkraftentwicklung und Emanzipation / Esser, Fach, Väth ★ Strukturelle Arbeitslosigkeit und politisches Konfliktpotential / Frosch ★ Mikroprozessoren / Roos, Penth ★ Rationalisierung bei der Bundespost / Interview mit Bruno Trentin (CGIL) / Armanski, Burger, Dammann, Rinne ★ US-Gewerkschaften und Arbeitsbedingungen

Einzelheft DM 9.–

im Abo DM 7.–



Rotbuch Verlag

Prokla Heft 31 (8. Jahrgang 1978 Nr. 2)

Probleme des Klassenkampfs
Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

Die Prokla erscheint regelmäßig mit vier Nummern im Jahr, Gesamtumfang ca. 704 Seiten jährlich. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement 7.–, im Einzelverkauf 9.–. Abonnement über eine Buchhandlung oder über den Verlag. Wenn Sie über den Verlag abonnieren, erhalten Sie von einer Versandbuchhandlung, die mit dem Verlag cooperiert, eine Vorausrechnung für die nächsten 4 Hefte (28.– DM plus Porto). Nach Bezahlung erhalten Sie die Hefte jeweils sofort nach Erscheinen zugeschickt. Rückwirkendes Abo ist nicht möglich.

Verlagsadresse: Rotbuch Verlag GmbH,
Potsdamer Str. 98 1 Berlin 30 Telefon 030/261 11 96
(den Verlag und Vertrieb für alle früheren Hefte, Prokla 1 - 31, hat der Verlag Olle & Wolter Postfach 4310 1 Berlin 30 übernommen)

Redaktionsadresse: Postfach 100 529 1 Berlin 10 Telefon 030/313 49 13
(Montag 16.30 - 18.30 Uhr)

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein; sie leitet sie zur Behandlung in eins der zuständigen Redaktionskollektive der Prokla weiter. Bitte Rückporto beilegen. Eine Haftung kann nicht übernommen werden.

Prokla
– wird herausgegeben von der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.", die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt
– presserechtlich verantwortlich für diese Nummer: E. Altvater, J. Hoffmann

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda – Satz: contrast satz und druck gmbh, Berlin
ISBN 3-88022-531-1

Zu den Beiträgen in diesem Heft

So wie Rudolf Bahro die Gesellschaftsverhältnisse des realen Sozialismus in der DDR analysiert hat, so haben diese sich ihm gegenüber verhalten. Seine fast schon ein ganzes Jahr währende Verhaftung demonstriert sinnfällig die abgrundtiefe Diskrepanz zwischen der Marx-Engelsschen Sozialismusbestimmung und dem realen Sozialismus, der im Namen des Sozialismus in despotischer Willkür die Diskussion über Bedingungen und Formen sozialer Emanzipation zu unterdrücken sucht. Bahro wußte im voraus nur zu genau, daß er zum Agenten westlicher Geheimdienste gemacht würde, dennoch hat er mit seiner Person dafür eingestanden, die ‚Alternative' zu veröffentlichen. Sie stellt nichts geringeres dar als den Versuch, den realen Sozialismus in seinem Wesen und seinen historischen Bedingungen zu erklären und daraus die grundsätzliche Alternative der sozialen Emanzipation zu entwickeln. Soll sein persönliches Wagnis nicht vergeblich gewesen sein, hängt dies entscheidend davon ab, in welchen Formen sein Denken aufgenommen und verarbeitet wird. Für Osteuropa können wir nur hoffen, daß seine Person nicht vereinzelt ist und der Widerstand gegen seine Verhaftung wächst. Für Westeuropa und Westdeutschland liegt es an uns selbst, ob Bahro aktuell bleibt oder vergessen wird.

Nachdem viele politische Stellungnahmen zu Bahro veröffentlicht wurden, die inhaltlich dem Bahroschen Ansatz kaum gerecht werden konnten oder wollten, versuchen die hier abgedruckten Artikel einige Dimensionen einer politisch-wissenschaftlichen Bahro-Diskussion zu umreißen. *Willfried Spohn* legt den Akzent auf die Gesamtstruktur der Bahroschen Argumentation und stellt gegenüber der westlichen Sozialismus-Diskussion die Bedeutung und die Problematik der Bahroschen Geschichtstheorie, seiner Analyse und Kritik des realen Sozialismus wie seiner sozialemanzipatorischen Alternative heraus. *Gert Schäfer* konzentriert sich auf die DDR-Analyse Bahros und behandelt den Zusammenhang von gesellschaftlicher Form des realen Sozialismus, seinem Charakter als staatlich organisierte und geschichtete Klassengesellschaft und seiner sozialen Herrschaftsform als Bürokratie. Beide Artikel sind bewußt als Einführungen in die Bahro-Diskussion konzipiert, indem sie die Bahrosche Argumentation ziemlich ausführlich rezipieren und die eigene Position stärker im Hintergrund halten. Zwei kleinere Diskussionsbeiträge ergänzen diese Aufforderung zur Bahro-Diskussion. *Günter Erbe* greift das Verhältnis von Klasse und Schicht bei Bahro auf und problematisiert diese Kategorien als Ausgangspunkt einer Analyse der Sozialstruktur der DDR-Gesellschaft. *Renate Damus* bezieht sich auf das Verhältnis von unmittelbaren Produzenten und Intelligenz bei Bahro und akzentuiert noch einseitiger, als es Bahro selbst tut, die Rolle der Intelligenz im sozialen Umwälzungsprozeß des bestehenden Herrschafts- und Gesell-

schaftssystems in den Ländern des realen Sozialismus. Alle hier veröffentlichten Beiträge sind nicht fertige Bahro-Stellungnahmen, sondern haben das Ziel, die inhaltliche Auseinandersetzung mit Bahros Alternative voranzubringen und mit ihr die *Sozialismus-Diskussion* in Westdeutschland neu zu beleben.

Der Schwerpunkt *„Rationalisierung und Gewerkschaften"* war von uns ursprünglich in Fortsetzung der bisher veröffentlichten Gewerkschaftsanalysen und der Technologiediskussion in der PROKLA breiter angelegt gewesen. Anhand von Analysen der aktuellen Auseinandersetzungen im Druck- und Metallbereich sollten Materialien für die weitere gewerkschaftspolitische Diskussion zur Rationalisierung und Arbeitsintensivierung erarbeitet werden. Dies ist uns – nicht zuletzt aufgrund der knappen Zeit bis zum Satzbeginn dieses Heftes – nur zu einem Teil gelungen (Weitere Schwerpunkt-Hefte zu diesen Themen werden aber folgen). Innerhalb dieses Heftes kann der Beitrag von *Christel Neusüß* als Überleitung von der Bahro-Diskussion zum Thema Rationalisierung verstanden werden. Sie stellt sich die Frage, welche Vorstellungen von der sozialen Emanzipation die Arbeiterklasse in der Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Form des ökonomischen Wachstums und der kapitalistischen Rationalisierung gewonnen hat. Anhand der Diskussion in der Weimarer Republik versucht die Autorin die Bewußtseinsformen und Sozialismusvorstellungen aus dem Stand der Vergesellschaftung und der Entfaltung der Produktivkräfte heraus zu erklären; sie bezieht sich dabei auf einen Zeitraum, in dem die spezifische Organisation der Arbeit im kapitalistischen Industriebetrieb noch nicht direkt Thema der Auseinandersetzung mit dem Kapital ist, sondern (von beiden politischen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung) als „naturnotwendige" Gestalt des Produktionsprozesses angesehen wird. Über die Betrachtung des engeren Problemkreises „Rationalisierung" hinaus versteht sich dieser Beitrag auch als Teil der „Reformismus-Diskussion". Die folgenden Artikel behandeln Einzelaspekte der Rationalisierung. *Esser/Väth/Fach* versuchen in einer Fallstudie die Ursachen der Strukturkrise in der Eisen- und Stahlindustrie des Saarlandes und die Möglichkeit der Herausbildung von Widerstandspotential gegen Rationalisierungen und Massenentlassungen bei den Arbeitern und den betroffenen Gewerkschaften zu analysieren. Dabei kommt es ihnen auch auf die Darstellung der Erfahrungen und Bewußtseinsformen von Arbeitslosen und ihres spezifischen Konfliktpotentials an. *Alfred Frosch* beschreibt in seinem Beitrag eine neueingeführte Technologie, die gerade im Metallbereich in den nächsten Jahren zu erheblichen Veränderungen führen wird und deren Rationalisierungsmöglichkeiten besonders die Kernmitgliedschaft der IG Metall bedrohen werden: die Halbleitertechnologie. *Roos/Penth* analysieren die Rationalisierungsprozesse bei dem größten staatlichen Betrieb, der Deutschen Bundespost, und versuchen, die spezifischen Rationalisierungszwänge bei der Post und die Abwehrmöglichkeiten herauszuarbeiten.

Die beiden letzten Artikel beziehen sich auf Erfahrung im Kampf gegen die Rationalisierung im Ausland. Das Interview mit *Bruno Trentin* von der italienischen Gewerkschaft CGIL bezieht sich allerdings umfassender auf die besonderen Probleme der ökonomischen Krise in Italien und die Strategie der Gewerkschaften gegen die Krisenauswirkungen. Wir werden den mit diesem Interview angesprochenen Pro-

blemkomplex im nächsten Heft umfassender im Rahmen eines Schwerpunktes zur Entwicklung in Italien behandeln. Im letzten Beitrag berichten *Armanski/Burger/ Dammann/Rinne* über die Probleme der Abwehr von Rationalisierungsauswirkungen in den USA.

Im *Heft 32* werden wir einmal die Diskussion um die Krisenanalyse und deren politische Implikationen von Heft 30 mit Beiträgen u.a. von Paul Mattick, Rudolf Hickel und Michael Krüger fortsetzen. Schwerpunkt des Heftes wird aber die Analyse der Entwicklung in Südwesteuropa sein (Italien/Spanien/Frankreich), und zwar sollen die Theorien im Umkreis des „Eurokommunismus" auf die realen Entwicklungen in den verschiedenen Ländern bezogen werden.

Redaktion

Als PROKLA Nr. 32 erscheint im September 1978:
Schwerpunkt: Italien/Frankreich:
mit Beiträgen von Elmar Altvater, Renate Genth, Thomas Bieling, Kallscheuer/Rafalski/Wenzel (Teil II des Aufsatzes in Nr. 29), Gerhard Leithäuser Gerhard Leggewie

außerdem in Nr. 32: eine Fortsetzung der Krisentheorie-Diskussion mit Beiträgen von Paul Mattick, Michael Krüger und Rudolf Hickel

Errata im Aufsatz „Zur Kritik der Überakkumulationstheorie" (Prokla Nr. 30)

S. 46 6. Zeile von unten: ersetze $\frac{\Delta c + \Delta v}{m}$ durch $\frac{\Delta c + \Delta v}{m - a}$

5. Zeile von unten: ersetze $\frac{\Delta c}{c}$ durch $\frac{\Delta c + \Delta v}{C}$

S.49 FN 20 ergänze: bloß als Moment des unmittelbaren Produktionsprozesses verstanden wird, zeigt die Mattícksche Redeweise von der „ ... sich nur auf den Produktionsprozeß beziehenden Kapitalakkumulation ..." /Krisen, S. 73, vergl. ebenda, S. 57/

S. 54 15. Zeile von oben: ersetze $a < \frac{1}{x}$ durch $a > \frac{1}{x}$

FN 47: ersetze c durch c; q durch a

S. 62 Ersetze FN 91 Vergl. auch ... durch 92 Vergl. auch ...
Ergänze FN 91: Ebenda und S. 20

S. 70 Zeile 14 von unten: nach dK : dw_2 ergänze: (dK = Wachstum des gesamten Kapitalstocks)

S. 72 Formel 12: ersetze $\frac{d^2 v + m}{d t^2} \gtrless 0$ durch $\frac{d^2 v + m}{d t^2} \gtreqless 0$

S. 80 FN 132: ersetze v 3 m = 1 + e durch $\frac{v}{v + m} = \frac{1}{1 + e}$

3. Internationales Russell-Tribunal

Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland

Band 1

Rotbuch Verlag Berlin



Willfried Spohn

Geschichte und Emanzipation
Bahros Beitrag zur Sozialismus-Diskussion

I. Einleitung

Rudolf Bahros Buch: Die Alternative, Zur Kritik des real existierenden Sozialismus (1) ist ohne Zweifel das wichtigste marxistische Werk der Nachkriegszeit aus den osteuropäischen Ländern und verbindet geistige Radikalität und persönlichen Mut eines kommunistischen Ketzers. Die hier entworfene Theorie sozialer Emanzipation, die daraus grundsätzliche Kritik an den sogenannten sozialistischen Übergangsgesellschaften und das hierin begründete kommunistische Aktionsprogramm einer emanzipatorischen Kulturrevolution haben nicht nur prinzipielle Bedeutung für die osteuropäische Diskussion um eine kommunistische Alternative in den sozialistischen Ländern, sondern aufgrund ihrer allgemein-geschichtlichen Spannweite auch für die westeuropäische Sozialismus-Diskussion. Bahros Theorie sozialer Emanzipation knüpft an das allgemeine Zentrum der Marx-Engelsschen materialistischen Geschichtstheorie: die Entstehung von Klassengesellschaft und Staat durch die naturwüchsige gesellschaftliche Arbeitsteilung an und rückt erneut als Ziel sozialer Emanzipation die Aufhebung dieser Arbeitsteilung in denMittelpunkt. Im Vergleich zu diesem Kommunismus erweisen sich die Länder des real existierenden Sozialismus in der Tat als staatlich-bürokratisch organisierte Klassengesellschaften, die wohl das Privateigentum durch das Staatseigentum an den gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion ersetzt, aber dadurch die überkommene gesellschaftliche Arbeitsteilung als eigentliche Grundlage sozialer Herrschaft noch nicht angetastet haben. Orientiert an dem Ziel sozialer Emanzipation als Aufhebung jeglicher sozialer Herrschaft wird als Alternative ein Aktionsprogramm der Kulturrevolution entworfen, das die Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse in den sozialistischen Ländern zur Verwirklichung der sozialen Emanzipation in ihren ökonomischen, politischen und individuellen Elementen umreißt.

Aufgrund dieses umfassenden Charakters der Bahroschen Analyse läßt sie sich keineswegs auf eine rein interne kommunistische Querele in den osteuropäischen Ländern reduzieren, sondern intergriert die zentralen realanalytischen Elemente der Sozialismus-Diskussion einer jeden sozialistisch-kommunistischen Bewegung in den entwickelten Industriegesellschaften. Die materiellen Anstöße seiner geschichtsma-

---

1 R. Bahro: Die Alternative, Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln, Frankfurt/M. 1977. Die Seitenangaben im Text beziehen sich, soweit nicht anders vermerkt, auf diese Ausgabe. Vgl. auch die Kurzfassung in : ders., Eine Dokumentation, Frankfurt/M. 1977, S. 9-55

terialistischen Emanzipationstheorie und der daraus folgenden radikalen Kritik des real existierenden Sozialismus wie der kommunistischen Alternative einer grundsätzlichen Kulturrevolution liegen, wie er selbst sagt (2), in den militärisch-politischen Konflikten innerhalb des sozialistischen Lagers, in den sozialen Widersprüchen der DDR, der Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit staatlich-kommunistischer Politik, der militärischen Zerschlagung des Prager Frühlings 1968 durch die Sowjetunion, dem Ausbruch der Arbeiterkämpfe gegen die kommunistische Staatspartei in Polen 1970 wie auch in der chinesischen Kulturrevolution, aber auch außerhalb des sozialistischen Lagers in dem Aufschwung der antikapitalistischen Bewegungen von Arbeitern und Intellektuellen in Westeuropa und der in diesem klassenpolitischen Rahmen zunehmenden Loslösung der eurokommunistischen Parteien von der sowjetischen Außenpolitik. Aber Bahro ist nicht identisch mit den verschiedenen Oppositionsströmungen in Osteuropa, weder mit der Bürgerrechtsbewegung noch mit dem Manifest des Bundes demokratischer Kommunisten, er ist auch nicht identisch mit den verschiedenen sozialistisch-kommunistischen Strömungen in Westeuropa, weder mit dem Eurokomminismus noch mit dem Trotzkismus oder Linkskommunismus. Er erweist sich als unabhängiger Denker, läßt sich als Theoretiker nicht vereinnahmen, nimmt die emanzipatorischen Elemente der jeweiligen sozialistisch-kommunistischen Bewegungen in sich auf und ist zugleich wenn auch zumeist implizit scharfer Kritiker ihrer jeweiligen traditionell-konservativen Fixierungen. Gerade deshalb könnte er einen eminenten Impuls für die westeuropäische und namentlich die westdeutsche Sozialismus-Diskussion darstellen.

Die westdeutsche Sozialismus-Diskussion hat einen solchen Impuls dringend nötig (3). Im Kontext einer von jeder sozialen Resonanz isolierten Überbaurevolte ist es nicht zufällig, daß die Sozialismus-Diskussion als Zielbestimmung gesellschaftlicher Emanzipation, als Untersuchung der nach ihrem Selbstverständnis sozialistischen Übergangsgesellschaften und als Auseinandersetzung mit den sozialistisch-kommunistischen Bewegungen in den kapitalistischen Ländern kaum in ihrem inneren politischen Zusammenhang geführt wird. Vielmehr dominiert die dogmatische Rezeption von Theorien, die romantische Übernahme anderer Gesellschaftsmodelle oder die Identifikation mit offiziellen Strömungen und Größen der Arbeiterbewegung. Auch die marxistische Diskussion ist davon nicht unberührt geblieben, indem entweder die Marxsche Theorie als Deduktionsmodell fungiert oder Realanalysen historistisch angefertigt werden, ohne die politisch-rationale Klärung der sozialistischen Ziele vorzunehmen. Man sehe sich hierzu nur die kürzlich im „Argument“ geführte Sozialismus-Debatte an (4), so springt einem der subjektiv gute Wille, überhaupt gemeinsam zu diskutieren, und zugleich die objektive Zerfahrenheit, die Diskussion um „gemeinsame“ Ziele zu führen, sofort in die Augen. Bahros

---

2 R. Bahro: Selbstinterview, in: ders., Eine Dokumentation, S. 56-73

3 Eine kritische Darstellung der Geschichte der westdeutschen und internationalen Sozialismus-Diskussion wäre durchaus lohnend, um überhaupt den politisch-wissenschaftlichen Diskussions- und Problemstand zu rekonstruieren. Im Diskurs mit Bahro kann ich auf einzelne Positionen im folgenden nur sehr kursorisch eingehen.

4 Das Argument, Hefte 98, 100, 102 und 105, Berlin, Karlsruhe 1976 f.

Alternative könnte einen neuen Anstoß für eine alle Dimensionen der Sozialismus-Debatte integrierende und damit auf der politisch-wissenschaftlich angemessenen Ebene ablaufende Diskussion geben.

Obwohl sein Buch in aller Munde ist und vielfältig besprochen wird, ist der Anfang dieser Auseinandersetzung allerdings alles andere als ermutigend. Dies liegt weniger daran, daß Bahros Buch gerade seit einem halben Jahr erschienen ist, als an den angedeuteten eingefahrenen Denk- und Argumentationsstrukturen der westdeutschen Sozialismus-Diskussion. Statt Bahros geschichtsmaterialistische Theorie der sozialen Emanzipation zu rezipieren, statt seine von dieser emanzipatorischen Perspektive betriebene SU- und DDR-Analyse zu verfolgen, statt seine Strategie der kommunistischen Transformation für die osteuropäischen Länder und die darin enthaltene Strategie für ein sozialistisches Westeuropa und alle kapitalistischen Länder zur Kenntnis zu nehmen und seine Kritik an Marx, Engels, Lenin und der traditionellen Arbeiterbewegung ernstzunehmen, kurz: statt die wichtigsten Impulse seiner Sozialismusanalyse kritisch-produktiv aufzunehmen, wird Bahro lediglich als radikal-sensationeller, womöglich liberal-demokratischer Kritiker des SED-Regimes vereinnahmt oder umgekehrt nur auf der inquisitorischen Ebene des DDR-Feinds behandelt, also beidesmal inhaltlich begraben.

Neben der wie ein Echo der DDR-Politik ertönenden Verurteilung Bahros durch die DKP-Presse sind selbst kritisch an der DKP orientierte Stellungnahmen wirklich skandalös. Im Kommentar J. Bischoffs (5) etwa wird nach ein paar aus dem theoretischen und historischen Zusammenhang herausgegriffenen Zitaten Bahro als „überzeugter Antimarxist“, als Vertreter eines „kleinbürgerlich-utopischen reaktionären Sozialismus“ und als Sprachrohr der angeblich orientierungslosen Linken in der BRD abgestempelt. Der ganze Kommentar ist an einer inhaltichen Auseinandersetzung schlicht nicht interessiert, sondern behandelt Bahro auf derselben Ebene wie die DDR-Behörden, ob er nämlich als Staatsfeind anzusehen sei. Nachdem man ihn auf diese Ebene abgedrängt und die Argumente für seine Verurteilung geliefert hat, kann man dann den staatsmännischen Rat an die DDR geben, daß „staatliche Repression“ mehr schade „als ein paar falsche Argumente reaktionärer Provenienz.

Nicht viel besser wenn auch gutwilliger ist leider auch die Stellungnahme W. Abendroths (6). Ohne wiederum auf den theoretischen Zusammenhang der Bahroschen Analyse einzugehen, wird ihm wenigstens zugestanden, einige Sonderanalysen der Mängel der sozialistischen Staaten richtig vorgenommen zu haben, allerdings ohne die entscheidenden exogenen Ursachen dieser Mängel zu benennen: den ständigen politischen und ideologischen Druck der imperialistischen Staaten auf die DDR, der die politische wie militärische Gewalt und die Konsumbedürfnisse der Massen eben notwendig mache. Doch auch hier steht von vornherein fest, daß

---

5 J. Bischoff: Bahro – eine Alternative?, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Heft 15, Hamburg 1978, S. 21-38

6 W. Abendroth: Weder Strategie noch – insgesamt – richtige Analyse, aber eine wichtige Quelle zum Problem des gegenwärtigen Entwicklungsstadiums des realen Sozialismus, in: Das Argument 107, Berlin, Karlsruhe 1978, S. 60-66

Bahro mit der Veröffentlichung seiner Analyse objektiv gegen die Interessen der DDR und der westdeutschen Arbeiterbewegung verstoßen hat, nur subjektiv sei er weder Konterrevolutionär noch Gegner des Kommunismus. Wieder wird Bahro nur auf der gerichtlichen Ebene abgehandelt, diesmal aber aufgrund seines guten Willens für Freispruch plädiert.

Die bisher einzige – neben einigen Kommentaren – umfassend inhaltliche Auseinandersetzung ist die von E. Mandel (7). Auch er hält Bahros Alternative für das wichtigste theoretische Werk aus den sozialistischen Ländern seit Trotzkis Verratener Revolution, doch er beschränkt sich in seiner Rezeption Bahros allzusehr auf diejenigen Elemente seiner Analyse, die in seine eigene Theorie der sozialistischen Übergangsgesellschaften passen, also auf dessen Zurückführung sozialer Herrschaft auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung, auf dessen Verurteilung der stalinistischen Bürokratie und die kommunistisch-internationale Dimension seiner Analyse; kritisiert Bahro jedoch vorschnell in denjenigen Elementen seiner Analyse, die nicht in seine Konzeption passen, also dessen Betonung der historischen Notwendigkeit der stalinistischen Bürokratie in einer Phase ursprünglicher Akkumulation, dessen Kritik an der traditionellen Arbeiterbewegung und dessen Bestimmung des Verhältnisses von gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Staat. Obwohl Mandels Kritik inhaltlich wichtige Punkte trifft, halte ich diese Form der Kritik angesichts des gegenwärtigen Diskussionsstands für zu vorschnell, weil ohne genaue Rekonstruktion des geschichtstheoretischen Begründungszusammenhangs bei Bahro seine Analyse der sozialistischen Länder und seine Strategie einer kommunistischen Alternative nicht adäquat diskutiert und dann die darin enthaltene Kritik an trotzkistischen Positionen wie etwa an der Theorie der Deformation der sozialistischen Übergangsgesellschaft durch den Stalinismus oder an der Rätetheorie allzu unbesehen abgetan werden können.

Genug der Vorrede. Es ist die Absicht dieses Aufsatzes, die eingangs behauptete Bedeutung der Bahroschen Analyse für die westdeutsche Sozialismus-Diskussion herauszustellen. Dabei soll analog zur Einteilung des Bahroschen Werkes zunächst seine Geschichtstheorie sozialer Emanzipation, dann seine Kritik des real existierenden Sozialismus und schließlich Fragen seiner Bestimmung einer kommunistischen Strategie der Kulturrevolution behandelt werden. Angesichts des Standes der Bahro-Auseinandersetzung wird unter diesen Punkten die Rezeption der zentralen Argumentationslinien im Vordergrund stehen, um jeweils im Diskurs mit der westdeutschen Sozialismus-Diskussion einige zentrale Kritikpunkte zu benennen und umgekehrt die vorwärtstreibenden Anstöße herauszuarbeiten. Eine gegebenfalls ausführliche Kritik würde in diesem Zusammenhang nur zur breiten Darstellung der eigenen Position verleiten und damit von den Stärken der Bahroschen Alternative ablenken.

---

7 E. Mandel: Bahros Echo, in: ders., Kritik des Eurokommunismus, Revolutionäre Alternative oder neue Etappe in der Krise des Stalinismus?, Berlin 1978, S. 94-115

II. Die Geschichtstheorie sozialer Emanzipation

Bahro nimmt die marxistisch-leninistische Weltanschauung in ihren Ursprüngen, in ihrem eigentlichen Begriffsinhalt, in ihrem Versprechen auf eine neue Zivilisation beim Wort und hält sie der schlechten Wirklichkeit des real existierenden Sozialismus gegenüber. Er zielt nicht bloß auf die politischen Sünden der sozialistischen Länder, etwa auf die Unterdrückung der oppositionellen Intelligenz oder auf die konzertierte Aktion der Zerschlagung des Prager Frühlings, es geht ihm um die Grundstruktur des real existierenden Sozialismus. Er stellt unumwunden die abgrundtiefe Diskrepanz zwischen der Marx-Engelsschen Sozialismus- und Kommunismusbestimmung und den bestehenden Gesellschaftsverhältnissen in den sozialistischen Ländern fest (insb. S. 26ff.) . War für Marx und Engels im Kommunismus – und hatte entsprechend in der sozialistischen Übergangsgesellschaft als praxisleitende Orientierung zu gelten – Ware, Geld und Kapital aufgehoben, so ist wohl im real existierenden Sozialismus das Privateigentum durch das Staatseigentum ersetzt worden, aber Lohnarbeit, Warenproduktion und Geld existieren nach wie vor (Dokumentation, S. 10). War dort die Aufhebung der alten Arbeitsteilung die Grundlage der Aufhebung sozialer Herrschaft, so werden hier auf Basis dieser alten Arbeitsteilung und ihrer Rationalisierung die Produktivkräfte weiterentwickelt. Sollte nach Marx und Engels der Staat in die Gesellschaft zurückgenommen werden, so herrscht hier gerade umgekehrt eine allgewaltige und stetig expandierende Staatsmacht samt Parteiapparat und Bürokratie, in denen nicht einmal die bürgerlichen Freiheiten entwickelt, sondern liquidiert worden sind. War nach Marx und Engels die Verwirklichung des Kommunismus nur als internationale Tat der herrschenden Völker denkbar, so glaubt man hier lediglich in den nationalen Grenzen den Sozialismus errichten zu können. Kurzum der real existierende Sozialismus ist nur Fortsetzung des kapitalistischen Wegs in anderer Form (S. 7), nicht mehr als eine protosozialistische, im Larvenstadium sich befindende sozialistische Gesellschaft wie der Kapitalismus auch (S. 25), ein Staatsmonopolismus (S. 45), in dem das Staatseigentum an den gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion herrscht (S. 12), eine Vergesellschaftung in entfremdeter Form universeller Verstaatlichung (S. 25), in total entfremdeter Form (S. 44). Bahro bestreitet mithin jede strukturelle oder tendenzielle Identität zwischen dem Begriff des Sozialismus und Kommunismus bei Marx und Engels und der gesellschaftlichen Realität der sozialistischen Länder und bestreitet damit der herrschenden Staatsideologie jedes Recht, die bestehende Ordnung in diesen Ländern in die Marx-Engelsschen Kategorien der Aufhebung des Privateigentums im Sinne des Kommunismus einzupassen (S. 43).

Bahros Kritik am real existierenden Sozialismus ist eine grundsätzliche Kritik. Aber die festgestellte Diskrepanz zwischen kommunistischem Anspruch und kommunistischer Wirklichkeit ist keine moralische Verurteilung, sondern Ausgangspunkt der Frage nach ihrer geschichtsmaterialistischen Erklärung. Die Aufhebung des Privateigentums stellt nach Bahro offenkundig nicht automatisch die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft her, die Ablösung des Privateigentums und die allgemeine Emanzipation fallen um eine ganze Epoche auseinander (S. 24).

„Wenn der real existierende Sozialismus nicht die Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums ist – was stellt er dann nach seinem innersten Wesen dar?" (S. 55) Bahro stellt also die Frage nach dem Wesen des real existierenden Sozialismus und will in Analogie zur Marxschen Kapitalanalyse die Anatomie, die inneren Bewegungsgesetze des real existierenden Sozialismus darstellen (S. 14).

Den Schlüssel für die Beantwortung dieser Frage findet Bahro im nichtkapitalistischen Weg der Industrialisierung, den nicht nur viele Länder der Dritten Welt, etwa Persien (S. 150), einschlagen, sondern auch die Sowjetunion durchlaufen hat und in den über die Hegemonie der Sowjetunion auch die anderen Länder Osteuropas mit einbezogen worden sind. Er ist unter dem Druck der entwickelten kapitalistischen Produktivkräfte und des kapitalistischen Weltmarkts eine industrielle Entwicklungsform, die die Dominanz des kapitalistischen Privateigentums umgeht und stattdessen auf den Staat „als Zuchtmeister der Gesellschaft für ihre technische und soziale Modernisierung" zurückgreift (S. 149f.). Diese staatliche Organisation der Industrialisierung ist also einerseits Ausdruck der Unmöglichkeit unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen bei Strafe der Kolonialisierung überhaupt noch einen kapitalistischen Weg zu gehen und andererseits direktes Anknüpfen an die vor der Entstehung des Privateigentums existierende staatlich organisierte Klassengesellschaft. Bahro nennt diese Gesellschaftsform alte ökonomische Despotie und gibt damit der Marxschen Kategorie der asiatischen Produktionsweise eine Schlüsselrolle für das Verständnis der Genese der nichtkapitalistischen Industriegesellschaft. „Die Analyse führt zu einem allgemeinen Begriff des ‚nichtkapitalistischen Weges', der die meisten nominell sozialistischen Länder einschließt, und auf die Suche nach dem Ursprung des nichtkapitalistischen Weges in der Hinterlassenschaft der sog. asiatischen Produktionsweise." (S. 15)

Im impliziten Gegensatz zur Stalinschen Kanonisierung der gesetzmäßigen Stufenfolge der fünf Formationen Urkommunismus, Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus/Kommunismus (S. 72f.) definiert Bahro die asiatische Produktionsweise, bzw. die alte ökonomische Despotie als das in Form der archaischen Ackerbaugemeinde existierende Verbindungsglied zwischen der patriarchalischen Endphase der Urgesellschaft und den Klassengesellschaften Asiens (S. 80), und sie stellt für ihn die allgemeine Grundlage der zunehmend durchs Privateigentum bewegten Gesellschaftsformationen der Sklaverei, des Feudalismus und des Kapitalismus dar. Mit der Ablösung oder Umgehung des Privateigentums auf höherer industriegesellschaftlicher Stufenleiter kommt diese allgemeine Grundlage einer staatlich-despotischen Klassengesellschaft wieder zum Vorschein und bildet als nichtkapitalistische wie die kapitalistische Industriegesellschaft – und in diesem Sinne protosozialistisch (Dokumentation, S. 12f.) – die letzte Stufe vor dem Kommunismus. Die Geschichte stellt sich für Bahro so als doppelte Bewegung dar: „Das einstmals ‚vorwärts' und nun ‚rückwärts' zu durchschreitende Übergangsstadium zwischen Kommunismus und entwickelter Klassengesellschaft ist beide Male gekennzeichnet durch eine spezifische, unmittelbar aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Kooperation erwachsende Funktion des Staates. Verstaatlichte, nicht mehr gemeinschaftliche bzw. noch nicht vergesellschaftete Produktivkräfte machen

das Charakteristische dieser beiden Epochen aus.“ (S. 79 f.) Hierzu gebraucht er das geotektonische Bild, in dem der Urkommunismus die primäre, die ökonomische Despotie die sekundäre und das Privateigentum die tertiäre Formation darstellt und mit Beseitigung der tertiären, die tieferliegende sekundäre Formation zum Vorschein kommt und nun durch Abtragung der sekundären wieder die primäre Formation aufgedeckt werden müsse (Dokumentation, S. 22f.). Die ökonomische Despotie ist für Bahro genetisch und strukturell deshalb so wichtig für die Erklärung der Gesellschaftsverhältnisse der sozialistischen Länder, weil sich hier Klassenspaltung und Staatsdespotie auf Basis gesellschaftlicher Arbeitsteilung gleichsam in reiner, einfach-durchschaubarer Form ausbilden. An den altorientalischen Reichen, an Altchina, Indien und dem Inkareich (insb. S. 81 f.) zeigt Bahro immer wieder den wesentlichen Sachverhalt, daß sich diese Gesellschaften arbeitsteilig in Hand- und Kopfarbeit, in unmittelbare Produktion und leitende Tätigkeit, in gesellschaftlich subalterne und gesellschaftlich synthetische, in psychologisch unproduktive und psychologisch produktive Arbeit zergliedern, diese gesellschaftliche Arbeitsteilung somit die wesentliche Grundlage der staatlich organisierten Klassengesellschaft darstellt. Wenn auch der real existierende Sozialismus nicht einfach als strukturelle Analogie zu dieser ökonomischen Dispotie erklärt werden kann (S. 80), so bleibt allerdings auf der Grundlage des Industrialismus und entsprechender Vergesellschaftung der Produktion mit dieser zentralen Arbeitsteilung auch die Basis von Klassengesellschaft und Staatsdespotie erhalten. Weder die erheblich komplexere Arbeitsteilung und die damit verbundene komplexere Schichtstruktur noch die eminente Entwicklung der Produktivkraft und des Reichtums der Gesellschaft können verdecken, daß sich die Gesellschaft nach wie vor in Hand- und Kopfarbeit, schematisch-monotone und schöpferisch-vielfältige Tätigkeit, in ausführende und leitende Arbeit, in gesellschaftliche Subalternität und gesellschaftliche Synthesis von ihrem sozialen Gehalt und ihren psychologischen Folgen her teilt. Zwei weitere archaische Rückstände hebt Bahro hervor: die Ausbeutung und Unterdrückung der Frau und die Herrschaft der Stadt über das Land (S. 54).

Kommunismus als Aufhebung jeder Klassenstruktur und jeder über der Gesellschaft existenten Staatsmacht kann für Bahro folglich im Kern nichts anderes heißen, als ihre Grundlage: die Subsumption der Individuen unter die gesellschaftliche Arbeitsteilung aufzuheben. Die objektive Möglichkeit dieser Aufhebung ist erst mit dem reifen kapitalistischen oder nicht kapitalistischen Industrialismus, mit der vollen Entfaltung der Produktivkräfte und entsprechend entwickelter Fähigkeiten der Menschen, mit differenzierter Arbeitsteilung und vergesellschafteter Produktion gegeben. Aber Möglichkeit heißt noch nicht Wirklichkeit. Die allgemeine soziale und individuelle Emanzipation steht und fällt mit der Aufhebung der Tennung von gesellschaftlicher Subalternität und gesellschaftlicher Synthesis. Im Kontext des entwickelten Industrialismus heißt das, daß die mit dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß gegebene komplexe hierarchisch-vertikale Struktur der Technologie sich nicht mehr in soziale Ungleichheit und soziale Herrschaft umsetzt. Der Kern der Kritik an den Ländern des real existierenden Sozialismus besteht darin, trotz objektiver Möglichkeit der Aufhebung sozialer Herrschaft, diese lediglich bewußtlos

wie die kapitalistischen Gesellschaften zu perpetuieren. Der Kern der Alternative zum real existierenden Sozialismus wie zu den kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen besteht in der praktisch-theoretischen Orientierung auf die allgemeine Emanzipation, nur diese emanzipatorische Orientierung und eine in sie eingebundene politische Strategie sind nach Bahro geschichtsmaterialistisch revolutionär.

Wie die Analyse und Kritik des real existierenden Sozialismus durchgeführt wird, aus welchen strategischen Elementen diese emanzipatorische Alternative besteht, davon wird noch im folgenden die Rede sein. Die skizzierten Argumentationsschritte Bahros mögen zunächst genügen, um sich ein Bild von den Grundlinien seiner Geschichtstheorie zu machen. Eine erste Gegenüberstellung zur westdeutschen Sozialismus-Diskussion wird nach Bedeutung und Kritik seines Ansatzes zu fragen haben.

Beginnen wir mit einigen allgemeinen kritischen Gesichtspunkten. Ich halte die Verallgemeinerung der Kategorie der asiatischen Produktionsweise gleichsam zur Universalie des Geschichtsprozesses der Menschheit von der Zeit nach dem Urkommunismus bis zur Zeit vor dem entwickelten Kommunismus für äußerst fragwürdig. Gerade die jüngsten Beiträge zur Thematik der asiatischen Produktionsweise (8) heben kritisch schon in Bezug auf Marx hervor, daß dieser auf Grundlage von inzwischen überholtem historischen Material in unzulässiger Weise die altorientalischen Reiche, das Osmanische Reich, Indien, China und teilweise Rußland unter diese Kategorie subsumiert habe; sie definiere gemeinschaftliches Eigentum an Grund und Boden, selbstgenügsame, Manufaktur und Ackerbau verbindende Dorfgemeinden und eine über ihnen existierende despotische Staatsmacht mit gegebenenfalls gesamtgesellschaftlich-ökonomischen Funktionen als eine gesellschaftliche Grundeinheit, sei aber in dieser Einheitlichkeit in den genannten Ländern gar nicht nachzuweisen und deshalb schon bei Marx in falscher Form historisch zu weit gefaßt. Um so mehr gilt diese Kritik für die Universalisierung der asiatischen Produktionsweise durch Bahro.

Diese Kritik muß folglich auch auf die Kategorie des nichtkapitalistischen Wegs der Industrialisierung verlängert werden, die nach Bahro unter Ablösung oder Umgehung des Privateigentums indirekt oder direkt an die asiatische Produktionsweise anknüpft. Wenn die asiatische Produktionsweise in der Definition von Marx nur sehr begrenzte historische Gültigkeit hat und damit der Übergang von vorindustriellen zu industriellen Gesellschaften in sehr viel komplexeren historischen Formen sich vollzieht, so ist die Bahrosche Definition aller nicht nach dem bekanntlich auch sehr unterschiedlichen kapitalistischen Entwicklungsmuster Westeuropas, der USA und Japans ablaufenden Industrialisierungsformen als formationell einheitli-

8 Vor allem G. Sofri: Über asiatische Produktionsweise, Frankfurt 1972; L. Krader: The Asiatic Mode of Production, Sources, development and critique in the writings of Karl Marx, Assen 1975; P. Anderson: Lineages of the Absolutist State, London 1974, S. 462-549; und auch R. Lorenz: Die traditionale chinesische Gesellschaft, Eine Interpretation sowjetischer Forschungsergebnisse, in: ders. (Hg.), Umwälzung einer Gesellschaft, Zur Sozialgeschichte der chinesischen Revolution (1911 – 1949), Frankfurt 1977, S. 11-93

cher nichtkapitalistischer Weg offenkundig ebenso überhistorisch. Die despotische Staatsform vieler unterentwickelter Länder kann sehr wohl aus ihrer geschichtlichen Rückständigkeit im Kontext eines entwickelteren kapitalistischen Weltmarkts erklärt werden, d.h. stellt eine spezifische Kombination unterschiedlich entwickelter kapitalistischer Verhältnisse und historisch sehr verschiedener vorkapitalistischer Formationen dar. Die Kategorie des nichtkapitalistischen Wegs der Industrialisierung ist historisch zu unspezifisch und unterstellt zudem eine Unabhängigkeit zur kapitalistischen Produktionsweise und eine prinzipielle Andersartigkeit ihr gegenüber, die historisch nicht zutreffen.
Man wird überhaupt feststellen, daß Bahro im Rahmen seiner allgemeinen Geschichtstheorie keine konkret-historische Formationsanalyse betreibt, weder der asiatischen Produktionsweise noch der nichtkapitalistischen Form der Industrialisierung noch der unter der Kategorie des Privateigentums zusammengefaßten Formationen der Sklaverei, des Feudalismus oder des Kapitalismus, daß Bahros Geschichtstheorie gleichsam zu universal angesetzt ist. Dies wird auch noch an seiner SU- und DDR-Analyse zu prüfen sein. Doch unbeschadet dieser generellen Kritik heißt dies keineswegs, daß seine Geschichtstheorie deshalb in ihrer Allgemeinheit falsch wäre. Was Bahro an der asiatischen Produktionsweise herausstellt und was er eigentlich unter ihr versteht, ist vielmehr der grundlegende Sachverhalt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in unmittelbare Produzenten und gesellschaftliche Leitung, also eine staatlich regulierte Klassengesellschaft. Was Bahro an der nicht-kapitalistischen Industrialisierung herausarbeitet, ist, daß wiederum ganz allgemein diesmal auf industriegesellschaftlicher Grundlage der Sachverhalt der Arbeitsteilung, der Klassengesellschaft und ihrer gesamtgesellschaftlichen Organisation als Staat nach wie vor existiert. Unbeschadet also der Kritik, daß er in Verbindung von asiatischer Produktionsweise und nicht kapitalistischer Industrialisierung eine falsche historische Kontinuität konstruiert, knüpft er doch in allgemeiner Form an das Zentrum des Marx-Engelsschen historischen Materialismus an. War für Marx und Engels die kapitalistische Produktionsweise höchste und entwickeltste Stufe der Klassengesellschaft, die auf Basis ihrer zivilisatorischen Funktion der Vergesellschaftung der Menschen gerade die Voraussetzung für die Aufhebung von Klassengesellschaft und Klassenstaat darstellt, so insistiert Bahro vornehmlich gegenüber einem Marxismus-Leninismus, der umstandslos in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern eine im Sinne des historischen Materialismus nachkapitalistische Gesellschaftsformation sieht, darauf, daß Arbeitsteilung, Klassengesellschaft und Klassenstaat nach wie vor existieren und deshalb die soziale und individuelle Emanzipation der Menschen nach wie vor anstehen. Es wird sich zeigen, daß Bahro die Elemente der gesellschaftlichen Emanzipation auf Grundlage eines entwickelten Industrialismus wie der DDR-Gesellschaft noch erheblich konkreter faßt als Marx und Engels. Die wesentliche Bedeutung der Bahroschen Geschichtstheorie besteht darin, die Analyse des real existierenden Sozialismus in den Kontext des historischen Materialismus als Theorie der Bedingungen und Möglichkeit der gesellschaftlichen Emanzipation zu stellen und damit den geschichtsmaterialistischen Maßstab für wissenschaftliche Analyse und politische Praxis erneut zu setzen.

Dieser wesentliche Kern der Bahroschen Analyse mag der westdeutschen Sozialismus-Diskussion als Diskussion um das Ziel einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft gegenübergestellt werden. Im Vergleich zur Bahroschen Alternative vertrete ich die (vielleicht provokatorische) These, daß diese Zieldiskussion theoretisch kaum explizit, meist in der Übernahme tradierter Praxis- und Theorieformen der ‚Arbeiterbewegung' identifikatorisch oder die eigenen Erfahrungsdimensionen umstandslos projizierend, kurzum diffus geführt wird. Die frühe Diskussion über radikale Demokratie, Rätedemokratie und Selbstverwaltung, über Emanzipation und befreite Gesellschaft, über alternative sozialistische Übergangsgesellschaften wie China und Kuba drückte zunächst nichts anderes aus, als daß die in Deutschland traditionellen sozialistisch-kommunistischen Oppositionsformen als Interpretationsmuster der internationalen Klassenkämpfe und vor allem der eigenen Überbaurevolte nicht mehr ausreichten. Der sozialdemokratische Sozialismus: die Verbindung von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Demokratie hatte sich zu sehr als reformistische Orientierung im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse erwiesen, ebenso der kommunistische Sozialismus in Form der Verstaatlichung der Produktionsmittel als revisionistische Praxis der sozialistischen Länder und ihres verlängerten Arms, der DKP. Sozialismus hieß weder Reformismus noch Stalinismus. Eine Zielorientierung der eigenen Bewegung war nur in der Rückkehr zu den eigentlichen Bedeutungsgehalten von Kommunismus, Sozialismus und Demokratie möglich, oft unter Unterlegung der eigenen Praxisformen, oder geschah in Form der Übernahme der Modelle alternativer sozialistischer Übergangsgesellschaften und alternativer internationaler sozialistisch-kommunistischer Strömungen wie Anarchismus, Linkskommunismus oder Trotzkismus. Die Diskussion um die sozialistisch-kommunistische Zielsetzung wurde im Kostüm traditioneller Strömungen der Arbeiterbewegung geführt, allerdings mit beginnender Rezeption der Marxschen Theorie und mit ersten Versuchen realgeschichtlicher Bedingungsanalysen der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Länder.

Solange die Bewegung im Fluß war und ihr realpolitischer Gehalt dominierte, waren die Übergänge zwischen diesen Positionen ebenso fließend und nicht in festen Grenzen erstarrt. Aber mit der Stagnation der Überbaurevolte wandelte sich dies. Einerseits kehrte man, wenn auch kritisch auf innerorganisatorische Änderung aus, in die real mächtigsten Oppositionsströmungen, in die SPD und DKP/SEW zurück oder gründete außerhalb dieser Parteien eigene Organisationen. Die Sozialismus-Debatte wurde damit politisch und moralisch entschieden. Sozialismus war nun eben – selbstredend mit immanenter Kritik – der reale Sozialismus als verstaatlichte Planwirtschaft, Sozialismus war die im Rahmen der Sozialdemokratie durchsetzbare Verbindung von Sozialismus und Demokratie, Sozialismus hieß die Übernahme des Programms der IV. Internationale als Verbindung von gesellschaftlicher Planung und Rätedemokratie oder war schlicht die einmal sich an der Macht befindende eigene Organisation. Andererseits wurde die Sozialismus-Diskussion auf Basis der Marxschen Theorie und ihrer empirischen Anwendung weitergeführt, aber sie blieb nicht unberührt von der Stagnation der Bewegung und ihrem universitären Forum. Die Sozialismus-Diskussion war geprägt durch die Rezeption der Marxschen Theorie

und des ihr immanenten Sozialismus- und Kommunismusbegriffs: Kommunismus bedeutete negativ Aufhebung der entfremdeten Arbeit, der Klassengesellschaft und des Staates, des Privateigentums und der kapitalistischen Produktionsweise durch die Arbeiterklasse, positiv hieß er Herstellung der Assoziation der freien Produzenten, einer bewußt geplanten Gesellschaft auf Grundlage der entfesselten Produktivkräfte und der Ökonomie der Zeit, Sozialismus bedeutete den sukzessiven Übergang zum Kommunismus.

Eine erste Schranke dieser Diskussion lag im Abstraktionsgrad der Marxschen Theorie selbst begründet. Die Marxsche Sozialismusbestimmung war aus der allgemeinen Negation der kapitalistischen Klassengesellschaft gewonnen, der aber in den proletarischen Tendenzen der 48er Revolution und der Kommune in Frankreich sowie in den Produktivgenossenschaften nur in Ansätzen eine reale historische Erfahrung entsprach. Sozialistische Bewegungen nach Marx und eben auch die eigenen Praxisformen und Zukunftsprojektionen konnten sich deshalb sehr leicht formell auf Marx berufen und sich selbst dadurch als marxistisch legitimieren. Eine zweite Schranke dieser Diskussion bestand in der Rezeption der Marxschen Theorie hauptsächlich als Kapitaltheorie. Dadurch gelang wohl eine präzise Fassung der von Marx formulierten allgemeinen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise, doch die von Marx im Rahmen des historischen Materialismus formulierte Bestimmung gesellschaftlicher Emanzipation wurde auf Formeln wie Aufhebung der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise, Assoziation der freien Produzenten, soziale Emanzipation oder geplante Gesellschaft verdünnt, oft noch in der mystisch-agnostizistischen, wenn auch gegenüber falschen Avantgardevorstellungen berechtigten, Form: die Befreiung der Arbeiterklasse ist das Werk der Arbeiterklasse selbst. Dadurch wurde der ableitungslogische Schluß erleichtert, daß eben irgendwie jede reale Bewegung der Arbeiterklasse und ihrer Interessenorganisationen und jede Übergangsgesellschaft mit sozialistischem Selbstverständnis eine reale Auflösung des Kapitalverhältnisses darstellte. Die kritische Dimension der Marxschen historisch-materialistischen Emanzipationstheorie ging verloren oder wurde erst gar nicht entdeckt.

Sofern man diesen Reduktionen der Marxschen Theorie nicht aufsaß und nun in weiterführenden Realanalysen die konkreten Gesellschaftsverhältnisse in den kapitalistischen und sozialistischen Ländern erklären und dadurch zur materialistischen Kritik an herrschenden Ideologien kommen wollte, gelang wohl in ersten Ansätzen der empirisch-historische Nachvollzug der Kapitalismus- und Klassenentwicklung in der BRD wie in anderen kapitalistischen Ländern und die empirisch-historische Analyse der sozialistischen Gesellschaften in der SU, der DDR oder in China. Auch konnte damit die Kritik an Sozialdemokratie, Parteikommunismus und Marxismus-Leninismus auf empirisch fundierteren Boden gestellt werden. Bei allen Fortschritten dieser marxistischen Diskussion drohte dennoch die historische Anwendung der Marxschen Theorie in objektivistisch-verdinglichte Analyse abzugleiten, die – verstärkt durch die akademisch naheliegende Orientierung auf Spezialanalysen – den kritischen Zusammenhang zur Sozialismus-Diskussion, d.h. zur Diskussion um Ziele, Formen und Bedingungen menschlicher Emanzipation nicht mehr thematisierte. Die empirisch-theoretischen Analysen der kapitalistischen Länder und der sozialisti-

schen Übergangsgesellschaften zeigten wohl zunehmend genauer die konkreten Formen der ökonomischen Entwicklung, der sozialen und politischen Widersprüche und der darauf bezogenen staatlichen Interventionen auf, aber demonstrierten damit eigentlich nur negativ, daß diese Gesellschaften nicht die allgemein-menschliche Entwicklungsform darstellten und deshalb grundlegend geändert werden müßten. Die Frage, was positiv denn allgemein und konkret als emanzipatorische Alternative in ihren Formen und Bedingungen anzusehen sei, wurde methodisch nicht mehr in die Realanalyse eingebracht und konnte deshalb als Antwort auch nicht aus ihr hervorgehen.

Was in der westdeutschen Diskussion meist als politische Moral und begriffliche Bestimmung, als heimliche Identifikation und Kritik, als Theorie und empirische Analyse auseinanderfällt, ist in Bahros Alternative als Geschichtstheorie sozialer Emanzipation, als Analyse und Kritik des real existierenden Sozialismus und als sozialistische Orientierung der politischen Praxis eindeutig vermittelt. Eben deswegen könnte sie Brennpunkt einer neu geführten Sozialismus-Diskussion sein, auch wenn man mit Bahro im einzelnen nicht übereinstimmt. An seiner Analyse und Kritik der Sowjetunion und der DDR werde ich das weiterhin zu zeigen versuchen.

III. Die Analyse des real existierenden Sozialismus

Es wurde hervorgehoben, daß Bahro im Rahmen seiner Geschichtstheorie die Gesellschaftsverhältnisse der Länder des real existierenden Sozialismus als Variante des nichtkapitalistischen Wegs der Industrialisierung bestimmt, der unter Ablösung des Privateigentums die gesellschaftliche Form der asiatischen Produktionsweise wieder aufnimmt und als staatlich organisierte Klassengesellschaft im gleichen Sinn wie die kapitalistischen Länder protosozialistisch ist, als damit die Bedingungen der Möglichkeit der gesellschaftlichen Emanzipation geschaffen sind. Die Aktualität dieser Möglichkeit ist für Bahro abhängig vom Entwicklungsgrad der Industrialisierung. Die Geschichte der Länder des real existierenden Sozialismus unterteilt er deshalb in drei Entwicklungsphasen: das vorrevolutionäre zaristische Rußland als nur peripher industrialisiertes Land, Oktoberrevolution und Stalinismus als Übergangsphase zur Industrialisierung und die Bildung der sozialistischen Länder durch die Ausweitung des sowjetischen Gesellschaftssystems auf Osteuropa und die nachstalinsche Ära als Phase der Industrialisierung. Die letzte Phase untersucht er dann hauptsächlich und ausführlich an den Gesellschaftsverhältnissen der DDR.

Die vorrevolutionären Gesellschaftsverhältnisse des zaristischen Rußlands faßt Bahro im wesentlichen als agrarische Despotie, d.h. als weitgehendes Agrarland auf der Grundlage der asiatischen Produktionsweise. In sie eingebettet existierten einerseits feudale Gesellschaftsverhältnisse, die auch durch die staatliche Bauernbefreiung noch lange nicht beseitigt waren, und andererseits kapitalistische Verhältnisse, die weitgehend aus den kapitalistisch-imperialistischen Ländern übernommen sich in den Städten konzentrierten. Feudalismus und Kapitalismus stellen so für Bahro lediglich periphere Elemente in einer dominant asiatischen Produktionsweise dar, der

zaristische Staatsapparat kann deshalb auch nicht als primär absolutistischer Staat, sondern muß als orientalischer Staatsdespotismus begriffen werden (insbes. S. 103 ff.).

Die Oktoberrevolution als Resultat dieser zaristischen Gesellschaftsverhältnisse und des imperialistischen Weltkriegs ist für Bahro, da Sozialismus als Übergang zur allgemeinen Emanzipation nur auf Basis der Industrialisierung möglich ist, deshalb nicht eine im Kern sozialistische Revolution, sondern stellte den Beginn der nichtkapitalistischen Form der Industrialisierung Rußlands dar. „Sie war und ist vor allem die erste antiimperialistische Revolution in einem trotz begonnener eigener kapitalistischer Entwicklung noch überwiegend vorkapitalistischen Land, mit halbfeudaler, halb ‚asiatischer' ökonomischer Sozialstruktur. Ihre Aufgabe war real nicht der Sozialismus, sondern die schnelle Entwicklung Rußlands auf einem nichtkapitalistischen Weg." (S. 58) Mit der Beseitigung der feudalen und kapitalistischen Elemente wurde jetzt nicht der Sozialismus, sondern die asiatische Produktionsweise auf höherer Stufe freigelegt. Die Entstehung des Sowjetstaats, die Verstaatlichung der Bauern- und Arbeiterbewegung, die Zentralisierung von Partei, Staat und Bürokratie in Form parteilicher Machtkämpfe und Terror, die Kollektivierung der Bauern und die Stalinsche Form der Industrialisierung verkörperten nichts anderes als die Kontinuität der asiatischen Produktionsweise auf sich industrialisierender Basis, die Leninsche und Stalinsche Form des Sowjetstaats war das despotische Werkzeug der ursprünglichen Akkumulation oder des Übergangs zur Industrialisierung, sie war der Überbau des nichtkapitalistischen Industrialisierungswegs (S. 116 f.). Da Rußland wie die Sowjetunion ein erheblich rückständiges Land darstellte, war der Stalinismus als industrielle Despotie historisch unvermeidlich und Alternativen grundsätzlich nicht möglich. Keine Fraktion der bolschewistischen Partei konnte diese historische Notwendigkeit umgehen. Die grundsätzliche Tragik der Bolschewiki rührte daher, daß sie eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen glaubten, in Wirklichkeit aber Charaktermaske einer asiatisch-despotischen Entwicklungsform des nichtkapitalistischen Wegs der Industrialisierung waren. Wenn Bahro eine Alternative reflektiert (S. 137), dann die Möglichkeit, daß Lenin wie Mao länger gelebt hätte und vielleicht dadurch die letzten Scheußlichkeiten des Stalinschen Terrors vermieden worden wären. Doch sagt dies deutlich spürbar etwas über den Charakter der zugrundeliegenden gesellschaftlichen Verhältnisse, über die Notwendigkeit des Despotismus und die Zufälligkeit von Alternativen aus. Die historische Notwendigkeit des Stalinismus war aber für Bahro zugleich progressiv, da er, wenn auch auf anderem Weg als die Bourgeoisie, die Industrialisierung und damit die Basis des Sozialismus überhaupt erst einmal herstellte (S. 137).

Im Maße jedoch der Überwindung der gesellschaftlichen Rückständigkeit durch die Entwicklung der Industrialisierung verliert der asiatische Despotismus seine historische Schicksalshaftigkeit. Die Nachkriegsentwicklung der Sowjetunion ist ein Zeichen hierfür, aber alle Staatsreformen bleiben noch in dem überkommenen industriell-despotischen Rahmen. Die Kontinuität der Staatsdespotie erklärt sich nicht nur aus der nach wie vor gegebenen technologischen Überlegenheit der kapitalistischen Länder, nicht nur aus der skizzierten halbasiatischen Vergangenheit Rußlands und der prägenden Umbruchssituation des Oktober, sondern vornehmlich aus

dem antagonistischen Charakter der Produktivkräfte selbst, d.h. aus ihrer arbeitsteiligen Organisation und dem daraus resultierenden Klassen- und Staatscharakter der gesellschaftlichen Verhältnisse (S. 153 ff.). Die wesentlichen Strukturen dieser nichtkapitalistischen staatlich organisierten Klassengesellschaft auf der Grundlage eines entwickelten Industrialismus werden nun von Bahro zentral am Beispiel der DDR analysiert. Er untersucht dabei hauptsächlich die Form der gesellschaftlichen Planung und Leitung, die Schichtstruktur dieser Gesellschaft und ihre staatlich-parteiliche Bürokratie als Antriebsmechanismus.
Die DDR-Gesellschaft ist gegenüber der Sowjetunion eine noch entwickeltere Industriegesellschaft, deshalb ist die gesellschaftliche Form einer staatlichen Klassengesellschaft noch überholter, die Alterantive der allgemeinen Emanzipation noch aktueller. Vom Maßstab dieser geschichtsmaterialistischen emanzipatorischen Perspektive sind Klassen- und Schichtstruktur, Staat, Partei und Bürokratie sowie die gesellschaftliche Planung als deren Vermittlungsagentur wesentliche Elemente dieser nichtkapitalistischen staatlichen Klassengesellschaft und haben in dieser Form keinerlei sozialistisch-emanzipatorische Qualität.
Durch die Entwicklung der Produktivkräfte und die Vernichtung der überkommenen Klassengliederung ist eine durchgängig hierarchisch geschichtete Gesellschaft entstanden. Die Sozialstruktur ist gleichsam die subjektive Seite der hierarchischen Struktur der modernen Technologie (S. 192). „Es ist diese Hierarchie der Arbeitsfunktionen bzw. Bewußtseinsebenen, die in der qualifikationsabhängigen Schichtdifferenzierung der protosozialistischen Industriegesellschaft auf einem bestimmten historischen Niveau der gesellschaftlichen Arbeitsteilung festgeschrieben ist. Nicht die Differenzierung der Arbeitsfunktionen und ihrer Anforderungen schlechthin, erst die Unterordnung der Individuen erzeugt die soziale Schichtung und das bürokratische Phänomen.“ (S. 192) Erst dadurch also, daß sich die Gliederung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses in soziale Herrschaft umsetzt, entsteht die soziale Schichtung.

Zugleich ist diese Sozialstruktur nicht nur eine quantitative Staffelung sozialer Ungleichheit, sondern eingebunden in die grundsätzliche Klassenstruktur der protosozialistischen Industriegesellschaft, die Trennung von gesellschaftlich leitenden, synthetischen und gesellschaftlich ausführenden, subalternen Funktionen. Die Verstaatlichung und Bürokratisierung der Gesellschaft und ihre Vollzugsinstanzen Staatsapparat und Partei sind Ausdruck dieser grundsätzlichen Klassenspaltung. In der Partei vereinigen sich weltliche und geistliche Autorität in einer quasi-theokratischen Struktur, sie ist der Motor der Bürokratie, der Staatsapparat der Transmissionsriemen zur Gesellschaft (S. 286 ff.). Die gesellschaftliche Planung ist nichts anderes als die staatliche Vermittlungsagentur zwischen Gesellschaft und Bürokratie (S. 258). Weder mehr zentrale noch mehr dezentrale Form dieser Planung ändern etwas an ihrem grundsätzlich bürokratischen Charakter (S. 451 f.).

Die Bürokratie ist die gesellschaftliche Form, in der sich die Produktivkräfte entwickeln. Die kapitalistische Konkurrenz ist als Antriebsmechanismus weggefallen, die Arbeitsdisziplin deshalb geringer, die Bürokratie ist eigentlich nur das Werkzeug der einfachen Reproduktion (S. 266), aber das Selbsterhaltungsinteresse im

Kontext der technologisch überlegenen kapitalistischen Länder zwingt dennoch zum ökonomischen Wachstum (S. 279). Das Einholen und Überholen der kapitalistischen Länder ist auf diesem Weg nicht möglich und wäre zudem nichts anderes als die Reproduktion einer staatlich regulierten Klassengesellschaft auf erweiterter industrieller Stufenleiter. Nur die radikale Alternative der allgemeinen Emanzipation und damit die Aufhebung von Bürokratie, Staatsapparat und Partei und die in sie eingebundene staatliche Planung auf der Grundlage der Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung würde eine prinzipiell neue Entwicklungsmöglichkeit der menschlichen Gesellschaft in der DDR und den anderen nominell sozialistischen Ländern erlauben.

In welchen Schritten sich Bahro diese emanzipatorische Alternative denkt, werden wir noch zu betrachten haben. Die Rekonstruktion der wichtigsten Argumentationslinien der Bahroschen Analyse der Genese und Struktur der Länder des real existierenden Sozialismus zeigt zunächst einmal, in welchem untrennbaren Zusammenhang Realanalyse der Gesellschaftsverhältnisse dieser Länder, ihre fundamentale Kritik und die geschichtsmaterialistische Theorie sozialer Emanzipation stehen. Dieser zentrale Punkt soll nun wieder im Vergleich mit der westdeutschen Sozialismus-Diskussion als Diskussion über den gesellschaftlichen Charakter der sozialistischen Länder herausgestellt werden.

Beginnen wir wiederum mit einigen allgemeinen kritischen Anmerkungen zur Bahroschen Analyse der sozialistischen Länder. Der Kernpunkt der bisherigen Kritik war, daß Bahro seine Geschichtstheorie auf einem zu allgemeinen Niveau hält, keine spezifisch-historische Formationsanalyse betreibt und hiermit zusammenhängend die asiatische Produktionsweise und den nichtkapitalistischen Weg der Industrialisierung unzutreffend verallgemeinert. An seiner Analyse des zaristischen Rußland zeigt sich dies daran, daß er in unbesehener Anknüpfung an Marx-Engelssche Formulierungen vom halbasiatischen Rußland Feudalismus und Kapitalismus im vorrevolutionären Rußland im Grunde als periphere Oberflächenphänomene einer von ihrer Grundstruktur her asiatischen Gesellschaft einstuft. Eine genauere Diskussion darüber, ob das zaristische Rußland primär asiatisch oder feudal und in welchem Sinne die Charakterisierung der russischen Entwicklung als halbasiatisch richtig oder falsch ist, steht im Grunde noch aus (9). Ich neige angesichts sowjetischer und westlicher Forschungsergebnisse zur russischen Geschichte und angesichts der angedeuteten Problematik einer zu allgemeinen Fassung der Kategorie der asiatischen Produktionsweise mit P. Anderson etwa (10) der Ansicht zu, daß es sich im

---

9 R. Dutschke: Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen, Berlin 1974, hat in Anknüpfung an Marx und Engels, insb. anhand der inzwischen in deutscher Sprache veröffentlichten Marxschen Schrift: Die Geschichte der Geheimdiplomatie des 18. Jhdts., Berlin 1977, die Version des asiatischen Rußland und des asiatischen Kapitalismus vertreten. Bei B. Rabehl: Marx und Lenin, Berlin 1973; ders., W. Spohn, U. Wolter: Halbheiten in der Überwindung des Leninismus, in: Probleme des Klassenkampfs 11/12; U. Wolter: Grundlagen des Stalinismus, Berlin 1975 und in B. Rabehls Kommentar zur Marxschen Geheimdiplomatie wird dieser Streitpunkt offengelassen.

10 P. Anderson: Passages from Antiquity to Feudalism, London 1974 und ders.: Lineages

Falle Rußlands um eine spezifische Variante des europäischen Feudalismus handelt. Die Despotie der zaristischen Staatsmacht läßt sich nämlich sehr wohl als extreme Form des absolutistischen Staats verstehen, in dem sich extrem rückständige feudale von innen und entwickelte kapitalistische Verhältnisse in Westeuropa kombinieren (11), und macht den Rückgriff auf die Tartarenherrschaft und eine hierauf basierende Kontinuität der russischen Geschichte nicht nötig. Bezogen auf die Oktoberrevolution bedeutet diese Kritik weiterhin, daß Bahro die antifeudal-sozialistischen Tendenzen der Bauernschaft und die antibürgerlich-sozialistischen Tendenzen der Arbeiterschaft allzusehr vor den Relikten einer hypostasierten asiatischen Produktionsweise und den Imperativen einer staatlich angeleiteten Industrialisierung zurücktreten läßt und hiermit diesen nichtkapitalistischen Weg kategoriell so prinzipialisiert, daß gesellschaftliche Formunterschiede und Alternativen einer nachzuholenden Industrialisierung, die für Rußland nachträglich spekulativ, für heute unterentwickelte Länder aber durchaus aktuell sind, ausgeschaltet werden.

In diesem Kontext muß auch seine Erklärung des Stalinismus als despotischer Überbau einer an die asiatische Produktionsweise anküpfenden nichtkapitalistischen Industrialisierung kritisch befragt werden. In historischer Kontinuität zur zaristischen Gesellschaft als Mischung von feudalen und kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen läßt sich der Stalinismus als Neuauflage dieser vorrevolutionären Gesellschafts- und absolutistischen Staatsform verstehen und zwar als Kombination eines höheren Niveaus der Entwicklung des kapitalistischen Weltmarkts und einer durch die Oktoberrevolution aufgebrochenen, aber nach wie vor extrem rückständigen Gesellschaft. Zwangskollektivierung, Zwangsarbeit, westlich induzierte und kopierte forcierte Industrialisierung und ihre Koordination durch die despotisch-staatliche Planung samt der subjektiven Seite des Massenterrors stellen die historisch-konkreten Vermittlungsformen dieser Kombination dar. Die Liberalisierung des Stalinismus nach dem 2. Weltkrieg, die Dezentralisierung der zentralen Planung im Zuge der Einführung des Neuen Systems der Planung und Leitung und der damit verbundenen stärkeren Orientierung und Abhängigwerdung der staatlichen Planung vom ‚sozialistischen' Wertgesetz zeigt dann die wesentlich entwickeltere und komplexere Stufe der Produktivkräfte, aber zugleich die immer noch gegebene relative Rückständigkeit gegenüber den kapitalistischen Ländern und damit die Abhängigkeit und Einbindung der Sowjetunion in die kapitalistische Weltmarktkonkurrenz mit all ihren ökonomischen, militärischen und politischen Erscheinungsformen an. In einem solchen Interpretationsrahmen der Sowjetunion von ihren je historisch inneren und äußeren Gesellschaftsbedingungen her (12) ist weder die Universalisierung der asiati-

---

of the Absolutist State, a. a. O. Vgl. auch die Sammelbände zur Feudalismusdiskussion: L. Kuchenbuch, B. Michael (Hg.), Feudalismus – Materialien zur Theorie und Geschichte, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1977 und H. Wunder (Hg.), Feudalismus, München 1974

11 W. Spohn: Die technologische Abhängigkeit der SU vom Weltmarkt, Bericht und Kommentar zu einer empirischen Studie von A. C. Sutton, in: Probleme des Klassenkampfs 19/20/21, Berlin 1975, S. 225 ff.

12 Ibid., S. 255 ff. Vgl. auch U. Wolter: Einleitung zu ders. (Hg.), Die Linke Opposition in der SU 1923 – 1928, 1. Bd., Berlin 1976, ebenso den Ansatz von H. Szlajfer: Nachzuho-

schen Produktionsweise noch die Prinzipialisierung der nichtkapitalistischen Industriealisierung zur Erklärung dės Stalinismus nötig. Der Weiterexistenz und -entwicklung von Wertgesetz, Lohnarbeit, Geld- und Warenverhältnissen käme dann auch nicht wie bei Bahro eine nur marginale Bedeutung im Rahmen einer wesensmäßig nichtkapitalistischen Gesellschaftsform zu, sondern zeigten die reale Mächtigkeit kapitalistischer Verhältnisse wenngleich unter staatlicher Einbindung an, die eine Konvergenz zur Gesellschaftsform der kapitalistischen Länder, d.h. eine stärkere Freisetzung der Formen kapitalistischer Konkurrenz keineswegs ausschließt.

An dem Mangel einer historischen Spezifik der Gesellschaftsanalyse im Rahmen einer universalen Geschichtstheorie leidet auch die Bahrosche DDR-Analyse. Da die Gesellschaftsverhältnisse der DDR allgemein als – hier im Gegensatz zur Sowjetunion nicht als direkte sondern – indirekte Anknüpfung an die asiatische Produktionsweise und die nichtkaptialistische Form der Industrialisierung interpretiert werden, kann wohl matrialistisch-kritisch ihr grundsätzlicher Klassencharakter und ihre staatlich-bürokratische Organisation herausgestellt werden, aber der historisch spezifische gesellschaftliche Inhalt dieser staatlichen Klassengesellschaft wird dadurch nicht berücksichtigt. Weder die ökonomische und politische Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion und die spezifische Einbindung der RGW-Länder in den kaptialistischen Weltmarkt, noch die kapitalistisch-preußisch-faschistische Vergangenheit der DDR und ihre sozial und politisch widersprüchliche Geschichte erscheinen konstitutiv für die Analyse der DDR-Verhältnisse. Wie im Falle der Sowjetunion bleibt auch für die DDR allgemein-methodisch die Frage, ob diese Gesellschaften überhaupt methodisch analog zur Marxschen Kapitalanalyse als Gesellschaftsformationen mit eigenen allgemeinen Gesetzen gefaßt werden können, oder ob sie nicht in der angedeuteten Weise auf einer historisch-konkreteren Abstraktionsstufe als sich entwickelnde Kombinationsform, von innen und außen bestimmter unterschiedlicher Gesellschaftsverhältnisse begriffen werden müssen (13).

Wiederum unbeschadet dieser generellen Kritik, daß Bahro auf Grundlage seiner allgemeinen Geschichtstheorie weder eine historisch-spezifisch angemessene Analyse der asiatischen Produktionsweise und eines hypostasierten nichtkapitalistischen Wegs der Industrialisierung, noch der Gesellschaftsverhältnisse der Sowjetunion und der DDR vornimmt, hat die Bahrosche Analyse und Kritik des realen Sozialismus im Vergleich zur westdeutschen Diskussion des gesellschaftlichen Charakters dieser Länder den zentralen Vorzug, daß sie in den expliziten Rahmen einer Theorie der sozialen Emanzipation gestellt ist, dadurch der Realanalyse ihren objek-

---

lende Entwicklung unter Bedingungen des Weltmarkts: das Beispiel der polnischen Entwicklung, in: Probleme des Klassenkampfs 27, Berlin 1977, S. 7 ff.

13 Methodisch entspricht dies der Einsicht, daß auch die nationale Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus in einem Land nicht einfach als Derivat der allgemeinen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise gefaßt werden kann, sondern in seinen Besonderheiten sich nur aus den historisch tradierten, inneren und den internationalen, äußeren Bedingungen erklären läßt. Vgl. hierzu W. Spohn: Weltmarktkonkurrenz und Industrialisierung Deutschlands 1870 – 1914, Berlin 1977

tivistisch-verdinglichten Charakter nimmt und die Kritik an diesen Ländern in eine emanzipatorische Perspektive einbindet. Sehen wir uns hierzu das Verhältnis von Realanalyse der sozialistischen Länder und der sozialistischen Zielbestimmung in der, durch die internationale marxistische Debatte erheblich geprägten, westdeutschen Diskussion etwas genauer an.

Jede Diskussion und Analyse der nominell sozialistischen Länder steht notwendig im Zusammenhang der Klärung der sozialistischen Ziele auf entwickelt-kapitalistischer Grundlage, weil die Sowjetunion und in ihrem Gefolge die anderen osteuropäischen Länder von ihrem Selbstverständnis her nachkapitalistische Gesellschaftsformationen sind. Im Unterschied zur bürgerlichen Geschichtstheorie, die in den entwickelten bürgerlichen Gesellschaften das Ende aller Geschichte und daher die osteuropäischen Länder auf abweichendem Weg letztlich auf dasselbe Geschichtsziel hin konvergieren sieht, ist jede marxistische Geschichtstheorie und -analyse vor die entscheidende Frage gestellt, ob diese Länder letzten Endes im Marxschen Sinne sozialistische Gesellschaftsformationen sind, oder ob sie es nicht sind. Sind sie es bei allen Besonderheiten und Übergangsschwierigkeiten, so muß dies bezogen auf die Bestimmung der eigenen sozialistischen Ziele notwendig heißen, daß sie strukturell die eigenen sozialistischen Perspektiven vorzeichnen. Sind sie es nicht, so muß auch eine Orientierung der eigenen sozialistischen Ziele an den gesellschaftlichen Verhältnissen dieser Länder fortfallen, diese in eine an den Auflösungsbedingungen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften gewonnene eigenständige Programmatik eingebunden sein. Dieser wesentliche Zusammenhang jeder Sozialismus-Diskussion wird bei Bahro zentral aufgenommen und eindeutig beantwortet, besteht in der internationalen Sozialismus-Diskussion mehr oder weniger deutlich, doch in der westdeutschen Sozialismus-Diskussion zerfällt er meist in eine diffuse Sozialismusbestimmung als Ziel sozialistischer Praxis und nicht explizit darauf bezogene Analysen der osteuropäischen Länder.

Die fundamentale Prämisse der offiziellen marxistisch-leninistischen Legitimationsideologie und der hieran in unterschiedlichem Maß orientierten kommunistischen Parteien ist, daß mit der Verstaatlichung des Eigentums an Produktionsmitteln und mit der staatlichen Planung der Sozialismus verwirklicht und die Errichtung des Kommunismus lediglich eine Frage des Entwicklungsgrads der Produktivkräfte sei (14). Der despotische Terror stellt in diesem Kontext nur einen subjektiven Fehler Stalins, die zunehmende Berücksichtigung des Wertgesetzes in der staatlichen Planung lediglich eine Frage der ökonomischen Effektivität dar, beide tangieren den sozialistischen Grundcharakter der Sowjetökonomie nicht. Eine hieran orientierte kommunistische Perspektive in den kapitalistischen Ländern stellt sich entsprechend den Aufbau des Sozialismus als eine durch die kommunistische Partei angeleitete Staatsökonomie vor, auch wenn ein Übergangsstadium der antimonopolistischen Demokratie zwischen Kapitalismus und Sozialismus dazwischengeschaltet ist. Bahros Kritik an dieser ideologischen Prämisse ist das Zentrum seiner Alternative, indem

14 Vgl. nur das Standardwerk: Lehrbuch der Politischen Ökonomie – Sozialismus, Berlin (DDR) 1972

er zeigt, daß eine verstaatlichte und in diesem Rahmen planbare Ökonomie keineswegs soziale Herrschaft beseitigt und folglich auch eine politische Orientierung auf dieses Ziel nebulös, gegebenenfalls sogar Legitimationsfunktion für die Aufrechterhaltung von sozialer Herrschaft hat.

Diese Gleichsetzung von staatlicher Industrie und Planung mit Sozialismus ist aber nicht nur die entscheidende Prämisse der sowjetmarxistischen Legitimationsideologie, nicht nur der verschiedenen Fraktionen der Bolschewiki in den 20er Jahren (15), sondern auch vieler der sich auf die damit verbundenen theoretischen Positionen beziehenden marxistischen Kritiker. Das gilt etwa für die subjektivistische Kritik Elleinsteins an der Stalinschen Diktatur (16), für Medwedews Anklage der mangelnden Demokratisierung von Partei und Staat als Ursache des Stalinismus (17) oder für den Vorwurf der Überzentralisierung der staatlichen Planung und der fehlenden Demokratie durch Dobb (18). Ohne die Bedeutung dieser jeweiligen Kritik herunterzuspielen, zeichnet doch mit dem Akzeptieren der Identifikation der verstaatlichten Ökonomie mit Sozialismus das sowjetische Gesellschaftssystem, jetzt allerdings in demokratischeren Formen die eigene sozialistische Perspektive vor, wobei dieser Demokratisierung als Bedeutungsgehalt von der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie bis hin zur sozialistischen Marktwirtschaft alles unterlegt wird. Bahro insistiert demgegenüber auf der historischen Zwangsläufigkeit, d.h. der nicht jederzeitigen politischen Realisierbarkeit der Demokratisierung und gibt vor allem der Demokratisierung einen klaren sozialen Inhalt, nämlich als gesellschaftliche Aufhebung der menschlichen Subalternität.

Gegenüber den skizzierten Vorstellungen einer demokratisierten Planwirtschaft, die letztlich im Rahmen der Sowjetökonomie als sozialistisches Leitbild verbleiben, sind die Definitionen der sowjetischen Gesellschaft als Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus und damit als Widerspruch zwischen zwei antagonistischen Produktionsweisen erheblich kritischer gegenüber dem real existierenden Sozialismus. Für Bettelheim (19) haben sich allerdings mit den ökonomischen Reformen die kapitalistischen Elemente wieder durchgesetzt und hat sich die Verwandlung des Sowjetstaates in eine Staatsbourgeoisie endgültig vollzogen. Für ihn ist Sozialismus wesentlich als staatliche Planung unter Aufhebung des Wertgesetzes bestimmt. Demgegenüber hält Mandel (20) in Fortführung der Trotzkischen Position an dem widersprüchlichen Charakter der Sowjetökonomie fest, da die staat-

15 Stellvertretend für die Hauptfraktionen und bei allen ökonomischen und politischen Differenzen N. Bucharin: Ökonomik der Transformationsperiode, Berlin 1971 und E. Preobraschenskij: Die Neue Ökonomik, Berlin 1971

16 J. Elleinstein: Geschichte des ‚Stalinismus', Hamburg/Berlin 1977

17 R. Medwedew: Die Wahrheit ist unsere Stärke, Frankfurt/M. 1973

18 Etwa in: C. Bettelheim, Kritik der Sowjetökonomie, Berlin 1969

19 C. Bettelheim: Ökonomisches Kalkül und Eigentumsformen, Berlin 1972 und ders.: Die Klassenkämpfe in der UdSSR, 1. Bd., 1917 – 1923, Berlin 1975, insb. S. 15-51

20 E. Mandel: Zehn Thesen zur sozialökonomischen Gesetzmäßigkeit der Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus, in: P. Hennicke (Hg.), Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften, Frankfurt/M., 1973, S. 15-37 und ders.: Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt 1967

liche Planwirtschaft als Grundeigenschaft einer sozialistischen Gesellschaft noch nicht beseitigt ist. Die Deformationen der Sowjetgesellschaft, namentlich die Ware-Geld-Beziehungen und die Bürokratie führt er auf die kapitalistischen Relikte zurück, deren Beseitigung eine politische Revolution erfordert, in der Rätedemokratie und Selbstverwaltung wiederhergestellt werden. Beide Positionen würde Bahro nicht schlicht für falsch halten, aber er insistiert ihnen gegenüber darauf, daß weder eine bloße Rückkehr zu einer rein gebrauchswertorientierten Planung, noch eine politische Revolution gegen die Bürokratie ausreichen, den sozialistischen Übergangscharakter der osteuropäischen Länder wiederherzustellen, sondern daß das Zentrum einer sozialistischen Übergangsgesellschaft die allmähliche objektive und subjektive Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ist, ohne die bürokratische Administration der gesellschaftlichen Produktion und Planung nach Kriterien des Wertgesetzes immer wieder notwendig auftreten (vgl. S. 453 f.).

Sehen diese Konzeptionen einer sozialistischen Übergangsgesellschaft in der Sowjetunion wenigstens partiell oder temporal sozialistische Elemente verwirklicht, die auch Teil einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft in den kapitalistischen Ländern darstellen, so besagt die Bestimmung der sowjetischen Gesellschaft als Staatskapitalismus etwa bei Cliff (21) und Mattick (22) letztlich, daß die Sowjetökonomie kein prinzipiell anders geartetes Gesellschaftssystem als das der kapitalistischen Länder darstellt und deshalb überhaupt keine Orientierung für eine sozialistische Strategie in den kapitalistischen Ländern enthält. Stattdessen heißt Sozialismus, daß die Produzenten die Kontrolle von Produktion und Distribution selbst in die Hände nehmen (23). In der gleichen Richtung einer grundsätzlichen Ablehnung der sowjetischen Gesellschaft als Sozialismus geht schließlich, wenn auch viel unbestimmter ihre Definition als etatistische oder bürokratisch-kollektivistische Gesellschaft (24). Wenn auch in diesen Definitionen der nichtsozialistische Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse in Osteuropa feststeht, so geht Bahro über diese Positionen insofern eindeutig hinaus, als er nicht einfach negativ demonstriert, daß Sozialismus grundlegend anders sei und auf den Emanzipationskampf des Proletariats hofft, sondern sehr genau die Elemente sozialer Herrschaft benennt, die bei der Verwirklichung des Sozialismus und der gesellschaftlichen Emanzipation beseitigt werden müssen.

Was in der internationalen Diskussion noch als Zusammenhang zwischen der Analyse der nominell sozialistischen Länder und der eigenen Sozialismuskonzeption mehr oder weniger explitit erscheint, ist in der westdeutschen Diskussion meist nur vage und implizit enthalten. Sieht man einmal von der nur dogmatischen Übernahme der internationalen Diskussion ab, so werden durchaus eigenständige kritische und empirische Analysen erstellt, die aber nur undeutlich politische Konsequenzen

21 T. Cliff: Staatskapitalismus in Rußland, Frankfurt/M. 1975
22 P. Mattick: Marx und Keynes, Die Grenzen des ‚gemischten Wirtschaftssystems', Frankfurt/M. 1971, S. 288-347
23 Ibid., S. 340
24 Etwa A. Carlo: Politische und ökonomische Struktur der UdSSR (1917 – 1975), Berlin 1972

enthalten und formulieren. Auf der einen Seite stehen mehr historische Analysen wie etwa die Arbeiten zur Sowjetunion von R. Lorenz (25), G. Meyer (26), H. Haumann (27) oder P.W. Schulze (28) und zur DDR von D. Staritz (29), die aber den Bezug zur theoretischen Diskussion über den Charakter des Gesellschaftssystems der sozialistischen Länder kaum herstellen und deshalb auch nicht direkt zu einer Sozialismus-Debatte beitragen. Auf der anderen Seite stehen mehr begrifflich orientierte Studien, wie die von der Planungsdebatte ausgehenden Arbeiten von Altvater/Neusüß (30), R. Damus (31), H. U. Foerderreuther (32) oder die von der Lenindiskussion und historischen SU-Debatte ausgehenden Arbeiten von R. Dutschke (33), B. Rabehl, W. Spohn und U. Wolter (34) sowie U. Schmiederer (35), die teilweise die staatliche Planung der Sowjetunion als Element des Sozialismus übernehmen oder teilweise zu einer grundsätzlichen Kritik am Gesellschaftssystem der sozialistischen Länder kommen. In dieser wenig aufeinander bezogenen Diskussion um den gesellschaftlichen Charakter der sozialistischen Länder wird unter Rekurs auf die sehr abstrakten Marxschen Bestimmungen in der Realanalyse wiederum hauptsächlich implizit oder negativ ausgedrückt, was Sozialismus ist oder was er nicht ist, ganz zu schweigen von der Auseinandersetzung um eine politische Programmatik. Als Ausdruck dieser Diskussionssituation verfolge man nur im Vergleich zur – von der Manifesto-Gruppe organisierten – Konferenz in Venedig (36) die in ‚links' geführte SU-Debatte (37), die sich in der Einschätzung der objektiven Tendenzen der Sowjetunion verliert, ohne auf irgendeine Weise den Bezug zur Klärung der eigenen politischen Perspektive herzustellen.

Es geht mir nicht darum, diese Arbeiten und Diskussionsbeiträge in ihrer Bedeutung zu verkennen, sondern darum, auf ihren absolut vorläufigen Charakter hinsichtlich der Klärung einer sozialistischen Perspektive in Westdeutschland und Westeuropa hinzuweisen. Demgegenüber macht Bahro die emanzipatorische Perspektive

25 R. Lorenz: Sozialgeschichte der Sowjetunion 1, 1917 – 1945, Frankfurt/M. 1976
26 G. Meyer: Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921 – 1923, Köln 1974
27 H. Hauptmann: Geschichte und Gesellschaftssystem der SU, Köln 1977
28 P. W. Schulze: Herrschaft und Klassen in der Sowjetgesellschaft, Die historischen Bedingungen des Stalinismus, Frankfurt/M. 1977
29 D. Staritz: Sozialismus in einem halben Land, Berlin 1976
30 E. Altvater/C. Neusüß: Bürokratische Herrschaft und gesellschaftliche Emanzipation, in: Neue Kritik 51/52, Frankfurt 1969
31 R. Damus: Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft, Frankfurt/M. 1973
32 H. U. Foerderreuther: Zur These vom objektiven Entwicklungscharakter des Sozialismus, in: Mehrwert 11, Berlin 1976
33 R. Dutschke: Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen, a. a. O.
34 B. Rabehl: Marx und Lenin, a. a. O., ders., W. Spohn, U. Wolter: Halbheiten in der Überwindung des Leninismus, a. a. O., U. Wolter: Grundlagen des Stalinismus, a. a. O.
35 Siehe die Beiträge in: E. Jahn (Hg.), Sozioökonomische Bedingungen der sowjetischen Außenpolitik, Frankfurt/M. 1975
36 Die Beiträge von Rossanda, Claudin, Magri, Trentin und Althusser sind abgedruckt in: Kritik 16, Berlin 1978
37 links, Nummern 45-47, 50, 52, 53, 57, 84, 86, 87, Offenbach 1973 ff.

zum expliziten Ausgangspunkt seiner Realanalyse und kommt dadurch nicht nur zu einer erheblich radikaleren Kritik des ral existierenden Sozialismus, sondern resultieren aus seiner Analyse zugleich genauere strategische Bestimmungen dieser emanzipatorischen Alternative. Der materielle Grund für diesen Unterschied in der Sozialismusbestimmung zwischen Bahro und der westdeutschen Linken mag darin liegen, daß Bahro unter DDR-Bedingungen von vornherein in gesellschaftlich-synthetischer Perspektive zu denken gezwungen ist, während der Sozialismusbegriff der westdeutschen Linken unter kapitalistischen Verhältnissen sehr stark durch die zersplitterten Kämpfe und dadurch bedingte Praxisformen geprägt wird.

IV. Fragen sozialistisch-kommunistischer Strategie

Aufgrund seiner allgemeinen Geschichtstheorie sozialer Emanzipation und seiner Analyse des real existierenden Sozialismus entwirft Bahro eine sozialistisch-kommunistische Strategie, die kurz- und vor allem langfristig eine emanzipatorische Alternative für die nominell sozialistischen Länder umreißt, die aber in ihrer Spannweite mit gewissen Unterschieden auch für die kapitalistischen Länder gilt. Bahro räumt den möglicherweise utopischen Charakter dieses strategischen Entwurfs ein, hält aber gerade gegenüber dem verdinglichten Marxismus (S. 299) utopisches Denken für nötig, um überhaupt die Diskussion um eine Alternative zu beginnen. Wie seinerzeit R. Luxemburgs: Sozialismus oder Barbarei! spricht er in existentialistischer Weise aus: „Die allgemeine Emanzipation ist heute die absolute Notwendigkeit, weil wir in dem blinden Spiel der subalternen Egoismen, in der Unsolidarität, dem Antagonismus der atomisierten, entfremdeten Individuen, Gruppen, Völker, Konglomerate aller Art immer schneller dem Punkt zueilen, an dem es keine Wiederkehr im Guten mehr gibt. Das muß man wissen, ehe man fragt, wie sie möglich sei.“ (S. 300)

Im Rahmen seiner Geschichtstheorie ist das Zentrum der Bahroschen Alternative der allgemeinen Emanzipation die Frage, wie die alte Arbeitsteilung, in welchen Elementen und Schritten sie aufgehoben werden kann. Mit Marx heißt das für Bahro, vor allen Dingen die Universalität der Aneignungstätigkeit für alle Individuen zu ermöglichen (S. 301 f.), eine Kulturrevolution, die die ganze subjektive Lebensform der Massen umwälzt (S. 304). Bahro behandelt dabei einerseits die Programmatik dieser Alternative, die Fragen der neuen Ökonomie, des Verhältnisses von sozialer und individueller Emanzipation und der gesellschaftlichen Demokratie umfaßt, andererseits das revolutionäre Potential dieser Alternative, die soziale Basis und ihre organisatorische Zusammenfassung in einer neuen Partei des Bundes der Kommunisten. Über den unmittelbaren ökonomischen Aktionsplan oder das Minimalprogramm hinaus, der die bürokratischen Privilegien beseitigt, Arbeitsnormung und Stücklohn abschafft, die Beteiligung aller an einfacher, ausführender Arbeit vorsieht und das Lohngefüge berichtigt (S. 458 ff.), muß es im Maximalprogramm der Kulturrevolution langfristig um die massenhafte Überwindung der Subalternität in

Form der Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Klassengliederung und der Bürokratie gehen. Hierzu gehört eine grundsätzliche Umverteilung der Arbeit (S. 326 ff.), die der Tendenz nach allen Menschen die ausführende und psychologisch unproduktive, aber doch notwendige Arbeit aufbürdet, dadurch allen Menschen die Möglichkeit leitender und psychologisch produktiver Arbeit ermöglicht, also die materielle Vermittlung von subalterner und synthetischer Tätigkeit in jedem einzelnen Individuum herstellt. Es geht, wie Bahro mit Marx sagt, um die soziale Evolution des menschlichen Wesens zu einem Ensemble durchgängig philosophisch-selbstbewußter Individuen (S. 327). Diese setzt aber nicht nur die objektive Umverteilung der Arbeitsfunktionen voraus, sondern bedeutet auch die subjektive Befähigung vornehmlich zur synthetischen Arbeit, was die Hochschulausbildung mit polytechnischer und künstlerisch-philosophischer Erziehung (S. 334 ff.), die Sicherung der Bildungsfähigkeit und Lernmotivation durch kreative Lernprozesse (S. 344 ff.), die Organisation eines neuen Gemeinschaftslebens im Rahmen autonomer Gruppen (S. 347 ff.) und die Vergesellschaftung und Demokratisierung des sozialen Erkenntnis- und Entscheidungsprozesses durch allgemeine Kommunikation über soziale Alternativen (S. 357 ff.) mit einschließt.

Auf der Grundlage dieser allmählichen, objektiven und subjektiven, sozialen und individuellen Aufhebung der Arbeitsteilung wird auch die bürokratische Planung allmählich vergesellschaftet werden können. Die Kriterien dieser vergesellschafteten Planung werden grundsätzlich andere sein als die bloß quantitative Entwicklung der Produktivkräfte. Angesichts des gegenwärtigen Stands der Produktivität hält es Bahro nicht für sinnvoll, an der dem Fortschrittsglauben des 19. Jhdts. verhafteten Marxschen Formel von der Entfesselung der Produktivkräfte im Sozialismus im Sinne eines sprunghaften Wachstums festzuhalten, sondern vielmehr eine Änderung der Entwicklung der Produktivkräfte vorzunehmen, die am Produktionsziel der reichen Individualität ausgerichtet ist. Im gleichen Sinne gegen die Marxsche Fassung des Verhältnisses der Reiche von Notwendigkeit und Freiheit formuliert er, daß die Verkürzung des Arbeitstags nicht ausreicht, um die freie Entwicklung des Individuums zu gewährleisten, vielmehr muß die psychologisch unproduktive Arbeitszeit innerhalb der notwendigen Arbeitszeit verkürzt werden, mithin das Reich der Freiheit das Reich der Notwendigkeit durchdringen (S. 492 ff.). Er fordert entsprechend nicht nur eine Ökonomie der Zeit, sondern eine neue Ökonomie der Zeit, die die gesellschaftliche Zeitbilanz von der individuellen Zeitbilanz aus bestimmt (S. 496). Diese Ausrichtung der gesellschaftlichen Planung an der reichen Individualität wird einschließen eine qualitative Änderung der Gebrauchswerte (508 ff.), die Harmonisierung der Reproduktion auch in internationaler Perspektive, d. h. die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Mensch und Natur namentlich durch Primat der einfachen Reproduktion, durch radikale Senkung des Material- und Energieaufwands und durch Orientierung der Produkte auf funktionelle Qualität (S. 512 ff.) und wird bedeuten den Übergang von der Finanzplanung zur Planung nach Zeitäquivalenten (S. 517 ff.). Diese Vergesellschaftung der Planung schließlich impliziert die grundlegende soziale und politische Demokratisierung der Gesellschaft, deren Zentrum in jedem Fall die Aufhebung der alten Arbeitsteilung

darstellt, aber weitere strukturelle Bedingungen ihrer Ausübung voraussetzt: Die Gesellschaft muß in Form von Kommunen als ökonomischen Einheiten organisiert sein, die wiederum in Formen realer Gemeinschaft untergliedert sind und damit die Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land sowie die Entfunktionalisierung der Familie durch die Vergesellschaftung der Hausarbeit und der Kinderbetreuung möglich macht. Die Assoziation auf verschiedenen Ebenen stellt die Organisationsform der Gesellschaft dar, die die strukturellen Bedingungen der Demokratisierung und Vergesellschaftung der Planung gewährleisten (S. 522 ff.).

Wer soll der soziale Träger dieser emanzipatorischen Alternative mit den skizzierten strategischen Elementen im real existierenden Sozialismus und auch in den kapitalistischen Ländern sein? Bezogen auf die kapitalistischen Länder ist Bahro sehr skeptisch gegenüber der Arbeiterklasse und ihren verschiedenen traditionellen Interessenorganisationen. Die Gewerkschaften kommen für ihn über ein trade-unionistisches Bewußtsein nicht hinaus, die Sozialdemokratie ist zur Partei der neuen Spezialistenschichten geworden (S. 219 f.), die kommunistischen Parteien primär aus externen Gründen der Oktoberrevolution und der sowjetischen Entwicklung entstanden (S. 217 ff.), die Arbeiterklasse in ihren spontanen Kämpfen eher egalitär als Träger einer neuen Gesellschaftsordnung. Und in den sozialistischen Ländern besitzt die Arbeiterklasse keine anderen Organisationen als die, von denen sie beherrscht wird (S. 223). Das Industrieproletariat hat für Bahro nicht dieselbe welthistorische Mission wie bei Marx. Aufgrund des Wandels der Industriegesellschaft, der Veränderung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters und der damit verbundenen hierarchischen Schichtungsstruktur in den sozialistischen wie kapitalistischen Ländern wird das Industrieproletariat nur teilweise der Träger der allgemeinen Emanzipation sein. Die soziale Basis der Alternative geht durch alle Schichten der Gesellschaft hindurch, sie besteht in dem massenhaft vorhandenen, nur durch die gesellschaftlichen Institutionen und die kompensatorischen Bedürfnisse gebundenen, überschüssigen Bewußtsein, d. h. der mit der Industrialisierung akkumulierten Qualifikation und Bildung subjektiver Produktivkraft, die gegen die bisherige Form gesellschaftlicher Synthesis insgeheim oder offen rebelliert und auch eine alternative Form der gesellschaftlichen Synthesis prinzipiell möglich macht. Die revolutionäre Strategie muß sich deshalb „auf ein ganz bestimmtes Kräfteverhältnis innerhalb des gesellschaftlichen Bewußtseins, genauer innerhalb der Gesamtmasse an akkumulierter Qualifikation, subjektiver Produktivkraft einstellen, auf das Kräfteverhältnis zwischen dem überschüssigen und dem absorbierten Bewußtsein.“ (S. 373) Bahro geht mithin davon aus, daß quer durch alle Schichten , im Industrieproletariat wie im Apparat, das überschüssige Bewußtsein mehr oder weniger absorbiert, mehr oder weniger rebellisch vorhanden ist und nur zielgerichtet auf eine emanzipatorische Alternative hin mobilisiert werden muß, um selbst massenhafte Faktizität zu werden. Der Mobilisator dieser Alternative ist die neue Partei des Bundes der Kommunisten, sie muß mit den traditionellen Formen der Arbeiterbewegung, insb. der Kaderpartei leninistischen Typs rigoros brechen, keine Sekte der Besserwissenden, kein Überstaat und keine gehorsame Armee sein, sie muß sich vielmehr als kollektiver Intellektueller organisieren, als Aufklärungsavantgarde das überschüssige Bewußt-

sein auf die allgemeine Emanzipation hin vereinigen, koordinieren und ausrichten. „Die ideologische Hegemonie zu erringen, heißt in allen Schichten und Gruppen der Gesellschaft die Vorherrschaft einer integralen Verhaltenstendenz in der Perspektive der allgemeinen Emanzipation zu erreichen. Dazu muß sich die Partei statt als Überstaatsapparat als der kollektive Intellektuelle organisieren, der die Reflexion der ganzen Gesellschaft, ihre Bewußtheit über alle sozialen Entwicklungsprobleme vermittelt und der in sich selbst etwas von dem humanen Fortschritt vorwegnimmt, für den er arbeitet." (S. 430 f.)

Es ist in einer solchen skizzenartigen Rekonstruktion nicht möglich, die Fülle der Bahroschen Gedanken auszuschöpfen, doch mag deutlich geworden sein, wie Bahro aufgrund der zentralen Einsichten des historischen Materialismus, der industriegesellschaftlichen, ökonomischen, politischen und persönlichen Erfahrungswelt und den aus den Widersprüchen der Industriegesellschaft entstehenden sozialen und politischen Bewegungen in den sozialistischen wie kapitalistischen Länder versucht, eine integrale emanzipatorische Alternative zu entwickeln, die sich nicht von tradierten Organisationsformen und spontanen Protestformen abhängig macht, aber auch nicht ihre vom Maßstab der Bedingungen gesellschaftlicher Emanzipation her vorwärtstreibenden Elemente unterschlägt. Er ist Ketzer, aber er ist nicht Sektierer. Zum Abschluß soll die politische Bedeutung der Alternative für die osteuropäische Opposition und die westeuropäische Linke befragt werden.

Was die osteuropäische Opposition gegen die nachstalinschen Herrschaftsformen angeht, glaube ich, daß die zunächst intellektuelle Wirkung Bahros nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Trotz staatlicher Versuche, die Diskussion über Bahro erst gar nicht aufkommen zu lassen, wird doch längerfristig entscheidend sein, daß nicht ein Außenstehender, sondern ein Insider der kommunistischen Staatspartei in äußerst radikaler und klarer Art und Weise auf Basis des Marx-Engelsschen historischen Materialismus die Gesellschaftsverhältnisse der sozialistischen Länder kritisiert und in Negation dieser Verhältnisse eine Alternative – wie utopisch auch immer – entwirft. Er geht damit entschieden über die bisherige politisch-theoretische Beschränktheit der osteuropäischen Oppositionsbewegung hinaus. Auch wenn er Produkt der sozialen und politischen Widersprüche der osteuropäischen Länder ist und durchaus mit den einzelnen Oppositionsströmungen sympatisiert, verfängt er sich nicht in diesen Verhältnissen. Er ist weder identisch mit der Bürgerrechtsbewegung – so kann Bahro etwa Solschenizyn als rückwärtsgewandt ablehnen, doch zugleich seine humanen Impulse aufgreifen – , noch zu verwechseln mit den oszillierenden Forderungen nach mehr Demokratie, sei 's des bürgerlichen Parlamentarismus oder sei 's der sozialistischen Marktwirtschaft, verfängt sich auch nicht in der Alternative mehr zentraler oder mehr dezentraler Planung oder in der nebulösen Vorstellung der Wiederherstellung der wahren Herrschaft der Arbeiterklasse. Er lehnt diese Forderungen nicht rundheraus ab, unterstützt sie sogar – kommt er doch etwa zur Überlegung, ob nicht die Herstellung kapitalistischer Verhältnisse einen gesellschaftlichen Fortschritt bedeuten würde, da sie wenigstens eine autonome Klassenentwicklung ermöglichen (S. 390) –; vielmehr zeigt er ihre politische Be-

schränktheit und ihr falsches Bewußtsein, als ob diese Maßnahmen jeweils eine grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse bedeuteten. Er macht grundsätzlich klar, in welche Richtung überhaupt eine sozialistisch-kommunistische Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu gehen hat und dürfte dadurch zu einem theoretischen Kristallisationspunkt einer kommunistischen Opposition in Osteuropa werden.

Wenn ich die intellektuelle Bedeutung Bahros für die klärende Diskussion einer kommunistischen Opposition in Osteuropa für außerordentlich halte, so heißt das gleichzeitig keineswegs, daß seine Alternative auf dem von ihm vorgestellten Weg auch politisch unmittelbar virulent werden wird. Ein Hauptgesichtspunkt meiner kritischen Anmerkungen war, daß Bahro allzusehr auf der Ebene einer allgemeinen Geschichtstheorie verbleibt, und keine historisch-spezifische Formationsanalyse betreibt. Vor dem Maßstab allgemeiner Emanzipation zeigt Bahro unmißverständlich auf, daß die osteuropäischen Länder keine sozialistischen Übergangsgesellschaften sind, aber unterstellt zugleich, daß auch jeder anstehende Konflikt unzweideutig in die Richtung der emanzipatorischen Alternative gehen wird. Es sei mir gestattet anzumerken, daß Bahro hier doch seinen eigenen politisch-theoretischen Werdegang in die gesellschaftlichen Verhältnisse Osteuropas projiziert. Da wird einmal die politische Entwicklung in der CSSR 1968 doch allzusehr als Beweis der Aktualität der Alternative gedeutet (S. 362 ff.). Da wird des weiteren die Tatsache, daß die politische Initiative in der CSSR aus dem Parteiapparat selbst kam, dahin interpretiert, daß es durchaus denkbar ist, die Alternative als Staatsreform durchzuführen, wenn nur eben die wirklich kommunistische Partei an der Macht wäre. Nur dort schließlich, wo der Apparat wie in der SU und der DDR zu sehr versteinert ist, könnte nur eine Spaltung der kommunistischen Staatspartei das überschüssige Bewußtsein mobilisieren. E. Mandel hat hier sehr zu Recht eingewandt, daß Bahro aufgrund seiner Analyse der Bürokratie und ihren materiellen Interessenbedingtheit unmöglich den Apparat als Ausgangspunkt der emanzipatorischen Alternative hinstellen könne. Wenn Bahro von seiner allgemeinen Geschichtstheorie auf die konkretere Ebene der spezifischen Tendenzen dieser Gesellschaftsformationen herunterginge, müßte er sich selbst fragen, ob nicht die staatlich-despotischen und kapitalistischen Tendenzen eine eminent realere Geschichtsmächtigkeit in diesen Ländern haben, sodaß selbst im günstigsten und vorrangigen Falle der politischen Demokratisierung Bahros kommunistischer Bund eine kleine politische Splittergruppe darstellen würde, aber keine unmittelbar gesellschaftlich reale politische Tendenz. Die theoretisch radikale Alternative Bahros wird sich nicht auf den sachten Wegen einer Erziehungsdiktatur, sondern nur in sozial und politisch entsprechend radikalen Konvulsionen vollziehen – eine Konsequenz, zu der Bahro allerdings gelegentlich selbst kommt.

Bezogen auf Westeuropa und auf die westeuropäische Linke hat E. Mandel ebenfalls verwundert auf die praktische Vorsichtigkeit Bahros aufmerksam gemacht, die auf die aufklärerische Wirkung seiner Alternative hofft und die Kämpfe der Arbeiterklasse, seien sie vom Maßstab allgemein menschlicher Emanzipation auch noch so beschränkt, allzu skeptisch negiert. Daß sich im Zuge der Industrialisierung der gesellschaftliche Gesamtarbeiter ganz erheblich verändert hat, und es

entsprechend fatal wäre, das Proletariat mit der Industriearbeiterschaft gleichzusetzen, ist ohne weiteres zugegeben, insofern hat auch Bahros Kritik an einem im falschen Sinne orthodox-marxistischen Begriff der Arbeiterklasse durchaus ihren rationellen Kern. Doch wird Bahros Alternative sich hier nicht einfach über die Mobilisierung überschüssigen Bewußtseins durchsetzen oder ungünstigenfalls über die Erziehungsdiktatur des Kommunistischen Bundes zu verwirklichen sein, sondern setzt die Entwicklung des Klassenkampfs und die in seinem Kontext sich vollziehende inhaltliche Veränderung des Bewußtseins der Menschen voraus. Die theoretische Radikalität der Bahroschen Alternative erfordert ebenso die politische Radikalität der sozialen Umwälzung, ohne sie muß sie utopisch bleiben.

Trotz alledem wäre es aber falsch, Bahros Alternative die geschichtsmaterialistische Radikalität abzusprechen. Es fehlen ihr allerdings die historischen und politischen Vermittlungen. Ich habe zu zeigen versucht, daß gerade diese theoretische Radikalität einen entscheidenden Impuls für die westdeutsche Sozialismus-Diskussion in ihren verschiedenen Aspekten darstellen könnte. Bahro ist ohne Zweifel auch beeinflußt von dem Aufschwung und den Formen der antiautoritären und antikapitalistischen Bewegung bis hin zur Entwicklung des Eurokommunismus in Westeuropa. Aber seine allgemeine Emanzipationstheorie verbietet es, daß er von irgendeiner linken Gruppe oder Theorie vereinnahmt wird. Wenn auch wiederum seine historische Erklärung der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien nicht weit reicht, so ist seine Kritik an ihren Sozialismusvorstellungen als staatlich-bürokratische und reformkapitalistische Gesellschaftsplanung eindeutig. Wenn auch Bahro den Eurokommunismus für einen entscheidenden Fortschritt hält und seine auf alle Gesellschaftsschichten gegründete Strategie sehr freundlich aufnimmt, so liegt seine Kritik an den Inhalten dieser Strategie: der Orientierung an der parlamentarischen Demokratie, an der ökonomisch und politisch unaufhaltsamen Evolution zum Sozialismus, an dem nationalen Aufbau dieses Sozialismus und an den nicht überwundenen stalinistischen Relikten auf der Hand. Aber auch umgekehrt zeigt er gegenüber den anarchistischen, syndikalistischen, linkskommunistischen und trotzkistischen Vorstellungen eines libertären Kommunismus, der Produktionskontrolle, der Selbstverwaltung und der Rätedemokratie, daß sie ohne die Lösung des Problems der zentralen Kontrolle der gesellschaftlichen Produktivkräfte auf Basis der Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung keine allgemeine, soziale und individuelle Emanzipation herstellen (S. 520 ff.).

Die Bedeutung Bahros liegt in seiner allgemeinen Geschichtstheorie der Bedingungen und Möglichkeit der allgemeinen Emanzipation, in seiner an diesem Maßstab radikalen Kritik an den Gesellschaftsverhältnissen der osteuropäischen Länder und der Bestimmung einer emanzipatorischen Alternative in ihren zentralen Elementen. Die Kritik an Bahro wird sich auf seine fehlende historische und politische Konkretion und die daraus entstehenden problematischen realanalytischen und strategischen Bestimmungen konzentrieren. Auf diese Weise könnte er ein integraler Impuls für eine stagnierende Sozialismus-Diskussion sein. Voraussetzung wäre, auch wenn die objektiven Bedingungen nicht günstig sind, mit Bahro weder romantisch noch denunziatorisch zu verfahren, sondern die Sozialismus-Diskussion im Bahroschen Geist zu führen.

Gert Schäfer
Was heißt bürokratischer Sozialismus?
Versuch einer Würdigung von Rudolf Bahros „Anatomie des real existierenden Sozialismus“ (1)

> „Ich bin mit absoluter Ernsthaftigkeit herangegangen, mit aller Aufrichtigkeit und Konsequenz. Ich habe nicht nur meinen Verstand, sondern meine staatsbürgerliche Existenz in die Waagschale geworfen.“ *Rudolf Bahro*

1. Plädoyer, sich Rudolf Bahros Argumentation wirklich auszusetzen

Bahros Umrisse „zur Kritik des real existierenden Sozialismus“ (2) sind mit gutem Recht als das wichtigste theoretische Werk aus den sozialistisch genannten Ländern seit Leo Trotzkis ‚Die verratene Revolution‘ gerühmt worden (3). Der moralische, intellektuelle und politische Mut Bahros läßt sich kaum besser als mit seinen eigenen, oben zitierten Worten würdigen. Daß er dabei von sich selber sagen kann, „ich bin in meiner gesamten Entwicklung sozusagen ein DDR-Produkt, durch und durch“ (4), mag einmal – um an das alte Gleichnis zu erinnern – auch die Schande jener tilgen, die ihn der „nachrichtendienstlichen Tätigkeit“ bezichtigt und „aus dem Verkehr gezogen“ haben.

---

1 So lautet der II. Teil des Buches ‚*Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*‘, EVA, Köln – Frankfurt/M. 1977

2 Bahro benutzt die „defensive Formel“ (Alternative, S. 20) vom real existierenden Sozialismus in einem ironischen Sinn, der Bekanntheit halber (vgl. ebda, S. 25). Seine eigene Charakterisierung dieser Ordnung als „protosozialistisch“ zielt auf die tatsächlich wesentliche Tatsache, daß die „Vergesellschaftung als entscheidendes Formationsmerkmal des Sozialismus noch vollständig etatistisch verlarvt ist“ (ebda). Übrigens verwendete Trotzki an einer Stelle seiner ‚*Verratenen Revolution*‘ ebenfalls das Bild von der Larve: „Um gesellschaftliches Eigentum zu werden, muß das Privateigentum unvermeidlich das staatliche Stadium durchlaufen, so wie die Raupe durch das Stadium der Larve gehen muß, um Schmetterling zu werden. Myriaden von Larven kommen um, bevor sie Schmetterling wurden ... Das Staatseigentum verwandelt sich in sozialistisches Eigentum in dem Maße, wie es aufhört, Staatseigentum zu sein. Und umgekehrt: je höher der Sowjetstaat sich über das Volk erhebt, umso wütender stellt er sich als Hüter des Eigentums dem Volk, dessen Verschwender, gegenüber, umso krasser zeugt er selbst gegen den sozialistischen Charakter des Staatseigentums“ (Veritas Verlag Zürich o. J., S. 231, Kap. IX).

3 Ernest Mandel, *Kritik des Eurokommunismus.* Revolutionäre Alternative oder neue Etappe in der Krise des Stalinismus? Olle & Wolter, Berlin-W 1978, S. 94. Wörtlich heißt es dort allerdings: „ ... aus den Ländern, die den Kapitalismus abgeschafft haben“. Vgl. hierzu die Kritik Bahros an Mandels „durchgehender Ungenauigkeit“, die „sowjetischen Verhältnisse für nachkapitalistisch“ in einem sozusagen evolutionär höheren Sinn anzusehen (Alternative, S. 123; vgl. S. 453 f. und Mandel, S. 98).

4 R. Bahro, *Eine Dokumentation,* EVA, Köln – Frankfurt/M 1977, S. 62

„Bahros Echo" (5) unter der sozialistischen oder kommunistischen Linken hierzulande blieb indessen bisher, von den politisch-moralischen Solidarisierungen für einen Augenblick abgesehen, merkwürdig eintönig. Gemeint sind nicht jene, die glauben, sich das Nachdenken durch Abstempelungen und Verdammungssprüche vom Leibe halten zu können. (Gehandelt werden gegenwärtig, je nach Laden, die Stempel „anarchistisch", „parteikommunistisch", „traditionalistisch", „revisionistisch", „utopisch", „technokratisch", „linksbürgerlich", selbstredend „antikommunistisch", „antisowjetisch" und so weiter). Die wohlmeinenden vermeintlichen Realisten hier wie dort können sich vermutlich ohnehin auf die Formel einigen, daß „Bahros Mut ... ihm einen ehrenvollen Platz sichern" werde, „unbeschadet seiner kommunistisch-idealistisch überhöhten Fehlinterpretationen" (6).

Doch auch bei Denkenden wird die Rezeption seines Werkes bis heute vor allem durch die zustimmende oder ablehnende Einordnung in das jeweilige Weltbild bestimmt. Das ist in vieler Hinsicht unvermeidlich, und auch dieser Beitrag kann davon nicht frei sein (7). Er versucht nur an dem alten Rat festzuhalten, sich nicht in die Schwächen, sondern in die Stärken des anderen zu vertiefen. Wenn es eine ziem-

---

5 Mandel, a. a. O., S. 94 ff. Das gilt leider auch für die wohlmeinende und besorgte Rezension von Wolfgang Abendroth, „Weder Strategie noch – insgesamt – richtige Analyse, aber eine wichtige Quelle zum Problem des gegenwärtigen Entwicklungsstadiums des realen Sozialismus", in: *Das Argument,* 107, 1978, S. 60-66. Abendroth geht auf die zentralen Argumentationen Bahros gar nicht ein. Diese können ja falsch sein; sie können aber erst widerlegt werden, wenn sie wirklich zur Kenntnis gelangen. Die einzelnen kritischen Anmerkungen Abendroths treffen überdies genau daneben. Warum müssen auch die besten Köpfe oft die Augen verschließen?

6 So „ein hoher SED-Funktionär über das Buch des verhafteten Regime-Kritikers R. B." im *Spiegel,* Nr. 39, 1977, S. 114. Ebenso (zustimmend zitierend) Ernst Heinrich in der *Frankfurter Rundschau* vom 13. 3. 78, S. 19: „Abends gemeinsam die Fußböden schrubben. Noch einige Anmerkungen zu R. B. 's ‚Die Alternative' " – eine der herablassenden, meist von flüchtigem Lesen zeugenden Rezensionen.

7 Eine persönliche Bemerkung ist an dieser Stelle angebracht. Seit Jahren – mit langen Unterbrechungen wegen anderen Schwerpunktsetzungen – habe ich mich mit der Fragestellung beschäftigt, wie sie meiner Auffassung nach dem Kern von Bahros Analyse zugrundeliegt. Als ich sein Buch gelesen habe, fand ich dort in ausgeführter Form vieles von dem, was ich in Ansätzen selber zu entwickeln versuchte. Meine Faszination mag jeder leicht ermessen. Daß produktives Nachdenken keine Sache der Faszination, sondern der Kritik ist, weiß ich. Unser Meister K. M. hat seiner Tochter ja den eigenen Wahlspruch verraten: de omnibus dubitandum (wir fügen mit Ernst Bloch rasch hinzu: incipit vita nova). Es geht nicht darum, Bahros Argumentation als Offenbarung zu betrachten. Jedes wissenschaftliche Werk ist dazu da, bald weiterentwickelt oder überholt zu werden. Das setzt allerdings voraus, sich ihm wirklich auszusetzen. Dafür plädiere ich. Zur Entwicklung meiner eigenen Postion in diesen Fragen möchte ich auf folgende Arbeiten verweisen: *Die Kommunistische Internationale und der Faschismus,* Verlag 2000, Offenbach 1973, bes. S. 52 ff. sowie Kap. 5, Strukturmerkmale stalinistischer Ideologie; *Einige Probleme des Verhältnisses von ‚ökonomischer' und ‚politischer' Herrschaft,* bes. Kap. 7, Herrschaft und Arbeit der Oberaufsicht, in: Marx – Engels, *Staatstheorie,* hrsg. und eingeleitet von Hennig/Hirsch/Reichelt/Schäfer, Ullstein, Frankfurt/M usw. 1974; *Marxismus und Bürokratie* –Elemente und Entwicklung. Zur Kritik einer theoretischen und politischen Auseinandersetzung, Mskr., Seminar für Wissenschaft von der Politik, TU Hannover, Juni 1977 (erscheint in erweiterter Form vermutlich 1978 in *Gesellschaft.* Beiträ-

lich bekannte und verständliche Erfahrung ist, daß neue Stufen der Reflexion, so sehr sie sich aus Vorangegangenem entwickeln und auf Traditionen beruhen, zuerst eher übersehen oder abgewehrt werden – indem sie überlesen, indem ihre exponiertesten, scheinbar leicht angreifbaren Passagen herausgegriffen und abgekanzelt werden, oder indem einfach nur das zur Kenntnis gelangt, was in ein bereits existierendes Bild hineinpaßt – so ist das Wichtigste, was Rudolf Bahro von uns erwarten kann, der ernsthafte Versuch, die Arbeit seines Gedankens wirklich zu begreifen.

Wenn wir uns seiner Analyse wirklich stellen wollen, müssen wir das *bekannte* Land des Marxismus mitunter überschreiten. Das ist nicht so zu verstehen, als gäbe Bahro dem Marxismus den Abschied. Im Gegenteil. Er hält nicht nur an dem alten Ziel einer klassenlosen Gesellschaft fest, worin „die freie Enwicklung eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist" (Kommunistisches Manifest). Dazu unternimmt er den Versuch, die marxistische Theorie gesellschaftlicher Entwicklung angesichts der Erfahrungen des real existierenden Sozialismus, von „Bürokratisierung" und „Entwicklungsungleichheit" (8) neu zu überdenken. Vielleicht muß besonders erwähnt werden, daß Bahro an die marxistische theoretische Tradition stets anknüpfen kann. Durch die untersuchten Entwicklungen und Erfahrungen belehrt, erhalten ihre Elemente aber oft eine neue Gewichtung, und damit verändern sich auch manche praktischen Perspektiven.

Der folgende *Diskussionsbeitrag* konzentriert sich auf den Mittelteil von Bahros Werk, „die Anatomie des real existierenden Sozialismus", genauer: auf die Analyse *bürokratischer Organisation und Herrschaft* im allgemeinen. Denn – so lautet eine *erste* zentrale These, die hier vorgetragen werden soll – der real existierende Sozialismus läßt sich seiner inneren Natur nach als gesellschaftlich verallgemeinerte bürokratische Organisation des sozialen Zusammenhangs begreifen. Sie ist der institutionelle Ausdruck vertikaler Strukturen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, Funktionen- und Wissenshierarchie, d.h. spezifischer gesellschaftlicher Seins- und Bewußtseinsformen. Das in ihnen enthaltene besondere soziale Herrschaftsverhältnis kann – das ist eine *zweite* Grundthese – von den ökonomischen und gesellschaftlichen Kategorien, Daseins- und Bewußtseinsformen des *Kapital*verhältnisses her nicht zureichend begriffen werden, obschon der *Arbeits*prozeß, die Arbeit von Oberaufsicht und Leitung (wie Marx sie nannte) oder die staatlichen Verwaltungsapparate auch in der kapitalistischen Produktionsweise bürokratische Organisations- und Herrschaftsstrukturen besitzen.

---

ge zur Marxschen Theorie, Suhrkamp, Frankfurt/M). Dem hier abgedruckten Text liegt mein Vortragsmanuskript ‚*Die Anatomie des real existierenden Sozialismus* – Rudolf Bahros Kritik und kommunistische Alternative', Seminar für Wissenschaft von der Politik, TU Hannover, 6.12.77, zugrunde. Viel verdanke ich Diskussionen mit Egbert Jahn.

8 Das sind die beiden Stichworte, die für Bahro die Marxsche Perspektive des Sozialismus als Aufhebung des Privateigentums korrigieren. Deshalb reiche es nicht mehr aus, „im traditionellen Sinne ‚Marxist' zu sein". Vgl. Alternative, S. 35, bes. auch S. 53 ff., 232 ff. Bahros Kritik an Marx und der marxistischen Tradition ist eine eigene Untersuchung wert. Meiner Auffassung nach ist sie, um das mißverständliche Wort zu benutzen, marxistisch durch und durch.

Wenn dies zutrifft, ist die historische Perspektive, unter der die Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums und der Klassengesellschaft, der Übergang zur sozialistisch/kommunistischen Assoziation gedacht wurde, nicht allein in zeitlicher (geschichtliche Rückständigkeit, „Unterentwicklung", zu gering entwickelte materielle Produktivkräfte), sondern in einer grundsätzlichen Hinsicht betroffen. Dann bedarf es auch einer Neubestimmung marxistischer Theorie und revolutionärer Praxis, mit einer neuen Gewichtung und Fortentwicklung der aus der marxistischen Tradition geläufigen Problemstellungen. Bahro geht diesen Weg. Die Steine des Anstoßes sind zahlreich, was besonders für seinen vermeintlichen Idealismus, den Marxismus gleichsam wieder auf den Kopf stellen zu wollen, für seine Diagnose des emanzipatorischen Potentials, der Subalternität und mangelnden Selbstbefreiungskraft der Arbeiterklasse im und jenseits des Kapitalismus, oder – die andere Seite – für seine „traditionalistische" Konzeption einer Kommunistischen Partei gelten mag (9). Alle diese wesentlichen Fragen bedürfen der eigenen gründlichen Diskussion. Sie können in diesem Beitrag ebenso nur ganz am Rande zur Sprache kommen wie das Thema des nichtkapitalistischen Weges *zur* Industriegesellschaft (erörtert vor allem im I. Teil von Bahros Buch), oder die gelegentlichen Bemerkungen zu Entwicklungen in den späten kapitalistischen Gesellschaften (10) (daß Bahros Analyse zentrale Fragen auch für unsere politische Konzeption aufwirft und manchen Zug unserer Praxis erhellt, scheint mir allerdings evident).

Eines der wesentlichsten Resultate von Bahros Überlegungen besteht m.E. – das ist eine *dritte* These – in dem Nachweis, daß die weltgeschichtliche Alternative Kapitalismus oder Sozialismus keine evolutionäre Einbahnstraße ist. Nicht lediglich in dem eher bekannten Sinn, daß Rückfälle und Restaurationen möglich seien, sondern vielmehr in der Erkenntnis, daß es jenseits (11) des Kapitalismus Entwicklungs-

---

9 Auch wo unser marxistischer Traditionalismus als toter Hund behandelt zu werden pflegt, bleibt „Bahros Echo" bisher merkwürdig dumpf. Vgl. Detlev Claussen, *Sozialismus in keinem Land.* Zur Alternative von R. B., in: *links,* Nr. 95, Januar 78, S. 15 f. Bahro wird dort vor allem auf ideologische Elemente der antiautoritären Tradition reduziert. Das gilt insbesondere für das auf ihre Weise avantgardistisch gefaßte Verhältnis von „Intelligenz" und gesellschaftlichem Gesamtarbeiter. Bahros traditionalistisch genanntes Konzept eines neuen kollektiven Intellektuellen (Bund der Kommunisten) mag untauglich sein. Aber er versucht das im Zusammenhang der Bürokratiekritik und der Diagnose gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen entfaltete Problem der Hierarchie des Wissens so aufzuheben, daß es nicht zu einer neuen Dominanz und Selbstüberhebung der Intellektuellen-Avantgarde kommt. Wie auch immer: Das Problem ist theoretisch und praktisch ungelöst, offen. Schnell fertige Antworten und Rezepte sind mit Sicherheit falsch.

10 Kurz sei angemerkt, daß m. E. Bahros Interpretation des „Staatsmonopolismus" in den kapitalistischen Gesellschaften unseres Typs fehlgeht; er steht hier offensichtlich in der Tradition der Schulen vom staatsmonopolistischen Kapitalismus. M. E. liegt *ein* wesentlicher Erklärungsgrund für dieses Bild vom staatsmonopolistischen Kapitalismus in einem *Rückschluß.* Züge vor allem der kriegswirtschaftlichen Organisation des Kapitalismus in Deutschland haben ja die Staatsökonomie des „real existierenden Sozialismus" unmittelbar beeinflußt: in der Sowjet-Union nicht weniger als in der DDR.

11 Wenn es überhaupt möglich ist, eine evolutionäre Stufenfolge des „Fortschritts" anzugeben, dann ist es jedenfalls keineswegs ausgemacht, daß der bürokratische Sozialismus eine

alternativen gibt, die sich qualitativ unterscheiden, obgleich sie alle nicht von *Privat*eigentumsverhältnissen dominiert werden. Auch dies gilt wiederum nicht bloß zeitlich (niedrigerer oder höherer Entwicklungsgrad *einer*, vom Stand der Produktivkräfte und der internationalen Lage abhängigen sozialistischen „Übergangsgesellschaft"), sondern betrifft den Formationscharakter dieser Gesellschaften insgesamt. Leo Trotzki hat einmal formuliert, „die denkenden Elemente konnten sich anschaulich davon überzeugen, daß die Umwälzung in den Eigentumsformen (im engeren, am Begriff des Privateigentums gemessenen Sinn, G.S.) die Probleme des Sozialismus noch nicht löst, sondern sie erst stellt" (12). Bahro zeigt wie bisher kein anderer (13), daß und warum die *notwendige* Bedingung der *Aufhebung* (14) des kapitalistischen Privateigentums auch unter geschichtlich günstigen Voraussetzungen keine *hinreichende* Bedingung für die Entwicklung zu einer klassenlosen Gesellschaft ist, wie sie seit Marx gedacht wurde. Den Schlüssel dazu liefert die Analyse bürokratischer Herrschaft. Sie wird nicht mehr, wie in der bisherigen exoterischen marxistischen Tradition, lediglich als Resultat von Bewegungen oder Deformationen im politisch-staatlichen Überbau und Folge rückständiger Produktivkräfte, bürgerlicher Verteilungsnormen (jedem nach seiner Leistung), entsprechenden Erzwingungsapparates (Staat) gedeutet (15), sondern als Form der Organisation gesellschaftlicher Arbeit selbst, auch und gerade (wie wir sehen werden) bei entwickelten materiellen Produktivkräften.

Im Kommunistischen Manifest beschreiben Marx und Engels verschiedene Arten des Sozialismus, die sich alle von dem Sozialismus, für den sie eintraten, dem Wesen nach unterscheiden. In den Pariser Manuskripten, dem Anti-Dühring und anderswo nennen Marx und Engels verschiedene Arten des Kommunismus, die ebenfalls mit ihrer Idee davon nichts zu tun haben. Das Wort *bürokratischer Sozialismus*

---

höhere Entwicklungsformation als der entwickelte Kapitalismus darstellt – nicht nur im Blick auf jene Entwicklungsphase, in der „vorsozialistische" Aufgaben zu bewältigen sind, der Industrialisierungsprozeß und mit ihm die industrielle „Zwangsarbeit" und Arbeitsdisziplin – wieder mit unendlichen Leiden – durchgesetzt werden müssen.

12 Verratene Revolution, a. a. O., S. 29

13 Bahro bemerkt, wie viel er den Arbeiten Isaac Deutschers verdanke. Auf einen Aufsatz Deutschers, der für mich im Zusammenhang der Bürokratieproblematik sehr wichtig war, sei hier hingewiesen: ‚Roots of Bureaucracy', in: *The Socialist Register*, London 1969, S. 9-28 (jetzt deutsch in: Marxismus der Gegenwart). In dieser Arbeit deutet Deutscher jene Perspektive an, die das Problem der Bürokratie auf die Trennung von leitender und ausführender Tätigkeit, Kopf- und Handarbeit zurückführt. Die Tatsache, daß jenseits der Gesellschaften von Privateigentümern der Antagonismus von Herrschenden und Beherrschten tief verankert bleiben könne, habe der gesamte Marxismus unterschätzt. Aber auch Deutscher bindet das Bürokratienproblem noch lediglich an unterentwickelte Produktivkräfte und Verteilungsnormen (vgl. Anm. 15).

14 Bahro erinnert an die ganze Tragweite des Begriffs *Aufhebung* der kapitalistischen Produktionsweise bei Marx (siehe bes. Alternative, S. 28 ff.) – aber auch an die Schranken dieser Konzeption.

15 Die Position von Lenin und Trotzki. Nebenbei gesagt, Verteilungsnormen bezieht sich hier immer auf die Sphäre von Lohn und Leistung, nicht auf die Distribution der Produktionsbedingungen selbst. Vgl. Bahro, Alternative, S. 113, Trotzki, Verratene Revolution, S. 55 f, und meine Arbeit Marxismus und Bürokratie (s. o. Anm. 7).

(von Bahro nicht gewählt, weil er an einem emphatischen Begriff von Sozialismus und Kommunismus festhält) schlage ich vor, um den Stier bei den Hörnern zu packen. Es gibt Gesellschaften, die sich sozialistisch nennen mögen, weil sie keine Privateigentümergesellschaften sind. Als geschichtete Gesellschaften, die *anders* als der Kapitalismus auf der *Trennung* der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln beruhen, stellen sie gleichwohl nicht lediglich Übergangsformen zur klassenlosen Vergesellschaftung, sondern eine Formation *sui generis* auch in entwickelter Gestalt dar, „neue Herrschaftsverhältnisse", für die Marx und Engels (wie die Marxisten nach ihnen) in der Tat „noch keine Prognose" hatten (Alternative, S. 162) (16).

Wir müssen wohl eigens betonen, daß es nicht darum gehen kann und soll, fertige Wahrheiten oder unumstößliche Gewißheiten feilzubieten. Die Krise marxistischer Theorie(n), von der nun einmal mehr allerorten gesprochen wird, ist ohnehin die Folge eines Denkens, das sich eingebildet hat, geschlossene Weltanschauungen und fixe Resultate hervorbringen und verwalten zu können. Daß Theorien und Begriffe die einzig mögliche Weise repräsentieren, wie ein *denkender* Kopf sich die Welt aneignen kann, muß zwar gerade heute, angesichts der nicht bloß in Frankreich grassierenden Mode der Abdankung des Begriffs vor dem „gerissenen Faden" (17) der Selbstüberhebung leider auch des verdinglichten marxistischen Denkens, nachdrücklich in Erinnerung gerufen werden. Aber es ist wahr, daß die Wirklichkeit nicht nur in dem handfesten Sinn außerhalb des Kopfes bestehen bleibt, sondern der Prozeß des Denkens, die „Wissenschaft" (auch der „wissenschaftliche Sozialismus") (18) immer auf *Abstraktionen* und damit auf *Reduktionen* beruht. Diese haben gewiß ihr Fundament in der gesellschaftlichen Realität selber. Was Engels über die Ideologen und Systemebauer bemerkte, ebenso wie seine souveräne (selbst)kritische Haltung (19), bezeichnet allerdings den genauen Gegensatz sowohl zu allen Hy-

---

16 Wir müssen heute zugeben, daß der erste, der diese Prognose mit bösem Blick ausgesprochen hat, Max Weber gewesen ist.

17 Vgl. Gilles Deleuze/Michel Foucault, *Der Faden ist gerissen*, Merve, Berlin-W 1977 (Internationale Marxistische (!) Diskussion 68, notabene). Hier wird das Problem der Intellektuellen und des Wissens wahrhaft in einem Nietzscheanischen „Donnerrollen ... ungebändigter Differenzen und ursprungsloser Wiederholungen" „dezentriert" (S. 12). Das „Denken" ist dann „Tat, Sprung, Tanz, äußerstes Abseits, gespannte Dunkelheit" (S. 10), kurz, namen- und identitätslos. Die „Dialektik der Aufklärung" wird sozusagen nach rückwärts aufgelöst, in paradiesische Eilande, die nie einen Odysseus gesehen ...

18 Vgl. Bahros Diskussion des Bakunin-Konspekts von Marx, Alternative, S. 46 ff., S. 129 ff. Marx sagt dort, wider Bakunins Verdacht einer kommenden Intellektuellendiktatur von „Staatsingenieuren": „ ‚wissenschaftlicher Sozialismus' – gebraucht worden nur im Gegensatz zum utopistischen Sozialismus, der neue Hirngespinste dem Volk aufheften will, statt seine Wissenschaft auf der Erkenntnis der vom Volk selbst gemachten sozialen Bewegung zu beschränken" (MEW 18, S. 635 f.). Womit das Problem nur verschoben ist.

19 „ ... die Erkenntnis (der Welt als einheitliches System, G. S.) setzt die Erkenntnis der *ganzen* Natur und Geschichte voraus, die die Menschen *nie* erreichen. Wer also Systeme macht, muß die zahllosen Lücken durch *eigene Erfindung* ausfüllen, d. h. *irrationell* phantasieren, *ideologisieren*" (MEW 20, S. 574). „Denn das wertvollste Resultat dürfte dies sein, uns gegen unsere heutige Erkenntnis äußerst mißtrauisch zu machen, da wir ja

postasierungen (nicht allein) der Abstraktionen des wissenschaftlichen Denkens wie zu seiner Stillegung – sei es durch die diversen Hauptverwaltungen historische und dialektische Wahrheit, sei es durch die neuen Jünger der alten romantischen Reaktion „ungebändigter Differenzen und ursprungsloser Wiederholungen" (20).

So scheint es entscheidend wichtig, wenn Rudolf Bahro mit Carlos Delgado darauf hinweist, die gesamte geschichtliche Erfahrung zeige, daß aufgeklärte intellektuelle Minderheiten stets repressive *Bürokratien* geschaffen haben, und wenn Bahro fragt, warum sich das *Wissen,* wenn es herrscht, stets als bürokratische *Hierarchie* organisiert hat? (Alternative, S. 91). Vermutlich hängt es mit den Struktureigentümlichkeiten jedes wissenschaftlichen Systems als einer Hierarchie von Wissensebenen zusammen, daß der von Bahro erneut dargelegte Zusammenhang von Bürokratie und Wissenshierarchie, von dem schon Marx kritisch gesprochen hat, zu den gewaltigen Steinen des Anstoßes zählt, die dazu verleiten, den von Bahro aufgeworfenen Fragen auszuweichen, statt sie aufzuheben in dem gesuchten „Kommunismus der Gegenwart".

2. Der gesellschaftliche Arbeitsprozeß als Basis bürokratischer Organisation und Herrschaft

Rudolf Bahro versteht das „Wesen des real existierenden Sozialismus ... als Vergesellschaftung in der entfremdeten Form der universalen Verstaatlichung, die auf der noch nicht zu ihrem Umschlagpunkt vorgetriebenen alten Arbeitsteilung beruht" (Alternative, S. 15). Die konkreten historischen Ursprünge und Entwicklungsformen dieser Formation (fortan bürokratischer Sozialismus genannt) versucht Bahro aus den Bedingungen des nichtkapitalistischen Wegs zur Industrialisierung seit der Oktoberrevolution zu erklären (der Gegenstand des I. Teils seines Buches). Daß „die ganze Gesellschaft eigentumslos ihrer Staatsmaschine gegenüber" steht (ebda, S. 12), bezeichnet freilich ein über die historischen Besonderheiten des „russischen Wegs" doppelt hinausweisendes Charakteristikum. Einmal historisch, bezogen auf die Rückständigkeit und die Entwicklungsvoraussetzungen vergleichbarer Länder (also des größten Teils der Erde) (21), soweit sie ebenfalls von dem Ensemble objektiver und subjektiver Vergesellschaftungsformen kapitalistischer Produktionsweise nur am Rande, in einigen Inseln im Meer der Rückständigkeit (Lenin), durchdrungen wurden; wo daher auch der Weg zur Industrialisierung und zum Sozialismus nicht als Aufhebung kapitalistischer Gesellschaft beschritten werden kann. Sodann (der Gegenstand unseres Interesses in diesem Beitrag) als sozusagen systematisches Grundproblem entwickelter Gesellschaften, das sich nicht auf die (wiederum historisch erklärbare) Diffusion und Übernahme des „sowjetischen Modells" (nomen non est

---

aller Wahrscheinlichkeit nach so ziemlich am Anfang der Menschheitsgeschichte stehen ..." (MEW 20, S. 80).

20 Deleuze/Foucault, ebda, (s. o. Anm. 17)

21 Vor allem im I. Teil seines Buches reflektiert Bahro diesen Sachverhalt, um einer eurozentrischen Argumentation zu entgehen.

omen) in vergleichsweise fortgeschrittenen Ländern wie der DDR oder CSSR reduzieren läßt. Vielmehr stellt sich gerade unter den Bedingungen eines entwickelten bürokratischen Sozialismus sein „Wesen" (d.h. auch ein Problem des Sozialismus im allgemeinen) erst voll heraus. Vergesellschaftung in der Form universaler Verstaatlichung bedeutet, daß der *Staat* (22) als eine *unmittelbar* (anders als im Verhältnis von kapitalistischer Produktionsweise und politischem Staat) aus der spezifischen Struktur gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Kooperation hervorwachsende bürokratische Organisation sozialer Leitungstätigkeit kenntlich, die *Bürokratie* als geronnenes, herrschaftlich organisiertes Wissen auf der Basis einer durch die *Hierarchie von Arbeitsfunktionen* gestifteten sozialen Pyramide zur gesamtgesellschaftlich *dominierenden,* prägenden Strukturform wird.

Das heißt natürlich nicht, daß sie zur ausschließlich existierenden sozialen Form geworden sei. Die Struktur der Familie bleibt weiter traditionell patriarchalisch bestimmt; die physische Gewaltsamkeit ein fundamentales Kennzeichen der Herrschaft; das Fortbestehen (oder Wiederentstehen) sozialer Beziehungen von Warenbesitzern läßt den bürokratischen Sozialismus weithin als hybride Formation erscheinen, obschon das Kapitalverhältnis als dominierende Vergesellschaftungsform verschwunden ist (oder sich nie zur Dominanz entwickelt hatte); hier und da mögen auch Ansätze egalitärer und demokratischer Formen vorhanden (gewesen) sein. Seinen Hauptelementen nach wird der bürokratische Sozialismus von Bahro folglich als bürokratisch-zentralistische Arbeitsorganisation, geschichtete Gesellschaft mit ausgeprägter Ohnmacht der unmittelbaren Produzenten, relativer Schwäche der Produktivitätsantriebe (23) und politisch-ideologischer Organisation als quasi theokratischer, d.h. ökonomische, politische und geistig-ideologische Macht umschließender Staat gesehen (Alternative, S. 15).

Bahro folgt der marxistischen Tradition, wenn er soziale Ungleichheit und Herrschaft in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, den durch sie bedingten Strukturen der Kooperation, Anwendung von Maschinerie und Technologie verankert sieht (ebda, S. 144). „Das Gesetz der Arbeitsteilung ist es also, was der Klassenteilung zugrunde liegt" (ebda, S. 164). Die Pointe seiner Analyse des bürokratischen Sozialismus, als einer nicht mehr oder noch nie von Privateigentumsbeziehungen bestimmten Formation, liegt aber in der Art und Weise, wie er das *sozioökonomische Grundproblem* des real existierenden wie des nicht existierenden Sozialismus/Kommunismus faßt:

„Es ist ... außerordentlich wichtig, das ökonomische Kernproblem, das Wesen der ökonomischen Schranken richtig zu fassen. Meiner Ansicht nach steckt dieses Kernproblem in der vertikalen Arbeitsteilung, die sich *allgemein* als Hierarchie der Arbeitsfunktionen (bzw. der damit gegebenen Niveaus von Bewußtseinskoordination) und *speziell* als Pyramide der Leitungsfunktionen darstellt. Das bedeutet nun, daß mir alle jene theoretischen Ansätze prinzipiell unzureichend erscheinen, die die

---

22 entfällt. Leider müssen einige ursprünglich vorgesehene Anmerkungen aus Platzgründen entfallen oder gekürzt werden.

23 Vgl. Alternative, S. 277

politökonomische Problematik des real existierenden Sozialismus von den Vorzugskategorien der kapitalistischen Ökonomik her zu erklären suchen. Für meine Begriffe reichen solche Probleme wie das Verhältnis von Plan und Markt, wie die wichtigere Frage der Dominanz von Gebrauchs- oder von Tauschwert in der Regulation und selbst wie die überaus wesentliche Dialektik von Zentralisation und Dezentralisation der Verfügung nur in die eine, die andere und die dritte Oberflächenschicht der nichtkapitalistischen Ökonomik hinein" (ebda, S. 451) (24).

Obwohl der bürokratische Sozialismus bisher der Ware-Geld-Beziehungen bedarf und überdies die realen Muster seines Zivilisationstyps wohl nicht lediglich aus Konkurrenzgründen am entwickelten Kapitalismus orientiert sind, kann demnach seine Ökonomik – nach dem Wegfall der Privateigentumsbeziehungen – nicht mehr zureichend von den ökonomisch-gesellschaftlichen Kategorien der entfalteten (kapitalistischen) Warenproduktion her verstanden werden. Die grundlegende Form der Vergesellschaftung wird vielmehr durch die Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters auf der Grundlage vertikaler Arbeitsteilung, die Hierarchie der Arbeitsfunktionen und Pyramide von Leitungsfunktionen desto deutlicher bestimmt, je entwickelter diese Formation ist.

Die *Funktionsniveaus der gesellschaftlichen Gesamtarbeit* und die ihnen entsprechende *Hierarchie des Wissens,* aus der die *Sozialstruktur* des bürokratischen Sozialismus hervorgeht, veranschaulicht Bahro durch zwei Tafeln. Die Matrix der *Tafel 1* (Alternative, S. 193) bezieht sich auf die Hierarchie von Arbeitsfunktionen und Bewußtseinsstrukturen im Stoffwechsel der Gesellschaft mit der Natur und in der Organisation der menschlichen Kooperation. Die *Tafel 2* (ebda, S. 194) stellt ein (vereinfachtes) Modell der Sozialstruktur dar, wie sie im Bereich der Wirtschaft aus der Differenzierung nach Zweigen der Arbeitsteilung, Funktionen des Reproduktionsprozesses, Leitungsebenen und Bildungsgraden entsteht.

Mit anderen Worten: Nach dem Wegfall der Formen und Schranken kapitalistischen Privateigentums tritt eine grundlegende Problematik aller bisherigen „Hochkulturen" und „Zivilisation" – als Klassengesellschaften – erst recht in ihrer ganzen Bedeutung hervor. Sie ergibt sich aus der Struktur gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Funktionenhierarchie einerseits im materiellen Produktionsprozeß „zweckmäßiger Tätigkeit" (25), also aus der Struktur des *Arbeitsprozesses* selbst, im Unterschied zum Austausch- und Verwertungsprozeß in der kapitalistischen Produktionsweise, andererseits aus der Struktur der gesellschaftlichen *Leitungstätigkeit,* wie sie auch im Bereich des *Staates* institutionalisiert ist. Zwar ist das der marxistischen

24 Auf einige Unklarheiten der Darstellung des Verhältnisses von sozialistischer Warenproduktion, Staatsfonds und materieller Bilanzierung kann ich hier nicht eingehen. Offensichtlich redet Bahro aber von „Staatskapital" im uneigentlichen, auf die vergegenständlichten Produktionsbedingungen und die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln bezogenen Sinn. Die Ökonomik des bürokratischen Sozialismus ist für ihn zweifelsfrei eine „nichtkapitalistische", so sehr sie an den kapitalistischen Zivilisationstyp gebunden bleibt.

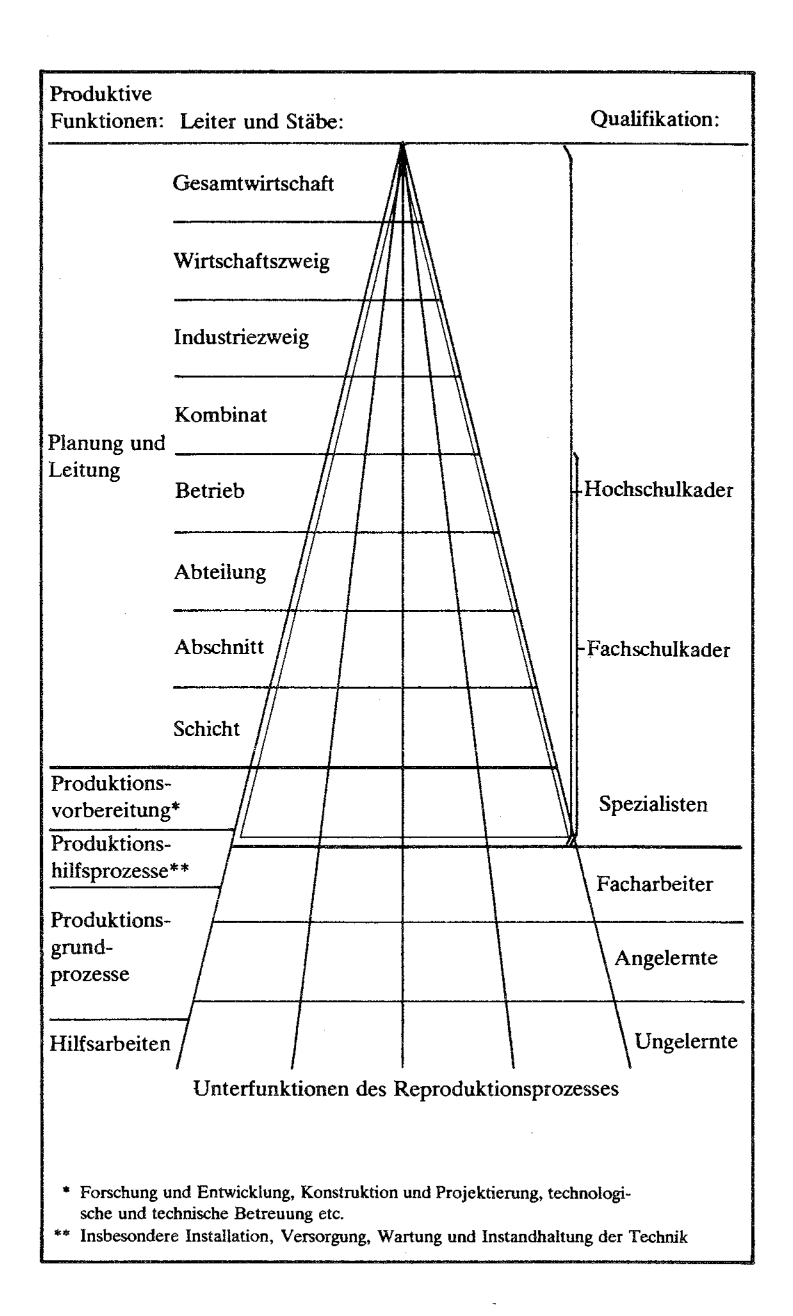
25 So Marxens Bestimmung des Arbeitsprozesses im Unterschied zum Verwertungsprozeß und seiner Form der Ökonomie der Zeit. (Vgl. etwa MEW 23, S. 192 ff.) Zum Problem vgl. meine oben, Anm. 7, angegebene Arbeit ‚Einige Probleme ...', Kap. 7 (Herrschaft und Arbeit der Oberaufsicht).

Funktionsniveaus der gesellschaftlichen Gesamtarbeit	im Stoffwechsel mit der Natur (technische Seite des Reproduktionsprozesses)	in der Organisation der menschlichen Kooperation (soziale Seite des Reproduktionsprozesses)
5. Analyse und Synthese des natürlichen und gesellschaftlichen Ganzen	Wahl der Entwicklungsziele und -wege, Auslösung entsprechender Aktivitäten aufgrund von Werturteilen über die menschlichen Bedürfnisse im gegebenen gesellschaftlichen Ensemble	
4. Schöpferische wissenschaftliche Spezialistenarbeit	Erforschung von Naturprozessen zur Erweiterung der technischen Herrschaft über die Natur	Erforschung von Sozialprozessen zum Entwurf von Strukturveränderungen der Steuerung und Regelung sozialer Kooperation
3. Reproduktive wissenschaftliche Spezialistenarbeit	Steuerung und Regelung technologisch beherrschter Naturkräfte und -prozesse	Steuerung und Regelung der sozialen Kooperation; Erziehung und Ausbildung der menschlichen Anlagen
2. Komplizierte empirische Spezialistenarbeit	Umformung von Naturstoffen; Überwachung von Naturprozessen	Umformung und Vermittlung von Informationen
	mit Einsicht in die Gesetzmäßigkeit und/oder (mit-)verantwortlicher Steuerung für den je besonderen Arbeitsvorgang	
1. Einfache schematische Teil- und Hilfsarbeit	Eingreifen der physischen (psychophysischen) Energie des Menschen als »dressierte Naturkraft«	
	in Produktions-, Transport-, materiellen Dienstleistungsprozessen	in Verwaltung, Rechnungs-, Datenverarbeitungs-, Verbindungswesen

↑ A Hierarchie der Arbeitsfunktionen

B und entsprechenden Bewußtseinsstrukturen ↓

1. Vereinzeltes Erfahrungswissen für die zu isolierten Hilfsfunktionen in den verschiedensten Sphären des allgemeinen Reproduktionsprozesses abgesunkenen elementaren Verrichtungen, aus denen sich einst die integrale (alle höheren Funktionen undifferenziert mit in sich enthaltende) Lebenstätigkeit einfacher Gemeinwesen aufbaute.
2. Systematisiertes, berufsspezifisch verallgemeinertes Erfahrungswissen in Produktion und Verwaltung.
3. Angewandte Einzelwissenschaft in Technologie, Ökonomie, Medizin, Pädagogik, Lenkung und Leitung usw.
4. Einzelwissenschaften von Natur und Gesellschaft als aktive Strukturen abstrakten, systematisierten Gesetzeswissens.
5. Zu geschlossenen Ideologien und Mentalitäten ausgearbeitete Motivation in Gestalt von Philosophie, Kunst, politischer Strategie.



* Forschung und Entwicklung, Konstruktion und Projektierung, technologische und technische Betreuung etc.
** Insbesondere Installation, Versorgung, Wartung und Instandhaltung der Technik

Tradition immer vertraut gewesen und unter dem Stichwort der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, leitender und ausführender Tätigkeit diskutiert worden. Daß diese Trennung und Funktionendifferenzierung der Klassenbildung auch zugrunde liegt, ist eine alte Erkenntnis. Gewiß besteht zwischen der Struktur des Arbeitsprozesses und dem Verwertungsprozeß in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften auch alles andere als ein bloß zufälliger Zusammenhang. Doch wie dort der Doppelcharakter der Arbeit nicht aufeinander reduzierbar ist, so birgt dessen zwieschlächtige Einheit, ganz wie die „doppelte Natur" der Arbeit von Oberaufsicht und Leitung in allen uns bisher bekannten gesellschaftlich kombinierten Prozessen – nämlich Leitungs- und Herrschaftsfunktionen zugleich zu umfassen – ein Problem in sich, das mit dem Abstreifen der kapitalistischen Privateigentumsform alles andere als erledigt ist.

Marx und Engels (26) haben, bedingt durch die Konzentration auf die ökonomischen Formen des Kapitals und den historischen Erfahrungsstand der Klassengesellschaft, die doppelte Natur der Arbeit von Oberaufsicht und Leitung, einerseits sozusagen technisch gebotene, von der zweckmäßigen Tätigkeit kooperativer Arbeitsprozesse erzeugte funktionale Notwendigkeiten, andererseits zugleich ein aus der gesellschaftlichen Klassenteilung hervorwachsendes Herrschaftsverhältnis darzustellen, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Schranken des Privateigentums und der Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst, nur am Rande unter dem der Aufhebung vertikaler Arbeitsteilung und Funktionenhierarchie erörtert. Daß Leitungsfunktionen, die Leitung von Produktionsprozessen und Verwaltung von Sachen auch dann, wenn das Kapitalverhältnis und sein politischer Staat gefallen sind, immer noch das Problem einer sozialen Hierarchie von Befehl und Gehorsam, damit eines gesellschaftlichen Über- und Unterordnungsverhältnisses stellen, haben sie gesehen und mit dem Bild der zukünftigen Assoziation freier und gleicher Produzenten, die das „Reich der Notwendigkeit" ihrer gemeinschaftlichen Kontrolle unterwerfen, beantwortet. Die Notwendigkeit der Aufhebung der alten Arbeitsteilung mit ihren „knöchernen Partikularitäten" haben sie proklamiert, z.T. sogar als Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise selbst diagnostiziert. Daß der Arbeitsprozeß dennoch ein Reich der Notwendigkeit bleiben werde, haben zumindest die „Alten" gesagt. Die „rationelle Regelung" des durch „Not" und „äußere Zweckmäßigkeit" bestimmten Arbeitsprozesses bedarf ihnen zufolge deshalb *sowohl* des „geringsten Kraftaufwands" *als auch* „der menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen" (28) – mithin eines Verständnisses von Arbeit und ökonomischer Rationalität, das quer steht zu jeder Vergötzung der Produktion um der Produktion willen. Bahro erinnert daher zu Recht an die *neue* Ökonomie der Zeit mit dem Produktionsziel reiche Individualität. Die anderen bekannten Bilder vom „Dirigenten", vom Zusammenhang und der notwendigen Einheit des kooperativen Prozesses in einem „kommandierenden Willen", ja von der Leitung von Produktionsprozessen als unpolitischer Verwaltung von Sachen, mußten aber vor allem dann in ihrer die stets damit verbundenen sozialen Beziehungen eher verstellenden als reflektierenden Zweideutigkeit kenntlich werden, wenn der Prozeß der Vergesellschaftung nach jenen Mustern erfolgte, die sich im bisherigen industriellen Arbeits- und politischen Leitungsprozeß herausgebildet hatten. Daß die „fabrikmäßige" systematische Arbeitsteilung, Hierarchie und Zentralisation auch das Strukturmuster des modernen bürokratischen Staatsapparates ist, hat Marx klar erkannt (29), ebenso, daß die gemeinschaftliche Kontrolle durch die assoziierten Produzenten dem nach dem Plan einer

---

26 Vgl. insgesamt ebda (Anm. 25), Kap. 7 sowie Kap. 9 (Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst) und ‚Marxismus und Bürokratie', a. a. O.; sowie Bahro, Alternative, bes. S. 193 ff.

27 MEW 23, S. 382, S. 511 ff.

28 MEW 25, S. 828

systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit geformten Herrschaftsverhältnis zentralisierter Verwaltung von Sachen und Menschen diametral entgegensteht. Die Tendenz der „Vergesellschaftung", die Lösung des „Grundwiderspruchs" von „gesellschaftlicher Produktion" und „privater Aneignung" (wie es heißt), also die Perspektive des Sozialismus als Vergesellschaftung mußte jedoch nur nach dem Strukturmuster von „Fabrik" und „Staat" gedacht oder geplant werden, um den bürokratischen Sozialismus hervorzubringen. Hieran mag man ermessen, was *demokratische* gesellschaftliche Formen für den Sozialismus bedeuten.

Bahro hebt das bisherige Problembewußtsein m.E. auf ein neues Niveau der Reflexion, weil er das alte Motiv und Ziel klassenloser Vergesellschaftung angesichts der Erfahrung des bürokratischen Sozialismus und angeregt durch die Kenntnis der Strukturen von Regelungsmechanismen und Informationssystemen, wie sie die Kybernetik erforscht hat, neu durchdenkt. Das betrifft den Begriff der Bürokratie wie die Frage der Vergesellschaftung, den ökonomischen Produktionsprozeß, die soziale Schichtung und die sozialistische Demokratie. Er verweist darauf, daß die *Gesellschaftsschichten im bürokratischen Sozialismus* in ihrer Differenzierung nach Bildungsgraden, Leitungsebenen, Funktionenhierarchien mit den Stratifikationsmodellen, die aus der Analyse entwickelter kapitalistischer Gesellschaften unter (apologetischer) Absehung von den Eigentumsverhältnissen gewonnen werden, merkwürdig übereinstimmen. Ihre Struktur decke sich, solange auf der einen Seite vom speziellen politischen Überbau (siehe unten Abschnitt 3), auf der anderen vom Kapitalverhältnis abstrahiert werde. „Die Systematik der Hierarchie und die Anzahl der Ebenen folgt – je näher zur Basis, desto unabhängiger von den Produktionsverhältnissen und erst recht von der Willkür der leitenden Subjekte – im wesentlichen der Gliederung des Produktionsprozesses selbst" (Alternative, S. 200).

Bahro geht davon aus, daß der gesellschaftliche Arbeitsprozeß und die „Struktur der Regulation bei zusammengesetzter Produktion objektiv hierarchisch ist" (ebda, S. 521). Wer das nicht wahrhaben wolle, könne auch „das ganze Problem der sozialistischen Demokratie nur agitatorisch aufwerfen" (ebda). Den Vorwurf, technokratischen Tendenzen anzuhängen, mag ihm die Feststellung einbringen, daß „die durch die Kybernetik aufgedeckte Struktur von Informationssystemen zur Regulation komplexer Zusammenhänge bzw. Systeme ... die Hierarchie von Regelkreisen" ist (ebda, S. 180) (30). Die Erkenntnis von Gesetzlichkeiten vergegenständlich-

---

29 Vgl. etwa MEW 17, S. 336 sowie Marxismus und Bürokratie, a. a. O.

30 Rainer Prewo, Jürgen Ritsert, Elmar Stracke, *Systemtheoretische Ansätze in der Soziologie.* Eine kritische Analyse, Rowohlt-Tb., Reinbek 1973, haben nachgewiesen, wie in der avancierten Organisationstheorie diese Struktur zur universalen Form jeder denkbaren Organisation und komplexen Tätigkeit hypostasiert wird. Sie zeigen auch richtig – das alte Problem des hierarchischen Regresses schon bei Weber – daß „für einen beliebigen, zielorientierten und adaptiven Regelkreis notwendig ein Sollgeber gesetzt ist, dessen Genese und relative Rationalität von den innerhalb dieses Regelkreises prozessierenden Informationen aus nicht eingesehen werden kann" (S. 262). Zweifellos sind die Zielsetzungen ... auf jeder Ebene gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse soziale Phänomene" (S. 263), in die gesellschaftliche Bedürfnisinterpretationen als Normen eingehen. Deshalb muß die Bürokratie eine Welt nach ihrem Bilde zu formieren suchen, um sich selbst zu

ter Produktionsprozesse, von Informations- und Planungssystemen bedeutet aber nicht deren Vergötzung, sondern ist die Voraussetzung dafür, daß sich die Strukturen des „Reichs der Notwendigkeit“ nicht naturwüchsig als *soziale* Strukturgesetze niederschlagen. Nach meinem heutigen Kenntnisstand kann ich dieser Diagnose Bahros begründet nicht widersprechen. Das Problem besteht dann darin, die Hierarchie von Arbeitsfunktionen, Wissensstrukturen, Plan- und Regelungssystemen *nicht* zu *gesellschaftlich dominierenden* Tatsachen werden zu lassen. Im Gegensatz zu einigen verbreiteten Tendenzen, geradezu auf die sogenannte kybernetische Selbstregulierung sozialer Prozesse zu setzen (31), formuliert Bahro folgerichtig das Grundproblem der ‚sozialen Frage‘ im Sozialismus: „Worauf es ankommt, ist, daß (die Menschen) sozial weder unter den Stoffwechsel mit der Natur, noch unter die Informationsverarbeitung subsumiert werden“ (32) (ebda).

Daß genau dies geschieht, ist aber die spezifische Differenz des bürokratischen Sozialismus. Bahro kann deshalb zeigen, daß sich in seiner entwickelten, nicht mehr durch den Industrialisierungszwang (und die einst ursprüngliche sozialistische Akkumulation genannten Aufgaben) geprägten Gestalt die Basis des Systems mehr und mehr der „kybernetischen Tendenz der modernen Produktivkräfte“ (ebda, S. 158) angleicht, so daß die soziale Schichtung „geradezu die subjektive Daseinsweise der modernen Produktivkräfte“ auszudrücken scheint (ebda, S. 192).

Aber nicht die Differenzierung der Arbeitsfunktionen an sich, sondern „erst die Unterordnung der Individuen“ unter die von ihr hervorgebrachte Hierarchie „erzeugt die soziale Schichtung und das bürokratische Phänomen“ (ebda). Beide sind wiederum nicht dasselbe, hängen aber voneinander ab. Auf den bürokratischen „Überbau“ kommen wir im dritten Abschnitt zu sprechen. Was die soziale Schichtung angeht, so spricht Bahro von der *alten Arbeitsteilung*, weil die vertikale Funktionendifferenzierung, deren Eigenschaften und Anforderungen sich nach wie vor (oder wieder) zu sozialen Ungleichheiten kristallisieren, auf neuer Stufe die alte Trennung von geistiger und körperlicher, leitender und ausführender Arbeit wiederholt. Und „in dem bürokratisch-informationellen Überbau des modernen Produktionsapparates scheint die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit, genauer von planender bzw. kommandierender und ausführender Arbeit massiver als jemals zuvor verankert“ (ebda, S. 145).

Wenn der ökonomische *Klassenbegriff* auf die Formen des Privateigentums beschränkt, das heißt im Grunde an der Gesellschaft des entwickelten, „freien“ Privateigentums, am Kapitalismus gewonnen wird (als der die Anatomie des Affen erschließenden höheren Formation),

---

behaupten. Die Argumentation der Autoren greift m. E. jedoch in dem entscheidenden Punkt zu kurz, daß sie den *existierenden* Zusammenhang von hierarchischen Regelungsstrukturen und sozialen Verhältnissen durch den Nachweis der Hypostasierung dieses Zusammenhangs ausreichend kritisieren zu können glauben. Es kommt aber darauf an, die *soziale* Kristallisierung wahrscheinlich unvermeidlicher Regulationshierarchien zu verhindern, eine neue Stellung zu ihnen zu finden, nicht diese zu ignorieren.

31 Zum Beispiel im Richta-Report, *Zivilisation am Scheidewege*, Prag 1968 (darin sind allerdings auch entgegengesetzte Tendenzen enthalten). Siehe bes. Kap. 4.1.5. ‚Technik und Leitung. Das kybernetische Modell‘.

32 entfällt

kann die Form der sozialen Schichtung, wie sie sich aus der hierarchischen Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters ergibt, nicht in Klassenbegriffen ausgedrückt werden. Das betrifft den marxistischen Klassenbegriff und soll an dieser Stelle nicht näher diskutiert werden. Nur scheint klar, daß lediglich die Reduktion des Klassenbegriffs auf *Privat*eigentumsverhältnisse erlaubt, für die zur Debatte stehende soziale Hierarchie auf ihn zu verzichten. Bahro spricht im Hinblick auf die ältesten Formen der sich entwickelnden Klassengesellschaften von einer als ideologischem und administrativem Staatsapparat organisierten herrschenden Klasse (ebda, S.96), obgleich er weiß, daß der marxistische Klassenbegriff (übrigens wie der klassische bürgerliche, von dem er abhängt) „real und begrifflich das Produkt jener Gesellschaftsformationen (ist), in denen der soziale Zusammenhang in den Händen jeweils typischer Privateigentümer zusammenlief" (ebda, S. 191). Wenn Kasten und Stände nahezu undurchdringliche Klassenschranken markieren, die noch nicht als „rein ökonomisch" bestimmte (wie im ‚freien' Kapitalismus) hervortreten, so kann die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln auch in der Form geschehen, daß die ganze Gesellschaft eigentumslos ihrer Staatsmaschine gegenüber steht. „Die Produktionsmittel gehören dem Staat, aber der Staat ‚gehört' gewissermaßen der Bürokratie" (Trotzki) (33). Wie bei der Gesellschaft Jesu kann bei entsprechender ‚Leistung' der Aufstieg in sie und in ihr gelingen (Marx). Von einer kollektiven Aneignung der Produktionsbedingungen des gesellschaftlichen Lebens kann aber so lange nicht die Rede sein, wie der Hierarchie von Arbeitsfunktionen soziale Über- und Unterordnungsverhältnisse und eine Pyramide von Leitungsfunktionen entsprechen, unter welche die Individuen subsumiert sind.

Bahro sieht als gegenwärtig entscheidendes Problem der vertikalen Arbeitsteilung, die im großen und ganzen die Struktur vergegenständlichter Produktions- und Regelungsprozesse (34) auf dem heutigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte ausdrückt, eine *„Tendenz zur Polarisierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters* durch die Verdoppelung des materiellen Reproduktionsprozesses in einen *stofflich-energetischen* und einen ihm steuernd und regelnd übergeordneten *informationellen* Prozeß" (ebda, S. 180). Auf der einen Seite wird durch die sogenannte Verwissenschaftlichung des unmittelbaren Produktionsprozesses eine relativ breite mittlere Spezialistenschicht erzeugt (vgl. ebda, S. 205). Auf der anderen Seite bleiben die Unterfunktionen des Reproduktionsprozesses, Bereich der alten Handarbeiterklasse, einer untersten Schicht des Gesamtarbeiters überlassen. Bereits Norbert Wiener hat diese Funktionen (Hilfsarbeiten, Produktionsgrundprozesse, teilweise Produktionshilfsprozesse, vgl. Tabelle 2) als neue Sklavenarbeit gegeißelt (35). Erst über die-

---

33 *Verratene Revolution*, S. 242.

34 Marx bemerkt einmal, das moderne Maschinensystem gehe nicht von der menschlichen Arbeit, sondern vom Arbeitsmittel aus (MEW 23, S. 399). Auch die moderne Wissenschaft der Technologie folgt seiner ‚Logik' (ebda, S. 510). Diesem „objektiven Organismus" wurde das „Menschenmaterial" einverleibt (ebda, S. 416). Die (idealisierten) Funktionsregeln bürokratischer Rationalität sind von derselben Art. Wenn eine „vergegenständlichte Wissenskraft" (Grundrisse, S. 597) dieses Typs den „gesellschaftlichen Verstand" (ebda) durchgehend konstituierte, hätten wir ein bürokratisches Utopia. Wenn es vielleicht eine gesellschaftliche „Unschuld" unserer Technik und Naturwissenschaft geben mag, dann hingegen sicher nicht eine Unschuld analog strukturierter (sozialer) *Organisations*techniken.

35 Norbert Wiener, *Kybernetik*, Rowohlt, Reinbek 1968, S. 50; er meinte allerdings, solche Arbeiten würden nur in einer Wettbewerbsgesellschaft nicht beseitigt (1947 geschrieben). Wiener machte auch auf den fundamentalen ‚Paradigmenwechsel' (wohl nicht nur) des naturwissenschaftlich-technischen Denkens aufmerksam: „Wenn das 17. und das frühe

sen Unterfunktionen des Reproduktionsprozesses erhebt sich stufenweise das Reich von Planung und Leitung (vgl. Tafel 2, allgemein zu den Hierarchien Tafel 1), die eigentliche Domäne der Bürokratie.

In dieser, teils durch fließende Übergänge, teils durch nahezu undurchdringliche Mauern gekennzeichneten Pyramidengestalt des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters zeichnet sich nun nicht nur die Tatsache der „institutionalisierte(n), durch die gesamte technisch-ökonomische und Bildungspolitik ständig reproduzierte(n) Abgrenzung der verschiedenen Sphären, die dominierende Tendenz zur Festlegung und Beschränkung der Individuen auf je bestimmte Funktionsniveaus" ab (Alternative, S. 192). Wenn die *Unterordnung der Individuen* unter die hierarchisch angeordneten Funktionsniveaus der gesellschaftlichen Gesamtarbeit die *soziale Schichtung* im allgemeinen erzeugt, so erwächst die *bürokratische Struktur der gesellschaftlichen Leitungstätigkeit* aus der Tatsache, daß sich die Leitungsarbeit – das ist die andere Seite derselben Medaille – ebenfalls zu einer besonderen, mit Kommandogewalt ausgestatteten Funktion verselbständigt hat und von einer in sich selbst bürokratisch gegliederten Gruppe ausgeübt wird. Auf der Grundlage vertikaler Arbeitsteilung und der durch sie erzeugten sozialen Schichtung erfolgt eine Konzentration und Zentralisation der sachlichen und informationellen Produktions-, Betriebs- und Kommunikationsmittel in den Händen einer besonderen Gruppe, die sich allgemeine gesellschaftliche Leitungsfunktionen angeeignet hat – die Bürokratie(n) im genauen Sinn. Die *Basis* (Wurzel) bürokratischer Organisation und Herrschaft ist die vertikale Arbeitsteilung und Funktionenhierarchie selbst. Erst die gelingende Monopolisierung sozialer Leitungsfunktionen durch eine in sich selbst hierarchisch gegliederte Gruppe aber konstituiert bürokratische Herrschaft. Was ist ihre Substanz? Wer ist ihr Subjekt? Was sind ihre Hauptfunktionen? Wie sieht ihre Struktur aus? Welche Entwicklungstendenzen zeichnen sich ab?

3. Der bürokratische „Überbau" (36)

Bahro knüpft an Marx und Weber an, wenn er die Hierarchie des Wissens als Substanz bürokratischer Organisation bezeichnet. Die Domäne der Bürokratie sind die Berei-

---

18. Jahrhundert das Zeitalter der Uhren war und das späte 18. und das 19. Jahrhundert das Zeitalter der Dampfmaschinen, so ist die gegenwärtige Zeit das Zeitalter der Kommunikation und der Regelung" (ebda, S. 63). Die Nachrichtentechnik, Analyse und Konstruktion von Zeitreihen, kontinuierlichen Prozessen, nichtlinearen Rückkoppelungen, die Bewegung und genaue Reproduktion von Signalen löst jenes Paradigma ab, das – wie bei der Dampfmaschine – alle fundamentalen Begriffe mit dem Begriffsbild der Energie und des Potentials assoziierte (ebda, S. 66). Sehr vereinfacht: an die Stelle der Kraft tritt die Steuerung (das Gehirn). Vielleicht lassen sich auch der Kategorie *Produktivkraft* neue Seiten abgewinnen?

36 Die Kategorie *Überbau* könnte hier als besonders problematisch angesehen werden, wenn sie im Zusammenhang der Gesellschaftsformation gedacht wird, in der das Kapital das „reelle Gemeinwesen" (Marx) ist. Wird jedoch die Organisation der gesellschaftlichen

che gesellschaftlicher Leitungs- und Verwaltungsarbeit, in denen Steuerungs- und Regelungsprozesse in hierarchischer Anordnung, mit abgestuften Weisungsbefugnissen. Kompetenzbereichen und Kontrollebenen, auf Dauer gestellt sind.

Die Bürokratie organisiert ‚geistige Arbeit', so elend diese sein mag. Im idealen Fall würden die Informations- und Kommandoebenen übereinstimmen. Im Unterschied zu dem einst von Max Weber entworfenen Idealtypus bürokratischer Organisation, mit seinen starren Kompetenz-, Reglement- und Autoritätsmustern, werden heute Modelle sich einander überlagernder Subsysteme und Kontrollebenen mit flexibleren „Rückkoppelungsmechanismen" favorisiert, in denen die bekannten notwendigen Disfunktionen bürokratischer Organisation („Bürokratismus" genannt) (37) aufgefangen werden sollen. Herrscht in den unteren Funktionskreisen auch nach wie vor das Lob der Routine, sollen weiter oben Kreativität und Diskurscharakter in der Handlungsplanung hinzutreten. Die vertikale Anordnung der Funktionsbereiche und Pyramidengestalt der Leitungshierarchie, Zentralisation der sachlichen und informationellen Betriebsmittel sowie Investitur von oben bleiben jedoch Kennzeichen einer *bürokratischen* Organisation auch dann, wenn die „mechanische Steuerung" des alten bürokratischen Apparates überwunden wird – Ideal der fortgeschrittenen Organisationswissenschaft hier wie dort (38).

„Organismische", den Regeln kybernetischer Steuerungs- und „Lernprozesse" nachgebildete Organisationsformen werden zwar häufig als nicht mehr bürokratische Strukturen angesehen. Sie repräsentieren tatsächlich auch gegenüber den äußeren Merkmalen des Weberschen Typus veränderte Funktions- und Regelungsmuster. Dennoch handelt es sich beidemal um eine Hierarchie des Wissens und der Kontrolle. Wir müssen m.E. deshalb so lange von *bürokratischer Organisation und Herrschaft* sprechen, wie zu der Hierarchie von Funktionsbereichen, Kompetenzabstufungen, Ebenen der Informationsverarbeitung und Konzentration der Betriebsmittel die

---

Arbeit allgemein als (bislang) bestimmende Basis sozialen Daseins gewertet, so können wir auch dann vom staatlichen bzw. bürokratischen Überbau sprechen, wenn dieser, unmittelbar aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung hervorgehend, die Leitungsarbeit monopolisiert.

37 Der „Bürokratismus" wird gegeißelt, solange es bürokratische Organisationen gibt. Jeder „aufgeklärte" Bürokrat rechnet es sich zur Ehre an, wider den Bürokratismus anzugehen. Der Kampf gegen ihn wird die Bürokratie bis an ihr seliges Ende begleiten. Man kann den Bürokratismus nicht abschaffen, ohne die Bürokratie als soziale Beziehungen steuernde Organisation zu entmachten.

38 Vgl. z. B. D. M. Gvisiani, *Management*. Eine Analyse bürgerlicher Theorien von Organisation und Leitung, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M 1974. Der Autor ist „Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees beim Ministerrat der UdSSR für Wissenschaft und Technik". Was er an den bürgerlichen Theorien kritisiert, ist mehr noch die Phraseologie als die Form ihrer Verwendung im Kapitalismus. Was er an ihnen schätzt, ist ihr Inhalt – „sozialistisch" angewendet kann danach (wie einst das Taylorsystem) die „Begrenztheit ihrer kapitalistischen Anwendung" (S. 550), selbstredend „nur auf der methodologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus" als neuer Überschrift, überwunden werden. Der aufgeklärte Autor plädiert für die Übernahme der durch die Kybernetik erforschten „allgemeinen Merkmale der Steuerung" (S. 33). Er gehört zu jenen, die die „technische Lücke" zwischen dem fortgeschrittenen Kapitalismus und dem real existierenden Sozialismus beklagen (siehe *Spiegel* – Interview, 1. 5. 1972, S. 67 ff.).

sozial entscheidenden Tatsachen der Unterordnung von Individuen unter diese Organisation, eine mehr oder weniger vollständig gelingende Monopolisierung der Leitungsarbeit durch eine besondere gesellschaftliche Gruppe, die hierarchische Investitur des Personals von oben hinzutreten. Mit einer gesellschaftlich dominierenden bürokratischen Organisationsform haben wir es mithin dann zu tun, wenn die (gesamt-)gesellschaftliche Leitungsarbeit durch eine in sich selbst hierarchisch gegliederte Gruppe wirksam monopolisiert wird, diese Gruppe sich selbst rekrutieren kann, also ihre Verfügungsmacht nicht dauerhaft und nachhaltig von anderen sozialen Organisationsformen (Wahl, Delegation von „unten", aber auch etwa Kontrollmacht von Vertretern des Kapitals im kapitalistischen Unternehmen) beeinträchtigt oder ersetzt wird. In dem Maße, wie die Selbstbehauptung einer bürokratischen Gruppe gelingt, hat tatsächlich *sie* sich die gesellschaftlichen Leitungsfunktionen *angeeignet.* Als bürokratisch organisierte Gruppe über den von ihr Geleiteten und Verwalteten stellt sie dann nicht allein eine besondere, mit ‚Autorität' ausgestattete Gruppe dar, sondern *herrscht.* Die Autorität ist aber das Prinzip ihres Wissens und die Vergötterung der Autorität in der Regel ihre Gesinnung (Marx), wenngleich regelmäßig im Namen oder im Dienst eines ‚höheren Wesens' (Gott, Erkenntnis, Wissenschaft, Recht, Staat, Volk, Proletariat, Sachzwang, Effizienz usw.).

Wenn Bahro vom „bürokratischen Überbau" spricht, unterscheidet er zwischen dem die sozial kristallisierte Arbeitsteilung fixierenden „bürokratisch-informationellen Überbau des modernen Produktionsapparates" (Alternative, S. 145) einerseits, den speziellen Formen des politischen Überbaus in den Ländern des existierenden bürokratischen Sozialismus andererseits. Das Problem der *Bürokratie im allgemeinen* entspringt aus der objektiv bedingten, mit den Strukturgesetzen der Regulation komplexer Produktions- und Leitungsprozesse gegebenen Hierarchie von Regelkreisen. Die Bürokratie hat „objektive Ursachen im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der Produktivkräfte" (Alternative, S. 267); wenn die Schranken des Privateigentums entfallen und die Produktivkräfte entwickeltes industrielles Niveau besitzen, tritt das Bürokratieproblem ganz als das hervor, was es ist. Aber erst die soziale Tatsache, daß sich diese Funktionen- und Wissenshierarchie in ein gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis umsetzt, erzeugt mit der dadurch bedingten sozialen Schichtung auch die bürokratische Herrschaft.

Marx hat einmal bemerkt, schon ein einzelner Mensch könne nicht „ auf die Natur wirken ohne Betätigung seiner eigenen Muskeln unter Kontrolle seines eigenen Gehirns. Wie im Natursystem Kopf und Hand zusammengehören, vereint der Arbeitsprozeß Kopf- und Handarbeit. Später scheiden sie sich bis zum feindlichen Gegensatz", während sich das „Produkt... in ein gesellschaftliches, in das gemeinsame Produkt eines Gesamtarbeiters, d. h. eines kombinierten Arbeitspersonals, dessen Glieder der Handhabung des Arbeitsgegenstandes näher oder ferner stehen" (39), verwandelt. Vergesellschaftung und kollektive Aneignung der Produktionsbedingungen haben Marx und Engels als Aufhebung jener historisch bedingten Scheidung von Kopf- und Handarbeit, leitender und ausführender Tätigkeit gedacht. Das Be-

39 MEW 23, S. 531

griffspaar geistige und körperliche Arbeit allein reicht aber heute zur Erkenntnis und Kritik unseres Problems, dessen soziale Daseinsform die bürokratische Organisation und Herrschaft ist, nicht aus. Denn die geistige Arbeit und die mit ihr verknüpften Leitungsfunktionen (Bahro nennt sie allgemeine Arbeit) bergen in sich selber noch einmal hierarchisch angehordnete Ebenen des Wissens und der Steuerung (40).

Das „Wesen bürokratischer Herrschaft", worin sich das uralte, in der bisherigen Form vertikaler Gesellschaftlicher Arbeitsteilung begründete Trennungsverhältnis verkörpert, besteht „in der Verfügungsgewalt über das soziale Nervensystem, über die Hierarchie der Informationsverarbeitung" (ebda, S. 357). Die (sozial verselbständigte) Pyramide der Leitungsebenen ist geschichtlicher Ausdruck der „Gliederung des Informationsprozesses, der den Zusammenhang der Teilarbeiten vermittelt" (ebda, S. 201). Die Substanz der Arbeit von Oberaufsicht und Leitung (wie Marx formulierte), die „Hierarchie der Arbeitsleitung drückt institutionell die Hierarchie der informationellen Koppelungen aus, und dieser ganze Apparat spiegelt letztlich die Gliederung des materiellen Produktionsprozesses nach Verarbeitungsstufen, Kombinationsformen und -graden sowie die notwendige innere Arbeitsteilung des Informationsverarbeitungsprozesses wider" (ebda, S. 177). Diesen „strukturellen Gesetzmäßigkeiten der Informationsverarbeitung in komplexen, ‚organismischen' Systemen" müssen wir uns stellen; „jedes komplexere lebendige System bildet ein Gehirn heraus, das über seine Gesamtfunktion wacht. Technisch und informationell sind auch die gesellschaftlichen Arbeitsfunktionen einander notwendig subordiniert" (ebda, S. 521).

Die Verfügungsgewalt einer (in sich entsprechend gegliederten) besonderen sozialen Gruppe über diesen Prozeß kommt, wie wir sagten, nur dann zustande, wenn die „Funktion der Leitung, Überwachung und Vermittlung" (Marx) sich zur „ausschließlichen Funktion" (41) dieser Gruppe sozial verselbständigt hat. Im bürokratischen Sozialismus ist das der Fall; *diese* „Verselbständigung der Mandataren" (42) ist geschichtlich eingetreten. Erneut tritt den von der reellen Verfügung über den Produktionsprozeß getrennten unmittelbaren Produzenten „der Zusammenhang ihrer Funktionen und ihre Einheit als produktiver Gesamtkörper" als eine außer ihnen befindliche „Macht eines fremden Willens", welcher „ihr Tun seinem Zweck unterwirft" (43), entgegen. Eingespannt in diesen, beide Seiten umfangenden (wie es einmal hieß) Entfremdungszusammenhang, repräsentiert darum „der ‚realsozialistische' Funktionär, der Vorgesetzte, der ‚Natschalnik', und zwar nicht nur in Gestalt des hohen politbürokratischen Würdenträgers, sondern bereits des normalen Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionärs ... – oft gegen seinen Willen – den jüngsten Typ des *Herrn*" (Dokumentation, S. 13).

Nachdem das Staatseigentum als besonderes Produktionsverhältnis die Aufhebung der für die kapitalistische Produktionsweise charakteristischen Trennung oder

40 Vgl. Anm. 34 und 35
41 Marx, MEW 23, S. 350 f.
42 Marx, Engels und Lenin (in ‚Staat und Revolution') sahen darin eine wesentliche Wurzel „bürokratischer Machtvollkommenheit", d. h. bürokratischer Herrschaft.
43 MEW 23, S. 351

Verdoppelung von ‚Ökonomie' und ‚Politik', ‚Gesellschaft' und ‚Staat' markiert, die hierarchische Arbeitsorganisation und die staatliche Verfügung über den Produktionsprozeß unmittelbar zusammenwachsen, ergibt sich die „Vergesellschaftung des Reproduktionsprozesses und seiner Leitungsfunktion in der entfremdeten Form universaler Verstaatlichung. Der nichtkapitalistische Apparatstaat ist administrativer Überbau und politischer Ausdruck der alten Arbeitsteilung in einem. Er tritt als absoluter Arbeitsherr der Gesellschaft auf" (Dokumentation, S. 23). Gesamtgesellschaftliche Organisation auf der Basis der alten Arbeitsteilung, sagt Bahro, kann nur eine gesamtstaatliche Organisation sein, Unterordnung der Individuen unter spezialisierte Teilfunktionen und hierarchisch übereinander getürmte Leitungskompetenzen, eine durch politische Gewalt gestützte „Konzentration alles offiziell anerkannten Wissens und aller Entscheidungsmacht in der bürokratischen Hierarchie" (ebda, S. 27).

Ihre *spezielle* Form in den Ländern des bürokratischen Sozialismus läßt sich durch den allgemeinen genetischen Zusammenhang von hierarchischer Arbeitsorganisation, sozialer Schichtung, staatlichem Apparat (mit den entsprechenden Bewußtseinsformen) noch nicht ‚konkret' erklären. Der Stand der Produktivkräfte, historische Traditionen, Organisationsformen und Schicksale der sozialen Bewegungen, die geschichtsmächtigen ‚Antworten' der Akteure sind die vermittelnden Faktoren, die auch in diesem Zusammenhang die konkreten gesellschaftlichen Erscheinungsformen des bürokratischen Sozialismus „reicher" (oder ärmer) als das „Gesetz" (Lenin) (44) werden lassen. Jedoch ist der „Bürokratismus" (verstanden nicht als Auswuchs, sondern als dominierende Form der Vergesellschaftung) die „ausschlaggebende Herausforderung jeder nicht- und auch jeder nachkapitalistischen Gesellschaft, die ihre Geburtswehen hinter sich hat und über die notwendigsten ökonomischen Grundlagen verfügt" (ebda, S. 24).

Bahro zieht aus dieser Analyse die Konsequenz, daß zwar hierarchische Arbeitsorganisation und Regulation unter uns absehbaren Bedingungen unaufhebbar scheinen (45), deshalb jedoch alles davon abhängt, daß sich die notwendige funktionelle Hierarchie im ‚Reich der Notwendigkeit' nicht „mehr in Sozialstruktur umsetzen muß" (Alternative, S. 522). Alles hängt davon ab, „die Menschen nicht in ihrer Funktion innerhalb pyramidaler Systeme aufgehen zu lassen" (ebda). Das Problem der *sozialistischen Demokratie* stellt sich dann allerdings in doppelter Hinsicht als strategisches „Frontproblem" heraus.

Bei gesamtgesellschaftlicher Arbeitsorganisation wird die Existenz oder Nichtexistenz demokratischer Formen *immer* „zu dem maßgeblichen konstitutiven Moment, von dem es abhängt, ob die Zielsetzung des ökonomischen Prozesses, der qualitative Inhalt des Plans im Austrag der authentischen gesellschaftlichen Interessen oder durch die beschränkten innerbürokratischen Machtverhältnisse und Wissensstrukturen entschieden wird" (Alternative, S. 453) (46). Im (nicht bürokrati-

44 Über Hegelsche Dialektik (Philosophische Hefte), Leipzig 1970, 2. Abschnitt, S. 103.
45 Die ‚vorsichtigste' Formulierung findet sich auf S. 20 der ‚Dokumentation'.
46 „Wissenschaftlich, wie sie es beansprucht, ist unsere Planung, wenigstens im Prinzip, genau hinsichtlich ihres methodischen Verfahrens zur Sicherung der Proportionalität ...

schen) Sozialismus sind gesamtgesellschaftlich verbindliche demokratische Formen der Interessenartikulation, Bedürfnisinterpretation und Entscheidungsfindung von fundamentaler Bedeutung für die ganze soziale Entwicklung. Diese, für die Qualität eines sozialistischen Gemeinwesens immer unabdingbaren *Formen* demokratischer Assoziation werden in dem Maße mit ihrem *Inhalt*, der Selbstbestimmung sich aktiv vereinigender, je autonomer Subjekte (47) eins, wie sich die Substanz bürokratischer Organisation nicht mehr zu einem sozialen Über- und Unterordnungsverhältnis festsetzt. Überwindung des bürokratischen Sozialismus bedeutet, über die notwendige Bedingung demokratischer Formen der Kontrolle hinaus, daß sich die Menschen aus ihrer sozialen Subsumtion unter den Stoffwechsel mit der Natur und unter die Hierarchie von Regelkreisen in der sozialen Regulation emanzipieren. „Daher ist die Vergesellschaftung des sozialen Erkenntnisprozesses, diese eigentliche und positive Expropriation der Bürokraten, Weg und Ziel der Kulturrevolution in einem" (ebda, S. 357).

Das Maximalprogramm zur Aufhebung der alten, die Menschen unter die Funktionenhierarchie unterordnenden Arbeitsteilung und bürokratischen Herrschaftsorganisation verlangt die allgemeine „Aneigenbarkeit des allgemeinen Zusammenhangs" (ebda, S. 523), die Befähigung, an der gesellschaftlichen Synthesis selbstbewußt teilzuhaben, damit auch die Befähigung der bislang subalternen Tätigkeiten und Lebensverhältnissen Unterworfenen, sich jene synthetischen Leistungen anzueignen, die allein erlauben, den bürokratischen Apparat „von innen her, d. h. durch sein Detail hindurch, unter Kontrolle zu nehmen, die Regelungs- und Verwaltungsfunktionen nach und nach ihres immanenten Herrschaftscharakters zu entkleiden (ebda, S. 146). Auch hier ist ein *Prozeß der Aufhebung* notwendig, nicht lediglich eine regressive Verwerfung. Bahro *stellt* m. E. die Frage der Aufhebung richtig; seine Antworten (48) sollen (wie eingangs betont) in diesem Beitrag noch nicht diskutiert werden.

In dem Maße, wie sich im Entwicklungsprozeß der Objektivierung des menschlichen Stoffwechsels mit der Natur, bis hin zur Simulation von Funktionen des Gehirns in Automaten, das „Eingreifen der lebendigen Arbeit immer mehr auf den informationellen Prozeß (der Steuerung und Regelung) konzentriert, rückt diese

---

Mit den modernen Rechenmaschinen stellt die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auch hinsichtlich ihres Kraftaufwands ein prinzipiell lösbares Problem dar ... Wo aber hört die Wissenschaftlichkeit der Planung auf? Bei ihren Prämissen, also ehe sie beginnt" (Alternative, S. 182). Das Setzen der Prioritäten und Präferenzen bedeutet, eine Interpretation gesellschaftlicher (also auch individueller) Bedürfnisse und zukünftiger Lebensformen vorzunehmen. Das heißt dort „regieren".

47 Vgl. Alternative, S. 526. Vgl. auch ebda, S. 201 zu der Frage, ob ein Individuum *unmittelbar* an der Gesamtheit partizipieren könne? – das Problem der Gesellschaft als Assoziation von Gruppenzusammenhängen, Kollektivsubjekten (ebda, S. 525), aber auch das der ichbeteiligten Mitwirkung eines jeden (ebda, S. 349).

48 Er selbst nennt den III. Teil den (unvermeidlich) „ungesichertsten und lückenhaftesten Text" (Alternative, S. 299). Ein einzelner versucht zu denken, was nur „Sache kollektiver, öffentlicher Praxis" sein kann, „wie sie uns in den Ländern des real existierenden Sozialismus – einstweilen noch – notorisch verwehrt ist. Nichtsdestoweniger muß es gewagt werden ..."

zweite Subsumtion in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung“ (ebda, S. 180). Geschah diese Subsumtion bisher in der sozialen Form bürokratischer Herrschaft, so dreht sich der ‚letzte Klassenkampf‘ um die „Organisation des Informations-, des Erkenntnis- und des Entscheidungsprozesses, um seine Subsumtion unter die assoziierten Individuen, nämlich *unter ihr gemeinsames Ensemble*“ (ebda, S. 522). Die „Vergesellschaftung (Demokratisierung) des allgemeinen Erkenntnis- und Entscheidungsprozesses, seine Konstituierung außerhalb und oberhalb des hierarchischen Apparats, der das normale Funktionieren der laufenden Reproduktion sichert“ (ebda, S. 325) (49) erfordert, mit den institutionellen Formen sozialistischer Demokratie, daß die Individuen die reale Möglichkeit des Zugangs zu allen wesentlichen Tätigkeits- und Erfahrungsbereichen ihres gesellschaftlichen Seins erhalten. In diametralem Gegensatz dazu steht die herrschende Praxis (50).

Werfen wir zum Schluß noch einen sehr kurzen Blick auf die konkrete bürokratische Apparatur, wie sie Bahro (nicht nur) für die DDR beschreibt. Wer ist das Subjekt der Bürokratie? Die eigentliche Kommandostruktur umfaßt die Linienfunktionäre in Partei, Staat und Wirtschaft. Im Zentrum steht die als leitender Überstaatsapparat organisierte „führende“ Partei. Sie soll den Wirtschafts- und Staatsapparat kontrollieren, ist aber mit ihm verschmolzen und von prinzipiell gleicher bürokratischer Struktur (51). Diese „regierenden Parteien gehen an der Spitze gänzlich in ihrer (historisch entstandenen, G. S.) Rolle als Überstaatsapparate auf ... Die ‚Kader‘, ihre tragenden Individuen, sind nahezu vollständig auf die bürokratischen Funktionen in Partei, Staat und Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur usw. verteilt. Wenn z. B. das Zentralkomitee der SED zusammentritt, dann handelt es sich um die Versammlung der höchsten Partei-, Staats-, Verbands- und Wirtschaftsbeamten. Es fehlt kaum ein Minister ...“ (ebda, S. 426) An der Spitze dieser besonderen politischen Bürokratie steht „ in Gestalt des Politbüros eine Institution, die sich de facto selbst beruft. Wer neu in diese Führung aufgenommen werden soll, entscheiden diejenigen, die schon drin sind, und auch sie nicht alle. Diese ‚Kommunisten‘ gehen so weit, ein eigenes Protokoll für interne Sitzordnungen nach Rangabstufungen vorzusehen ...“ (ebda, S. 289). Bahro sieht in dieser „verhängnisvollen Übersteigerung des bürokratischen Prinzips“ (ebda) und der damit verbundenen „institutionellen Identität von Staatsautorität, ökonomischer Verfügungsgewalt und ideologischem Ausschließlichkeitsanspruch das *politische Frontproblem* im real existierenden Sozialismus, den ersten Gegenstand der notwendigen Umgestaltungen“ (ebda, S. 291). Sein „Minimalprogramm“ der Veränderung sucht die Bedingungen und Potentiale zu bestimmen, die dazu tendieren, den Prozeß der politisch-gesellschaftlichen Willensbildung zunächst unabhängig von dem bürokratischen Apparat zu machen, wie er heute, als „institutionelle Weigerung, die Subjekt-Eigenschaft“ der gesellschaftlichen Menschen anzuerkennen, existiert (vgl. ebda, S. 290).

Bahro geht dabei von der Diagnose aus, daß die Entwicklung der Produktivkräfte, so sehr sie nach wie vor als solche hierarchische Strukturen aufweist, in

49 Vgl. Alternative, S. 353
50 Vgl. Alternative, S. 212
51, 52, 53 entfällt

Widerspruch zu den bestehenden Strukturen des „bürokratischen Zentralismus" (52) geraten ist. Dieser stellt längst eine inadäquate Form der bürokratischen Leitungsorganisation dar. In diesem Zusammenhang diskutiert Bahro (alles andere als bloß affirmativ) die Entwicklung in der CSSR bis zum Eingreifen der Streitkräfte des Warschauer Pakts, in der die wirkliche Sozialstruktur und politische Interessenfront in den Ländern des entwickelten bürokratischen Sozialismus zum Vorschein gekommen sei. Seine – kritische – Diagnose lautet, wir müßten damit rechnen, daß „das Ringen um den Abbau der Herrschaftsstrukturen in der Arbeit und damit im Staat" noch unter Umständen geschehen wird, „in der die Schichtung der Gesellschaft nach intellektueller Kompetenz" und „antagonistische Differenzierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters" dominierend bleibt (ebda, S. 16 , S. 235). Mag sein, daß sein Bild von der mangelnden Emanzipationsfähigkeit der alten Arbeiterklasse hier wie dort eine vorab deutsche Misere verabsolutiert (54). Selbst wenn das so sein sollte, ist das Problem, das Rudolf Bahro wie bisher kein anderer Marxist umrissen hat, das allgemeine Problem des Sozialismus und der sozialistischen Organisationen. Fassen wir es noch einmal in seinen Worten, den beiden Hauptpunkten nach, zusammen:

„Die Aufgabe besteht darin, die Menschen nicht in ihrer Funktion innerhalb pyramidaler Systeme aufgehen zu lassen, das Planungs- und Leitungssystem selbst zu objektivieren, es als ein solches Reich der Notwendigkeit zu konstituieren, *über* das sich die Individuen assoziiert erheben, während sie sich in die Unterfunktionen, die auf den verschiedenen Ebenen anfallen, auf gerechte (d.h. auf gleiche, G.S.) Weise teilen" (ebda, S. 522). „Wie ist die ‚Versammlung' der ganzen Gesellschaft, aller Individuen *über* ihrem Reproduktionsprozeß möglich? Das ist die Kardinalfrage der sozialistischen Demokratie" (ebda, S. 523). Und wenn es richtig ist, daß die geschichtliche Veränderung „evolutionär gesehen nicht an der hierarchischen Organisation vorbei, sondern auf dem Weg durch sie hindurch und darüber hinaus zustande kommt" (ebda, S. 534), wie können dann effektive Formen ihrer Kontrolle – zunächst – und ihrer Aufhebung – sodann – aussehen? „Kommt es nicht darauf an, sie von unten *und* oben zugleich *gesellschaftlich* zu durchdringen?" (ebda, S. 521)

54 In dem alten Land von „Bedienstetenseelen" (Engels), ohne die historisch überschießenden Erfahrungen gelungener bürgerlicher Revolutionen – insofern ähnliche Traditionen wie in den Ländern des Ostens. Aber es gibt geschichtliche Beispiele, die Bahros düstere Prognose entkräften könnten: in allen raschen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen haben große Teile der „Ausgebeuteten und Entrechteten", „Erniedrigten und Beleidigten" immer dann ihre subalterne Schicksalsergebenheit abgeschüttelt, wenn sie wirklich glauben konnten, ihr Los würde sich durch ihre eigene Tat zum Guten wenden. Sie haben dann in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Kraft zur historischen Initiative und eine Lernfähigkeit bewiesen, die sich mit jeder intellektuell besser ausgebildeten Avantgarde messen kann, ja sogar manche von deren professionellen Deformationen überwindet. Dennoch dürfen wir nicht die Augen verschließen und einfach auf „die Revolution" vertrauen. Was Bahro z. B. über das Marxsche Bild vom Proletariat sagt, ist ja wahr (vgl. bes. S. 227 ff.).

Arbeitserklärung des Komitees für die Freilassung von Rudolf Bahro

Seit über sechs Monaten ist Rudolf Bahro inhaftiert. Weder ist die Untersuchungshaftanstalt bekannt, noch wissen wir etwas über seinen Gesundheitszustand. Bisher gibt es keine Kontaktmöglichkeit. Verhaftet wurde Rudolf Bahro unter der absurden Anschuldigung, Agent westlicher Geheimdienste zu sein. Der wahre Grund seiner Haft ist die kritische Auseinandersetzung mit der DDR-Wirklichkeit in seinem Buch „Die Alternative".

Rudolf Bahro hat seine politischen Ansichten öffentlich vertreten und somit lediglich ein demokratisches Recht in Anspruch genommen. Seine Verhaftung ist für uns eine Herausforderung. Wir werden dazu nicht schweigen – wir werden nicht untätig zusehen. Am 16. 2. 1978 haben wir daher das „Komitee für die Freilassung von Rudolf Bahro" gegründet.

Rudolf Bahro ist ein Kommunist, der für einen freiheitlichen Sozialismus eintritt; einen Sozialismus, der eine umfassende politische Demokratie und die freie Selbstverwirklichung eines jeden in den Mittelpunkt stellt. Wir teilen dieses Grundverständnis und treten für eine breite internationale Diskussion der Thesen Bahros ein.

Die politische und moralische Unterstützung, die Rudolf Bahro jetzt dringend benötigt, halten wir für die Aufgabe all jener, die grundsätzlich für die Wahrung der politischen Grundfreiheiten eintreten. Gerade deshalb darf seine Verteidigung nicht denjenigen Kräften überlassen bleiben, die sich hierzulande durch Berufsverbote und den Abbau demokratischer Rechte hervortun und für die Rudolf Bahro nicht mehr ist als ein willkommenes Zugpferd für eine politisch-ideologische Propagandaschlacht gegen die DDR.

Unser Ziel ist es, eine politische Bewegung gegen die Inhaftierung Rudolf Bahros zu fördern. Dabei betrachten wir uns nicht als Konkurrenz zum bestehenden „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus", das sich (was wir auch für sinnvoll halten) auf eine humanitäre und informative Aufgabenstellung beschränkt. Im Fall Rudolf Bahro kann aber nur politischer Druck auf die DDR, die Entfaltung einer internationalen Kampagne zu seiner Freilassung Erfolgsmöglichkeiten eröffnen. In der Entwicklung dieser Aktivitäten, ihrer Koordination und Vertiefung sehen wir unsere Aufgabe.

Das heißt konkret: intensive Öffentlichkeitsarbeit zu leisten wie etwa Sammlung von Unterschriften, Organisierung von Veranstaltungen und kontinuierliche Informierung der Öffentlichkeit durch Presse und Flugblätter. Wir werden Kontakte zur Gründung von Lesekreisen vermitteln, um eine vertiefte Auseinandersetzung mit Bahros Thesen zu ermöglichen. Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Organisierung eines internationalen Kongresses. Nur eine breite Diskussion über „Die Alternative" wird der theoretischen und politischen Bedeutung Rudolf Bahros gerecht.

Zu all dieser Arbeit brauchen wir Eure Hilfe. Wir bitten Euch deshalb, das Komitee als „korrespondierendes Mitglied" zu unterstützen. Jeder, der bestrebt ist, im Sinne dieses Briefes aktiv an der Förderung der Solidarität mit Rudolf Bahro mitzuarbeiten, möge sich an uns wenden. Ihr würdet von uns vorhandene Materialien zugesandt bekommen und wir würden mit Euch entsprechende Aktivitäten diskutieren und koordinieren.
Wir hoffen auf eine breite Unterstützung.

Berlin, den 23.2.1978

Für die Überweisung einer ersten Spende wären wir dankbar.

Postscheckkonto:
Berlin (West) 251 73-103
Hajo Cornel
Sonderkonto

Adresse:
Komitee für die Freilassung von
Rudolf Bahro
Hajo Cornel
Postfach 3005
1000 Berlin 30

Günter Erbe

Klassenantagonismus oder Schichtendifferenzierung?

Bemerkungen zu Bahros Analyse der Sozialstruktur des „realen Sozialismus"

Einleitung

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf einen zentralen Aspekt der Arbeit Bahros, der in den westlichen marxistisch orientierten Untersuchungen der Gesellschaftssysteme in den Ländern Osteuropas bisher nur geringe Beachtung gefunden hat. Besonders auf dem Gebiet der DDR-Forschung sind Arbeiten zur Sozialstrukturanalyse allenfalls einzelnen Detailproblemen gewidmet, die aber über den Gesamtzusammenhang der Gesellschaft wenig aussagen. Vor diesem Hintergrund muß die Untersuchung Bahros als in hohem Maße anregend und richtungweisend bezeichnet werden.

Bahro geht es darum zu zeigen, daß die Ursache für Herrschaftsverhältnisse in Gesellschaften, in denen das Privateigentum entweder geschichtlich keine zentrale Rolle spielte oder durch Überführung in Staatseigentum diese Rolle eingebüßt hat, in der Arbeitsteilung zu finden ist. Durch Untersuchung der sozialen Strukturen osteuropäischer Gesellschaften, insbesondere der UdSSR und der DDR, soll diese These bestätigt werden. Aufgrund offen zutage tretender Strukturanalogien zwischen der heutigen Sowjetgesellschaft und den orientalischen Despotien sieht sich Bahro veranlaßt, in seinem Erklärungsversuch auf die asiatische Produktionsweise zurückzugehen. Mag dieses Vorgehen auch aufschlußreich sein zur Entschlüsselung der Gesellschaftsstruktur des nachrevolutionären Rußland, so kommt als Spezifikum der DDR-Entwicklung hinzu, daß sich der Transformationsprozeß historisch als ein Prozeß der Überwindung des kapitalistischen Privateigentums vollzog, ohne daß die in diesen Verhältnissen eingeschlossene Form der Arbeitsteilung aufgehoben worden wäre.

Die Fragen, denen ich mich im Folgenden zuwenden will, führen unmittelbar an ein zentrales theoretisches Problem Bahros heran: Welche Gesellschaftsstruktur ist in den Ländern des „realen Sozialismus" durch die spezifische Transformation kapitalistischer und vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse und Formen der Arbeitsteilung entstanden? Ist der weiterbestehende Gegensatz von Hand- und Kopfarbeit Ausdruck vorhandener Klassenantagonismen oder einer nach Schichten differenzierten Gesellschaft? Zuvor soll auf einige Aspekte der Marx-Interpretation Bahros eingegangen werden, die mit diesen Fragen zusammenhängen.

I. Bahro über das Verhältnis von Privateigentum, Arbeitsteilung und Klassenbildung

Da Marx sein Forschungsinteresse auf die Untersuchung der kapitalistischen Gesellschaftsformation richtete und die bürgerliche Herrschaftsform auf die Institution des kapitalistischen Privateigentums gegründet sah, konnte er – so Bahro – die Beseitigung sozialer Herrschaft nur als Aufhebung des Privateigentums denken. Die Schaffung der materiellen Voraussetzungen des Sozialismus auf nichtkapitalistischem Wege, wie er von der Sowjetunion beschritten wurde, sei nun aber mit der Erzeugung neuer Herrschaftsverhältnisse verbunden, die nicht an die Institution des Privateigentums geknüpft sind. Vielmehr sei es die auf die asiatische Produktionsweise zurückgehende gesellschaftliche Arbeitsteilung, die Herrschaft ohne Vermittlung des Privateigentums konstituiere. Die Entstehung von Klassengesellschaften habe – wie Engels im „Anti-Dühring" zeigte – ,historisch gesehen, einen zweifachen Begründungszusammenhang:

Zum einen führte die Entwicklung der Arbeitsteilung zur Verselbständigung bestimmter gesellschaftlicher Funktionen gegenüber der Gesellschaft in Gestalt von gesellschaftlich notwendigen Amtstätigkeiten, sobald ein bestimmtes Entwicklungsniveau der Produktivkräfte erreicht war. Zum anderen habe die naturwüchsige Arbeitsteilung Warenproduktion und Privateigentum hervorgebracht und die Sklaverei wurde zur herrschenden Produktionsform. In dieser Interpretation der Entstehungsgeschichte von Klassenherrschaft bilde die Arbeitsteilung einen selbständigen Faktor der Klassenbildung, was durch die Existenz von Klassengesellschaften ohne Privateigentum als historisch erwiesen gelte.

Bahro zieht aus seinen Ausführungen über die ökonomische Despotie deshalb folgenden Schluß: „Wenn die Klassen, die mit dem Privateigentum verbunden waren, vernichtet oder entmachtet sind, tritt das ältere Element der Arbeitsteilung nach Hand- und Kopfarbeit wieder als autonomer Faktor der Klassenbildung hervor, und zwar so lange, wie diese Arbeitsteilung überhaupt reproduziert wird" (Die Alternative, 91).

Ich will mich in diesem Zusammenhang vorerst nicht auf die Frage einlassen, inwieweit die politisch-ökonomische Kategorie der „Klasse" im strengen Sinne eine angemessene Untersuchung nichtkapitalistischer Gesellschaften ermöglicht. Vielmehr soll zunächst Bahros These aufgenommen werden, daß Marx in unzulässiger Weise den Gedanken der Aufhebung des Privateigentums überlastet habe, wenn er darin die Überwindung von Verhältnissen einschließe, „die letztlich nicht auf dem Privateigentum beruhen" (ebd., 54). Es erscheint hierzu erforderlich, auf die Marxsche und Engelssche Auffassung von der Aufhebung des Privateigentums näher einzugehen.

In der „Deutschen Ideologie" ist die Aufhebung des Privateigentums gleichgesetzt mit der „Aneignung der totalen Produktivkräfte durch die vereinigten Individuen". Die Beseitigung des Privateigentums ist hier nicht identisch mit seiner juristischen Überführung in Staatseigentum, sondern als Prozeß der gesellschaftlichen Aneignung gefaßt, in dem die alte Arbeitsteilung überwunden wird. „Bei allen bisheri-

gen Aneignungen blieb eine Masse von Individuen unter ein einziges Produktionsinstrument subsumiert, bei der Aneignung der Proletarier müssen eine Masse von Produktionsinstrumenten unter jedes Individuum und das Eigentum unter alle subsumirt werden" (MEW 3, 68). Auch in anderen Frühschriften wie den „Grundsätzen des Kommunismus" und dem „Manifest" ist die Aufhebung des Privateigentums ein gesellschaftlicher Prozeß, in dem die bisherige Arbeitsteilung, die der Klassenbildung zugrundeliegt, durch eine soziale Organisation überwunden wird, in der keine Festsetzung sozialer Tätigkeiten mehr möglich ist.

In der Phase der Niederschrift des „Kapital" bleibt der Gedanke erhalten, daß die Abschaffung des Privateigentums nur dann zur Beseitigung von Klassenherrschaft führt, wenn die Form der kapitalistischen Teilung der Arbeit aufgehoben ist. Daß dieser Prozeß einen längeren Zeitraum beansprucht und in der ersten Phase des Kommunismus erst eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen ist, wird u.a. in der Marxschen Stellungnahme zum Gothaer Programm ausgedrückt. Marx ging davon aus, daß in der Periode der Diktatur des Proletariats die gesellschaftlichen Amtsträger der unmittelbaren Kontrolle der Produzenten unterworfen würden, das Delegatinsprinzip innerhalb der Kommune, die er als die politische Form der sozialen Emanzipation ansah, zu keiner Verselbständigung der Kopfarbeit gegenüber der Handarbeit führen könnte. Die „knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit" (MEW 19, 21), würde in der Übergangsperiode zwar noch weiterbestehen, aber nicht mehr als Klassengegensatz in Erscheinung treten, sofern durch die gleichmäßige Verteilung der Arbeit die jederzeitige Absetzbarkeit der gesellschaftlichen Amtsträger und den Wechsel der Tätigkeiten vermieden werde, daß „eine Gesellschaftsschichte die Naturnotwendigkeit der Arbeit von sich selbst ab- und einer anderen Schichte zuwälzen kann" (MEW 23, 552). Es bleibt zu konstatieren, daß von Marx das Fortbestehen der „knechtende(n) Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit" in der ersten Phase des Kommunismus zwar unter dem Aspekt von „Muttermalen" der bürgerlichen Gesellschaft, aber nicht als mögliche Quelle neuer Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse reflektiert worden ist. Folglich ist auch Bahros Feststellung zuzustimmen, „daß Marx die Herrschaft der Kopfarbeit über die Handarbeit zwar stets als wesentliches Moment der Klassengesellschaft betrachtete, aber in der Kontroverse mit Bakunin die Möglichkeit, daß ihr eine selbständige Bedeutung zukommen könnte, zumindest für die Epoche jenseits des Kapitalismus abwies" (Die Alternative, 97). In diesem Zusammenhang ist zu fragen, ob die Teilung der Arbeit in Hand- und Kopfarbeit per se ein autonomer Faktor der Klassenbildung sein kann. Da Arbeit und Arbeitsteilung immer unter historisch bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen stattfinden, kann die Untersuchung spezifischer Herrschaftsverhältnisse nicht losgelöst werden von der Untersuchung der „Form, worin diese Mehrarbeit dem unmittelbaren Produzenten, dem Arbeiter, abgepreßt wird" (MEW 23, 231). Hiermit ist die Frage nach der ökonomischen Formbestimmtheit der Arbeit, den spezifischen Produktions- und Eigentumsverhältnissen in der DDR gestellt, danach, wie sich Eigentümer der Produktionsbedingungen und unmittelbare Produzenten zueinander verhalten. Bahro erhebt zwar den Anspruch, analog der

Marxschen Kapitalismusanalyse eine Untersuchung der ökonomischen Struktur der „protosozialistischen" Gesellschaft durchzuführen, kommt aber in der Durchführung seines Vorhabens über eine sehr instruktive beschreibende Charakteristik, die in einzelnen Thesen über das Buch verstreut ist, nicht hinaus (1). Um die „Fundamente, auf denen unser System bis heute beruht", zu kennzeichnen, zitiert er eine Passage aus Lenins Schrift „Staat und Revolution", in der der Sozialismus als staatskapitalistisches Monopol bezeichnet wird, „ ‚das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein' " (Die Alternative, 114). Daraus folgert Bahro: „Auf den Sozialismus als Ganzen bezogen, wie er hier konzipiert wurde, bedeutet ‚Staatskapitalismus' nichts als staatliche Verfügung über alle gesellschaftlichen Fonds und Produkte, die ihres eigentlichen Kapitalcharakters durch die Revolution entkleidet wurden" (ebd.). Das Staatseigentum als Instanz der politisch-bürokratischen und administrativen Verfügungsgewalt stelle „ein Produktionsverhältnis sui generis dar" (ebd., 114). Die Oligarchie an der Spitze der politischen, staatlichen und „gesellschaftlichen" Leitungspyramide entscheide „über die Ziele, für die das Mehrprodukt verausgabt werden soll und unterwirft den ganzen Reproduktionsprozeß des ökonomischen, sozialen, kulturellen Lebens ihrem Reglement" (ebd., 284). So wie der Arbeiter im Kapitalismus durch seine Produktionstätigkeit dazu beiträgt, das Kapital zu vergrößern, „vermehrt er im real existierenden Sozialismus das Potential für die Verfügungsgewalt der Partei- und Staatsmaschine, vermehrt er seine Ohnmacht ihr gegenüber" (ebd.).

Vor dem Hintergrund dieser Charakterisierung der Produktionsverhältnisse im „realen Sozialismus" erscheint die These von der selbständigen Bedeutung der Herrschaft der Kopfarbeit über die Handarbeit zunächst unvermittelt, da Bahro die gesellschaftliche Arbeitsteilung selbst als Produkt spezifischer gesellschaftlicher Verhältnisse entwickelt. Die Verselbständigung von politischen Leitungsfunktionen gegenüber unmittelbaren Produktionsfunktionen ist so nicht, wie Bahro wiederholt ausführt, das Produkt antagonistischer Produktivkräfte, sondern spezifischer Produktionsverhältnisse, allerdings auf der Grundlage einer Technologie, die weitgehend der kapitalistischen nachgebildet ist. Damit soll nicht bestritten werden, daß gesellschaftlich notwendige Leitungsfunktionen diejenigen, die mit ihnen befaßt sind, in einen sozialen Gegensatz zu jenen bringen können, die Ausführungstätigkeiten verrichten. Das soziale Verhältnis beider Tätigkeitsgruppen ist aber nicht bestimmt durch die Natur der unterschiedlichen Arbeitsfunktionen, sondern, wie Bahro andererseits richtig zeigt, durch die Art und Weise, wie die Gesellschaft diese Tätigkeiten organisiert. Erst die Monopolisierung der Leitungsfunktionen durch eine bestimmte Gesellschaftsschicht läßt sie gegenüber den „Handarbeitern" als Faktor der Klassenbildung erscheinen.

---

1 Bahros Analyse enthält Elemente der Bürokratiekritik Kuron/Modzelewskis (vgl. Monopolsozialismus, Hamburg 1969) und des Etatismus-Ansatzes von Stojanovic (vgl. Kritik und Zukunft des Sozialismus, München 1970). Explizit konstatiert er eine Verwandtschaft seines Ansatzes mit dem von R. Damus (vgl. Die Alternative, S. 453).

II. Klassengesellschaft oder Schichtungsdifferenzierung?

Da es Bahro darum geht, eine revolutionäre Alternative zum „realen Sozialismus" zu formulieren, ist er bestrebt, die Bruchstellen des Systems herauszufinden und daraus das Veränderungspotential abzuleiten. Aus seiner Beschreibung der Produktionsverhältnisse geht hervor, daß er die DDR-Gesellschaft generell als eine „neue antagonistische Gesellschaftsordnung jenseits des Kapitalismus" (Die Alternative, 22) einstuft. Die genauere Analyse der Sozialstruktur dieser „späten Klassengesellschaft" (ebd., 285) wird aber von einem theoretischen Ansatz getragen, der sich nicht in Begriffen wie „Klasse", „Antagonismus" etc. bewegt, sondern auf einem Schichtungskonzept basiert. Das erscheint zunächst für einen Marxisten erstaunlich, entlehnt doch die westliche Schichtungstheorie ihre Begriffe nicht der politischen Ökonomie, sondern einer Gesellschaftstheorie, derzufolge soziale Positionen nicht primär aus der Stellung des Positionsinhabers innerhalb der Produktionsverhältnisse abgeleitet, sondern auf eine Mehrdimensionalität oft willkürlich herangezogener Faktoren zurückgeführt werden. Entsprechend seiner These von der Arbeitsteilung nach Hand- und Kopfarbeitern als autonomem Faktor der Klassenbildung vertritt Bahro die Auffassung, daß die Sozialstruktur der DDR „geradezu die subjektive Daseinsweise der modernen Produktivkräfte" (ebd., 192) sei. „Diejenigen (neuen) Züge der Sozialstruktur in spätkapitalistischen Industriegesellschaften aber, die sich mit den Stratifikationsmodellen mehr oder weniger aufschlußreich beschreiben lassen, finden sämtlich in den Ländern des real existierenden Sozialismus ihr verwandtes Gegenstück, und zwar einfach deshalb, weil sie unmittelbarer als die traditionellen Klassenmerkmale den Stand der Produktivkräfte ausdrücken" (ebd., 191/192). Will Bahro damit sagen, daß die Produktivkräfte an sich durch ihre technische Struktur eine soziale Organisation hervorbringen, die durch Über- und Unterordnungsverhältnisse gekennzeichnet ist? Wollte man diese Frage bejahen, so wäre Bahros Kritik der gegebenen Organisationsformen der Arbeitsteilung unbegründet und die Veränderungsperspektive allein im Sinne einer nur die Arbeitsmittel betreffenden technischen Revolution zu verstehen. Bahros Kritik zielt aber gerade auf die Form der Arbeitsteilung, also die Verbindungsform von Arbeiter und Produktionsmittel, besteht die Ausbeutung und Unterdrückung doch darin, „die Produzenten der Entscheidungs- und Verfügungsgewalt über die Bedingungen ihres materiellen Lebens zu berauben" (178). Wenn Bahro auch den Zusammenhang von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften in den nachkapitalistischen Gesellschaften nicht klar entwickelt, folglich das Verhältnis von ökonomischer Formbestimmtheit der Arbeit und konkretem Arbeitsinhalt unbestimmt bleibt, so scheint mir für seine These, daß die Sozialstruktur der DDR-Gesellschaft durch Funktionsniveaus der Arbeitsteilung bestimmt ist, doch mehr als nur der oberflächliche Schein zu sprechen.

Zu fragen ist, ob der der Sozialstrukturanalyse zugrundegelegte schichtungstheoretische Ansatz, der die Gesellschaftsstruktur als soziale Pyramide entsprechend der Stellung im System der Arbeitsteilung beschreibt, mit der Einschätzung der Produktionsverhältnisse als antagonistisch zu vereinbaren ist. Bahro scheint sich in dieser für die Einschätzung der Veränderungsperspektive entscheidenden Frage selbst

nicht im klaren zu sein. Gehen wir zunächst näher auf seine Sozialstrukturenanalyse ein.

Bahro sieht im „realen Sozialismus" durch die Beseitigung des Privateigentums die „Klassenherrschaft bereits auf ihren elementaren Ausgangspunkt zurückgebracht", so daß in dieser Gesellschaftsformation historisch gesehen „eine objektive Tendenz zur Überwindung der antagonistischen Struktur wirksam sei" (166). Unklar bleibt, wie die von ihm auf der Ebene der Analyse der Produktionsverhältnisse konstatierte Polarisierung der Gesellschaft in Eigentümer der Produktionsmittel und eigentumslose Produzenten neue schichtdifferenzierende Kriterien hervorgebracht hat. Entgegen der in der DDR-Soziologie gepflegten Auffassung, daß durch das Staatseigentum alle darunter subsumierten Glieder der Gesellschaft sozial vereinigt seien, erklärt Bahro die Stellung innerhalb der politischen Hierarchie und darüber vermittelt innerhalb der gesellschaftlichen Leitungspyramide überhaupt, neben anderen Kriterien wie Bildungsgrad etc., zum bestimmenden Faktor der sozialen Position. Er hält es für unangemessen, den von ihm zur allgemeinen historischen Kennzeichnung der DDR-Gesellschaft gebrauchten Klassenbegriff in der empirischen Untersuchung der Sozialstruktur anzuwenden. Der Klassenbegriff sei in der klassischen politischen Ökonomie wie auch bei Marx und Engels auf die bürgerliche Gesellschaft bezogen und stelle deshalb zumindest keine adäquate sozialökonomische Kategorie der Untersuchung von Gesellschaften dar, die auf Staatseigentum beruhen.

Wie verträgt sich nun Bahros These der Existenz von Ausbeutung und antagonistischen Gesellschaftsverhältnissen mit dem der Sozialstrukturanalyse zugrundegelegten Schichtungskonzept, das in seinem westlichen Verständnis eine zwar differenzierte, aber gerade nicht gespaltene Gesellschaft zur theoretischen Voraussetzung hat? Wenn man Bahros Position nicht einfach als widersprüchlich bezeichnen will, so könnte unterstellt werden, daß er den Klassenbegriff nur zur Kennzeichnung des allgemeinen Typs der DDR-Gesellschaft als einer auf Herrschaft beruhenden Gesellschaft gebraucht, während er den schichtungstheoretischen Ansatz der empirischen Beschreibung der Sozialstruktur vorbehält. Damit gleicht sich Bahro den gegenwärtig dominierenden Interpretationsansätzen in der empirischen Sozialstrukturforschung der DDR an, mit dem Unterschied, daß nich nichtantagonistisches Klassenmodell in diesen Positionen dem Schichtungsmodell in harmonisierender Absicht übergestülpt wird (2). Ergebnis ist die Beschreibung der Sozialstruktur als Schichtungspyramide: „Die institutionalisierte, durch die gesamte technisch-ökonomische und Bildungspolitik ständig reproduzierte Abgrenzung der verschiedenen Sphären, die dominierende Tendenz zur Festlegung und Beschränkung der Individuen auf je bestimmte Funktionsniveaus erzeugt die Pyramidengestalt, zu der sich der gesellschaftliche Gesamtarbeiter im arbeitsteiligen Produktions- und Leitungsprozeß organisiert" (195). Die verschiedenen Funktionsebenen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters in ihrem Verhält-

---

2 Vgl. H. Meyer und H. Laatz in: Zur Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1974, sowie M. Lötsch in: Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR, Berlin 1975. Auch andere osteuropäische Soziologen wie Ossowski, Wesolowski, Hegedüs, Machonin u.a. gelangen zu einem Schichtungskonzept, indem sie einen antagonistischen Gegensatz zwischen ausbeutenden und ausgebeuteten Klassen verneinen.

nis zueinander werden von Bahro mit Begriffen wie „Polarisierung", „Dichotomie" und „tendenziell antagonistisch" bzw. „antagonistisch" bezeichnet. Wenn zum einen vom besonderen politischen Überbau und zum anderen vom Kapitalverhältnis abstrahiert werde, so sei die soziale Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters im realen Sozialismus weitgehend deckungsgleich mit der Sozialstruktur des Kapitalismus. Im „realen Sozialismus" tritt an die Stelle der Kapitaleigentümer die Gruppe der politischen Führungskader, inkl. „die ausgedehnte Partei-, Staats- und höhere Wirtschaftsbeamtenschaft" (284), der der übrige Teil des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters „tendenziell antagonistisch" gegenübersteht. In der Verwendung des Begriffs des Gesamtarbeiters wird deutlich, daß Bahro eine enge Beziehung zwischen der Stellung im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Sozialstruktur für gegeben hält. Die Begriffe „Arbeiterklasse" und „Intelligenz" erscheinen ihm ebenso unangemessen, wie das in der DDR offiziell vertretene Konzept nichtantagonistischer Klassen und Schichten, um an die wesentlichen Strukturmerkmale der Gesellschaft heranzuführen. „In bezug auf die Grundprobleme unserer Sozialstruktur können ‚Arbeiter' und ‚Genossenschaftsbauern' bereits identifiziert werden, was die Analyse und Beachtung der Besonderheiten natürlich nicht überflüssig macht. Sie können und müssen einfach deshalb identifiziert werden, weil nicht mehr eine ‚horizontale' Klassenteilung, sondern eine ‚vertikale' Schichtenfolge, mit allerdings noch harten Übergängen, charakteristich für unsere Gesellschaft ist. Das Grundverhältnis besteht nicht zwischen einer Arbeiterklasse und den übrigen Elementen der Sozialstruktur, sondern in ihrer gemeinsamen Gleichheit gegenüber einem dritten Faktor" (216).

Im Begriff des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters sind sämtliche Funktionsniveaus im arbeitsteiligen Produktions- und Leitungsprozeß erfaßt. Die soziale Struktur der Gesellschaft ist Resultat der Differenzierung nach Bildungsgraden, Leitungsebenen, Funktionen des Reproduktionsprozesses und Zweigen der Arbeitsteilung. Bahro schwankt in seiner Analyse zwischen der stärkeren Betonung antagonistischer Tendenzen und Strukturen und der Konstatierung funktioneller sozialer Differenzierung. „Die nach wie vor am Gesamtkörper der Gesellschaft ablesbare Polarisierungstendenz setzt sich mehr statistisch als real gruppenbildend um. Die durch Tätigkeitscharaktere und Bildungsstufen gegebenen Schichten und Gruppen gehen relativ kontinuierlich ineinander über, mit großen Überschneidungen einmal dieser, einmal jener Verhaltensbereiche. Einzig die hierarchische Rangordnung, die mehr oder weniger direkt mit dem politischen Einfluß korreliert, setzt schärfere Abgrenzungen, nach den Gradationen der Verfügungsgewalt über Menschen und Mittel" (418).

Die nächste Frage betrifft die sozialen Bruchstellen innerhalb des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters. Während die Sozialstruktur in der bürgerlichen Gesellschaft dadurch bestimmt ist, daß der Arbeitsprozeß die Gestalt des kapitalistischen Verwertungsprozesses annimmt, die sozialen Positionen in dieser Gesellschaft also durch das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital vorstrukturiert sind, ist der Ausgangspunkt der Sozialstrukturanalyse der „protosozialistischen" Gesellschaft „die Verdoppelung des materiellen Reproduktionsprozesses in einen stofflich-energetischen und einen ihm steuernd und regelnd übergeordneten informationellen Prozeß" (180). Die Leitungsfunktionen behalten auch im realen Sozialismus den von Marx der ka-

pitalistischen Leitung zugeschriebenen Doppelcharakter. Nach Wegfall des Privatkapitalisten sind es nunmehr die vormals unter seiner Regie mit Leitungsfunktionen betrauten „Dirigenten“, die – hierarchisch vereinigt im Staat – den Produktionsarbeitern gegenübertreten und über die optimale Nutzung der „in Staatskapitalform auftretenden Fonds“ wachen. Innerhalb dieses nach Funktionsniveaus gegliederten gesellschaftlichen Gesamtarbeiters verläuft Bahro zufolge eine zweifache Zäsur:

Zum einen besteht eine Trennungslinie zwischen der Spitze des Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparates und den unmittelbaren Produzenten, denen Bahro das Gros der technisch-ökonomischen und technisch-wissenschaftlichen Spezialisten zurechnet. Seinem Schema einer Schichtung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters folgend, lehnt er es ab, die Träger intellektueller Berufe als besondere soziale Schicht der „Intelligenz“ auszuweisen. Heute sei die „sozialistische Intelligenz“ vielmehr „ein sozialökonomisch und politisch äußerst heterogenes Konglomerat von Gruppen und Schichten sehr verschiedener gesellschaftlicher Funktion und Stellung, in dem sich auf spezifischem Niveau alle Widersprüche, die überhaupt für die Sozialstruktur der nichtkapitalistischen Industriegesellschaft typisch sind, ausprägen“ (238). Bahro hebt als besonders relevant die „Dichotomie zwischen Spezialisten und Ideologen“ hervor. Die Spezialisten bilden innerhalb der sozialen Pyramide eine mittlere Schicht zwischen Produktionsarbeitern und den eigentlichen Leitungskadern. Ihr Tätigkeitsbereich umfaßt den gesamten Komplex der Produktionsvorbereitung von der Forschung und Entwicklung über die Konstruktion und Projektierung bis zur technologischen und technischen Betreuung. Den technisch-wissenschaftlichen Spezialisten stehen die jungen Ökonomen nahe, die nicht an der Konzipierung der wirtschaftspolitischen Entscheidungen ihrer Produktionseinheit beteiligt sind. Vermittelt über die Spezialisten werden sowohl die unteren Leitungsfunktionen in den materiellen Produktionsprozeß eingegliedert als auch die unmittelbaren Arbeitsfunktionen, die sie ausüben, auf den administrativen Bereich ausgedehnt. Die Spezialisten seien „keine neue Fraktion der Arbeitsteilung innerhalb der Leitungstätigkeit, sondern eine innerhalb der Produktion“ (205).

Der soziale Gegensatz zwischen den unmittelbaren Produzenten sowie den Spezialisten der naturwissenschaftlich-technisch-ökonomischen Disziplinen und dem etatistischen Management wird überlagert durch eine zweite Trennungslinie, die die verschiedenen Gruppen der Produktionsarbeiter von den Spezialisten absondert. „Infolge der Tatsache, daß den Arbeitern Technik und Technologie samt den Erfordernissen des ökonomischen Umgangs mit Material, Maschinerie und Arbeitszeit in Staatskapitaleigenschaft bzw. -funktion gegenübertreten, wird das ganze technisch-ökonomische Personal, einschließlich der Spezialisten und selbst der einfachsten Verwaltungsangestellten, mit Mißtrauen und latenter Feindschaft betrachtet“ (197). Bahro sieht in der Funktion des Arbeitsnormers die Trennung der technischen und ökonomischen Spezialisten von den Produktionsarbeitern besonders deutlich hervortreten, repräsentiert er doch am anschaulichsten die Herrschaft der vergegenständlichten Arbeit. Das Veränderungspotential in der „protosozialistischen“ Gesellschaft läßt sich weniger als Aufbegehren des unteren Teils der sozialen Pyramide gegen die Führungsgruppe an der Spitze charakterisieren, als vielmehr im Sinne einer systemtrans-

zendierenden Initiative desjenigen Teils des Gesamtarbeiters, der mit den Entwicklungsfunktionen und -tendenzen der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse am stärksten verbunden ist. „ ... der soziale Gegensatz zwischen Spezialistentum und dem etablierten allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Management dürfte das progressiv bewegende Moment in der nächsten Phase des Übergangsprozesses sein" (206).

Bahro gelangt durch seine Einschätzung der Sozialstruktur zu Schlußfolgerungen, die sich in der Nachbarschaft bereits früher entstandener Untersuchungen der Herrschaftsverhältnisse in den Ländern Osteuropas bewegen. Besonders in den Arbeiten polnischer, tschechoslowakischer und ungarischer Soziologen wie aber auch in einigen in der DDR erschienenen Aufsätzen ist der klassentheoretische Ansatz, wenn auch zumeist mit anderer politischer Akzentsetzung, durch ein Konzept sozialer Schichtung ersetzt worden. Sofern diese Positionen explizit die offiziell verbindliche These der Herrschaft der Arbeiterklasse in Frage stellten, mußten sie — zumindest in der DDR — bald wieder aufgegeben werden. Bahro löst aber nicht die Begriffe „Arbeiterklasse" und „Intelligenz" im Begriff des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters auf, um dadurch die Aufhebung sozialer Antagonismen zu bestätigen, sondern verbindet sein Konzept einer durch verschiedene Funktionsniveaus der Arbeit geschichteten sozialen Pyramide mit einer Analyse der Produktonsverhältnisse, die er als tendenziell antagonistisch diagnostiziert. Im Unterschied zu Soziologen in der DDR, die zu einer Schichtung in drei Funktionsgruppen (Leitungskader, Angestellte ohne Leitungsfunktion, Produktionsarbeiter) gelangen (vgl. Lötsch, Laatz, Meyer), aber zugleich an der parteioffiziellen Version einer Sozialstruktur festhalten, die aus befreundeten Klassen und Schichten bestehe, durchbricht Bahro den ideologischen Schleier der partei-loyalen Soziologie und gewinnt der soziologischen Analyse die herrschaftskritische Dimension zurück.

Im Verzicht Bahros auf den Begriff der Arbeiterklasse und in der Hervorhebung der progressiven Rolle der Spezialisten sehen marxistische Kritiker im Westen nunmehr ein Indiz für ein Denken in technokratischer Perspektive. Ob Bahro das emanzipatorische Potential der Gesellschaft richtig eingeschätzt hat, sollte hier ebensowenig wie die von ihm für aussichtsreich gehaltene Entwicklungsperspektive untersucht werden (3). Hier sei nur darauf hingewiesen, daß ein sozialstruktureller Forschungsansatz, der den industriellen Bereich der DDR-Gesellschaft — grob gesagt — in die Schichten der Produktionsarbeiter, Spezialisten und Leitungskader gegliedert sieht, nicht notwendig dazu führen muß, — wie Bahro — der unteren Schicht der Produktionsarbeiter die historische Initiative abzusprechen. In der Tat könnte die Gliederung der Gesellschaft nach Funktionsniveaus der Arbeitsteilung ein Hinweis darauf sein, daß der Prozeß der Abschaffung der Klassen realiter begonnen hat, wenngleich die Form der Festsetzung gesellschaftlicher Tätigkeiten Ausdruck neuer mit der bürgerlichen Klassengesellschaft aber nicht gleichzusetzender Herrschaftsverhältnisse ist.

---

3 Vgl. dazu den Beitrag von R. Damus in diesem Heft.

Renate Damus

Die Intelligenz als Potential des gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses im „realen Sozialismus" (nach Rudolf Bahro)

Die mir bekannten und mir relevant erscheinenden Diskussionen zu Rudolf Bahros „Alternative" hatten insbesondere zwei Problembereiche zum Gegenstand: Zum einen die Analyse der russischen Revolution bzw. der sowjetischen Entwicklung (wobei die These von der Notwendigkeit bzw. Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung vornehmlich zu hinterfragen ist); zum anderen die Rolle der Intelligenz wie die der unmittelbaren Produzenten im gesellschaftlichen Umwälzungsprozeß (wobei die Analyse der Stellung, Funktion und Rolle der Arbeiterklasse bisweilen als „unmarxistisch" hervorgehoben wird). Insgesamt sehe ich die Analyse der sowjetischen Entwicklung – was ihre behauptete Zwangsläufigkeit betrifft – als einzigen grundsätzlichen Mangel dieses bedeutenden Buches an, während mir die Analyse des Verhältnisses von Intelligenz und unmittelbaren Produzenten anhand der Frage nach dem Subjekt des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses im „realen Sozialismus" richtig erscheint. Da ich der Bedeutung dieses Buches und der Situation wegen, in der sich Bahro als politischer Häftling schon seit bald einem Jahr befindet, die Gelegenheit nutzen möchte, Bahrosches Gedankengut unter dem Aspekt seiner heutigen politischen Relevanz weiter zu vermitteln, gehe ich auf die zweite Problemstellung ein. Dabei kommt es mir von einer grundsätzlich zustimmenden Position aus darauf an, die Argumente herauszuschälen, die Bahros Analyse der Rolle der Arbeiter und der Intelligenz im revolutionären Umwälzungsprozeß (in den Ländern des „realen Sozialismus") begründen.

Zunächst sei daran erinnert, daß Bahro die im Marxismus gängige These von der Arbeiterklasse als primärem und genuinem Träger der sozialistischen Revolution nicht nur infrage stellt, sondern für den „realen Sozialismus" explizit verneint. Er sieht allerdings auch nicht schlechthin und ausschließlich in der Intelligenz das revolutionäre Subjekt (ausdrücklich verneint S. 239). Eine revolutionäre Situation und deren mögliche positive Wendung hin zu einer sozialistischen Gesellschaftsentwicklung ergibt sich Bahro zufolge aus dem Zusammentreffen von mehr oder weniger eruptiven, konsumbezogenen Produzentenunruhen in (immer wiederkehrenden, da systemimmanent nicht zu lösenden) wirtschaftlich-sozialen Krisensituationen mit den Interessen einer Minderheit der Intelligenz, deren Interessen an einer allgemeinen Emanzipation mit ihren eigenen Bedürfnissen subjektiv bewußt übereinstimmen. Die hierzu wichtigsten Überlegungen Bahros beziehen sich

1. auf die Form des gesellschaftlichen bzw. sozialen Zusammenhangs im „realen Sozialismus" (im Vergleich zur konstitutiven Andersartigkeit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft)
2. auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und deren Auswirkungen auf das Bewußtsein, also auf die (objektive) Sozialstruktur im „realen Sozialismus" und deren (subjektive) bewußtseinsmäßige Verarbeitung
3. auf die Tatsache, daß in der Geschichte bisher nirgendwo die Arbeiterklasse im Sinne einer allgemeinen Emanzipation die entscheidende Rolle spielte (Beispiel: Prager Frühling).

1. Die spezifische Form des Vergesellschaftungsprozesses im „realen Sozialismus"

Die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln brachte im „realen Sozialismus" kein Volkseigentum mit sich, sondern eine eigentumslose Gesellschaft gegenüber einer allgewaltigen Staatsmaschine als Werkzeug der Partei (des Parteiapparats, der Parteispitze) (S. 12). Ent-

gegen den Vorstellungen von Marx nahm somit die Gesellschaft des nichtkapitalischen Weges nicht den Staat in die Gesellschaft zurück, vielmehr verhält es sich umgekehrt, die Gesellschaftsmitglieder wurden völlig atomisiert, tradierte gesellschaftliche Kompetenzen wurden in die Staatsmaschinerie eingegliedert. Der Staat ist das Werkzeug der Partei, auf das sie nicht verzichten kann, da diese Partei nicht durch die Selbstorganisation ihrer überall vertretenen Mitglieder auftreten kann (S. 287). Der Staat verfügt über die Produktion, das Mehrprodukt, die Proportionen des Reproduktionsprozesses, die Verteilung, den Konsum etc. Alle gesellschaftlichen Lebensbereiche, einschließlich Wissenschaft und Kunst, erfahren eine unmittelbare Beeinflussung und Lenkung durch die Staats- und Partei-Maschinerie. Die Partei etabliert sich als der allgemeine Herr der gesellschaftlichen Geschicke, so auch als Arbeitsherr.

Eine bewußte Organisation der Erkenntnis-, Planungs-, Leitungs- und Arbeitsprozesse der unmittelbaren Produzenten, wie sie den „realen Sozialismus" im Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft charakterisiert, muß auf der Basis der alten Arbeitsteilung zu einer gesamtstaatlichen Organisation gerinnen. Eine solch weitgehende Verstaatlichung, deren Hauptinstrument zur Lenkung der gesellschaftlichen Prozesse der Plan ist (z.B. der Bildungsplan; Plan also nicht eng ökonomistisch zu verstehen) ist zwar Ausdruck einer im Vergleich zur kapitalistischen Gesellschaft anderen gesellschaftlichen Synthesis, hat jedoch mit Sozialismus nichts zu tun. Denn: die Produzenten haben keinen Einfluß auf ihre Geschicke, sie bestimmen nicht über die dem Plan zugrundeliegenden Prioritäten bzw. Präferenzen und damit nicht über die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung, die Art der Bedürfnisse und die Form ihrer Befriedigung. Sie haben keinen Einfluß auf die Entscheidungen über die Proportionen zwischen Akkumulation und Konsumption, Kriegs- und Friedensproduktion, Wohnungsbau und Monumentalbau, auf den Aufwand für Bildung und für Staats- bzw. parteierhaltende (jedenfalls ist sie so gedacht) Propaganda etc. (S.178). Da die Produzenten nicht einmal über ein Streikrecht als Möglichkeit organisierter Willensbildung und Willensäußerung verfügen, muß die herrschende Politbürokratie „nur" die Gefahr spontaner Massenerhebungen fürchten (und das tut sie zunehmend veranlaßt auch).

Es gibt schlichtweg kein Organ, das der Staatsmaschinerie (als dem Werkzeug einer bestimmten Parteifraktion) organisiert gegenübertreten könnte, da es keinerlei legale Form der Organisation unerwünschter Meinungen und darauf basierendem Handeln gibt. Daraus folgt, daß Gegenwehr eruptiv, plötzlich, durch wirtschaftlich-soziale Krisen ausgelöst erfolgt. Mit Krisen ist zwangsläufig verstärkt zu rechnen, da das System, insbesondere auf einem höheren Stand der Industrialisierung, kein Korrektiv gegen wirtschaftliche Ineffektivität kennt bzw. umgekehrt wirtschaftliche Ineffektivität durch dieses System geradezu hervorgerufen und gefördert wird. Dies liegt u.a. daran, daß über die Rangstufe, die der Einzelne in der Hierarchie einnimmt, nicht die uns aus der bürgerlichen Gesellschaft gewohnte „Leistung" entscheidet, sondern sehr stark Anpassungsbereitschaft, damit aber gelangen nur bestimmte Informationen nach oben. (Die Konstatierung dieser Tatsache hat nicht zur Folge, sich für das bürgerliche „Leistungsprinzip" auszusprechen.) Da die Masse der Individuen traditionell auf kompensatorischen Konsum verwiesen ist und systembedingt zur Erhaltung des Status quo (und d.h. zur Verhinderung eigenständigen gesellschaftlichen Verhaltens) darauf verwiesen wird, stellt wirtschaftliche Ineffektivität das System am schnellsten und unmittelbarsten in Frage.

An die Stelle des Kapitalverhältnisses und damit des Klassengegensatzes von Bourgeoisie und Proletariat tritt also im „realen Sozialismus" ein spezifischer politischer „Überbau", der die Vergesellschaftungsprozesse bestimmt und lenkt, gegen den mehr oder weniger als einzige Möglichkeit die passive Verweigerung von Arbeitsleistung verbleibt (was auch geschieht). Dieser gesellschaftlich-konstitutiv politische „Überbau" sitzt nicht einer Klassengesellschaft, sondern einer hierarchisch strukturierten Gesellschaft auf, wobei einerseits die erworbene Qualifikation, andererseits das Verhältnis zur Partei und damit in der Regel die Anpassungsfähigkeit über die Einstufung in die Hierarchie entscheidet. Das politisch bestimmte Hierarchieprinzip schlägt sich auch darin nieder, daß die Möglichkeit der individuellen Inanspruchnahme gesellschaftlicher Ressourcen keineswegs durch das für die Masse der Gesellschaftsmitglieder ohnehin sehr stark egalisierte Verdienst geprägt ist, vielmehr verbinden sich mit einer bestimmten Position politisch bestimmte Privilegien. Die soziale Differenzierung nach den Funktionsniveaus der gesellschaftli-

chen Arbeit im Rahmen eines politischen Hierarchieprinzips ist damit von struktureller Bedeutung und nicht die Klassenfrage (S. 389).

Diese Form des gesellschaftlichen Zusammenhanges bezeichnet Bahro als quasi-theokratisch, da der Kern der politischen Gewalt die geistliche, die nicht hinterfragbare institutionalisierte „wissenschaftliche Weltanschauung", also die Inquisition ist. Dem eigenen Anspruch nach setzt die Partei die Bewegungsgesetze der Geschichte, auf die sie ein Erkenntnismonopol hat, durch. Damit wird die Partei zur politischen Polizei (die Richtigkeit dieser Feststellung zeigt sich nicht zuletzt an der Verhaftung Bahros wegen einer wissenschaftlich-kritischen Analyse des „realen Sozialismus" von einer sozialistischen Position aus). Der Parteiapparat als Kern der Staatsmacht ist demnach ein säkularisierter Gottesstaat (S. 288); noch nie waren weltliche und geistliche Macht in der Geschichte so vereint wie in den Ländern des „realen Sozialismus". Wenn die Partei aber so sehr für alles verantwortlich zeichnet, weil sie niemand andern etwas verantworten läßt, dann kann sie natürlich auch keine Distanzierung zulassen. Fazit: In der Unkontrollierbarkeit des Politbüros und seiner Apparate, in der institutionellen Identität von Staatsautorität, ökonomischer Verfügungsgewalt und ideologischem Ausschließlichkeitsanspruch, in der inneren Verfassung der Partei und ihrer Herrschaftsform als Überstaatsapparat (S. 294), in der Diktatur der Politbürokratie besteht das Frontproblem im „realen Sozialismus" (S. 291). Diese herrschende Partei ist der schärfste Ausdruck der alten, nämlich vertikalen Arbeitsteilung, da sie die allgemeinen Angelegenheiten in den Händen einer autoritären Oligarchie monopolisiert (S. 424).

Ist diese Analyse der Vergesellschaftungsform des „realen Sozialismus" richtig, ist die gesellschaftliche Synthesis weder als kapitalistisch noch als sozialistisch (vgl. hierzu mein Buch: Der reale Sozialismus als Herrschaftssystem. Gießen 1978) zu charakterisieren, dann kommt der Arbeiterklasse nicht primär und genuin die Rolle des Trägers der allgemeinen Emanzipation zu. Ist das Gesellschaftssystem des „realen Sozialismus" nicht durch eine kapitalistische Restauration geprägt, dann muß nach dem Träger des revolutionären Prozesses aus der Analyse eben dieser Gesellschaft heraus gefragt werden, dann läßt sich nicht abstrakt von außen, von der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft her das revolutionäre Subjekt schlechthin für den „realen Sozialismus" postulieren. Aus der Bahroschen Analyse der spezifischen Vergesellschaftungsform im „realen Sozialismus", die ich in den grundsätzlichen Überlegungen teile, folgt, daß der Begriff der Arbeiterklasse nicht zur Herausschälung der Strukturmerkmale dieser Gesellschaft beiträgt. Das Grundverhältnis besteht im Gegensatz zum Kapitalismus nicht zwischen Arbeiterklasse und anderen Klassen (oder Schichten), sondern in ihrer gemeinsamen Gleichheit gegenüber einem dritten Faktor (S. 216). Nicht die horizontale Klassenteilung, sondern die vertikale hierarchische Schichtung mit einem konstitutiv politischen Zwangsmechanismus der Vergesellschaftung zeichnet den „realen Sozialismus" aus.

2. Die Arbeits- und Lebensbedingungen, deren Auswirkungen auf das Bewußtsein der Gesellschaftsmitglieder und damit die Sozialstruktur der „real-sozialistischen" Gesellschaft

Neben dem Verweis auf den spezifischen Vergesellschaftungsprozeß und der sich bereits hieraus ergebenden Sozialstruktur im „realen Sozialismus" und dem (noch zu behandelnden) historischen Bezug, der aufzeigt, daß in Entgegensetzung zur Marxschen These die Arbeiterklasse bisher nicht der revolutionäre Träger qualitativ neuer gesellschaftlicher Prozesse gewesen ist, ist ein dritter Argumentationsstrang von Bedeutung. Hierbei geht es um das Verhältnis von Arbeitsprozeß und daraus hervorgehendem Bewußtsein. Bahro kommt primär aufgrund seiner Analyse der Arbeits- und Lebensbedingungen zum Ergebnis, daß das Proletariat nicht zur herrschenden Klasse, die die allgemeine Emanzipation vertritt, werden könne. Es verfügt subjektiv über kein Gesamtinteresse, seine unmittelbaren Interessen fallen nicht einfach zusammen mit dem allgemeinen, das lautet: entfaltete Individualität. Von seiner Arbeits- und Lebenssituation her kann es diese allgemeine Perspektive überhaupt nicht haben, denn von Kindheit an werden gerade dieser

Schicht (oder Klasse) die Möglichkeiten zur Aneignung der gesellschaftlichen Totalität beschnitten. Dies gilt bereits für die primäre Sozialisation; die Beschränkung setzt sich fort in Form, Inhalt und Ziel der staatlich vermittelten Bildung, insofern diese an einen bestimmten Beruf angebunden wird, womit per gesellschaftlichem Plan von vornherein der Masse der Individuen die Ausbildung ihrer Fähigkeiten genommen wird. Die Individuen werden dann in ein System der vertikalen Arbeitsteilung eingebunden, wodurch auch die Zeit jenseits der Arbeit in ihrer qualitativen bzw. primär eben quantitativen „individuellen" Nutzung geprägt wird.

Aufgrund des Arbeitsprozesses, der für einen großen Teil der Produzenten keine Entfaltungsmöglichkeiten bietet, kann auch die Freizeit nicht schöpferisch und aktiv verbracht werden, vielmehr erhält sie in mehrerlei Beziehung eine kompensatorische Funktion. Die Individuen werden auf privaten Konsum, der lediglich auf quantitative Erweiterung ausgerichtet ist, reduziert und abgelenkt, womit sie als gesellschaftlich-politisch eigenständige Individuen negiert werden. Zum anderen dient die kompensatorische Freizeit der Regeneration der Arbeitskraft und der Stimulierung, mehr Arbeitskraft im Arbeitsprozeß zu verausgaben zwecks privater Entschädigung in der Freizeit. Die politische Emanzipation einer unterdrückten Klasse oder Schicht führt von daher aus sich heraus *massenhaft* lediglich zur Befriedigung einiger (kompensatorischer) Bedürfnisse, die bisher aus politischen und/oder ökonomischen Gründen höheren Schichten oder der herrschenden Klasse vorbehalten waren.

Bezogen auf den „realen Sozialismus" und das Subjekt des gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses ist demnach das Strukturmerkmal der vertikalen Arbeitsteilung (bei vorausgesetzter Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln) entscheidend. Die vertikale Arbeitsteilung, durch die die Gesellschaftsmitglieder verschiedenen Funktionsniveaus im Arbeitsprozeß untergeordnet werden, woraus sich verschiedene Fähigkeiten ergeben, sich subjektiv-aktiv die gesellschaftlichen Möglichkeiten anzueignen, ist im Gegensatz zum Privateigentum an Produktionsmitteln das Merkmal, das bei allen sonstigen Verschiedenheiten Herrschaft in jeder Gesellschaft hervorruft wie reproduziert – sie liegt somit der Klassenteilung als einer spezifischen Form von Herrschaftsausübung zugrunde (S. 164). Durch die vertikale Arbeitsteilung und die mit ihr einhergehende gesellschaftliche Schichtung, die von Kindheit an die Individuen auf verschiedene Weise prägt, wird die Masse der Gesellschaftsmitglieder von der Aneignung der sozialen und kulturellen Totalität ausgeschlossen. Wenn es hoch kommt, wird sie mit quantitativ zunehmendem dinglichen Komfort für die beschränkte Lebenssiutation entschädigt. Die Arbeitsweise wie die spezifische Form der Entschädigung kommen einer Fesselung gleich, die so sehr funktioniert, daß die individuelle, gesellschaftlich bedingte Beschränkung verinnerlicht wird. Was massenhaft bleibt, ist die Ausrichtung auf den höheren Komfort höherer Schichten. Anspruchsarme Tätigkeit und darauf ausgerichtete Bildung bewirkt in der Regel eben auch anspruchsarme gesellschaftsimmanente Ansprüche. Vertikale Arbeitsteilung (mit anspruchsarmer Tätigkeit für die Masse der Individuen) und im Höchstfall das Anstreben einer anderen Verteilung der privaten Konsummöglichkeiten durch eben diese Individuen gehören zusammen, was empirisch-historisch wie gesellschaftsanalytisch aufzuzeigen ist. Vertikale Arbeitsteilung beschneidet im und jenseits des Arbeitsprozesses die Möglichkeiten historisch gegebener Selbstrealisierung und schafft so erst gar nicht ein motivational, kognitiv und emotional bestimmtes Interesse an gesellschaftlich eingreifendem Verhalten. Für wen sich diese Argumentation „elitär" anhört, wer sie gar als Untermauerung eines Führungsanspruchs der Intelligenz, statt analytisch begreift, der mag mit dem allgemeinen Satz, daß das Sein das Bewußtsein bestimme, beruhigt sein – nur ist dieser Satz im Vergleich zur Bahroschen Analyse inhaltsleer.

Die Aufgabe in Richtung Sozialismus ist nun gerade (auf einen bestimmten quantitativen materiellen Entwicklungsstand) die qualitativen Bedingungen zu schaffen, die diese Subalternität der Masse, die die Denk- und Lebensweise der Masse aufheben. Begreift man diesen Prozeß nicht lediglich als einen, in dem sich eine Klasse oder Schicht an die Stelle der bisher Herrschenden setzt, diese expropriiert mit der Konsequenz, daß sie nach kurzer Zeit selbst wieder expropriiert wird, dann muß es sich um einen solchen gesellschaftlichen Umwälzungsprozeß handeln, der die Arbeits-, Denk-, Lebensweise und soziale Organisation in toto Schritt für Schritt umstülpt. Wie aber sollte ein solcher Prozeß ausgerechnet von denen angestrebt werden, deren reale Lebenssituation so beschaffen ist, daß sie auf ihre gesellschaftlich bedingte Beschränktheit an

Entfaltung mit Ersatzbefriedigung reagieren. Bahros formgenetisches, ideologiekritisches wie historisches Fazit ist daher, daß die subjektiven Bedürfnisse von gesellschaftlich bedingt subalternen Klassen und Schichten konservativ ausgerichtet sind, die Wirklichkeit nicht positiv auf eine neue Lebensform hin, die den realen historischen Bedingungen entsprechende Möglichkeiten umfassender Selbstentfaltung impliziert, antizipieren (S. 174).

Aufgrund der Intention einer sozialistischen Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse fragt Bahro also nach der Form des Vergesellschaftungsprozesses, nach der Sozialstruktur (Schichten, Klassen) der Gesellschaft, nach dem Bewußtsein über die gesellschaftlichen Verhältnisse, um von dort her u.a. den Träger des angestrebten gesellschaftlichen Veränderungsprozesses bestimmen zu können. Er analysiert das Potential für die soziale Umgestaltung somit von der Struktur des gesellschaftlichen Bewußtseins her (S. 375). Selbst wenn der Klassengegensatz Proletariat/Bourgeoisie im „realen Sozialismus" als Konstituens bestünde, was Bahro, wie gesehen, ja explizit verneint, fiele aufgrund einer solchen objektiven Analyse dem Bahroschen Ansatz zufolge (subjektive Bewußtheit) der subjektive Träger des revolutionären Prozesses noch nicht ausschließlich und primär mit eben dieser unterdrückten Klasse zusammen. Der Wunsch, daß die unterdrückte Klasse oder Schicht die allgemeinen Interessen auch subjektiv vertritt, bei ihr unmittelbare und allgemeine Interessen zusammenfallen, hält einer ideologiekritischen Analyse nicht stand. Die Gleichsetzung von sozialer Lage einer bestimmten Klasse oder Schicht und objektiven Interessen an einem grundsätzlichen Veränderungsprozeß ist zwar auf einer bestimmten Ebene richtig. Insofern sie aber gesellschaftlich bedingt nicht in das Bewußtsein der Betroffenen eingeht, kann die *Masse* der unmittelbaren Produzenten auch nicht ausschließlich und primär den subjektiven Träger des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses darstellen. Da Bahro den „realen Sozialismus" jedoch nicht als Klassengesellschaft analysiert, taucht die Diskrepanz zwischen objektiver Interessenlage und subjektivem Bewußtsein in dieser Schärfe erst gar nicht auf. Das *Grund*verhältnis im „realen Sozialismus" besteht für ihn, wie gesehen, in der gemeinsamen Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder gegenüber dem alle Lebensbereiche dominierenden Monopol der Partei. (Was nicht heißt, daß nach der Bewältigung der ersten und grundsätzlichen Aufgabe, nämlich der Beseitigung der Diktatur der Politbürokratie, nicht unterschiedliche Interessen aufgrund der sozialen Schichtung aufbrächen.)

Diese Ausführungen über die Sozialstruktur und die durch sie hervorgerufenen Bewußtseinsformen (die sich entweder in kompensatorischen oder emanzipatorischen Interessen niederschlagen) sind jedoch, wie noch zu zeigen sein wird, nicht so zu verstehen, als ob Bahro bestimmten Schichten emanzipatorische und anderen kompensatorische Interessen einlinear zuordne. etwa die kompensatorischen den unmittelbaren Produzenten und die emanzipatorischen einer bestimmten höheren Intelligenzschicht. Stimmt zwar weitgehend und grundsätzlich die erste Gleichsetzung, so doch nicht die folgende, insofern die Interessen weiter Kreise der Intelligenz ebenfalls keinen universalen Charakter haben, vielmehr systembedingt, aber eben doch gegen das System das Interesse nach Aneignung der politischen Macht entsprechend der „Kompetenz", also nach dem effektiven sozialökonomischen Status (S. 365), im Vordergrund ihres Sonderinteresses steht. Soweit jedoch emanzipatorische Interessen zum Tragen kommen, im Bewußtsein verankert sind, dann primär und vornehmlich bei Teilen der Intelligenz. (Unter Emanzipation versteht Bahro die Aneignung der objektivierten gesellschaftlichen Wesenskräfte und ihre Verwandlung in Subjektivität zwecks produktiver Umsetzung (S. 322), also die Möglichkeit der Individuen, sich die Quintessenz der Gesamtkultur subjektiv anzueignen (S. 302).) Zwar unterliegt auch die Intelligenz gesellschaftlichen Restriktionen, sie kann diese jedoch zum einen aufgrund ihrer Privilegierung bewußt erfahren und sie ist zum anderen immer noch so weit privilegiert, daß sie sich im Arbeitsprozeß entfalten kann. Dadurch wird die Reduktion auf ausschließlich kompensatorische Interessen bei Teilen der Intelligenz verhindert.

Hat man nicht die seltsame Vorstellung, daß die allgemeine Teilhabe an den gesellschaftlichen Möglichkeiten zu einer Entprivilegierung der Privilegierten führt (eine Vorstellung, die quantitativem Wachstumsdenken entspringt und mit der sich zwangsläufig Sonderinteressen der Intelligenz verbinden), dann stimmt das historische Gesamtinteresse mit den besonderen Interessen von Teilen der Intelligenz überein. Das rationale Motiv des Engagements von Teilen der Intelligenz für eine allgemeine Emanzipation besteht in der Überlegung, daß nur eine Assozia-

tion, die die freie Entwicklung eines jeden sichert, für die freie Entwicklung aller bürgt, daß nur dann Gewalt und Terror verschwinden. Diese Überlegung betrifft auch die Harmonisierung der Daseinsbedingungen der Intelligenz (S. 234). M.a.W.: Die Privilegierung der Intelligenz im Arbeitsprozeß und damit die Möglichkeit, sich auch jenseits der Arbeit zu entfalten, das Wissen um gesellschaftliche Ursachen ihrer eigenen Unterdrückung wie auch ihre spezifischen Interessen führen bei Teilen der Intelligenz dazu, sich gegen das bestehende Herrschafts- und Gesellschaftssystem insgesamt und positiv zu wenden.

3. Historisches Exempel: Prager Frühling

Die bisherige Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Parteien hat gezeigt, daß in der Regel Intellektuelle die Führer waren. Die „Doktoren der Revolution" haben schon immer versucht, dem Proletariat seine Zukunftsinteressen bewußt zu machen (S. 228). Soweit Arbeiter in der Führung einen Platz einnahmen, wurden sie selbst zu Intellektuellen. Bahro hat hier dieselbe Auffassung wie Lenin (mit dem er ansonsten wenig gemein hat): Das Proletariat findet aus sich selbst heraus nur einen tradeunionistischen Ausdruck seiner Interessen (S. 229). Dieser sich der historischen Betrachtung aufdrängende Sachverhalt führt Bahro in seiner „Alternative" zu Überlegungen hinsichtlich der unbedingt erforderlichen Maßnahmen, damit die unmittelbaren Produzenten in die Lage versetzt werden, die Trägheit ihrer Arbeits- und Lebenssituation zu überwinden.

Aus sich heraus kann die Intelligenz jedoch nichts bewirken, insofern sie über keine sozialökonomische Machtstellung verfügt. Sie kann (bzw. sie hat) nur dann etwas bewirken, wenn eine gesamtgesellschaftliche Krise die *Masse* in Bewegung bringt. So ist auch die Überwindung der real-sozialistischen Verhältnisse nicht ohne die Masse und deren Initiative denkbar, jedoch geht der schöpferische Impuls hin zu qualitativ neuen Formen gesellschaftlicher Beziehungen nicht von der *Masse* der unmittelbaren Produzenten aus.

Auch in der CSSR kam die Wendung bzw. der Anstoß von der Intelligenz (und zwar von den „Ideologen"), die Mobilisierung für die Reformen lief durch das Bildungssystem von oben nach unten. Die Mobilisierung der unmittelbaren Produzenten gelang erst in einem späteren Stadium. Der grundlegend gemeinsame (systembedingte) Nenner, das gemeinsame Interesse der unmittelbaren Produzenten und der Intelligenz war die Beseitigung der politischen Institutionen, die die freie Meinungsbildung und Organisation verhinderten. Da das System durch den politischen „Überbau" zusammengehalten wird, ist diese gemeinsame Stoßrichtung zur Überwindung der politischen Strukturen als Voraussetzung für weitergehende gesellschaftliche Veränderungen notwendig (bzw. richtig).

Beschränkt sich die Bewegung auf politisch-institutionelle Forderungen (und sie hat sich auch in der CSSR mehrheitlich darauf beschränkt), läuft dies auf eine Liberalisierung des politischen Systems und damit weitgehend auf eine Beschränkung des Umwälzungsprozesses auf spezifische intellektuelle Interessen hinaus. Gegen die Verselbständigung der politisch-demokratischen Revolution und damit gegen die Beschränkung auf eine Liberalisierung als natürliches Zerfallsprodukt des alten „Überbaus" (S. 367) war auch nur eine Minderheit der Intelligenz. Dennoch gingen von ihr die schöpferischen Impulse aus, also von denen, die mit den Entwicklungsfunktionen der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse am stärksten verbunden sind (S. 389). Die Masse der unmittelbaren Produzenten hat aber wenig gewonnen, wenn es bei der Durchsetzung politisch liberaler Forderungen bleibt (wenig, nicht nichts, denn immerhin kann sie sich dann organisieren, ist sie nicht politisch zwangsweise atomisiert), sie ist daher auch nicht anhaltend zu aktivieren. Um die Masse der unmittelbaren Produzenten zu gewinnen, zu mobilisieren, um ein allgemeines Steckenbleiben in ein paar Reformen zu verhindern, sind vielmehr Maßnahmen erforderlich, die über die politische Demokratie hinaus eine grundlegende Veränderung der sozialen Bedürfnisstruktur bewirken. Solche Maßnahmen sind nicht auf der Verteilungsebene eines Mehr an Brot und Spielen angesiedelt, womit immer nur die Masse als passive erreicht werden kann.

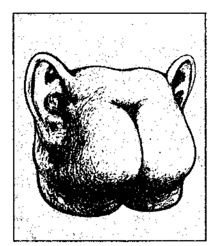
Diese Vorstellungen entwickelt Bahro im dritten Teil seines Buches, in der Alternative. Gerade an der positiven Wendung, an den positiven Vorstellungen hinsichtlich der erforderlichen Gesellschaftsveränderungen zeigt sich noch einmal die Richtigkeit der Bahroschen Gesellschaftsanalyse des „realen Sozialismus". Die kritische Hinterfragung überkommenen marxistischen Denkens bezogen auf seine Relevanz für den „realen Sozialismus" ist richtig und notwendig, um so in den gesellschaftlichen Krisensituationen, die das System zwangsläufig produziert, nicht auf abstrakte Hoffnungen zu setzen und zu scheitern, sondern handlungsfähig zu sein.

Liebe Leser von Stern, Zeit, Spiegel, Playboy, Capital und Und: zur Entspannung empfehlen wir pardon

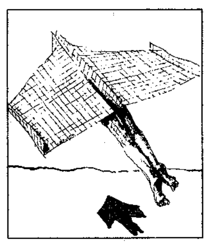


Ein Reise-Journal


Eine Literatur-Zeitschrift


Eine Anatomie -Zeitschrift

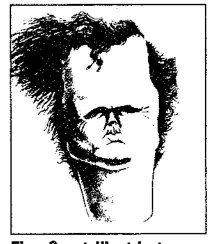

Ein Foto-Magazin

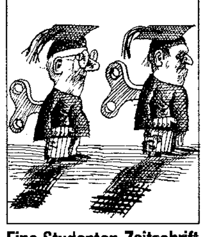

Ein Piloten-Fachblatt


Eine Humor-Zeitschrift

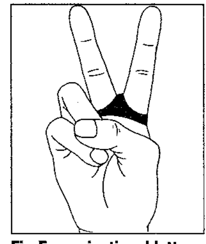

Ein Trachten-Fachblatt


Ein Bastler-Journal


Eine Sport-Illustrierte


Eine Studenten-Zeitschrift


Ein Freizeit-Magazin


Ein Emanzipationsblatt

pardon - der Spaß, den jeder braucht

Christel Neusüß

Produktivkraftentwicklung, Arbeiterbewegung und Schranken sozialer Emanzipation

entwickelt anhand der Rätediskussion und der Rationalisierungsdebatte der 20er Jahre

I. Fragestellung

Die Arbeit an dem Artikel war unter einer beschränkten Thematik begonnen worden. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen der Gewerkschaften mit kapitalistischer Rationalisierung sollten mit der gewerkschaftlichen Rationalisierungsdiskussion der Weimarer Republik verglichen werden. Diese Thematik erschien unter folgenden Fragen wichtig: Die jetzige Krise, die erstmals wieder seit der kapitalistischen Rekonstruktion nach dem 2. Weltkrieg in der BRD die Frage nach dem gesellschaftlichen Nutzen kapitalistischen Wachstums zum Gegenstand sozialer Konflikte macht, findet auf einer weitaus entwickelteren Stufe kapitalistischer Vergesellschaftung und unter anderen historischen Bedingungen statt, als die Krise der 30er Jahre. Wie reflektieren sich die stattgefundenen Veränderungen in Inhalt und Form der Auseinandersetzung mit kapitalistischer Rationalisierung? Lassen sich Aussagen darüber machen, ob der Kapitalismus die materiellen Bedingungen einer neuen, auf sozialer Emanzipation beruhenden Produktionsform schärfer herausgearbeitet hat? Wieweit ist die Arbeiterbewegung in der Lage, diese neuen Momente in ihrer Auseinandersetzung mit dem Kapital herauszuarbeiten? Wie stellt sie sich soziale Emanzipation auf einem jeweiligen Stand der Vergesellschaftung und der Entfaltung der Produktivkräfte vor?

Diese Fragen drängten sich beim ersten Vergleich der Rationalisierungsdiskussion auf. Die spezifische Organisation der Arbeit im kapitalistischen Industriebetrieb, der Grad der Arbeitsteilung, der Entwicklung bornierter Tätigkeiten, der hierarchischen Gliederung des Betriebes wird – wie noch zu zeigen sein wird – einmal abgesehen von Problemen der Arbeitsintensivierung, in der Weimarer Republik als naturnotwendige Gestalt des Produktionsprozesses angesehen. Die Debatte über Fragen der Qualifikation, welche seit dem Ende der 60er Jahre eine eminent wichtige Rolle in der sozialen Bewegung spielt, existiert in der Weimarer Republik nicht oder nur in äußerst eingeschränkter Form. Während sowohl sozialdemokratischer als auch kommunistischer Flügel der Arbeiterbewegung heute diese Probleme umfangreich – wenn auch unterschiedlich – diskutieren und zum Gegenstand politischer Praxis machen (man denke an die Rolle der Bildungsreformpolitik der SPD oder an die Tarifvertragspolitik der italienischen Metallarbeitergewerkschaft), habe ich dergleichen in der vorliegenden Literatur zur Rationalisierungsfrage in der Weimarer Republik bisher nicht gefunden. Das gleiche gilt für die Debatte um die „Humanisierung der Arbeit“. Wie wird aber Sozialismus gedacht, wenn die Degradierung im Produktions-

prozeß, die Hierarchisierung zwischen den Individuen durch die spezifische Form der Arbeitsteilung und Herrschaft im Industriebetrieb nicht angetastet wird? Welche Vorstellung vom ‚gesellschaftlichen Individuum' wird überhaupt entwickelt und welche Beziehungen bestehen zwischen der Vorstellung von Vergesellschaftung in den Organisationen der Arbeiterbewegung und den Vorstellungen von Vergesellschaftung im Produktions- und Reproduktionsprozeß? Gibt es hier Beziehungen?

Dieser Fragenkomplex kann hier natürlich nicht annähernd behandelt werden. Doch erscheinen unter diesen Fragen bestimmte Entwicklungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung zunächst in einem neuen Licht (1). Und der vorliegende Artikel leistet nicht mehr, als dies an einigen Punkten aufzuzeigen, und schafft dies, entgegen dem ursprünglichen Konzept, auch nur zeitlich beschränkt, von der Rätediskussion bis zur Rationalisierungsdebatte in der Weimarer Republik. Dabei habe ich keine ‚objektiven' Daten über den jeweils gegebenen historischen Stand der Vergesellschaftung und der kapitalistischen Rationalisierung geliefert, und dem kann entgegengehalten werden, daß eine solche Methode einer materialistischen Vorgehensweise widerspreche. Die Grenzen dieser Arbeitsweise zugestanden, möchte ich doch die These vertreten, daß die praktischen Ziele und die jeweils entwickelten auf politische Praxis gerichteten Theorien der Arbeiterbewegung bzw. ihrer verschiedenen politischen Richtungen durchaus Aufschluß darüber geben, wieweit die kapitalistische Gesellschaftsformation die Summe ihrer Widersprüche, die materiellen Voraussetzungen ihrer sozialistischen Transformation produziert hat.

Gerade die historisch vergleichende Analyse müßte dann herausfinden können, was zu gegebenen Epochen der kapitalistischen Entwicklung historisch möglich ist, was nicht, und zwar nicht allein auf der Basis eines Vergleichs der materiellen Entwicklung, gefaßt in Daten der Sozialstruktur, des Grads der Rationalisierung etc., sondern auch im Bewußtsein der Arbeiterbewegung. Untersuchungen, welche das Ziel der sozialen Emanzipation im Auge behalten, können nicht einfach moralisch das Verfehlen dieses Ziels vermerken, sie müssen sich auch dem Versuch unterziehen, jeweils gegebene objektive *Schranken* in der Herausarbeitung der Vorstellung vom sozialistischen Endziel festzumachen, um damit andererseits die *Möglichkeiten* des historischen Lernprozesses im Kontext und im Zusammenhang der Entfaltung der kapitalistischen Gesellschaftsformation aufzeigen zu können. Und hier ist noch viel Arbeit zu leisten.

II. „Die Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung Mensch" findet „zunächst auf Kosten der Mehrzahl der Menschindividuen und ganzer Menschenklassen" statt. (Marx) (2)

Zur Begründung und Präzisierung der Fragestellung scheint es sinnvoll, kurz an den

1 Probleme der Rätediskussion, die Entstehung der Mitbestimmungsvorstellungen der Sozialdemokratie und die Rationalisierungsdebatte in der Weimarer Republik sollen unter den genannten Fragestellungen schwergewichtig diskutiert werden.

2 Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, Bd. 2, MEW 26.2, S. 111

Stand der Rekonstruktion der Marxschen Theorie innerhalb der gegenwärtigen Diskussion zu erinnern.

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Aneignung der „Kritik der politischen Ökonomie“ bildete die Kritik der – auch in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften verankerten – bürgerlichen Konjunktur- und Wachstumstheorie sowie der sozialdemokratischen Staatstheorie auf der Basis der Analyse der Kapitalakkumulation als Prozeß der Wert- und Mehrwertproduktion in der Bundesrepublik. Es ging dabei unter anderem darum, das Wirken des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate in der empirischen Bewegung des bundesdeutschen Kapitals aufzuweisen. Gezeigt wurde die Notwendigkeit der Krise als Prozeß des Sinkens der Profitrate, für die Masse der Lohnabhängigen sich darstellend als Arbeitslosigkeit, Arbeitsintensivierung und Lohnsenkung. Es ging zugleich darum, in der Erfahrung der Lohnabhängigen von der damit gegebenen Verschlechterung ihrer Situation die ersten Bedingungen der Auflösung illusorischer Bewußtseinsformen aufzuzeigen. In einer Phase der Reformeuphorie und des Glaubens an die Ewigkeit kapitalistischer Verhältnisse hatten diese Untersuchungen den politischen Sinn, die *Grenzen* der kapitalistischen Produktionsweise auch unter den heutigen Bedingungen aufzuzeigen, und sie bilden gegenwärtig die wissenschaftliche Basis für das Verständnis der sich entwickelnden Krise. Vom Standpunkt der Intelligenz stellte sich zunächst die *Kritik* der Ideologien, die mit der Prosperitätsphase verknüpft waren, als Hauptaufgabe dar. Doch diese Ideologien werden heute zunehmend durch die praktische und sichtbare Entwicklung selbst kritisiert und damit erweitern sich gleichzeitig die Aufgaben, die sich der sozialistischen Theoriebildung stellen; u.a. müssen in der praktischen Bewegung der gesellschaftlichen Widersprüche die Elemente herausgearbeitet werden, die auf historische Möglichkeiten neuer Formen der Vergesellschaftung verweisen.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die klassische begriffliche Fassung der Prozesse, die im tendenziellen Fall der Profitrate ihren Ausdruck für das Kapital finden: „Nach der einen Seite ruft es (das Kapital) also alle Mächte der Wissenschaft und der Natur, die der gesellschaftlichen Kombination und des gesellschaftlichen Verkehrs ins Leben, um die Schöpfung des Reichtums unabhängig (relativ) zu machen von der auf sie angewandten Arbeitszeit.“ (Produktion des relativen Mehrwerts) „Nach der anderen Seite will es diese so geschaffenen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit, sie einbannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffenen Wert als Wert zu erhalten. Die Produktivkräfte und gesellschaftlichen Beziehungen – beides verschiedene Seiten der Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums – erscheinen dem Kapital nur als Mittel und sind für es nur Mittel, um von seiner bornierten Grundlage aus zu produzieren. In fact aber sind sie die materiellen Bedingungen, um sie in die Luft zu sprengen.“ (3) Die Wiederholung der Krise auf höherer Stufenleiter muß sich also gleichzeitig im veränderten Charakter der Produktivkräfte und damit im jeweiligen Charakter der gesellschaftlichen Beziehungen, im besonderen Charakter der Klassenkonflikte ausdrücken. Was ist neu gegenüber der Weimarer Republik?

---

3 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 593/94

Zu fragen ist weiterhin, bezogen auf die gegenwärtigen Diskussionen, ob eine stärkere Berücksichtigung des Aspekts der materiellen Möglichkeiten sozialer Emanzipation nicht auch weitere Aufschlüsse über die Grundlagen des Reformismus in der Arbeiterbewegung liefert. Die Frage nach den Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise im Bewußtsein der Produzenten ist in der Marx-Rezeption seit der Studentenbewegung mit Sorgfalt angegangen worden. Die in der Form der Vergesellschaftung angelegten Mystifikationen wurden herausgearbeitet und es wurde gezeigt, daß lange Prosperitätsphasen die materielle Grundlage für die Beherrschung des Bewußtseins der Lohnabhängigen durch diese Mystifikationen abgeben, daß zum anderen unterschiedliche Teile der Lohnabhängigen (Industrielle Arbeiter, Staatsangestellte, Angestellte in der Industrie) in unterschiedlicher Weise in der Lage sind, die Vernebelungen der gesellschaftlichen Verhältnisse aufgrund erfahrener Widersprüche aufzubrechen (4). Doch bleiben Probleme übrig. *Allein* aus dem Auf und Ab von Krise und Prosperität lassen sich schwer die *historischen* Auflösungsbedingungen des falschen Bewußtseins herleiten. Denn Krisen und Prosperität wiederholen sich. Wo bleibt da der historische Entwicklungsprozeß? (5) Und noch eine andere Frage: Allein die Desillusionierung des falschen Bewußtseins führt – und das wird seit der Krise 74/75 klar und deutlich – nicht unvermittelt zur Entwicklung von Klassenbewußtsein. Klassenbewußtsein ist nicht einfach Negation falscher Bewußtseinsformen, Entlarvung des wahren Charakters der kapitalistischen Verhältnisse. Sondern Klassenbewußtsein kann sich als produktive Kraft der Geschichtsveränderung im Zusammenhang der Organisierung der Arbeiterbewegung nur in dem Maße entwickeln, wie das alternative Ziel sozialistischer Transformation als Möglichkeit konkret angesichts der bestehenden Verhältnisse entwickelt wird, die Arbeiterklasse sich als mögliches tätiges Subjekt einer neuen Form der Vergesellschaftung zu begreifen in der Lage ist. Kapitalistisch formbestimmt ist aber nicht nur die Konkurrenz als Form der Koordination der arbeitsteilig produzierenden Betriebe, alternativ gedacht werden kann demnach nicht nur gesellschaftliche Planung anstelle des Marktes, sondern: kapitalistisch formbestimmt ist auch der konkrete Charakter des Produktionsprozesses. Entmystifizierung der kapitalistischen Formen heißt auch Entmystifizierung der Formen der Entwicklung von Technologie und Arbeitsorganisa-

4 Vgl. dazu u.a. die Staatdiskussion in der Prokla, Teile der Gewerkschaftsdiskussion, die Analysen des Projekts Klassenanalyse.

5 Die aus dem widersprüchlichen Verhältnis von Produktion und Zirkulation, dem Auf und Ab von Krise und Prosperität, von liberalen und weniger liberalen Phasen der kapitalistischen Entwicklung hergeleiteten Momente der Aufbrechung der Mystifikationen verweisen in den Analysen des Projekts Klassenanalyse wesentlich auf Prozesse der Desillusionierung und der Organisierung. Die möglichen Bruchpunkte der Auflösung der widersprüchlich bestimmten Formen des Bewußtseins der Lohnarbeiter auf die Konzeption einer neuen Zukunft hin, die Momente der positiven Negation der bürgerlichen Gesellschaft werden, gerade weil auch wesentlich immer auf der Ebene des Zirkulationsprozesses argumentiert wird, nicht angegeben. Vgl. dazu: Autorenkollektiv, Marxistische Gewerkschaftstheorie, Westberlin 1976. Geschichte erscheint hier wesentlich als Geschichte der Entwicklung der Arbeiterorganisationen, der Entwicklung von Gewerkschaften und Parteien, ohne daß noch ein konkreter Bezug zum sich entwickelnden gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionszusammenhang gefunden würde.

tion als spezifisch kapitalistischer, heißt: den historischen Charakter dieser Formen zu begreifen. Hier sei die These vertreten, daß die Mystifikationen kapitalistischer Technologie und Arbeitsorganisation zu Naturformen der Produktivkraftentwicklung auch im Stand der Naturbeherrschung selbst noch verankert sind. „Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d.h. des materiellen Produktionsprozesses streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter und planmäßiger Kontrolle steht. Dazu ist jedoch eine materielle Grundlage der Gesellschaft erheischt oder eine Reihe materieller Existenzbedingungen, welche selbst wieder das naturwüchsige Produkt einer langen und qualvollen Entwicklungsgeschichte sind" (6). Auch die mystifizierenden Nebelformen der Religion basierten schließlich in der Tatsache, daß die Menschen in der Praxis der Produktion und Reproduktion ihres Lebens noch in den Naturverhältnissen verfangen waren. Und dies gilt auch für die Form des Werts. „Die politische Ökonomie ... hat niemals auch nur die Frage gestellt ... warum sich also die Arbeit im Wert und das Maß der Arbeit durch ihre Zeitdauer in der Wertgröße des Arbeitsprodukts darstellt? ... Formeln, denen es auf der Stirn geschrieben steht, daß sie einer Gesellschaftsformation angehören, worin der Produktionsprozeß den Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert ..." (7) Das heißt natürlich nicht, daß es einen ökonomischen Automatismus der Auflösung der Mystifikationen mit der Produktivkraftentwicklung gibt. Gerade die Entwicklung in der BRD zeigt eine bis dahin historisch noch nicht gekannte Verschleierung der kapitalistischen Verhältnisse. Ohne Klassenkämpfe kann es auch kein Klassenbewußtsein geben. Diese Selbstverständlichkeit eingerechnet, ist für die Analyse der Phase nach dem ersten Weltkrieg ebenso wie für die gegenwärtige herauszufinden, wieweit die soziale Bewegung die Möglichkeit formuliert, bzw. nicht formuliert den gesellschaftlichen Reichtum nicht mehr an der in ihr inkorporierten Arbeitszeit zu messen, wieweit sie gesellschaftlichen Reichtum nicht nur als quantitatives Wachstum der Produktion, sondern ebenso als Entfaltung der gesellschaftlichen Beziehungen und Fähigkeiten des Individuums zu fassen beginnt, und zwar nicht nur als politische Fähigkeiten, sondern als Fähigkeiten in der Produktion und Reproduktion des täglichen Lebens.

---

6 Karl Marx, Kapital Bd. 1, MEW 23, S. 94

7 ebda., S. 94/95. Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die Bemerkung von Marx in den Grundrissen, wo er versucht, begrifflich zu fassen, was unter sozialistischer Zielsetzung, bezogen auf den einzelnen, zu verstehen sei: „Daß übrigens die unmittelbare Arbeitszeit selbst nicht in dem abstrakten Gegensatz zu der freien Zeit bleiben kann ... versteht sich von selbst. ... Die freie Zeit – die sowohl Mußezeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist – hat ihren Besitzer natürlich in ein anderes Subjekt verwandelt und als dies andere Subjekt tritt er dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozeß. Es ist dieser zugleich Disziplin, mit Bezug auf den werdenden Menschen betrachtet, wie Ausübung, Experimentalwissenschaft, materiell schöpferische und sich vergegenständlichende Wissenschaft mit Bezug auf den gewordenen Menschen, in dessen Kopf das akkumulierte Wissen der Gesellschaft existiert. Für beide, soweit die Arbeit praktisches Handanlegen erfordert und freie Bewegung, wie in der Agrikultur zugleich Exercise." (Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 599/600)

Macht man den Versuch, die Kapitel über die relative Mehrwertproduktion im ersten Band des ‚Kapitals' unter dem Gesichtspunkt aufzuschlüsseln, was an dem dargestellten konkreten Entwicklungsprozeß der gesellschaftlichen Produktivkräfte spezifisch kapitalistische Formbestimmung, was andererseits quasi technische Naturnotwendigkeit in einem historischen Prozeß der Entfaltung des gesellschaftlichen Reichtums ist, so stößt man auf Schwierigkeiten. Dargestellt wird u.a. die Entfaltung der Produktivkräfte auf Kosten des Individuums, verbunden also mit Verkrüppelung und Degradierung des Arbeiters im Arbeitsprozeß. Es wird auch klar, daß die kapitalistische Form eine diesem Prozeß angemessene gesellschaftliche Form ist. Schwer wird es, sich demgegenüber eine alternative Form der Entwicklung des Reichtums vorzustellen. Kapitalistische und technisch-arbeitsorganisatorische Form lassen sich kaum in der Weise auseinanderdividieren, daß – das Ziel schneller Produktivkraftentwicklung einmal vorausgesetzt – umfassend andere, menschlichere, das bedürftige Individuum klar in Rechnung stellende Methoden gedacht werden könnten. Innerhalb der kapitalistischen Form werden die Bedingungen der Beherrschung der äußeren und der eigenen arbeitenden Menschennatur angeeignet. Dies ist ihr historischer Inhalt: die Produktion durch Naturbeherrschung unabhängig zu machen von der unmittelbaren Arbeit, der Arbeitszeit, dem Menschen als bloß physischem, mechanischem Träger von Arbeitskraft. Daß Marx diese kapitalistische Form der Vergesellschaftung dem Inhalt, nämlich einer bestimmten historischen Entwicklungsphase der Produktion, als adäquat betrachtet hat, wird auch an folgender Bemerkung deutlich: „Diese Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung Mensch, obgleich sie sich zunächst auf Kosten der Mehrzahl der Menschenindividuen und ganzer Menschklassen macht, (durchbricht) schließlich diesen Antagonismus" und fällt „mit der Entwicklung des einzelnen Individuums" zusammen. Die „höhere Entwicklung der Individualität (wird) nur durch einen historischen Prozeß erkauft." (8) Natürlich kann diese Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung Mensch auch in anderen Gesellschaftsformationen stattfinden, man denke nur an die Industrialisierung in der UdSSR oder man denke an die alternativen Versuche in China. Trotzdem ist bisher der historische Beweis ausgeblieben, daß diese Entwicklung ohne die von Marx genannten Kosten vonstatten gehen könne. Allenfalls ging es um das Mehr oder Weniger an Kosten und um die Art der Kosten. Anders gesagt: Das Ziel der sozialistischen Transformation, die höhere Entwicklung der Individualität, die Versöhnung zwischen der Entwicklung der Gattung Mensch und der Entwicklung der Individuen, die Aufhebung spezifischer Formen von Klassenspaltung steht nicht zu jedem historischen Zeitpunkt auf der Tagesordnung, ist andererseits aber auch nicht einfach als soziale Utopie zu denunzieren. Zu einem bestimmten Zeitpunkt der Entwicklung der Produktivkräfte kann sie zum Gegenstand der Klassenkämpfe werden und das muß sich in den Inhalten der Klassenauseinandersetzungen und in den Zielen ausdrücken. Auf welche Grenzen stieß also die klassische Arbeiterbewegung der revolutionären Epoche nach dem 1. Weltkrieg in der Entfaltung dieses Ziels? Auf welche Grenzen stößt sie heute?

---

8 Vgl. Anmerkung 2

III. Rationalisierungsabwehr vom Standpunkt des handwerklichen Facharbeiters?

Harry Bravermann, der sein Buch „Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß" ausdrücklich als den Versuch definiert, die von Marx im ersten Band des ‚Kapital' unter dem Begriff der relativen Mehrwertproduktion beschriebene Entwicklungsgeschichte der Produktivkräfte unter dem Kapitalismus für das 20. Jahrhundert weiterzuschreiben, macht in Bezug auf die Reflexion dieser Geschichte in der Arbeiterbewegung eine Beobachtung. Er schreibt: „Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse, eingeschüchtert durch das Ausmaß und die Komplexität der kapitalistischen Produktion und in ihrem ursprünglichen revolutionären Antrieb geschwächt durch die Vorteile, die der rasche Produtivitätsanstieg ihnen gebracht hatte, verlor in zunehmendem Maße den Willen und den Ehrgeiz, den Kapitalisten die Kontrolle der Produktion aus den Händen zu ringen ... Die Arbeitsphilosophie des Marxismus ... konzentrierte sich zunehmend nicht auf die eigentliche innere Natur des Kapitalismus und die Stellung des Arbeiters darin, sondern auf seine verschiedenen konjunkturellen Auswirkungen und Krisen. Insbesondere wich die Kritik an der Produktionsweise der Kritik am Kapitalismus als Verteilungsweise." Die Marxisten paßten sich „der Auffassung von der modernen Fabrik als einer unvermeidlichen, wenn auch verbesserungsfähigen Form der Organisation des Arbeitsprozesses an." (9) Dies gilt nach Bravermann für die sozialdemokratische ebenso wie für die kommunistische Richtung der Arbeiterbewegung (10). Die Entwicklung in den USA vor Augen, beschäftigt sich Bravermann nicht mit der Frage, ob in der gegenwärtigen Arbeiterbewegung diese Vereinseitigung wieder aufgehoben werde.

Die Entwicklung in den westeuropäischen Gewerkschaften zeigt jedoch eine zunehmende Thematisierung des Problems der kapitalistischen Form der Produktivkraftentwicklung seit dem Ende der 60er Jahre. Da das „Ausmaß und die Komplexität der kapitalistischen Produktion" heute noch weitaus größer ist als in den 20er Jahren, stellt sich die Frage, wieweit Bravermanns Erklärung zutrifft. Und: Ist die von Bravermann genannte Alternative: Thematisierung der Verteilung, des Zyklus von Konjunktur und Krise auf der einen, Produktionsweise auf der anderen Seite korrekt. Hier sei angemerkt, daß Bravermann in der Tat nur die Seite des Arbeitsprozesses thematisiert, die Vermittlung seiner Entwicklung über Prosperität und Krise demgegenüber unberücksichtigt läßt. Bei Marx sind jedoch beide Seiten in ihrem Zusammenhang als kapitalistischer Krisenkomplex bezeichnet: Das Kapital hat die Tendenz, die Produktivkräfte ins Maßlose zu steigern, während es andererseits die Hauptproduktivkraft, den Menschen selbst, vereinseitigt. Damit vermin-

---

9 H. Bravermann, Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt/Main 1977, S. 19/20

10 Vgl. ebda., S. 20. „Von nun an wurde die Revolution gegen den Kapitalismus vorwiegend so aufgefaßt, daß die höchst produktive kapitalistische Maschinerie von gewissen ‚Auswüchsen' befreit, die Arbeitsbedingungen verbessert, der Fabrikorganisation eine formale Struktur der Arbeiterkontrolle gegeben und die kapitalistischen Mechanismen der Akkumulation und Verteilung durch sozialistische Planung ersetzt werden müßten."

dert es aber gleichzeitig die Tauschfähigkeit des Arbeiters (11). Die Verarmung, Vereinseitigung, Degradierung, Verkrüppelung des Arbeiters im Produktionsprozeß ist nur die eine Seite, die andere Seite derselben Medaille ist die mangelnde Konsumtionsfähigkeit: Einheit von Produktion und Zirkulation.

Ursache der Krise demnach die Entwicklung der vergegenständlichten auf Kosten der lebendigen Arbeit, was gleichzeitig heißt: Akkumulation auf Kosten der Konsumtion. In diesem Zusammenhang ist eingeschlossen, daß die Entwicklung des ‚gesellschaftlichen Individuums' als Ziel der gesellschaftlichen Transformation auf entwickelter Stufe der Produktivkraftentwicklung beuwßte und neue Formen der Vermittlung zwischen Produktion und Konsumtion, Produktivkraftentwicklung und Reproduktion der Individuen umfassen müßte.

Bravermann geht also davon aus, daß die Arbeiterbewegung sich schon einmal in revolutionärer Absicht der Formbestimmung des kapitalistischen Produktionsprozesses und seiner Folgen für den Arbeiter bewußt gewesen sei, daß dieses Bewußtsein aber wieder vergessen worden sei. Diese Frage wird in der gegenwärtigen Diskussion auch andernorts bewußt. So schreibt J.P. Chevènement, einer der wesentlichen Theoretiker des linken Flügels der PSF: Die Reaktion der Arbeiter bei der Einführung des Taylorsystems in Billancourt zeugte von einem „einzigartigen Vorherwissen: In einem Artikel von 1913 heißt es: ‚Die Unternehmer wollen das System der Zeitmessung einführen, um die Produktivität zu erhöhen. Das ist nur ihr unmittelbares Ziel. Die Taylormethode erlaubt es ihnen, weiter gesteckte Absichten zu verfolgen. Was sie wollen, das ist die Arbeiter jeglicher Initiative bei ihrer Arbeit berauben. Was sie wollen, ist, ihnen jeglichen Einfluß auf den Gang der Produktion zu entziehen ... Sie gestatten dem Arbeiter das Denken nicht mehr ... Auf diese Weise also hoffen die Unternehmer, das geistige Niveau der Arbeiter herabzudrücken, ihnen die Lust an der Arbeit zu verleiden und sie damit zugleich jedes Ideals zu berauben!' " (12). An einem Bruchpunkt der Entwicklung, der Einführung der Arbeitswissenschaften, wird demnach der kapitalistische Charakter der durch diese Wissenschaften vorangetriebenen Produktivkraftentwicklung bewußt, insofern der *Machtgewinn* des Kapitals gegenüber der Arbeit formuliert wird. Die ersten arbeitswissenschaftlichen Schriften – man lese nur Taylor – trugen diesen Klassenkampfcharakter auch noch offen zur Schau (13). Ihr Sinn: Die Befreiung des Kapitals in seiner Expansion von der Schranke, die ihm die Abhängigkeit vom Wissen und Geschick des *einzelnen* Arbeiters setzt. Warum verschwindet nun dieses Bewußtsein nach dem ersten Weltkrieg aus der Gewerkschaftsprogrammatik? Daß es verschwindet, stellt z.B. auch Elisabeth Schalldach fest: Vor dem Krieg sei der Taylorismus von den Gewerkschaften „zum größten Teil als System kapitalistischer Ausbeutung, beruflicher und wirtschaftlicher Herabwürdigung des Arbeiters, als Mittel verstärkter Machtentfaltung des Unternehmers im Betrieb gebrandmarkt" worden. In der Nachkriegszeit sei ein Umbruch erfolgt. Die Haltung der deutschen Gewerkschaft zum Taylorsystem

---

11 Karl Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 325
12 J. P. Chevènement, Ende der Spaltung? dt. Hamburg 1978
13 Vgl. hierzu in schöner Deutlichkeit u.a. Bravermann, a.a.O., S. 73-99

sei inzwischen passiv. „Von offizieller gewerkschaftlicher Seite finden wir keine grundsätzlichen Stellungnahmen, auch nicht zu einzelnen Methoden, die auf Taylor zurückzuführen sind." (14) An anderer Stelle schreibt sie: „Der Veränderung der Tätigkeit der Arbeitenden wird in der ganzen gewerkschaftlichen Literatur wenig Bedeutung beigemessen ... Es tritt eine Verschiebung zwischen den einzelnen Kategorien der Arbeiter ein ... Wir unterscheiden nicht mehr Handwerker im alten Sinne und ungelernte Arbeiter, sondern Maschinenaufseher und noch qualifizierte Spezialarbeiter und eine allerdings gewaltig wachsende Anzahl von nur angelernten oder ungelernten, deren Tätigkeit in der eintönigsten Repetitivarbeit besteht. Dieses Schicksal wird als unabwendbar hingenommen." (15) In bezug auf den deutschen Metallarbeiterverband stellt sie fest, dieser zeichne sich durch einen „Radikalismus ... in bezug auf die restlose prinzipielle Bejahung des Fortschrittes durch *technische* Vervollkommnung und Mechanisierung des Produktionsprozesses" aus. „Reste alter handwerkmäßiger Gesinnung sind hier nicht zu finden, vor allem beeinflussen sie in keiner Weise das rationale Verhältnis zur Arbeit. Ohne jegliche Vorurteile in dieser Hinsicht werden die Dinge angepackt." (16)

Diese Charakterisierung ist dahingehend zu relativieren, daß die im Zuge der Rationalisierung dequalifizierten Facharbeiter sicherlich ihr Schicksal ähnlich erfuhren wie die Arbeiter vor 1914. Doch wurde diese individuelle Betroffenheit – im Unterschied zu vorher – eben nicht relevant für die von der Mehrheit des Verbandes formulierte Gewerkschaftspolitik und -programmatik.

---

14 Elisabeth Schalldach, Rationalisierungsmaßnahmen der Nachinflationszeit im Urteil der deutschen Gewerkschaften, Jena 1930, S. 36. Vgl. auch A. Hoff, Gewerkschaften und Rationalisierung – die freie gewerkschaftliche Rationalisierungsdebatte 1924 - 1929, unveröffentlichte Diplomarbeit, Berlin 1975, S. 110-130. Die Studie von Schalldach gibt m. E. immer noch einen gründlichen Überblick über die Gewerkschaftsposition zur Rationalisierungsfrage. Weiterhin liegen zum Gegenstand neben der eben genannten Diplomarbeit von A. Hoff eine ebenfalls unveröffentlichte Examensarbeit von W. Wobbe, Das Verhalten der Freien Gewerkschaften (ADGB und DMV) zur Rationalisierung der Arbeit in der Weimarer Republik, TU Hannover 1976, vor. Diese beiden Diplomarbeiten vertiefen zwar die Analyse an Detailpunkten des Problemkomplexes durch Ausbreitung und Diskussion vor allem des Zeitschriftenmaterials – die Untersuchung von A. Hoff versucht auch den Prozeß der Rationalisierung selbst in Daten zu fassen – geben aber nicht einen vergleichbar umfassenden Überblick wie die Darstellung von Schalldach. Wobbe vertieft die Analyse vor allem hinsichtlich des DMV. Hoff präzisiert die Kritikpunkte an der Rationalisierungsdiskussion vom Standpunkt der Marxschen Theorie. Weiterhin liegt die Textsammlung mit Vorwort von Hinrichs/Peter, Industrieller Friede? Köln 1976 vor. In ihr findet sich wesentlich Dokumentenmaterial zur Diskussion der Rationalisierung in der KPD, der SPD und dem ADGB sowie arbeitswissenschaftliche Texte aus der Weimarer Republik. Zu verweisen ist auch noch auf die Untersuchung von E. C. Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920 - 1928, Frankfurt/Main 1977. Der Schwerpunkt dieser Analyse liegt auf dem Untertitel.

An dieser Stelle möchte ich auch Eckart Hildebrand dafür danken, daß er mir seine gesammelten Materialien zur Rationalisierungsdiskussion in der Weimarer Republik zur Verfügung gestellt hat, ohne die es mir schwer gewesen wäre, überhaupt einen Überblick über die Diskussion zu erhalten.

15 Ebda., S. 60

16 Ebda., S. 137

Die Beobachtungen zusammengenommen bieten einen ersten Hinweis für die Beantwortung der Frage, wieso die kapitalistische Formbestimmung der Arbeit in den 20er Jahren anders gesehen und der kapitalistische Produktionsprozeß zur Naturgestalt der Produktivkraftentwicklung mystifiziert wird – „dieses *Schicksal* (Unterstreichung Ch.N.) wird als unabwendbar hingenommen" – welche über die These Bravermanns von der zunehmenden Komplexität des Produktionsprozesses als Ursache hinausgeht. Scheint es doch wesentlich der Bruch zwischen noch handwerklich geprägter Fabrikarbeit zur entwickelten ‚reellen Subsumption' der Arbeit unter das Kapital mit u.a. Hilfe der neuen Arbeitswissenschaften gewesen zu sein, welche den Protest der Arbeiterbewegung zunächst hervorrief. Diese ‚handwerksmäßige Gesinnung' bildete aber gleichzeitig die Basis noch bornierten Bewußtseins und damit auch bornierter Organisierung in Berufsgewerkschaften. Das Selbstbewußtsein der Arbeiter gegenüber dem Kapital basierte in diesen Organisationen auf ihrer *speziellen* Qualifikation als Individuen und deren monopolistischer Zusammenfassung auf dem Arbeitsmarkt. In diesem Selbstbewußtsein grenzten sich die unterschiedlichen Berufsklassen gleichzeitig gegeneinander und gegen die ungelernten Hilfsarbeiter ab.

Die Bestätigung und Entwicklung der individuellen Fähigkeit ist aber – z.B. bei den französischen Arbeitern, die sich darüber beklagen, daß „ihnen die Lust an der Arbeit" verleidet wird und sie „damit zugleich jedes Ideals beraubt" werden – nicht nur ein Mittel zum Gelderwerb. Sie ist auch Quelle der „Arbeitsfreude" des handwerklichen Arbeiters, der sich auf sein Produkt als Resultat *individueller* und nicht etwa vergesellschafteter Tätigkeit bezieht. Bezogen auf das Verhältnis des Arbeiters zum Produktionsprozeß ist es der Entzug dieser auf individuellem, d.h. noch nicht durch Wissenschaft vergesellschaftetem Wissen beruhenden Einheit von Hand- und Kopfarbeit und der daraus resultierenden Arbeitsbefriedigung, gegen den sich der frühe Protest gegen den Taylorismus richtet, abgesehen vom Protest gegen die Intensivierung der Arbeit. So gibt auch Elisabeth Schalldach ihrer Abhandlung über den Taylorismus die Überschrift: „Die Rationalisierung der *individuellen Arbeit*" (17).

Diese Rationalisierung der individuellen Arbeit wird auch von kommunistischer Seite als eine Bedingung der Entfaltung von Klassenbewußtsein im Unterschied zu einem auf handwerklicher Arbeit beruhenden bornierten Berufsbewußtsein gesehen. So schreibt z.B. M. Rubinstein, der von Hinrichs/Peter als differenziertester Vertreter der kommunistischen Position zur Rationalisierung vorgestellt wird, nach einer Analyse der Fließbandproduktion: „Schon allein diese Organisation der Verteilung der Maschinen und Arbeiter ist von gewaltiger Bedeutung für die Veränderung der gegenseitigen Beziehungen unter den Arbeitenden. Welches auch ihre persönliche Arbeit sein möge, wie sehr auch jeder von ihnen an seine Stelle und an eintönige sich stets wiederholende Bewegung gebunden sei, so sind die Arbeiter doch nicht in einer Werkstatt bei gleichartigen Arbeiten zusammengeschlossen. Sie sehen um sich herum einen mehr oder weniger vollendeten Teil des Produktionsprozesses. Trotz der aufs äußerste gestiegenen Spezialisierung der individuellen Arbeit kollektiviert

17 E. Schalldach, a.a.O., S. 3

sich für jeden augenscheinlich die Arbeit, und dies trägt neben den Veränderungen der Zusammensetzung der Arbeiterschaft zur endgültigen Überwindung der handwerks-zünftlerischen Gewohnheiten, Traditionen und Vorurteile bei." (18) Die Arbeit ‚kollektiviert' sich, worin nach Rubinstein wohl auch eingeschlossen ist, daß der Arbeiter sein potentielles Selbstbewußtsein nicht mehr aus seiner individuellen Qualifikation, sondern aus seiner Tätigkeit als Glied eines kollektiven Arbeitsprozesses, als kollektiver Produzent bezieht. Gerade die KPD sah ja auch die Bedingungen für die Auflösung der alten Berufsgewerkschaften und ihre Ersetzung durch Industriegewerkschaften, in denen alle Arbeiter und Angestellte eines Betriebes sich organisieren, gegeben und propagierte sie gegenüber dem ADGB. E.C. Schöck verweist in ihrer Studie über die kommunistische Gewerkschaftspolitik in der Weimarer Republik auf die „Bedingungen für die Aufhebung des ‚berufsbornierten Denkens' der Arbeiter" durch die Rationalisierung. Damit seien Bedingungen für eine größere Einheit der Arbeiterschaft hergestellt worden (19). In stärkerem Maße wurden von der kommunistischen Partei allerdings auf die konkurrenzfördernden und solidaritätszerstörenden Wirkungen der Rationalisierung verwiesen (20). Die Aufhetzung der Arbeitergruppen gegeneinander durch die neuen Lohnfindungssysteme, die technisch und arbeitsorganisatorisch vermittelte Aufhebung der Kommunikationsbeziehungen während des Arbeitsprozesses, die Isolierung der kommunistischen Kader, die mangelnde Zeit für Agitation und Propaganda galten als Folgewirkungen, die insgesamt auf eine Schwächung der Position der Arbeiter gegenüber dem Kapital im Zusammenhang der Rationalisierung verwiesen (21). Die Einschätzungen hinsichtlich der „kollektivierenden" Wirkungen des modernen Arbeitsprozesses durch die Kommunisten sind demnach zwiespältig, was im Gegenstand der Einschätzung selbst begründet liegt (22).

---

18 M. Rubinstein, Die kapitalistische Rationalisierung, 1929, dokumentiert in: Hinrichs/Peter, a.a.O., S. 294

19 Vgl. Marx, der diesen Prozeß der Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses in folgender Weise kennzeichnet: Die Kombination der gesellschaftlichen Tätigkeit erscheint als der Produzent. Vgl. Grundrisse, S. 597

20 E. C. Schöck, a.a.O., S. 169. An dieser Stelle wäre allerdings eine gründlichere Untersuchung zur Stellung der KPD hinsichtlich der Dequalifizierung der alten Facharbeiter notwendig. Bei Hinrichs/Peter findet sich zu dieser Frage wenig. Bei David, Bankrott des Reformismus, Berlin o.J., Reprint Erlangen 1970, finden sich, soweit ich sehe, nur zwei Bemerkungen: Gegen Braunthal, der durch Existenz von Teilarbeitsmärkten qualifizierter Arbeitergruppen die Konkurrenz abgeschwächt sieht, wendet David ein, die Entqualifizierung im Gefolge der Rationalisierung hebe diese Teilarbeitsmärkte auf (vgl. S. 80). An anderer Stelle geht David davon aus, daß Arbeiter-Aristokratie heute nicht mehr die qualifizierten Arbeiter, sondern – im Gefolge der Rationalisierung – die zu Unternehmerloyalität bestochenen Arbeiter seien. Durch Abbau der übertariflichen Zahlung in der Krise werde dieser Arbeiter-Aristokratie und damit dem Reformismus der Boden entzogen.

21 Vgl. Hinrichs/Peter, S. 82, sowie die dort dokumentierten Texte der KP.

22 Im Unterschied zu der skizzierten Position der Arbeiterbewegung der 20er Jahre dient die Figur des Facharbeiters in der Industriesoziologie bis hin zur Kern/Schumann-Studie als Maßstab nicht entfremdeter Arbeit.
Kennzeichnend für die industriesoziologische Literatur ist, daß ‚Entfremdung' als Resul-

IV. Die Konzeption der Arbeiterklasse als produktiver Klasse in der Rätebewegung

Zwischen der Vor- und Nachkriegsphase liegt ein Prozeß von – teils revolutionären – Rätebewegungen in Europa, welcher u.a. durch die Negation der alten Gewerkschaftsform – der Berufsgewerkschaften – sowie durch die Kritik der existierenden politischen Parteien gekennzeichnet ist. Der Nachvollzug der Rätediskussion erscheint an dieser Stelle sinnvoll, weil er u.a. darüber Aufschluß zu geben vermag, wieso der Facharbeiter – vermittelt auch über die politische Bewegung – als Widerstandsfaktor gegen Rationalisierung in der Folgezeigt nicht mehr erscheint. In der Rätebewegung ist die durch Arbeit und Produktionsbedingungen zusammengefaßte Belegschaft Ausgangspunkt der Organisierung, wobei dieser Organisierungsprozeß gleichzeitig die Basis neuer Bewußtseinsmomente des Proletariats bildete. In ihr muß sich exemplarisch klar die Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise und die Konzeption alternativer Vergesellschaftung formulieren, die zu diesem Zeitpunkt überhaupt möglich war. Diese Annahme geht davon aus, daß Epochen tiefgreifender revolutionärer Prozesse, auch wenn sie nicht zum Ziel kommen, das Denken der Massen und die Phantasie der Arbeiter und der in diesen Prozeß eingeschlossenen

---

tat technologischer Entwicklungsprozesse unabhängig von deren gesellschaftlicher Formbestimmung definiert wird. Wenigstens bis zum Ende der 60er Jahre. Man läßt die Entfremdung mit der Auflösung der alten handwerklichen Arbeitsformen beginnen; die berühmte U-Kurve von Blauner, nach der die Entfremdung und damit auch der Klassengegensatz mit der Aufhebung der handwerklichen Arbeit begann und mit zunehmender Technisierung wieder rückgängig gemacht werden soll – eine der Grundlagen für die Theorie der nivellierten Mittelstandsgesellschaft – ist dafür ein klassisches Beispiel. Noch die Kern-Schumann-Studie behält diese Formulierung des ‚Entfremdungsproblems' bei. „Die repetitive Teilarbeit ist sich selbst genügende restriktive und in ihren sozialen Bezügen verkümmernde Arbeit – sie unterwirft den Arbeiter dem Diktat eines fremden Willens; hindert ihn an der Ausbildung und Entfaltung von Kenntnissen und manuellen Fertigkeiten; bindet ihn an einen Arbeitsprozeß, der seine physischen und psychischen Reserven aufzehrt, ersetzt lebendige Kooperation durch soziale Isolierung. Die arbeitsbezogene Analyse, die diese Studie anstrebt, versucht zu erfassen, inwieweit diese einschränkenden Bedingungen der Arbeitssituation im Zuge des technischen Wandels intensiviert bzw. reduziert werden." (Kern/Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Teil 1, Frankfurt/Main 1970, S. 66/67). So sind auch die Begriffe der ‚Dispositionschancen', der ‚Autonomie' – nach Kern/Schumann wesentlich Begriffe, an denen der Entfremdungsgrad gemessen werden kann – der individuellen Arbeit zugerechnet. „Der Arbeiter verfügt über Dispositionschancen, wenn *ihm* die Möglichkeit gegeben ist, den Ablauf seiner Arbeit eigenständig zu planen und auszuführen." (ebda., S. 66)
In diesem Zusammenhang sei nur daran erinnert, daß die Intensität, mit der gegenwärtig in der IG Druck und Papier – im Vergleich zu anderen Gewerkschaften – das Problem der Rationalisierung formuliert wird, nach wie vor ihren Ursprung in dem Angriff des Kapitals auf eine Facharbeiter-Kategorie der alten Art hat, Arbeiter also, die als einzelne ihren Arbeitsprozeß überblicken, und die täglich das Produkt ihrer Arbeit als Produkt qualifizierter Einzelarbeit vor sich haben. Eine solche Widerstandsposition ließ sich aber – dies zunächst die These – auf dem damaligen Entwicklungsstand der Vergesellschaftung nicht zur umfassenden Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise mit der Perspektive sozialer Emanzipation ausbauen und wurde deshalb verlassen. Welche Impulse aus der Erfahrung dieses Bruchpunktes für die Auseinandersetzung mit kapitalistischer Rationalisierung sich heute ergeben, kann hier nicht diskutiert werden.

Theoretiker aufschließen für das, was unter den gegebenen materiellen Bedingungen des Grads der Naturbeherrschung an Veränderung möglich ist, oder gar darüber hinausgehen. Alte verkrustete Organisations- und Bewußtseinsformen werden hier auf jeden Fall aufgebrochen. Hier müssen sich auch Aufschlüsse darüber finden lassen, warum in der Folgezeit der kapitalistische Produktionsprozeß zunehmend zur Naturgestalt mystifiziert wird. Die Schranken der Rätediskussion bei der Entwicklung einer Vorstellung von sozialer Emanzipation finden sich dann auch in der Auseinandersetzung um die Rationalisierung in der Weimarer Republik wieder.

Gerade in Italien, wo die kapitalistische Produktionsweise außerordentlich ungleichmäßig entwickelt war, finden die Turiner Räte, die Räte des entwickeltsten industriellen Zentrums, die auch im Unterschied zu Deutschland die Produktion zeitweise übernahmen, bei Gramsci eine außerordentlich klare Formulierung ihres Organisationsprinzips und der mit diesem Prinzip damals verbundenen Konzeption sozialistischer Vergesellschaftung. Gramsci kennzeichnet ein geradezu emphatisches Verhältnis der Arbeiterbewegung zur Produktivkraftentwicklung überhaupt. Der einzelne Arbeiter ist nach ihm „ein Rad in der Maschine der Arbeitsteilung" (23). Die Fabrik ist „die Form, in der sich die Arbeiterklasse als determinierter, organischer Körper konstituiert." (24) „Alle Arbeiter einer Fabrik bilden einen geschichtlich notwendigen und absolut unteilbaren Organismus" (25). „In der Fabrik wird die Arbeiterklasse zu einem bestimmten Produktionsinstrument" (26). „Der Arbeiter kann sich nur dann als Produzent begreifen, wenn er sich als untrennbaren Teil eines gesamten Arbeitssystems sieht, das sich in dem Arbeitsprodukt niederschlägt. Er kann sich nur dann als Produzent sehen, wenn er den Industrieprozeß als Einheit erlebt, der auf die Zusammenarbeit des Handlangers, des Facharbeiters, des Verwaltungsangestellten, des Ingenieurs und des technischen Direktors angewiesen ist" (27). „Der wirkliche Prozeß der proletarischen Revolution ist nicht identisch mit der Entwicklung und der Aktion revolutionärer Organisationen auf freiwilliger und vertragsmäßiger Basis, wie es z.B. die politische Partei und die Berufsgewerkschaften sind: Organisationen also, die innerhalb der bürgerlichen Demokratie und aufgrund politischer Freiheit entstanden sind, diese politische Freiheit beweisen und weiterentwickeln ... die revolutionären Organisationen (die politische Partei und die Berufsgewerkschaften) sind durch die politische Freiheit bedingt, sind innerhalb der bürgerlichen Demokratie entstanden und bestätigen die Freiheit im allgemeinen innerhalb der Demokratie, wo sie die Beziehungen von Staatsbürger zu Staatsbürger fördern. Der revolutionäre Prozeß dagegen verwirklicht sich auf dem Produktionssektor, in der Fabrik, wo das Verhältnis zwischen Unterdrücker und Unterdrücktem herrscht ... wo es keine Freiheit für den Arbeiter, keine Demokratie gibt." Für den

---

23 A. Gramsci, Aufsätze aus ‚Ordine Nuovo', 1919, dokumentiert bei E. Mandel (Hrsg.), Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. Eine Anthologie. Frankfurt/Main 1971, S. 240
24 Ebda., S. 241
25 Ebda., S. 247
26 Ebda.
27 Ebda., S. 234

Arbeiterrat benutzt Gramsci den Begriff „morphologisch", für Gewerkschaft und Partei den Begriff „arithmetisch" (28). Die Räte sind also nach Gramsci die Organisationsformen, in denen die Arbeiter ihr Bewußtsein als Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums entwickeln und zwar ein Bewußtsein, in dem sie sich als notwendige Teile, als Räder im gesellschaftlichen Arbeitskörper der Fabrik, im bestehenden System der Arbeitsteilung begreifen. Subjekt sind sie zunächst als solcher organisierter Arbeitskörper und als die einzelnen Fabrikräte zusammenfassende Räteorganisation, nicht als Individuen. Der Arbeiterrat ist die konkrete Negation des Arbeiterindividuums als Arbeitskraftverkäufer und Lohnempfänger und eine höhere Stufe insofern, als diese bornierte Individualität die Basis der Herrschaft des Kapitals über den Arbeiter im Produktionsprozeß war, seiner Objektsituation also. Der Arbeiterrat ist gleichzeitig die konkrete Weiterentwicklung und auch Negation derjenigen Organisationsformen der Arbeiterklasse, die die bürgerliche Subjektivität zum Ausgangspunkt hatten. Die Produktivkraftentwicklung steht dabei so sehr als historische Aufgabe der Arbeiterbewegung im Vordergrund, daß die Frage der Vermittlungsformen von gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion in der Rätekonzeption Gramscis unberücksichtigt bleibt (29). Die Arbeiterklasse ist die produktive Klasse, allerdings nicht einfach als Handarbeitende, sondern im Arbeiterrat sind auch die Leitungsfunktionen – als produktive Funktionen – mitrepräsentiert. Die Gesellschaft, bzw. der neue Arbeiterstaat repräsentiert als zentralisiertes Rätesystem den arbeitsteiligen Fabrikkörper und den in verschiedenen Industriezweigen arbeitsteilig organisierten gesellschaftlichen Produktionsprozeß insgesamt. Diese Konzeption ist als Form entwickelt, nicht etwa als konkrete Strategie der Transformation der italienischen Gesellschaft. Ein inhaltliches Programm zur industriellen Entwicklung des Landes hat die Turiner Rätebewegung nicht. Darin liegen auch die Abstraktionen des Modells.

Wir finden in der Rätebewegung demnach die erste historische Form, in der sich die Arbeiterklasse als revolutionäre Klasse, als Klasse, die die Zukunft in ihren Händen trägt und das heißt zu diesem historischen Zeitpunkt, als *produktive Klasse* gegenüber dem Bürgertum formuliert und organisiert. Im Konzept der Arbeiterdemokratie von Togliatti und Gramsci ist die Organisation als produktive Klasse identisch mit der politischen Organisation überhaupt (30).

Der entscheidende historische Einschnitt ist die Trennung zwischen Produktivkraftentwicklung und Kapitalinteresse, die im Bewußtsein der Arbeiter vollzogen

28 Ebda., S. 246

29 Gramsci als Theoretiker unterscheidet sich übrigens von den Theoretikern der Arbeiterbewegung in Deutschland insofern, als er die Folgen der kapitalistischen Arbeitsorganisation im Taylorismus und Fordismus durchaus in ihren Folgen für die Reproduktion analysiert hat. Er hat die Frage gestellt, welche neue Gestalt des Subjekts z.B. in seinen kulturellen und sexuellen Beziehungen innerhalb des Bereichs der Reproduktion die neue Gestalt der Produktionsorganisation erfordere. Gramsci betrachtete übrigens den Taylorismus und den Fordismus als unumgängliche Phase in der Produktivkraftentwicklung.

30 Vgl. dazu A. Gramsci/P. Togliatti: Arbeiterdemokratie, Programmatischer Aufsatz, erschienen in: ‚Ordine Nuovo' 1919, dokumentiert bei: K. Farner/T. Pinkus, Der Weg des Sozialismus, Hamburg 1964

wird. „Für den einzelnen Arbeiter ist ‚objektiv' das Zusammentreffen der Erfordernisse der technischen Entwicklung mit den Interessen der herrschenden Klasse ... nur eine bestimmte historische Phase ... Der Nexus kann sich lösen: die technischen Erfordernisse können konkret nicht nur als getrennt von den Interessen der herrschenden Klasse gedacht werden, sondern als verbunden mit den Interessen der noch subalternen Klassen ... (31). Der Kapitalfetisch, die Verschmelzung der Kapitalform mit den Produktionsmitteln und den Produktionsbedingungen zur Naturform löst sich auf, nicht nur in der theoretischen Kritik, sondern in der praktischen Klassenaktion. Betriebe werden besetzt, die Produktion teilweise von den Arbeiterräten in eigener Regie übernommen.

Wo aber bleibt dabei die von Bravermann gemeinte Kritik an der spezifischen kapitalistischen Produktionsweise, insofern sie die Degradierung des Arbeiters im Produktionsprozeß impliziert. Die Fabrik soll schließlich so übernommen werden, wie sie ist. Insofern erscheint die kapitalistische Fabrikorganisation nach wie vor als Naturform. Auch nach Gramsci ist der einzelne Arbeiter „Rad in der Maschine der Arbeitsteilung". Von der Entwicklung seiner Fähigkeiten als Produzent im Prozeß der täglichen Produktion und Reproduktion des Lebens ist nicht die Rede.

Ein halbes Jahrhundert später führen die italienischen Metallarbeiter-Gewerkschaften einen Tarifkampf, der die Unternehmer dazu zwingen soll, jeden Arbeiter in der Fabrik, auch den Arbeiter am Fließband, so zu qualifizieren, daß er auch die komplizierten Facharbeiter-Tätigkeiten wahrnehmen kann. Das Programm der 150-Stunden-Arbeiterbildung, das auch tariflich festgelegt wird, zielt auf die Entwicklung nicht nur der Fähigkeiten der Klasse zur Übernahme der Produktion, sondern auf die Entwicklung der Fähigkeiten des einzelnen Arbeiters. Und im „Entwurf eines Programms zur Umgestaltung Italiens" der PCI heißt es, um nur ein Beispiel der Formulierung des Problems zu nennen: „Die Arbeit muß wieder als Fundament des gesellschaftlichen Lebens und des Fortschritts gelten; aber dazu ist erforderlich: die produktiven Tätigkeiten müssen beständig wissenschaftlich und kulturell bereichert werden; man muß sich dafür einsetzen, immer mehr Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitsorganisation zu verändern; die Frauen müssen zu allen produktiven und leitenden Funktionen zugelassen werden können. Schrittweise Umwälzungen in den Technologien und in der Organisation des Produktionsprozesses können dazu beitragen, allmählich den Bereich der besonders schweren Arbeitsverausgabung zu verringern, diejenigen besser einzusetzen, die weiterhin diesen Funktionen unterworfen sind. Mit diesen Umwälzungen können auch Rotationsformen erprobt werden, um den Widerspruch zwischen der weiterhin bestehenden Notwendigkeit von ermüdenden und undankbaren manuellen Tätigkeiten einerseits und der Neigung zu anderen Beschäftigungsarten andererseits zu überwinden." (32)

---

31 A. Gramsci, Amerikanismus und Fordismus, in: Ausgewählte Schriften, Frankfurt 1968, S. 402.

32 P.C.I., Der Kommunistische Vorschlag, Hamburg 1978, S. 28. In anderem Zusammenhang wird direkt die Kategorie des gesellschaftlichen Individuums benannt, und auch hier geht es um die Frage, wieweit Bedürfnisse des einzelnen als Gesellschaftsmitglied entwickelt und befriedigt werden können, Bedürfnisse, die über den Bedürfnisbegriff der 20er Jahre,

Die Rätebewegung hatte scheint's andere Probleme: wie kann sich das Proletariat überhaupt zum Träger der Produktion und der gesellschaftlichen Macht qualifizieren? Diese Frage bildet einen wesentlichen Punkt der Auseinandersetzung in der deutschen Rätediskussion. Findet die Vorstellung des Proletariats als produktiver Klasse ihre begrifflich reinste Formulierung in Italien als einem vergleichsweise noch zurückgebliebenen Land, so ist die deutsche Rätebewegung einer mächtig entwickelten Bourgeoisieklasse kontrastiert, und ein wesentlicher Teil der Auseinandersetzung geht darum, ob diese ersetzbar sei oder nicht. Es ist bezeichnend für das Kräfteverhältnis der verschiedenen Fraktionen in der deutschen Arbeiterbewegung, daß diese Auseinandersetzung wesentlich als Theoriediskussion geführt wurde. Die politische Entscheidung war mit dem Scheitern der Rätebewegung bereits gefallen, als die Rätediskussion begann.

Die sich bekämpfenden Fraktionen der Arbeiterbewegung haben das gleiche Ziel, unterschiedlich sind die sozialen und politischen Vorstellungen über die Zielverwirklichung. Richard Müller, USPD, geht auf dem 2. Rätekongreß 1919 davon aus, daß „die Steigerung der Produktion zur höchsten Potenz letzten Endes nur mit und durch das Proletariat geschehen" kann (33). „Das Rätesystem ist für die Gegenwart die Kampforganisation zur Eroberung der politischen Macht ... wie es auch die Organisation ist, die *später* (Unterstreichung Ch. N.) den ganzen wirtschaftlichen Organismus tragen soll" (34). Und Peter von Oertzen faßt in seiner Darstellung der Rätebewegung zusammen: „Es ist nicht ganz einfach, den Kern des im eigentlichen Sinne wirtschaftlichen Rätegedankens aus dem Gesamtzusammenhang der Theorie des reinen Rätesystems herauszuschälen. Die Äußerungen der führenden Männer und die offiziellen programmatischen Formulierungen im Vollzugsrat, in der Vollversammlung und in der USPD-Fraktion der Arbeiterräte verblieben auf wirtschaftlichem Gebiet in einer gewissen Allgemeinheit. Sie beschränkten sich meistens auf die

---

nämlich Befriedigung der Bedürfnisse nach ausreichendem Essen, Kleidung, Wohnung hinausgehen. „Im Laufe der Zeit haben die Erscheinungen der Einsamkeit und individuellen Zersplitterung, der krampfhaften Qual und der Zersplitterung der Gesellschaft in Gruppen und Kategorien ständig Raum gewonnen. Die Krise selbst erfordert deshalb eindringlich, dem gesellschaftlichen Charakter der menschlichen Beziehungen Geltung zu verschaffen, weder um die Individuen in einer undurchlässigen Uniformität einander anzugleichen, noch um reale Bedürfnisse zu unterdrücken, sondern vielmehr, um die Entwicklung eines neuen gesellschaftlichen Individuums zu fördern und um den persönlichen Fähigkeiten jedes Subjekts und den solidarischen Kontakten zwischen allen Menschen breiteren Raum zu verschaffen." (Ebda, S. 32)

33 Richard Müller, Korreferat zu Theodor Leipart auf dem 10. Gewerkschaftskongreß 1919, in: Crusius/Wilke/Schiefelbein, Die Betriebsräte in der Weimarer Republik, Bd. 1, Berlin 1978, S. 120. Müller fährt übrigens fort: „Ungehemmt von jedem kapitalistischen Einfluß muß sich die Organisation der Arbeit entwickeln. Getragen von dem Gedanken, nur dem ganzen Volke zu dienen, frei von egoistischen Motiven. Nicht nur das reine Handproletariat, sondern alle schaffenden Kräfte des Volkes sollen erfaßt werden, während kapitalistische Interessen in jeder Form ausgeschaltet werden müssen." Und an anderer Stelle: „Die privatkapitalistische Produktionsform erweist sich gleichfalls zur Aufrichtung unseres Wirtschaftslebens als ungeeignet." Ebda., S. 116

34 Richard Müller, Rede auf einer Vollversammlung der Großberliner Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre 1919, in: Crusius u.a., a.a.O., S. 145

Forderung, den Betriebsräten das Recht der Produktionskontrolle und der Mitwirkung bei der Sozialisierung einzuräumen. Später richtete sich die Aufmerksamkeit mehr auf die Formulierung der grundlegenden Prinzipien und vor allem auf den organisatorischen Ausbau des Rätesystems, nicht so sehr auf die konkreten wirtschaftlichen Probleme" (35). Betrachten wir demgegenüber die Position der SPD und der Gewerkschaften. Der ADGB schreibt in einem einführenden Artikel der ersten Nummer der Betriebsrätezeitung 1920: „Was nützt der Arbeiterschaft die Macht, wenn sie nicht in der Lage ist, sie so zu gebrauchen, daß wenigstens die gleichen, möglichst aber doch höhere wirtschaftliche Leistungen erbracht werden können? Diejenigen, die heute alle Macht für die Arbeiterräte fordern, sind Männer, die wohl selbst niemals verantwortlich wirtschaftlich leitende Arbeit geleistet haben ... sonst müßten sie wissen, daß ... die große Masse der Arbeiterräte den mühseligen Weg des Lernens und der Erfahrungssammlung erst mal zu gehen hat, um für die Übernahme verantwortlicher und leitender Stellungen sich reif zu machen ... Positives Wissen und Erfahrungen, die sehr weit über die des Teilarbeiters hinausgehen müssen, ja, noch mehr, Genialität, Charakter und Menschenkenntnis, eigener Wille und schöpferischer Drang, alle diese Eigenschaften ... sind notwendig, wenn ein Wirtschaftsführer mit Erfolg arbeiten will."

Die Rätediskussion konnte keine Vorstellung davon entwickeln, wie sie die Unternehmerfunktionen der Leitung des Produktionsprozesses möglichst schnell übernehmen und wie sie den gesamten Wirtschaftsprozeß unabhängig von Marktregulierungen organisieren könne. Diese Unfähigkeit gab wiederum Argumentationsmaterial für die SPD in ihrer Position, die Unternehmerseite sei nicht allein Träger der Ausbeutung, sondern ebenso Träger notwendiger produktiver Funktionen, welche die Arbeiterklasse noch nicht in der Lage sei zu übernehmen. Anteil an der politischen und gesellschaftlichen Macht hat derjenige, der produktive Arbeit leistet: Da dem Kapital die weitere Möglichkeit zur Entwicklung der produktiven Potenzen abgesprochen wurde, es rein in seiner Ausbeuterfunktion betrachtet wurde, gestand die Rätekonzeption der Linken ihm kein Vertretungsrecht zu. Ein Antrag der USPD auf dem 2. Rätekongreß lautet: „Wahlberechtigt und wählbar sind ohne Unterschied des Geschlechts diejenigen, welche ohne Ausbeutung fremder Arbeitskraft gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit leisten" (36). Demgegenüber plädiert Theodor Leipart vom ADGB auf dem 10. Gewerkschaftskongreß 1919: „Deshalb sagen wir, daß neben den Arbeiterräten alle, die guten Willens sind, für das Gemeinwohl zu arbeiten, mitarbeiten dürfen, ja mitzuarbeiten haben. All die Kenntnisse und Erfahrungen der Unternehmer, der Betriebsleiter, der Beamten können und

---

35 Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution 1918/19, Düsseldorf 1963, S. 99/100. Er schreibt weiter: „Die Produktionskontrolle im Rahmen des Rätesystems bereitete – so war es gedacht – die Sozialisierung vor, indem sie erstens die Unternehmer ihrer bisherigen Machtstellungen im Betrieb entkleidete, zweitens die Arbeiter für die Aufgaben der Wirtschaftsleiter schulte und drittens im Rätesystem eine Organisation für gesamtwirtschaftliche Planung und Lenkung schuf." Ebda., S. 100

36 Dokumentiert in: Crusius u.a., a.a.O., S. 35

wollen wir in Zukunft nicht unbenutzt lassen, sie werden gebraucht für das Gemeinwohl" (37).

Einig war man sich allerdings auch darüber, daß es darum ging, die Form der Produktivkraftentwicklung durch das Kapital als historisch vorgefundene weiterentwickeln zu müssen. Es ging auch der Rätediskussion wesentlich darum, den Unternehmer in seinen Funktionen zu ersetzen, um dann die Produktivkraftentwicklung in den Dienst der Werktätigen zu stellen, sie dem Einfluß des Profitinteresses zu entziehen, und bestenfalls an dem Prozeß der Leitung die Massen der Arbeiter teilnehmen zu lassen: Demokratisierung der Leitungstätigkeit also und Planung der Produktion.

Der vornehmlich politische Charakter der Rätebewegung war die durchaus adäquate Antwort auf den Punkt der Kapitalentwicklung, an dem der Zusammenhang zwischen der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums und dem Profitinteresse auseinandergebrochen war: den zerstörerischen Folgen dieses Profitinteresses im 1. Weltkrieg.

Diese destruktiven Momente der kapitalistischen Form der Produktivkraftentwicklung waren über einen politischen Prozeß, die Kriegsführung der imperialistischen Staaten freigesetzt worden, und ihnen galt es eine konstruktive Entwicklung unter Kontrolle der Arbeiterbewegung entgegenzusetzen. Es ist kein Zufall, daß die Auseinandersetzung in der Sozialdemokratie um den krisenhaften Charakter des Kapitalismus und um die Notwendigkeit der Revolution ihren Kernpunkt in der Auseinandersetzung um die Frage der Notwendigkeit imperialistischer Kriege für das Kapital gehabt hatte. Demgemäß ging es dann auch dem linken Flügel in der Rätebewegung darum, dem verschwenderischen Umgang mit dem gesellschaftlichen Reichtum im Krieg und seinen unmenschlichen Folgen durch die Ausrichtung der Produktion an den Klasseninteressen der Arbeiter endgültig eine Schranke zu setzen. Luxurierende Gesellschaftsschichten sollten entmachtet, Gleichheit sollte als gleiche Verteilung des Arbeitsertrags und als Arbeitszwang für alle hergestellt werden, Spekulation und Wirtschaftssabotage sollten verhindert werden. Die Qualität des Subjekts, des bewußt Handelnden, kam demgemäß dem Proletariat als Klasse zu. Klasseninteresse des Proletariats sollte gegen das vor allem im bürgerlichen Staat nur noch machtmäßig abgesicherte, weil nicht mehr gesellschaftlich rationale Klasseninteresse der Bourgeoisie gesetzt werden: Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparats – also ein wesentlich politischer Akt – und gleichzeitig in diesem Inhalt angelegt die mögliche Explikation dieses Klasseninteresses sowie seine Substitution durch die Partei und einen autoritären Staat. Die Indienststellung der Produktivkraftentwicklung zur Befriedigung der Grundbedürfnisse sollte durch die Leitung der Produktion nach dem Arbeiterinteresse garantiert werden. Das war das wesentliche ökonomische Ziel.

Die gähnende Lücke zwischen dem Willen zur politischen Entmachtung der Ausbeuterklasse und der mangelnden Konkretion einer alternativen Form der Vergesellschaftung suchte die Rätebewegung und mit ihr die kommunistische Partei durch den Appell an die moralischen Fähigkeiten des Arbeiterindividuums auszufül-

37 Ebda., S. 111

len. Im Programm der KPD (Spartakus-Bund) 1918/19 heißt es: „Die Proletariermassen müssen lernen, aus toten Maschinen, die der Kapitalist in den Produktionsprozeß stellt, zu denkenden freien selbsttätigen Lenkern dieses Prozesses zu werden. Sie müssen das Verantwortungsgefühl wirkender Glieder der Allgemeinheit erwerben, die Alleinbesitzerin allen gesellschaftlichen Reichtums ist. Sie müssen Fleiß ohne Unternehmerpeitsche, höchste Leistung ohne kapitalistische Antreiber, Disziplin ohne Joch und Ordnung ohne Herrschaft entfalten. Höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit, straffste Selbstdisziplin, hoher Bürgersinn der Massen sind für die sozialistische Gesellschaft die moralische Grundlage, wie Stumpfsinn, Egoismus und Korruption die moralische Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft sind." Die Kategorie des gesellschaftlichen Individuums war also als Kategorie des moralischen Individuums durchaus entwickelt worden: als solche bildete sie die Negation des egoistischen bürgerlichen Individuums: Wirken für die Allgemeinheit unter Hintanstellung der unmittelbaren bornierten Ziele des einzelnen, Vergesellschaftung als Form der moralischen Individuation, Entwicklung der gesellschaftlichen Fähigkeiten als moralischer Fähigkeiten, Entwicklung der Denkfähigkeiten als Fähigkeit zur Kontrolle des Produktionsprozesses, insgesamt also „höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit". Diese Vorstellung von der Formierung des einzelnen zum moralischen Individuum im Kollektiv, der Appell an die selbständigen Leistungen des Individuums im Zusammenhang des Kollektivs, bildet eine klare Negation der bürgerlichen Vorstellungen vom Individuum, so wie sie vorlagen. Bürgerliche Individualität war identisch mit Egoismus und Verantwortungslosigkeit, mit persönlicher Willkür, mit Begriffen wie Privileg, Herrschaft über andere, kurz, das genaue Gegenteil dessen, was als gesellschaftliches Individuum gedacht wurde.

Auch in der Konzeption der SPD erkennt sich die Arbeiterklasse schon als Produzent des gesellschaftlichen Reichtums, geht aber davon aus, daß sie nicht in der Lage sei, die unternehmerischen Leitungsfunktionen zu übernehmen; das Wissen über den Produktionsprozeß ist nach wie vor in den Händen des Kapitals und so erscheint das Kapital nach wie vor als notwendiger Träger der Produktivkraftentwicklung. Unter anderem ist es die Angst vor der Anarchie, vor der Unfähigkeit, die Leitungsfunktion des einzelnen Produktionsprozesses zu übernehmen und die Funktionen der Vergesellschaftung über den Markt durch gesellschaftliche Planung ersetzen zu können, welche die Sozialdemokratie in das politische und militärische Bündnis mit der bürgerlichen Klasse treibt, obwohl sie die politische Macht auf der Basis der revolutionären Bewegung hätte ergreifen können. Das Wissen der Unternehmer erscheint als eine in den materiellen Verhältnissen selbst verankerte Schranke und die Idee der paritätischen Mitbestimmung kann unter anderem als eine Kompromißformel, in der die Sozialdemokratie das Kapital in seinen Leitungsfunktionen als produktive Kraft anerkennt, interpretiert werden.

Allerdings lag der SPD in ihrer Mehrheit auch nichts ferner, als dieses Problem in der Weise anzugehen, wie es die Rätebewegung und der kommunistische Flügel anzugehen empfahl, nämlich durch politische Kontrolle der Unternehmer als erstem Schritt, durch Mitbestimmung der Betriebsräte mit dem Ziel, gleichzeitig die größten Anstrengungen einzuleiten, sich die Leitungsfähigkeiten selbst anzueignen. Die

Konzeption der parlamentarischen Machtergreifung hatte immer die Regelung der Produktionssphäre durch Gesetzgebung impliziert, und nicht etwa durch Qualifikation der Arbeiterklasse zum möglichen Subjekt des Produktionsprozesses und der geplanten Organisation der gesellschaftlichen Reproduktion (38). Die arbeitsteilige Struktur der bürgerlichen Gesellschaft, Zentralisierung des Wissens und damit der Macht in gesonderten gesellschaftlichen Institutionen auf der einen – Subalternität der Massen auf der anderen Seite – diese Konstruktion wollte die Sozialdemokratie beibehalten. Bemerkenswert ist aber, daß selbst Theoretiker wie Pannekoek allenfalls eine abstrakte Aufhebung der Subalternität der Massen sich vorstellen konnten: eine Armee von disziplinierten Kämpfern, die sich vom Gesamtinteresse im Gegensatz zum individuellen Interesse leiten lassen (39). Das gleiche gilt für das Programm des Spartakus-Bundes. Wie die Vermittlung zwischen individuellem und Gesamtinteresse bezogen auf den Prozeß der Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens aussehen könnte, wie die Interessen des einzelnen im Gesamtinteresse aufgehoben sein würden, einmal abgesehen von einer besseren Befriedigung der Grundbedürfnisse – dies zu entwickeln war zu diesem Zeitpunkt wohl nicht möglich. Und im Gefolge der Bolschewisierung der KPD in der Weimarer Republik gab die KPD selbst die – wenn auch beschränkten – Impulse der Rätebewegung, die Individuen wenigstens als politisch bewußte und fähige Subjekte zu entwickeln, auf. Das Konzept der Partei als „Hirn der Klasse" – um einen Transparentspruch aus der DDR zu zitieren – setzte sich durch.

---

38 Vgl. dazu schon u.a.: Karl Kautsky, Die neue Taktik, in: Die Neue Zeit, 30. Jahrgang 1912, S. 697 ff., wo er gegen die Vorstellung von der Zerschlagung des bürgerlichen Staates polemisiert.

39 Anton Pannekoek, Massenaktion und Revolution, in: Die Neue Zeit, 30. Jahrgang 1912, S. 541 ff. Übrigens hier wichtig, daß Wissen „als klare Einsicht in das Wesen des politischen Klassenkampfes" bezeichnet wird. Übrigens finden wir die gleichen Schwierigkeiten im linksradikalen, syndikalistischen Flügel der Arbeiterbewegung, der sich nach der Revolution in der KAPD abspaltete. Von sozialer Emanzipation in dem von Marx bezeichneten Sinne der Versöhnung von Individuum und Gesellschaft weiß sie allenfalls partiell, bezogen auf die Organisationsformen der Arbeiterbewegung, zu berichten. Was fordert sie demgegenübe auf „wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet"? Enteignung, zentrale Regelung und Leitung des gesamten Produktionsprozesses, Einstellung der gesamten Produktion auf den Bedarf, rücksichtslose Durchführung des Arbeitszwangs, Sicherung der Einzelexistenz in Bezug auf Ernährung, Kleidung, Wohnung, Alter, Krankheit, Invalidität, Abschaffung aller Standesunterschiede. Vgl. Programm der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Mai 1920, dokumentiert in: H. M. Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923, Meisenheim am Glan, 1969, S. 415. Es wäre durchaus aufschlußreich, unter dem Gesichtspunkt der Konkretion sozialer Emanzipation sich die Dokumente der Syndikalisten auf ihre inneren Widersprüche hin anzusehen. Die Syndikalisten waren die schärfsten Kritiker der Arbeitsteilung zwischen Organisation und Massen. Gerade unter dem Gesichtspunkt müßte noch einmal aufgearbeitet werden, auf welche realen Schwierigkeiten sie stießen. Warum sie eine kleine Sekte blieben. Immerhin ist bemerkenswert, daß ihre inhaltlichen Forderungen bezüglich der alternativen Übergangsform vom Kapitalismus zum Sozialismus sich von denen der übrigen politischen Fraktionen der Arbeiterbewegung nicht unterschieden.

V. Unternehmer und Arbeiter als gemeinsame Träger der Produktion: die Mitbestimmungskonzeption der Sozialdemokratie

Sehen wir uns noch etwas genauer die Konzeptionen an, welche die sozialdemokratische Fraktion der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik den linken Rätetheoretikern entgegensetzte. Wesentlich für diese Konzeptionen ist – und das ist bekannt – daß Produktion und Zirkulation als getrennte und voneinander unabhängige Sphären gedacht werden und die Zirkulation als Feld reformistischer Aktivitäten erscheint, demgegenüber der Produktionsprozeß in seiner konkreten Gestalt als sachlich notwendige Form der Produktivkraftentwicklung nicht zum Gegenstand der Reflexion möglicher gesellschaftlicher Transformation wird. Auch die linken Rätetheoretiker strebten, wie gezeigt, keine alternative Form der Produktionsorganisation in der einzelnen Fabrik an, sie wollten allerdings die Arbeiter insgesamt an der Leitung und Kontrolle der Produktion beteiligen (Rätesystem, Delegation mit imperativem Mandat). Der Sozialdemokratie ist vor allem die Rechtsform des Kapitals als Privateigentum suspekt, sie scheint nicht mehr verwachsen mit den Produktionsmitteln. Sozialisierung ist demgemäß Veränderung der Eigentumsform, Aufhebung des Instituts des Privateigentums. Diese Vorstellung findet sich exemplarisch sowohl in der Rätediskussion, als auch bei Naphtali, als auch bei Theoretikern der Sozialdemokratie wie H. Sinzheimer. Die Position Sinzheimers hat W. Müller in seinem Artikel „Der Pluralismus, die Staatstheorie des Reformismus" dargestellt (40). Von Sinzheimer werden zwischen Kapital und Arbeit sowohl gegensätzliche (Kampf um die *Verteilung* des Sozialprodukts) als auch gemeinsame Interessen (Produktionsinteresse) angenommen, welche Auffassung im Artikel 165 der Weimarer Reichsverfassung, den Sinzheimer formulierte, ihren Ausdruck fand. „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken." (41) Der Forderung nach paritätischer Mitbestimmung liegt demnach die Vorstellung eines gemeinsamen Produktionsinteresses zugrunde. Dem Arbeiter müsse „Mitverantwortung ... für das wirtschaftliche Ganze und dafür ein Teilnahmerecht auch an der wirtschaftlichen Leitung" übertragen werden, „dann wird er auch verantwortlich für die Erhaltung der Grundlagen, nicht etwa des Kapitalismus, aber der Produktion, die unab-

---

40 W. Müller, Der Pluralismus – die Staatstheorie des Reformismus, in: Doeker/Steffani (Hrsg.), Klassenjustiz und Pluralismus, Hamburg 1973, S. 395-424. Sinzheimer kann hier übrigens deshalb als exemplarisch für die sozialdemokratische Position herausgegriffen werden, weil er wohl nicht zufällig für die illusorische Konstruktion des Artikels 165 der WRV verantwortlich zeichnet. Zu Sinzheimer noch einmal W. Müller: Die „Wirtschaftsordnung faßt Sinzheimer als ‚Art der Verteilung und Verwendung der ökonomischen Güter und Leistungen' auf, also als Ordnung der Distribution. Diese steht unvermittelt ... neben der Produktion ... infolge der Beziehungslosigkeit von Distribution und Produktion kann daher auch der ‚Klassenkampf um die Verteilung des Sozialprodukts' ohne systematische Berücksichtigung der von der kapitalistischen Produktion gesetzten Zwänge und Schranken stattfinden ..." ebda., S. 408

41 Ebda., S. 400/401

hängig ... von der kapitalistischen Rechtsform" ist (42). Daß der Arbeiter nicht verantwortlich für die Produktion ist, wird hier als Grenze seiner Produktivität betrachtet. Eigentum als Rechtsform begründet abhängige Arbeit, demgemäß könne dem Arbeitsrecht, „in dem die zentrierende Kraft nicht das Eigentum, sondern der Mensch ist", die Funktion zukommen, eine neue Ordnung progressive zu begründen (43).

Das Auseinandertreten zwischen Produktionsform als Natur und rechtlicher Formbestimmung als Geschichte kennzeichnet diese Argumentation. Die Gesetze und damit der Staat als Gesetzgeber sind die quasi prägende Kraft, welche die spezifische gesellschaftliche Form der Beziehungen zwischen Mensch und Natur prägen. Man würde es sich zu einfach machen, wenn man die Vorstellung paritätischer Mitbestimmung allein als Resultat der vollen Mystifizierung der Kapitalform interpretierte: Arbeit und Kapital als natürliche Produktionsfaktoren, beide gleich notwendig für die Produktion und deshalb auch gleichberechtigt. Vielmehr sieht die Konstruktion so aus: Arbeit und Produktionsmittel sind gleichermaßen Voraussetzungen des Produktionsprozesses, die Produktionsmittel sind eher zufällig, bzw. aus rechtlichen Traditionen heraus Eigentum des Kapitalisten, woraus sich allerdings nichts als unterschiedliche, d.h. kompromißfähige Interessen ergeben; die Arbeit, deren Träger schließlich der *Mensch* ist, soll progressive die aus dem Eigentum entspringenden Verfügungsrechte ablösen durch arbeitsrechtliche Normierungen. Kapital also nicht mehr gleich Produktionsmittel und umgekehrt, sondern: Kapitalistisches *Eigentum* als historische und damit veränderbare gesellschaftliche Form der Produktionsmittel, und veränderbare Form der Verfügungsgewalt über dieselben.

Diesem Arbeitsbegriff und damit auch der Mitbestimmungskonzeption liegt zugrunde, daß das vorgefundene System der Arbeitsorganisation und Arbeitsteilung – so wie es von der kapitalistischen Produktionsweise geliefert wird – naturgegebenen Charakter hat, und daher der Unternehmer nur durch Gesetzgebungsakt von seiner Eigentumsfunktion progressive zu entkleiden sei: „Man darf sich nicht durch Voreingenommenheit gegenüber dem Unternehmertum verleiten lassen, die wirtschaftlichen Aufgaben der Unternehmer zu verkennen, die sie jahrzehntelang auch noch in einer sozialistischen Wirtschaft zu erfüllen haben." (45) Der Kapitalfetisch wird demnach insoweit aufgelöst, als die Kapitalform der *Produktionsmittel* als historische Form begriffen wird. Er bleibt erhalten, insofern die spezifische Form der Unternehmertätigkeit als Leitungstätigkeit als Naturgestalt des Produktionsprozesses erscheint. Dem Profitinteresse soll durch Sozialisierung der Boden progressive

42 Ebda., S. 402. Übrigens hier noch zu bemerken, daß auch für die kommunistische Seite das Auseinanderfallen zwischen Produktionsmitteln und Eigentumsform der wesentliche Schritt war. So schreibt Gramsci 1924: Der Arbeiter wird „zum Kommunisten, weil das Privateigentum keine Funktion der Produktivität ist." Und den Zustand vor dieser Erkenntnis beschreibt er als die „liberale Phase", in der dem Arbeiter es nicht möglich war, „sich von der Überzeugung zu befreien, daß der Eigentümer notwendig war." A. Gramsci, a.a.O., S. 239/240

43 W. Müller, a.a.O., S. 405-407

45 So begründet der sozialdemokratische Minister Wissel den Regierungsentwurf zur Rätebeteiligung auf dem 2. Rätekongreß 1919, dokumentiert bei: Crusius u.a., a.a.O., S. 38

entzogen werden, weil dieses Profitinteresse verantwortlich für die Anarchie des Marktes ist. Es soll durch Wirtschaftsplanung auf der Basis der Sozialisierung der Großbetriebe ersetzt werden. Solange dies nicht möglich ist, sollen die Betriebsräte, vermittelt und auf der Basis der durch Verfassung und Gesetzgebung ihnen zugesprochenen Rechte, darauf achten, daß „entgegen dem kapitalistischen Geist die Gesichtspunkte der Interessen der Gesamtwirtschaft in der Geschäftsführung“ (46) zum Ausdruck gebracht werden. Die Annahme eines gemeinsamen Produktionsinteresses beruht also auf der Vorstellung des naturgegebenen *Arbeitszusammenhangs* zwischen Unternehmern und Arbeitern, zwischen leitender und ausführender *Tätigkeit* im gesellschaftlichen Organismus der Fabrik. Als gemeinsame Produzenten sind Unternehmer und Arbeiter Diener des Gemeinwohls, indem sie die Produktivkräfte zum Wohl der Gesellschaft insgesamt entwickeln. Der Störfaktor des Profitinteresses soll durch Mitbestimmung des Betriebsrats solange in Schach gehalten werden, bis sozialisiert ist. Darüber hinaus existieren aber auch noch unterschiedliche Interessen, die vor allem von den Gewerkschaften und den Betriebsräten im Zusammenhang mit den Gewerkschaften wahrgenommen werden sollen. „Die Interessengegensätze zwischen Betriebsleitungen und Arbeitnehmern werden auch in der Gemeinwirtschaft nicht völlig beseitigt werden können ... Die Gewerkschaften haben auch in der Gemeinwirtschaft und selbst in völlig sozialisierten Betrieben die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber Betriebsleitung, Gemeinde und Staat zu vertreten.“ (47) In dieser Vorstellung ist eingeschlossen, daß unabhängig von der kapitalistischen Eigentumsform an den Produktionsmitteln Widersprüche zwischen dem Interesse der Gesamtheit an der möglichst raschen Entwicklung der Produktivkräfte und den Interessen der unmittelbaren Produzenten bestehen können. Der Betriebsrat ist insofern eine widersprüchliche Konstruktion, als er zum einen das Gesamtinteresse gegenüber dem Profitinteresse des Unternehmers und dem möglichen Interesse an bequemer Arbeit gegenüber den Arbeitern wahrnehmen soll, andererseits soll der in Verbindung mit den Gewerkschaften die „reinen Arbeiterinteressen“ gegenüber der Unternehmensleitung vertreten. Die Existenz solcher reiner Arbeiterinteressen im Unterschied sowohl zum Interesse des kapitalistischen Unternehmers als auch zum gesellschaftlichen Allgemeininteresse wird wiederum als – zumindest gegenwärtig – nicht aufzuhebende Naturbedingung der Produktion angesehen (47 a). Demgemäß wird Enteig-

46 Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, Frankfurt/Main 1966, S. 41

47 Beschlüsse des 10. Gewerkschaftskongresses 1919, Richlinien über die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften. Bestimmungen über die Aufgabe der Betriebsräte, dokumentiert in: Crusius u.a., a.a.O., S. 138. Vgl. auch die Rede Leiparts auf dem gleichen Kongreß, ebda., S. 112.

47a In diesem Zusammenhang ist auch die viel frühere Position Rosa Luxemburgs aufschlußreich. In ihrer Schrift ‚Sozialreform und Revolution‘ geht sie auf die Aufgaben der Gewerkschaft ein: „Die Tätigkeit der Gewerkschaften beschränkt sich also in der Hauptsache auf den Lohnkampf und die Verkürzung der Arbeitszeit, d.h. bloß auf die Regulierung der kapitalistischen Ausbeutung je nach den Marktverhältnissen“, die „Einwirkung auf den Produktionsprozeß bleibt ihnen der Natur der Dinge nach verschlossen.“ Sie begründet diese Position in ihrer Auseinandersetzung mit der Schrift eines Parteigenossen: „Konrad Schmidt nennt freilich die jetzige gewerkschaftliche Bewegung ‚schwächliche

nung auch nicht gedacht als Aneignung der Produktionsbedingungen durch die assoziierten Produzenten, sondern Träger des Gemeineigentums sollen Kommunen und Staat — also die öffentliche Gewalt *im Unterschied* zu den einzelnen Betrieben sein. Würde man — wie die Rätekonzeption es vorsah —, das Eigentum an den Produktionsmitteln den Produzenten selbst überlassen, so geriete das Allgemeininteresse, die Entwicklung der Produktivität der Arbeit, in Gefahr. Der angenommene Widerspruch zwischen unmittelbaren Arbeiterinteressen und allgemeinen Interessen verweist die Sozialdemokratie darauf, in ihrer spezifischen Sozialismuskonzeption Eigentum und Arbeit nach wie vor getrennt zu halten, während die Rätebewegung das durchaus auch von ihr gesehene Problem durch Appell an die Entwicklung der moralischen Fähigkeiten der Arbeiterindividuen im Prozeß des Klassenkampfs hoffte überwinden zu können. Die sozialdemokratische Fraktion der Arbeiterbewegung erkennt also die Unternehmerfunktionen nicht allein in ihrer Qualität als technisches Leitungswissen, sondern auch als Herrschaftswissen an, nur daß sie hoffte, diese als notwendig erachteten Herrschaftsfunktionen durch progressive Enteignung dem Allgemeininteresse dienstbar machen zu können. Dies wird auch noch einmal bei Naphtali klar, der unter Sozialismus nicht etwa eine herrschaftsfreie Gesellschaft, sondern die Herrschaft des Allgemeininteresses im Unterschied und auch im — wenn auch kompromißfähigen — Gegensatz zu den Einzelinteressen verstand. „Die Herrschaft wird nicht vom Besitz oder von einem durch Geburt bedingten Vorsprung des einzelnen ausgeübt werden, sondern von der Gemeinschaft, der unter Auslese der Führer (!) auf freier demokratischer Grundlage die Oberhoheit über die Arbeitskraft und über den Verbrauch des einzelnen zusteht. Planmäßiges Erzielen der höchsten Leistung wird bestimmend sein für die Gestaltung der Wirtschaft im einzelnen." (48)

Anfangsstadien' und verspricht sich von der Zukunft, daß ‚das Gewerkschaftswesen auf die Regulierung der Produktion selbst einen immer steigenden Einfluß gewinnt'. Unter der Regulierung der Produktion kann man aber nur zweierlei verstehen: Die Einmischung in die technische Seite des Produktionsprozesses und die Bestimmung des Umfangs der Produktion selbst. Welcher Natur kann in diesen beiden Fragen die Einmischung der Gewerkschaften sein? Es ist klar, daß, was die Technik der Produktion betrifft, das Interesse des Kapitalisten mit dem Fortschritt und der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in gewissen Grenzen zusammenfällt. ... Die Stellung des einzelnen Arbeiters hingegen ist geradezu entgegengesetzt: jede technische Umwälzung widerstreitet den Interessen der direkt dadurch berührten Arbeiter und verschlechtert ihre unmittelbare Lage, indem sie die Arbeitskraft entwertet, die Arbeit intensiver, eintöniger, qualvoller macht. Insofern sich die Gewerkschaft in die technische Seite der Produktion einmischen kann, kann sie offenbar nur in letzterem Sinne, d.h. im Sinne der direkt interessierten einzelnen Arbeitergruppe handeln, also sich Neuerungen widersetzen. In diesem Falle handelt sie aber nicht im Interesse der Arbeiterklasse im ganzen und ihrer Emanzipation, die vielmehr mit dem technischen Fortschritt, d.h. mit dem Interesse des einzelnen Kapitalisten übereinstimmen, sondern gerade entgegengesetzt, im Sinne der Reaktion." (R. Luxemburg, Sozialreform oder Revolution, in: dies., Politische Schriften I, Frankfurt/Main 1966, S. 70/71) Das Interesse des einzelnen Arbeiters und das der Klasse als ganzer erscheint bei ihr in unversöhnlichem Gegensatz, das Interesse des Einzelkapitalisten demgegenüber mit dem Interesse der gesamten Arbeiterklasse zusammenzufallen. Produktivkraftentwicklung als Sache des Kapitals zeichnet diese in der Tat hier als ‚hegemoniale Klasse' aus.

48 F. Naphtali, a. a. O., S. 187. Bemerkenswert, daß Gleichheit bei Naphtali als Chancen-

Auch im Sozialismus wird demgemäß der Staat nach Ansicht der Sozialdemokratie notwendig von der Gesellschaft gesonderte Institution sein, da das Allgemeininteresse an der Entwicklung der Produktivkräfte in der Gesellschaft nicht unmittelbar vorfindbar ist, auch nicht bei der Arbeiterklasse. Die Staatsfixierung der Sozialdemokratie hat demnach aber ihren Ursprung nicht allein in den mystifizierten Formen, in denen die kapitalistische Gesellschaft sich dem normalen Bewußtsein darstellt, sondern gründet zudem in der – zumindest zum damaligen Zeitpunkt der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums – sicherlich nicht falschen Annahme, daß die Interessen der Arbeiter als unmittelbarer Produzenten, eingezwängt in einen für die Individuen restriktiven und mit schwerer körperlicher Arbeit verbundenen Produktionsprozeß, nicht ohne weiteres identisch seien mit der als primärem gesellschaftlichen Entwicklungsziel angenommenen Aufgabe einer möglichst umfangreichen Entwicklung der Produktivkräfte zum Zweck der Befriedigung der Grundbedürfnisse.

VI. Rationalisierung: Klasseninteresse des Kapitals oder Gesamtinteresse des Volkes?

Bei der Rätebewegung und den Mitbestimmungsvorstellungen der Sozialdemokratie wurde nicht deshalb solange verweilt, um auf ihrer Basis erst die Stellung der Arbeiterbewegung zur Rationalisierung in der Weimarer Republik reflektieren zu können. In ihr zeigen sich vielmehr spezifische Schranken in der Entwicklung von Vorstellungen sozialer Emanzipation, die sich in der Rationalisierungsdebatte wiederfinden, allerdings jetzt schon von einer politischen Position der Defensive der Arbeiterbewegung aus. Im folgenden sollen allerdings weniger diese Unterschiede, vielmehr ähnliche Momente herausgearbeitet werden. Dabei werden die Positionen auch nur in hier wesentlich erscheinenden Punkten kurz skizziert (49).

Gegenüber der von Seiten des Kapitals vorgebrachten Argumentation: Die ‚Gesundung' der deutschen Wirtschaft erfordere die Liquidierung der Resultate der November-Revolution, sie fordere eine Erhöhung der Arbeitsleistung, Lohnsenkung sowie die Entlastung der Unternehmen von Sozialabgaben und Steuern, fordert der ADGB – und die USA-Reise wurde als Beleg angeführt – eine Produktivitätssteige-

gleichheit, zum Wirtschaftsführer aufsteigen zu können, definiert wird. Ähnlich die Definition der Mitbestimmungsinstitutionen als „Keim zu einer neuen, nicht vom Besitzmonopol ausgehenden wirtschaftlichen Führerauslese". Ebda., S. 41. Vgl. zum Problemkomplex auch die Darstellung der Konzeption von Bahro in diesem Heft. In dem Zusammenhang der Aufarbeitung der Mitbestimmungskonzeption 1918 wäre auch noch einmal zu reflektieren, daß z.B. Fraenkel die Parität als politischen Kompromiß beschreibt. „Die Absage an die soziale und wirtschaftliche Parität durch das Unternehmertum hat die Bahn frei gemacht für den politischen Kampf der Arbeiterschaft, um die Erreichung des Klassenziels, das nicht mehr die Parität, sondern die Herrschaft der Arbeiterschaft sein kann." E. Fraenkel, Zur Soziologie der Klassenjustiz, Darmstadt 1968, S. 72

49 Umfassende Darstellungen finden sich in der unter Anm. 9 angegebenen Literatur.

rung der Arbeit durch Rationalisierung (50). „Wir müssen ... aus eigenem Entschluß die Rationalisierung fordern und als Gewerkschaften der Arbeiterklasse und der gesamten werktätigen Bevölkerung den ihnen gebührenden Anteil an den Segnungen des wirtschaftlichen Fortschritts sichern. Wir müssen die Rationalisierung der Volksgesamtheit dienstbar machen.“ (51) Mit den Marxschen Kategorien ausgedrückt: Der ADGB empfahl dem Kapital die relative Mehrwertproduktion anstelle der absoluten und glaubte damit gleichzeitig eine sichere Versöhnungsformel zwischen Kapital- und Arbeiterinteressen zum Wohle der gesamten ‚Volkswirtschaft‘ gefunden zu haben. Die ausschlaggebenden Gründe für die Lage der deutschen Industrie liegen „nach Ansicht der Gewerkschaften“ in der „unrationellen Verwendung der Kriegsgewinne, der Ausdehnung der Betriebe in der Inflationszeit ohne Rücksicht auf den Fortschritt der Technik, der künstlichen Erhaltung unrentabler Unternehmungen durch den Kartellschutz, der Vergeudung des Sozialprodukts und der dadurch verursachten Verarmung weiter Konsumentenschichten. Die Rettung liegt nicht in der Wiedergewinnung und Erweiterung der ausländischen Märkte ... sondern in der Ausdehnung des Binnenmarktes durch Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen.“ (52) Zudem bildet die Rationalisierung wiederum eine Basis für Arbeitszeitverkürzung, die Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften sporne andererseits die Unternehmer zu Rationalisierungen an. Vorübergehend müsse Arbeitslosigkeit in Kauf genommen und durch Arbeitslosen-Unterstützung als Problem aufgefangen werden (53).

In den Augen des ADGB und der SPD ist hier die bürgerliche Produktion „bloße Produktion für den Gebrauchswert, was eine sehr schöne Ansicht einer durch den Tauschwert beherrschten Produktionsweise ist ...“ (54), wobei sich diese Position von der hier durch Marx charakterisierten frühbürgerlichen (Ricardo) allerdings insofern unterscheidet, als es der Organisation und des Drucks der Arbeiter bedarf, um diesen ihren Charakter auch voll zur Geltung zu bringen. Aber immerhin bemerkenswert: die Emphase für die Produktivkraftentwicklung wird mit dem aufstrebenden Bürgertum geteilt. Die hier vollzogene Versöhnung aller Interessengegensätze durch Rationalisierung hat nur an einer Stelle einen Pferdefuß: die Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß bleibt weitgehend unberücksichtigt, sowohl theoretisch wie auch praktisch. „In den Streikstatistiken der JAHRBÜCHER des ADGB

---

50 Vgl. W. Wobbe, a. a. O., S. 96

51 W. Eggert, Rationalisierung und Arbeiterschaft, Berlin 1927 (Referat auf der Betriebsrätekonferenz des ADGB), S. 24; vgl. auch Wobbe, a. a. O. S. 93 ff.

52 E. Schalldach, a. a. O., S. 22/23

53 Vgl. ebda., S. 25/26. K. M. Wrede faßt in seinem Aufsatz „Produktivität und Distribution im Lichte der deutschen gewerkschaftlichen Lehrmeinungen 1918 – 1930, Berlin 1960 die Position noch einmal folgendermaßen zusammen: „Die Hebung der allgemeinen Lohnrate bleibt die erste Aufgabe der Lohnpolitik auch der Nachkriegszeit. Sie ist ... in der Hauptsache von der Hebung der volkswirtschaftlichen Produktivität abhängig, für die Arbeiter ergibt sich daraus in ihrem eigenen Interesse die Notwendigkeit zur Mitwirkung an der Hebung der technischen Produktivität der Arbeit. Die Produktivitätssteigerung wirkt sich in einem Mehr an Produkten aus, welches der Gesamtheit der Verbraucher zur Verfügung steht.“

54 K. Marx, Theorien über den Mehrwert, III, S. 49

findet sich kein Hinweis auf Bewegungen gegen betriebliche Rationalisierung", der „ ‚Verzweiflungsstimmung' über die Rationalisierungsfolgen in der Arbeiterschaft trat der ADGB beruhigend gegenüber" (55). „Es muß erwähnt werden, daß sich immerhin einige sehr erschütternde Anklagen gegen die Mechanisierung der Arbeit im rationalisierten Betrieb in der Presse der Metallarbeiter finden, wenn sie auch als Ausnahmen zu betrachten sind" (56).

Könnte man noch annehmen, diese illusorische Harmonisierung der relativen Mehrwertproduktion entspringe der spezifischen politischen Transformation der Sozialdemokratie gerade in Deutschland zur staatstragenden Kraft in der Novemberrevolution, so macht zumindest stutzig, daß auf internationaler Ebene von Gewerkschaftsseite auch wenig anderes zu hören ist (57). Der ‚Bund der Industrieangestellten Österreichs' nennt in seiner Rationalisierungsanalyse auch besonders klar den Kernpunkt und die Ursache dieser Position: „Hat die gesamte Arbeitnehmerschaft ein Interesse daran, die Produktivkraft der kapitalistischen Unternehmen durch Förderung der Rationalisierungsbewegung zu stärken? Heißt dies nicht, die Herrschaft des Kapitalismus, unter der die Arbeitnehmer leiden, stärken? Soll nicht eher die Rationalisierungsbewegung ... gehemmt werden?" Die Antwort lautet: „Um eine solche Politik zu empfehlen, ist die Gesamtwirtschaft noch viel zu arm. So lange alle Berufstätigen bei gleicher Entlohnung und einer 48-stündigen Wochenarbeitszeit nur einen Stundenlohn von 71 Groschen hätten, so lange muß die Vergrößerung des Wirtschaftsertrages durch Rationalisierung angestrebt werden, wenn auch dafür schwere Opfer und Gefahren für die soziale Klassenlage in Kauf genommen werden müssen ... Wäre die Menschheit schon so weit entwickelt, daß der Kampf um's Dasein dem Ringen um ein besseres Kulturdasein gewichen wäre, dann allerdings müßte man davon abraten, eine privatwirtschaftliche Rationalisierungsbewegung zu stärken." (58)

Solch kritische Fragen werden allerdings vom sozialdemokratischen Teil der Arbeiterbewegung selten gestellt. Im großen und ganzen erscheint ihm die Rationa-

---

55 A. Hoff, a. a. O., S. 85/86

56 E. Schalldach, a. a. O., S. 137

57 So verabschiedet der 10. österreichische Gewerkschaftskongress in Wien im Juni 1928 folgendes: „Die Arbeiterschaft anerkennt das Bestreben, den Bedarf der Wirtschaft und das Leben der Völker mit möglichst wenig Arbeitsaufwand gut und reichlich in kürzerer Zeit zu decken. Sie lehnt es aber ab, anzuerkennen, daß die Rationalisierung eine privatwirtschaftliche Angelegenheit der Unternehmer ist, die lediglich zur Steigerung des Ertrages der Betriebe ausgenützt werden kann. Die Arbeiterschaft erkennt in der Rationalisierung eine volkswirtschaftliche Angelegenheit. Sie erwartet von ihr eine Besserung der Lebenshaltung, sei es in Form verbilligter Produkte oder Steigerung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit." Dokumentiert in: Bund der Industrieangestellten Österreichs (Hrsg.), Grundlagen und Richlinien gewerkschaftlicher Rationalisierungspolitik, Wien 1929, S. 549. Gleiche Positionen finden sich in den innerhalb des Buches zitierten Leitsätzen des französischen Gewerkschaftsbundes zur Rationalisierungspraxis von 1928 und in einer Resolution der englischen Konferenz über industrielle Reorganisation der Arbeitsbeziehungen, und zwar S. 548 und 544.

58 Ebda., S. 359/60. An anderer Stelle der Analyse wird darauf verwiesen, daß eine Vollauslastung der Kapazitäten das Verteilungsergebnis noch verbessern könne. Daraus wird die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen gefolgert. Vgl. ebda. S. 153, S. 191 bis 196

lisierung als die historische Möglichkeit und materielle Grundlage zur Befriedigung der Grundbedürfnisse, wobei das Kapital aus sich heraus für unfähig erklärt wird, eine weitere Produktivkraftsentwicklung wirklich durchzusetzen. Die Bornierung der Einzelkapitalisten verweist diese auf die Lohnsenkung. Die Arbeiterbewegung als Vertreterin des Allgemeininteresses hat demgegenüber als die *fortschrittliche Gesellschaftsklasse,* also nicht nur als Vertreterin von Partialinteressen, die historische Aufgabe, dem Kapital die Möglichkeiten weiteren Wachstums durch Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung aufzuzwingen. Im Bewußtsein der Sozialdemokratie tritt die Arbeiterbewegung quasi an die Stelle des einmal fortschrittlichen Bürgertums und zwingt die Bourgeoisie zur weiteren Entfaltung der Produktivkräfte. Nicht nur der rechts stehende Tarnow, sondern auch der Bund der Industrieangestellten Österreichs meint, „nichtsdestoweniger bemerkt man überall, daß in zunehmendem Maße die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne, nämlich die Beseitigung der Unterkonsumtion und der Überkapitalisierung als wichtigeres Argument für Lohnbewegungen erklärt wird, als alle anderen Argumente zusammen." (59) In der partiellen Übernahme der Kategorien der bürgerlichen Ökonomie, die schließlich vom Bürgertum als einer fortschrittlichen Klasse entwickelt wurden, kommt zum Ausdruck, daß die reformistische Arbeiterbewegung sich selbst in der Rolle des eigentlichen Trägers des gesellschaftlichen Fortschritts sieht. In der Aneignung des Begriffs der Rationalisierung als vernünftigem Wirtschaften, eine Aneignung, die auch noch den Begriff der Fehlrationalisierung prägt, wird dies unter anderem deutlich. Rationalisierung ist danach die „praktische Anwendung technischer Errungenschaften und betriebsorganisatorischer Erkenntnisse im Arbeitsprozeß ... dieser Tatendrang des menschlichen Geistes, Werkzeuge, Geräte, Maschinen zu ersinnen, die Natur zu erforschen, ihre Kräfte zu bändigen und alles in den Dienst des wirtschaftlichen Aufstiegs zu stellen, äußert sich mehr oder weniger in jedem Zeitabschnitt der Geschichte." (60) So erstaunt es auch nicht, daß die Vertreter der bürgerlichen Klasse in ihren Theorien durchaus kritischer gegenüber dem von ihnen erzeugten Fortschritt sich verhielten. Man denke nur an den ambivalenten Begriff Rationalität bei Max Weber, der zwischen formeller und materialer Rationalität unterscheidet und dem Kapitalismus wesentlich durch die formelle Rationalität, die rechenhafte Rationalität bestimmt sieht, implizierend sämtliche Gefahren der Bürokratisierung. Der reformistische Flügel der Arbeiterbewegung begründet seine – um ein heute wieder modernes Wort zu nehmen – Hegemonie wie gezeigt ökonomisch aus der volkswirtschaftlichen Funktion der Löhne, d.h. aus den konsumtiven Bedürfnissen der Arbeiter. „Allein die Organisationen der Arbeiterschaft (seien) in der Lage, das gesellschaftliche Gesamtinteresse wahrnehmen zu können." (61) „Die Gewerkschaften begriffen sich ... als Vertreter des allgemeinen Interesses. Sie machten so in der auch praktischen Zusammenarbeit mit den Unternehmerverbänden nicht allein den Standpunkt der Lohnarbeiterklasse geltend und

59 Ebda., S. 196
60 Eggert, zitiert bei Schalldach, a. a. O., S. 17
61 Wobbe, a. a. O., S. 114

wandten sich zugleich gegen das rücksichtslose Streben des Unternehmertums, völlig einseitig nur die eigenen Interessen zu vertreten" (62).

Man hofft in der Lage zu sein, durch schrittweise Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie, der Beteiligung von Betriebsräten und Gewerkschaften an den Entscheidungsprozessen, das vom Kapital begonnene Werk der Rationalisierung zu Ende zu führen, die noch bestehende Anarchie des Marktes als Restbestand gesellschaftlicher Unvernunft zu beseitigen. „Die Rationalisierung der Betriebe erfordert die Rationalisierung der Gesellschaftsordnung", schreibt Otto Bauer (63). Und die Kritik, die ADGB und Sozialdemokratie zu Ende der 20er Jahre an der kapitalistischen Rationalisierung entwickeln, bis hin zur sozialdemokratischen Interpretation der Weltwirtschaftskrise, wirft dem Kapital vor allem vor, es habe – zu seinen eigenen Ungunsten – eben nicht den Ratschlag der Arbeiterbewegung, die Löhne zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Preise zu senken, befolgt und stecke deshalb nun in der Krise (64).

Worauf Gewerkschaften und Sozialdemokratie stolz gegenüber dem Kapital sind, nämlich nicht nur ein Partial-, sondern ein Gesamtinteresse zu vertreten, dies gerade wirft ihnen die kommunistische Partei vor: das Vergessen des Klassengegensatzes und des Klassenkampfes. „Es gibt keinen gemeinsamen Standpunkt für die Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft" (65). Die KPD hält den Gewerkschaften und der SPD entgegen, von einem gemeinsamen Produktionsinteresse oder einem gemeinsamen Interesse der beiden zusammengefaßten Klassen an höheren Löhnen könne nicht die Rede sein. Das Interesse der Arbeiter an sicherem Arbeitsplatz, höheren Löhnen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen stehe in unversöhnlichem Gegensatz zum Interesse des Kapitals an Steigerung der Produktvität. „Die Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit hält nicht auf, sondern im Gegenteil beschleunigt die Verelendung der Arbeiterklasse" (66). David sucht dies in seinem Buche ‚Der Bankrott des Reformismus' an einer Fülle von Zahlen zu belegen. In der Niedergangsepoche des Kapitalismus bringe Rationalisierung nichts anderes als Arbeitslosigkeit und Arbeitsintensivierung.

So richtig und historisch bewiesen die Kritik der kommunistischen Partei an der illusionären Position zur Rationalisierung gegenüber der Sozialdemokratie war, so wird das ganze Dilemma dieser Position doch z.B. an folgendem Gedankengang deutlich: „Die Organe des Proletariats" (Betriebsräte und Gewerkschaften) „können sich nicht zur Aufgabe machen, überall den technischen Fortschritt ... zu bekämpfen ... also wird die Arbeiterschaft, wie Lenin sagt, diese kapitalistische Entwicklung zwar nicht fördern, ... sondern sie bekämpfen, aber mit dem Ziel, über

62 Hoff, a. a. O., S. 75

63 O. Bauer, Kapitalismus und Sozialismus nach dem 1. Weltkrieg, 1. Bd. Rationalisierung – Fehlrationalisierung, Wien 1931, S. 226

64 Vgl. dazu Protokoll des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1928, und: Tarnow, Die Produktivitätsfrage im Kapitalismus, in: Die Arbeit 1932, S. 521 ff. etc. etc. etc.

65 F. David, Der Bankrott ..., a. a. O., S. 182/183

66 Eugen Varga, Die Krise der kapitalistischen Rationalisierung, in: ders.: Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, Frankfurt/Main 1969, S. 57

diese hinauszutreiben." (67) Ja was nun? Bekämpfen oder nicht bekämpfen?

Der Kommunist Losowski macht in seiner Kritik an Parolen der KPD wie „Nieder mit der Rationalisierung" einen Vermittlungsvorschlag. „Unser Programm spricht sich weder gegen die Einführung neuer Maschinen noch gegen irgendwelche Arten der Vervollkommnung der Technik oder gegen die Hebung der Produktivität der Arbeit in den Betrieben aus. Unser Programm hat die Aufgabe, die lebendige Arbeitskraft gegen die fortwährende Steigerung der Anspannung und der Intensität der Arbeitskraft, gegen den vorzeitigen Verbrauch der Arbeiter und gegen alle jene Formen und Methoden der Ausbeutung in Schutz zu nehmen, die fortwährend auf Kosten der Arbeiter eingeführt werden." (68) Damit ist er aber auf einer Position angelangt, die derjenigen der Sozialdemokratie und des ADGB nicht so unähnlich ist, wenigstens was die Theorie angeht, und praktich war auch die KP nicht in der Lage, gegen die Rationalisierungsfolgen zu kämpfen, da sie ja wesentlich eine Partei der Arbeitslosen war und in den Betrieben kaum mehr existent. So heißt es im Gewerkschaftsarchiv 1928: „Die technische Vernunft ist in ihrem Wesen nicht kapitalistisch. ... Die technische Vernunft in ihrer unverdorbenen Gestalt verwirft den Raubbau der Arbeitskraft." (69) Elisabeth Schalldach verweist auf die Position Ermanskis: „Er ist Wissenschaftler und Kommunist und kann nicht als ein Meinungsvertreter der Freien Gewerkschaften angesehen werden. Doch knüpfen an seine Grundgedanken die frei-gewerkschaftlichen Kritiker ihre Beurteilungen zum großen Teil an ... Ermanski geht davon aus, daß die Vervollkommnung der Organisation der Arbeit und der Sachmittel zum Ziel haben kann die Erreichung eines optimalen oder eines maximalen Effekts. Diejenige Betriebsorganisation bezeichnet Ermanski als die vom wissenschaftlichen Standpunkt rationelle, die sich um die Ermittlung der maximalen Höhe von

$$\frac{\text{R (Resultat)}}{\text{E (menschlicher Energieaufwand) bzw. S (Sachaufwand)}} = \text{m (Produktionsergebnis)}$$

bemüht" (70). Der Mensch also als Energieträger oder erinnern wir uns: ‚abstrakte Arbeit', ‚Arbeit überhaupt', ‚Arbeit sans phrase', ‚die auf die reine Abstraktion reduzierte Arbeit'. Steht nicht auch dieser Formel auf der Stirn geschrieben, daß sie einer Gesellschaftsformation angehört, worin der Produktionsprozeß den Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß beherrscht? „Im sozialistischen Zukunftsstaat soll die wissenschaftliche Betriebsorganisation, nicht das Taylor-System verwirklicht" werden, „da das Taylor-System den menschlichen Energieaufwand übermäßig steigere" und m dann sinke (70). Produktivitätserhöhung durch Anwendung der Arbeitswissenschaften ja, Intensivierung der Arbeit nein. Die gleiche Argu-

---

67 H. Weiss, Arbeiterklasse und Rationalisierung, Berlin 1926, S. 57

68 A. Losowski, Vertrustung, Rationalisierung und unsere Aufgaben in: Die Kommunistische Internationale, Heft 10/11, November 1926, S. 498, vgl. dazu Hinrichs/Peter, a. a. O., S. 102. Zuvor noch zu David, Der Bankrott des Reformismus, S. 187: „In der Niedergangszeit des Kapitalismus ist jede Rationalisierungsmaßnahme eine Maßnahme gegen die Arbeiterschaft auch der führenden kapitalistischen Länder."

69 Zitiert bei E. Schalldach, a. a. O., S. 6 ff.

70 Vgl. Ebda., S. 36

mentation finden wir in Otto Bauers von der kommunistischen Partei heftig bekämpftem Werk. „Der Unternehmer intensiviert den Arbeitsprozeß. Die Intensivierung senkt die Produktionskosten. Dies wird allerdings damit bezahlt, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter früher zu sinken beginnt ... Interessiert den einzelnen Unternehmer die Leistung des Arbeiters nur so lange, als er den Arbeiter verwendet, so ist die Gesellschaft an der Leistung des Arbeiters während seiner ganzen Lebensdauer interessiert." (71) Nach Bauer fällt Arbeitsintensivierung demgemäß unter die Kategorie Fehlrationalisierung.

Was läßt sich folgern? Dort wo Sozialdemokraten und Kommunisten vom Radikalismus ihrer tagespolitischen Stellungnahmen einmal absehen, ein Radikalismus, der sich etwa in Parolen wie „Kampf dem rückständigen deutschen Unternehmertum" auf der einen, „Nieder mit der Rationalisierung" auf der anderen Seite ausdrückt und gründlichere Betrachtungen anstellen, kommen sie gleichermaßen auf den Punkt, daß die unmittelbare Arbeit, die Arbeitszeit, nach wie vor den Grad des gesellschaftlichen Reichtums bestimmt. Mit dem Menschen als Energieträger soll ökonomisch umgegangen werden zum Wohle der Gesellschaft. Die Österreichische Angestelltengewerkschaft spricht von „Gewerkschaften als menschenökonomischen Kartellen", alle arbeitsschutzpolitischen Forderungen fallen für sie unter den Begriff bzw. unter das Begriffsungeheuer „Menschenökonomiepolitik". Der ADGBler Woldt schreibt: „Unsere Aufgabe besteht darin ... den Arbeiter sozial zu sichern ... Die Synthese zwischen rationeller Arbeitswirtschaft und sozialer Menschenökonomie muß gefunden werden." (72) Nach Schalldach wurde diese Formulierung auch in den Entwurf der Richtlinien eines neuen Parteiprogramms der SPD aufgenommen. Schenken wir dem linkssozialistischen Theoretiker des Bündnisses zwischen KPD und sozialistischer Partei in Frankreich, Chevènement, Glauben, so wären wir damit direkt beim Stalinismus angelangt. Unter der Überschrift „Stalinismus und Ökonomismus" finden wir folgendes: „Stalin sagte ‚der Mensch ist das kostbarste Kapital', das ist eine Definition, die mehr dem Kapitalismus als dem Sozialismus entspricht. Das ist der eingestandene Triumph des Ökonomismus. Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft, Militarisierung in der Wirtschaft, Organisation der Arbeit nach kapitalistischem Muster, ein Produktivismus, der darauf aus ist, das Niveau der Pro-

---

71 O. Bauer, a. a. O., S. 178; vgl. auch Preller, Rationalisierung und Arbeitskraftverbrauch in: Theodor Leiphart, Im Auftrag des ADGB, Hrsg., Die 40-Stunden-Woche, Berlin 1931, S. 116; dort heißt es: „Die Anwendung der objektiv-wissenschaftlichen Erkenntnisse der Arbeitswissenschaft auf den Arbeits- und Prokuktionsprozeß liegt im Interesse der Arbeitnehmerschaft selbst; sie ist geeignet, zu einer Erleichterung der Arbeit unter gleichzeitig höchstem ökonomischen Nutzeffekt der Arbeit zu führen. Voraussetzung hierfür ist jedoch ihre Anwendung vom gesellschaftswirtschaftlichen Standpunkt optimaler Verwertung der Arbeitsfähigkeit – gesehen von der Lebensdauer des Arbeitnehmers –, nicht vom privatwirtschaftlichen Standpunkt der maximalen Auswertung der Arbeitskraft – gesehen von der begrenzten Zugehörigkeit eines Arbeinehmers zum Betrieb." Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist auch folgender Satz aus der Zeitschrift ‚Die Arbeit' (1925), S. 683. Es bestehe die Tendenz, „daß schlechthin die Arbeit als Beruf des Menschen zur Anerkennung kommt."

72 Zitiert bei Schalldach, a. a. O., S. 49

duktivkräfte im Westen einzuholen und zu überholen." Und dieser ‚Ökonomismus' verweist ihn auf die Frage nach „insbesondere der Geschichte der UdSSR" (73). In dieser Stellung zum Arbeiterindividuum von seiten des kommunistischen Flügels der Arbeiterbewegung sieht Chevènement wohl eine wichtige Ursache der Spaltung. Aber wenn selbst die differenziertesten und kritischsten Köpfe der Sozialdemokratie wie Otto Bauer auf schlicht nichts anderes als „Menschenökonomie" kommen, sobald sie sich eine vernünftige Gesellschaft vorstellen, vielleicht lag es dann doch nicht nur am „besonderen Wesen der Oktoberrevolution" (74), daß Stalin schlicht auf den gleichen Begriff kam. Schließlich irrt Chevènement, wenn er dem Kapitalismus unterschiebt, für ihn sei der „Mensch das kostbarste Kapital". Der Begriff von Menschlichkeit, den die Sozialdemokratie zu entwickeln vermag, reicht – wenigstens was die Vorstellung vom Produktionsprozeß angeht – nicht näher und nicht weiter als der, der in der UdSSR als Ziel vorgestellt wurde. Das Recht durchzusetzen, bis zu seinem Alter ohne Gesundheitsschädigungen arbeiten zu können, gesichert durch Arbeitsschutzmaßnahmen in der Produktion und Befriedigung der Grundbedürfnisse in der Konsumtion. Weder die Sozialdemokratie noch die Bolschewiki konnten dies in der Realität erzwingen. Die ‚Entwicklung des reichen gesellschaftlichen Individuums' stand wenigstens scheint's nicht zur Diskussion.

VII. Der ‚Mensch' als irrationale Restkategorie – Manipulationsmasse faschistischer Ideologie?

Unsere These war: Selbst durch Veränderung der Verteilungsverhältnisse und Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen – unabhängig von kapitalistischer Verschwendung – wäre eine menschenwürdige Befriedigung der Grundbedürfnisse auf dem damaligen Stand der Produktivkraftentwicklung noch nicht so weit garantiert gewesen, daß das von Marx entwickelte Endziel der sozialistischen Revolution hätte in Angriff genommen werden können. Weiterhin ist gezeigt worden, daß in der Rätebewegung die Arbeiterbewegung eine erste Vorstellung des gesellschaftlichen Individuums hervorgebracht hat und zwar in Kritik auch der alten Berufsorientierung der Handwerker, des bornierten Charakters der Berufsgewerkschaften, der Unbewußtheit der einfach revoltierenden Massen, nämlich die Kategorie des moralischen Individuums als Teil der Klasse, des Klassensubjekts, welches sich zur Kontrolle des Produktionsprozesses befähigt. Allerdings war diese Kontrolle des Produktionsprozesses auch der wesentliche Kern der Vergesellschaftungsvorstellung, eine Versöhnung von Individuum und Produktivkraftentwicklung im Prozeß der täglichen Produktion und Reproduktion war demgegenüber nicht entwickelt, eine Vorstellung von gesellschaftlichem Individuum in dieser Richtung konnte nicht herausgearbeitet werden (75).

73 J.-P. Chevenement, a. a. O., S. 107
74 Ebda.
75 Wenn Klaus Theweleit in seinem Buch „Männerphantasien", Ffm 1977, welches von einer anderen Seite her das Problem des bedürftigen Individuums zu formulieren sucht, auf die spezifische Fassung des Verhältnisses von objektiv und subjektiv in der tradierten,

Doch soll im folgenden noch einmal genauer anhand der Stellung der Arbeiterbewegung zu den Arbeitswissenschaften im Zusammenhang der Rationalisierung dieses Problem aufgezeigt werden: es soll auch gefragt werden, welche Folgen das hat, welche Möglichkeiten gesellschaftlicher Irrationalitäten hier impliziert sind.

Hauptinhalt der Arbeitswissenschaft ist der Mensch als „Objekt", als zu erforschende Natur, deren physische und psychische Gesetzmäßigkeiten durch Wissenschaft dem Bewußtsein der Menschengattung angeeignet werden, darin eingeschlossen die Enteignung des einzelnen. Enteignung und Aneignung erfolgt unter kapitalistischen Bedingungen, unter Bedingungen der Klassenteilung. Als Wissenschaft ist die Arbeitswissenschaft Instrument dieser Enteignung und Aneignung, der Mensch erscheint hier als Naturobjekt und nur soweit von Interesse, als Beherrschung der Menschennatur Produktivkraftsteigerung und Ersetzung der menschlichen Arbeit durch Maschinerie ermöglicht. Alles andere ist irrationale Restgröße und allenfalls Manipulationsmasse für reaktionäre Ideologien und Praktiken. Quantifizierung, Messung, Entdecken von Regeln. Dieser Prozeß der Enteignung erfolgt unter der gesellschaftlichen Form der Herrschaft von Menschen über Menschen. Forscher und erforschtes Naturterrain, Subjekt und Objekt stehen sich im Kapitalismus als gesellschaftliche Klassen gegenüber. Die historische Form der kapitalistischen Klassenherrschaft ist also die gesellschaftliche Form, in der dieser Enteignungs- und Aneignungsprozeß der Naturgesetze der menschlichen Arbeit durch die Menschengattung erfolgt. Wenigstens in den kapitalistischen Ländern. Dem Prozeß ist die Reduktion des Menschen auf seine Arbeitsfähigkeit vorausgesetzt. D.h. natürlich nicht, daß dieser Prozeß nicht auch in anderen gesellschaftlichen Formen erfolgen könnte, die darin eingeschlossenen Probleme für eine sozialistische Entwicklung müßten an der Entwicklung in den gegenwärtigen sozialistischen Ländern untersucht werden. Beherrschung von Teilen der Menschennatur als Moment der Produktivkraftentwicklung, als Voraussetzung – nach Entdeckung der mechanischen Gesetze – Arbeit durch Maschinerie abzulösen, darum geht es. Um menschliche Arbeit durch Maschinerie voll ersetzen zu können, muß sie simuliert werden können, um sie simulieren zu können, müssen ihre Regeln erkannt sein. Die Fabrik ist selbst das Laboratorium. Marx ging wohl davon aus, daß es sich hier um einen für die Beendigung der Vorgeschichte der Menschheit notwendigen und allerdings auch qualvollen Prozeß handelt. Und die Schranke, auf welche die gesamte Arbeiterbewegung in den 20er Jahren stößt, sich eine alternative Form der Produktivkraftentwicklung, alternativ zu diesem Enteignungsprozeß, vorzustellen, ihre Reduktion auf eine politische Bewegung, auf eine Bewegung um die Macht zur Einschränkung der Klassenmacht der Bourgeoisie, ihre Schwierigkeiten, Konzepte sozialer Emanzipation, die den Bereich der Produktion umfassen, zu entwickeln, all dies verweist auf die Frage, ob es sich

orthodox-kommunistischen Theorie zu sprechen kommt, so skizziert er in gewisser Weise den Niederschlag dieser historischen Schranke in den Denkformen, wenn auch denunziativ, weil er sich der Bedingungen nicht bewußt ist: „In seiner vulgärsten (verbreitetsten) Form nennt dieses Denken objektiv-rational-real alles, was mit der gesellschaftlichen Produktion zusammenhängt und subjektiv-irrational-irreal alles, was bloß beim Menschen, im ‚psychischen' erscheint und den Sieg der Rationalität des wieder ‚objektiven' Prozesses behindert, der nun einmal zum Sozialismus drängt." (Ebda., S. 274)

hier nicht in der Tat um einen notwendigen Schritt in der historischen Entwicklung der Produktion handelt. Es ist nicht vorstellbar, daß, wenn anderes zu denken möglich gewesen wäre, es nicht zumindest im Moment der Revolution nach dem ersten Weltkrieg in der Arbeiterbewegung gedacht worden wäre. Allein das Versagen der Phantasie, allein mangelnde theoretische Reflexionsfähigkeit kann es wenigstens wohl nicht gewesen sein, die das Denken von Alternativen in den Konzeptionen und Theorien, die in die politische Praxis der Arbeiterbewegung eingebunden waren, verhindert hat.

Obwohl z.B. Otto Bauer feststellt, die Rationalisierung „verurteile die Massen zu Arbeiten, die persönlicher Initiative, persönlicher Phantasie ... keine ... Betätigungsmöglichkeiten bieten ... und (daß) die ‚Sehnsucht nach größerem Erleben', nach dem Wagnis, nach dem Abenteuer" die einen in den „Faschismus, die anderen dem Bolschewismus" zutreibe, obwohl er also in der Deformation der Individuen eine entscheidende politische Gefahr sieht, geht er doch von der Naturnotwendigkeit dieses Prozesses aus: Nicht in dieser Degradierung, sondern in der „niedrigen Lebenshaltung" sieht er den schreienden Widerspruch zu der auf das höchste gesteigerten Produktivität der Arbeit" (76). Also auch hier wieder das Problem der Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums auf Kosten der Befriedigung der Grundbedürfnisse.

Elisabeth Schalldach verweist darauf, daß die Gewerkschaften den „Bestrebungen der Psychotechnik durchaus wohlwollend" (77) gegenüberstanden. Die Psychotechnik richtete ihr Interesse darauf, „ein subtiles System der ‚Berufsauslese' und ‚Eignungswahl' zu entwickeln, um auf diese Weise ‚den richtigen Mann auf den richtigen Platz' zu setzen." (78) Resultat solcher Psychotechnik z.B. ist, daß Frauen, wie noch heute von den Arbeitswissenschaftlichen Lehrstühlen gepredigt wird, für geisttötende Arbeit besonders gut geeignet seien (79). Es handelt sich also um eine Wissenschaft, die das kapitalistische System der Arbeitsteilung und Arbeitsorganisation auf das glücklichste glaubt harmonierend zu sehen mit dem von der Natur gelieferten ‚Menschenmaterial', um einen Begriff der beginnenden Arbeitswissenschaft zu benutzen. Gerade diese Vorstellung steht aber zutiefst im Widerspruch zur klassischen Theorie der Arbeiterbewegung. Trotzdem, der ADGB hielt große Stücke auf diese Wissenschaft. Schalldach mutmaßt dazu: „Es liegt dies in der dem Sozialismus eigenen Überbewertung wissenschaftlicher Erkenntnisse, insbesondere solcher, die auf Anwendung ... der modernen naturwissenschaftlichen Verfahren auf andere Disziplinen beruht. Das Hauptgewicht wird ja vor allem darauf gelegt, daß die Auslese nicht von der Betriebsleitung ausgeht." (80)

Zum einen läßt sich aus der beschriebenen Position folgern, daß die Mystifizierung der kapitalistischen Arbeitsorganisation zur Naturform mit einiger Notwendigkeit darauf verwies, auch die vorgefundene verkrüppelte oder unentfaltete Indi-

---

76 O. Bauer, a. a. O., S. 225/26
77 E. Schalldach, a. a. O., S. 42
78 Hinrichs/Peter, a. a. O., S. 42/43
79 Vgl. Schulte, Arbeitswissenschaften, Lehrscript an der TU Berlin
80 E. Schalldach, a. a. O., S. 42

vidualität zur Naturbedingung zu mystifizieren, um die Welt wieder in Ordnung zu bringen (81). Eine Vorstellung von der Entfaltung der Subjektivität hätte quergestanden zu den angenommenen objektiven Zwängen des Arbeitsprozesses, der ja wiederum in dieser seiner vorgefundenen Form Basis der Möglichkeit materieller Bedürfnisbefriedigung sein sollte. Kompensation wurde in der Freizeit gesucht. Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung waren, wie gesagt, die wesentlichen Forderungen der Gewerkschaften. In der ADGB-Broschüre über „Die 40-Stunden-Woche“ wird davon ausgegangen, daß der Kampf um Arbeitszeitverkürzung verbunden werden müsse mit einer Ausgestaltung der Freizeit durch Sportbewegung, Wanderbewegung, Volksbühnen, Lieder- und Kleingärtnervereine: „Sie sind alles in allem eine Protestbewegung gegen die Vergewaltigung der menschlichen Natur durch die technische Entwicklung. Sie sind Versuche der gequälten Kreatur, dem unausweichlichen Zwang des ‚Fortschritts‘ “ (bemerkenswert immerhin, daß hier ‚Fortschritt‘ in Anführungszeichen steht) „der für Millionen die lebendige Einheit von Beruf und Leben zerstört hat, den eingeborenen Willen zu einem sinnhaften Dasein entgegenzusetzen.“ (82)

Aber zum anderen verweist die Bemerkung von Schalldach auch auf das Wissenschaftsverständnis, das sie als spezifisch „sozialistisches“ meint festmachen zu können. Hier öffnet sich eine weitere Dimension des Vernunftbegriffes der Arbeiterbewegung, ein Vernunftbegriff, der sich selbst noch auf alte, durch persönliche Willkür und Abhängigkeit bestimmte Verhältnisse bezieht: Interpretation des Klassengegensatzes als Resultat persönlicher Willkürherrschaft auf der Basis von Privilegien und zum Zwecke persönlichen Vorteils. Genau mit diesen Kategorien war auch die des egoistischen Individuums verknüpft. Die „Unabhängigkeit von der Willkür des alten Meisters“ durch Einführung des Refasystems der Zeitaufnahme wird gerühmt (83). Die Arbeitswissenschaft erscheint als „neutrales Gebiet und gemeinsamer Boden“ für Arbeitgeber und Arbeitnehmer (84). „Je weiter die Rationalisierung, die ‚wissenschaftliche Betriebsführung‘ fortschreitet, desto mehr versieht die industrielle Bürokratie ihre Arbeit aufgrund fester Normen, exakter Rechnung, objektiver Maßstäbe, lehrbarer und lernbarer Regeln.“ Das Management betriebe „nur pflichttreue Anwendung objektiver Normen ... die Leitung der Produktion ist an eine industrielle Bürokratie übergegangen, die im Dienste des sozialistischen Gemeinwesens

---

81 Vgl. dazu auch A. Hoff, a. a. O., S. 103: „So entdeckten die Gewerkschaften, daß die Arbeiterklasse ein recht differenziertes Gebilde ist.“ Nach Hoff fand man einen schöpferischen Teil, eine mittlere Gruppe und eine Gruppe, die mechanische Arbeit will. Vgl auch R. Seidel. Die Rationalisierung des Arbeitsverhältnisses, 1926, dokumentiert in: Hinrichs/Peter, S. 243-251.

82 Th. Leipart, Die 40-Stunden-Woche, a.a.O., S. 126-128. Bemerkenswert übrigens auch, daß dort schon auf die in der Bildungsreformkonzeption der SPD der 60er Jahre entwickelte Hoffnung verwiesen wird, der Prozeß schneller technologischer Änderung erfordere ‚eine Zunahme des wirtschaftlich-technischen Wissens, welches sich der Arbeiter in der erkämpften Freizeit anzueignen habe. Vgl. zum Gesamtzusammenhang auch A. Hoff, S. 111-122. Vgl. auch Eggert, a. a. O., S. 26 „Die Verkürzung der Arbeitszeit ist das einzige Mittel das schöpferischen Ersatz gibt für die wesenlos gewordene Arbeit.“

83 E. Schalldach, a. a. O., S. 45

84 Zitiert bei E. Schalldach, S. 44

dustrielle Bürokratie übergegangen, die im Dienste des sozialistischen Gemeinwesens genauso effektiv arbeiten kann, wie im Dienste einer Gesellschaft kapitalistischer Aktionäre." (85) Mit der Rationalisierung entwickelte sich eine „nüchterne, positivistische, relativistische Denkweise, ein Denken in Wirkungsgraden ...". „Die Stimme der Leidenschaft" werde „nüchterner Berechnung unterstellt, die jede soziale Umgestaltung mit den geringstmöglichen Opfern ... und erst dann und in dem Maße" vornehme, „wenn und so weit die Mehrheit des Volkes ... für sie gewonnen ist, in dieser Denkweise wurzelt die moderne Demokratie." (86) Was ist also nach Otto Bauer, den wir eben zitiert haben, vernünftig? Denken in Wirkungsgraden, feste Normen, exakte Rechnung, objektiver Maßstab, lehrbare und lernbare Regeln, objektive Normen, nüchterne Berechnung, nüchterne Denkweise selbst ist die Grundlage der *Demokratie.* Und wo liegen Quellen aber auch Inhalte von Unvernunft: Verlust von persönlicher Initiative, persönlicher Phantasie, Sehnsucht nach Wagnis, Abenteuer, Erleben und dies als Grundlage von *Faschismus* resp. *Bolschewismus.*

Stellen wir dem vergleichend Texte aus der Weimarer Republik von Götz Briefs und Johannes Riedel gegenüber, Texte, die als arbeitswissenschaftliche in dem Buch von Hinrichs/Peter veröffentlicht sind und suchen wir nach den entsprechenden Begriffspaaren: wie sieht die Sache von Seiten des Bürgertums aus? Vernunft wird als Prinzip der kapitalistischen Wertrechnung bezeichnet. Was fällt darunter: Entlastung von produktiven Denkleistungen zugunsten reproduktiver Arbeitsleistung; Entlastung der eigentlichen Arbeitsfunktion von allen äußeren Hemmungen; die für den Betriebszweck geeignetste Arbeit, die gute, unsperrige, die leicht ein- und ausschaltbare, die anpassungsfähige, die Arbeit ohne störende Begleiterscheinungen, die ideale Arbeit; Arbeit muß auf Verrechnungs- und rechenmäßige Vergleichsbasis gestellt werden können; Zeitalter der Rechenhaftigkeit, messen, rationalisieren, kontrollieren.

Und wo sieht das Einzelkapital Probleme? Diese Bestrebungen des Kapitals stoßen „auf die Tatsache, daß die Arbeit menschlich inkorporiert ist"; komplexe Kreatürlichkeit des Menschen; Erfüllung seines Menschsein; Idee des Menschseins; Arbeit ist auch eine natürliche Lebensäußerung; Individualität; unteilbare Ganzheit; Erleben; eigentümliche, jedenfalls aber nicht mechanische Gesetzlichkeit; hier stehen wir im Bannkreis eines sozial-ethischen Problems; geheimes dumpfes Grollen unter dem Boden der Betriebe, eine über den Betrieben liegende gewittrige Atmosphäre; irrationale Seelenschichten im Menschen; Geistseele des Arbeiters (87).

„Nach der Leitidee des vollkommensten Betriebsstoffes formuliert sich das unternehmerische bzw. technische Ideal von der Arbeit" ... „Überall wo die lebendige Arbeit ausgeschaltet wird, wo die Maschine oder ein Betriebsstoff die Leistung verrichten kann", wird der Mensch ersetzt (88).

---

85 O. Bauer, a. a. O., S. 211
86 Ebda.
87 Die Begriffe und Sätze sind entnommen aus: Goetz Briefs, Rationalisierung der Arbeit, in einer Veröffentlichung der Industrie- und Handelskammer 1928, dokumentiert bei Hinrichs/Peter, a. a. O., S. 131-147; und J. Riedel, Wissenschaftliche Betriebsführung als Lösungsversuch des Arbeitsproblems, 1925, dokumentiert in: ebda., S. 199-207.
88 Goetz Briefs, a. a. O., S. 134

Daß die Arbeit im Menschen inkorporiert ist, dies ist also das Problem. Der ‚Mensch als Ganzes' erscheint als störende Restgröße und Quelle von Irrationalität, steht quer zur rationellen Entwicklung der Produktivkräfte, und selbst der auf seine Arbeitskraft reduzierte Mensch erscheint als höchst unvollkommenes Produktionsinstrument gegenüber der Maschine, er ist quasi schlechter als die Maschine selbst. Da die Entwicklung der Produktivität Inhalt des legitimierten gesellschaftlichen Vernunftsbegriffs ist, nämlich als einzelbetriebliche Rationalität vom Standpunkt des Kapitals, als gesamtwirtschaftlich vernünftige, möglichst geplante Produktivitätssteigerung von Seiten der Arbeiterbewegung, müssen sowohl dem kalkulierenden Einzelkapital als auch den Organisationen der Arbeiterbewegung, die für die Produktivitätssteigerung unbrauchbaren Bedürfnisse und Fähigkeiten des Arbeiters als ‚irrationale' Potenzen bergende Momente erscheinen (89). Dies gilt für die Arbeiterbewegung so lange, als der die Enteignung der Arbeitenden von ihren Fähigkeiten implizierende Produktionsprozeß als notwendige Naturgestalt betrachtet wird, und als auf der anderen Seite keine Vorstellung davon entwickelt ist, wie die vom Kapital unterdrückten Bedürfnisse und Fähigkeiten im Prozeß der gesellschaftlichen Transformation zu politischen Fähigkeiten gewendet werden können.

Von Seiten der kapitalistischen Arbeitswissenschaften wird hier – folgen wir Götz Briefs – ein schier unlösbares Problem gesehen. Gewerkschaften und Sozialdemokratie reagieren auf die ‚Zerstörung der Einheit von Beruf und Leben' mit Kompensationsvorschlägen: Ausdehnung der Freizeit und Entwicklung des Vereinslebens: Seine im Arbeitsprozeß nicht angefragten, ja unterdrückten Bedürfnisse und Fähigkeiten soll der Proletarier in der Freizeit entfalten können. Die sicherlich zunächst naturwüchsige Reaktion des Arbeiterindividuums, in der Vereinsbildung außerhalb der Arbeit partiell Entschädigung zu suchen für die Degradierung in der Arbeit, für die Negation seines Selbstbewußtseins als Produzent und seiner gesellschaftlichen Fähigkeiten (die Maschine ist schließlich besser als er) durch die Festlegung auf bornierte Teilfähigkeiten, bestätigt jedoch zunächst die Unmöglichkeit, sich im Zusammenhang der Produktion als selbstbewußtes gesellschaftliches Individuum zu erfahren und seine Unfähigkeit, dies zu ändern. Wenn Gewerkschaften und Sozialdemokratie auf Freizeitkompensation setzen, bestätigen sie die Herrschaft des Kapitals über den Produktionsprozeß und dessen Organisation nach den Gesetzen der Kapitalverwertung. Ein Aufgreifen der politischen Potenzen des Widerspruchs ist in diesem Lösungsvorschlag nicht impliziert. Darauf verweist auch die Bemerkung von Otto Bauer, welcher der kommunistischen Fraktion der Arbeiterbewegung implizit anlastet, aus den unterdrückten Bedürfnissen ‚Kapital' zu schlagen für das Vorantreiben der revolutionären Bewegung, die ihm als blinde Irrationalität erscheint. Die kommunistische Partei forderte schließlich immerhin den Arbeiter als moralisches und heroisch kämpfendes Individuum für den Klassenkampf mit der Bourgeoisie an. Aber dies sei hier nur angemerkt. Die Frage müßte genauer untersucht werden.

---

89 Vgl. dazu A. Hoff, a. a. O., S. 92 ff.

Die zweite Lösung, die angeboten wird, ist wesentlich als Idee entwickelt. Als Idee der Wirtschaftsdemokratie. Der Arbeiter soll ‚Liebe zur Arbeit' entwickeln, „nicht für den Kapitalisten, sondern für das ganze Volk" (90), eine Liebe zum Volk, die allerdings auch die KPD beschwört, wenn sie auf die Arbeitsfreude des sowjetischen Arbeiters zu sprechen kommt. Hier sind Momente der Rätebewegung aufgenommen, die davon ausgingen, die Arbeiter würden erst dann wieder ihre Arbeitsmoral entwickeln, wenn sie durch die Kontrolle über den Prozeß sicher seien, daß das Arbeitsergebnis auch in ihrem Interesse verwendet würde. Aber die Vermittlung bleibt außerordentlich abstrakt und auf eine unbestimmte Zukunft gerichtet. An dieser schwachen Stelle setzt dann auch die Verhöhnung der wirtschaftsdemokratischen Versöhnungsversuche durch den belgischen Gewerkschafter und späteren faschistischen Kollaborateur Henrik de Man an. Die propagierte „Ideologie der Tätigkeit für den gesellschaftlichen Nutzen" habe „die Arbeitsgewohnheiten auch der sozialistischen Arbeitermassen bisher weder negativ noch positiv erheblich beeinflußt". Die „Gesellschaft" sei ein „blasser Begriff". Nur die „unmittelbaren Schicksalsgemeinschaften des Arbeitssaales, des Betriebes, der Gewerkschaft sind wirklichkeitsnahe genug, um gewohnheitsnormierend wirken zu können, und dann sind weniger Erwägungen des Verstandes als vage Gefühle, langsame und unbewußte Übertragungen traditioneller Gefühlsinhalte auf neue konkrete Institutionen ausschlaggebend ... Es geht nicht darum, neue Arbeitsfreuden zu erfinden; es genügt, die Arbeitsfreude aus ihren jetzigen Fesseln zu befreien und den sozialen Zielen einer neuen Führerschaft dienstbar zu machen." (91) Und die faschistische Praxis beschreibt Mason analog der Erwägungen von Henrik de Man: „Gerade im Arbeitsalltag sollte die neue Verbundenheit der Betriebsgemeinschaft zum Ausdruck kommen, denn gerade im Betrieb ließen sich – durch Beschränkung der gesellschaftlichen Perspektive auf die Arbeitsvorgänge selber – gemeinsame Interessen von Arbeitern und Arbeitgebern herausstellen." (92) Allerdings scheint der Faschismus im Appell an irrationale Unterordnungsbedürfnisse, von denen Henrik de Man vor allem spricht, in seiner Ideologie der Betriebsgemeinschaft wenig erfolgreich gewesen zu sein, wie bei Mason festgestellt wird. Erfolgreicher war er wohl in der Mobilisierung verdrängter und durch die Verdrängung auch aggressiv gewendeter Bedürfnisse in der Richtung, wie Negt und Kluge in ihrem Buch „Öffentlichkeit und Erfahrung" darstellen. Sie vertreten die These, der Faschismus habe versucht, die aus dem Begriff gesellschaftlicher Vernunft ausgegrenzten Bedürfnisse für seine Massenmobilisierung zu nutzen,

---

90 Vgl. dazu auch E. Schalldach, „Der moderne Arbeitsprozeß gibt dem Arbeitenden *unmittelbar* keine Befriedigung wie dem Handwerker das Werk seiner Hände. In dem Bewußtsein, für das Wohl der Gesellschaft zu wirken, soll und kann der Arbeiter seine Berufsfreudigkeit finden. Dieses wird aber gewährleistet durch die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, die letzten Endes zum Ziel hat, die Überleitung auch des Eigentums an den Produktionsmitteln in die Hand der Allgemeinheit. ... Das Bewußtsein, wahrhaft und unmittelbar im Interesse der Allgemeinheit zu arbeiten, soll die Lösung bringen für die schwierigen Probleme der Monotonie". Ebda., S.92

91 Henrik de Man, Der Kampf um die Arbeitsfreude, in: Hinrichs/Peter, a. a. O., 216/217

92 T. W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975

als politische Energien für seine imperialistische Politik aufzugreifen (93). Der Faschismus habe den Arbeitern „Selbstvertrauen in die eigene Kraft suggeriert, und zwar mit Hilfe des Rückgriffs auf vergessene geschichtliche Bewältigungsmöglichkeiten: Raub, Gewalt gegenüber anderen Völkern, sich bewähren, die ganze Person einsetzen, den Helden spielen, aber auch eigene Initiative zeigen, praktisch sein, Auswege finden, größere Zusammenhänge rücksichtslos zusammenfassen. Der Nationalsozialismus bringt die Arbeitskraft als ganze technisch wirksam zum Einsatz, die der Kapitalismus nur stückweise verwerten kann" (94). Diese Aussage kann allerdings allenfalls gelten, sofern man sich auf die anscheinend nicht verdrängten Kriegserinnerungen (im Unterschied zu den verdrängten) deutscher Arbeiter bezieht. Im Produktionsprozeß selbst blieb „die Arbeitskraft als ganzes" abstrakte Ideologie.

Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, Erfolg oder Mißerfolg faschistischer Ideologie und Praxis in der deutschen Arbeiterbewegung abzuwägen. Daß der Faschismus an Irrationalität, an Triebe, Affekte, Unbewußtes appellierte und appellieren konnte, im Kern anti-intellektuell war, deutet jedoch auf einen existenten gesellschaftlichen Widerspruch, der nicht allein nur als Klassenwiderspruch beschrieben werden kann, sondern als historisch noch nicht gelöstes und wohl auch noch nicht lösbares Problem: die Ausgrenzung spezifischer Momente der menschlichen Existenz aus dem Begriff gesellschaftlicher Vernunft, so wie ihn auch die Arbeiterbewegung zu fassen in der Lage war.

93 Negt/Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung, Frankfurt/M., 1972, S. 177
94 Ebda., S. 281

Josef Esser, Wolfgang Fach, Werner Väth

Strukturelle Arbeitslosigkeit und politisches Konfliktpotential. Die Krise der saarländischen Stahlindustrie*

Einleitung

Die Höhe der Arbeitslosigkeit in der BRD bewegt sich nun schon im 3. Jahr um die Millionengrenze; neben kurzfristig konjunktureller scheint für die nächsten Jahre längerfristig wirkende *strukturelle* Arbeitslosigkeit zum Hauptproblem für das Vollbeschäftigungsziel zu werden. Daß hohe und dauerhafte Arbeitslosigkeit für die davon Betroffenen kaum gutzumachende psychische, soziale und ökonomische Schäden und für die (Noch-)Beschäftigten zunehmende Daseins-Unsicherheit hervorruft, scheint evident. Weniger Klarheit herrscht in Wissenschaft und politischer Praxis über mögliche *Veränderungen des politischen Konfliktpotentials* bei struktureller Arbeitslosigkeit. Allgemein vermutet man eine Bedrohung des Stabilitätsniveaus und leitet daraus die Notwendigkeit eines forcierten Strukturwandels *(Modernisierung)* des ökonomischen Systems ab.

Zwei *Strategien* stehen einander gegenüber: die *eine, liberale,* baut auf die Selbstheilungskräfte des funktionierenden freien Marktes, der – nachdem die beiden Störfaktoren: staatliche Reformfreudigkeit und gewerkschaftliche Lohnpolitik diszipliniert sind – den Strukturwandel auf naturwüchsige Weise hervorbringt; sie nimmt dabei über eine längere „Durststrecke" Arbeitslosigkeit bewußt in Kauf. Subjekt dieses Modernisierungsprozesses sind – mit anderen Worten – die objektiv wirkenden Bewegungsgesetze kapitalistischer Ökonomie. Die *zweite, staatsinterventionistische,* will mit dem Instrumentarium aktiver Strukturpolitik, flankiert von autonomer Beschäftigungspolitik, den Strukturwandel beschleunigen und die Arbeitslosigkeit rasch beheben (1). Subjekt dieses Prozesses ist also der Staat mit seiner qualitativ neue Wirtschaftspolitik.

Es liegt auf der Hand, daß die 2. Konzeption programmatisch von Sozialdemokratie und Gewerkschaften getragen wird. Von der *SPD,* weil strukturelle Arbeitslosigkeit Kernbereiche ihres Wählerpotentials trifft, die Vollbeschäftigungspolitik als zentraler Bestandteil sozialdemokratischer Programmatik unglaubwürdig

* Bei dieser Arbeit handelt es sich um eine gekürzte Fassung von: Esser/Fach/Väth: Die sozialen Kosten einer modernisierten Volkswirtschaft: Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Desintegration. Referat im Rahmen des Wissenschaftlichen Kongresses 1977 der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. In: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 9/1978.

1 Programmatisch formuliert wurde diese Konzeption von Hauff/Scharpf, 1975; eine kurze Auseinandersetzung damit findet sich in Esser/Fach/Väth 1978.

wird, ihr wirtschaftspolitischer Anspruch effektiver ökonomischer Steuerung bei gleichzeitiger sozialer Stabilisierung ins Wanken kommt und der Druck von gewerkschaftlicher Seite zunimmt. Von den *Gewerkschaften,* weil die Sicherung der Arbeitsplätze bei ihren Mitgliedern höchste Priorität hat (noch vor Lohnerhöhungen), weil hohe und dauerhafte Arbeitslosigkeit das gewerkschaftliche Verhandlungspotential minimiert (Funktion der industriellen Reservearmee), schließlich Selbstverständnis und Existenz der Gewerkschaften bedroht.

Offenkundig hat sich dieses Programm gegen die strukturellen und politischen Widerstände des status quo nicht durchgesetzt; denn, mitgetragen von den „realistischen Kräften" in Gewerkschaften und Sozialdemokratie, läuft derzeit ein ökonomischer Modernisierungsprozeß ab, der dem liberalen Konzept entspricht und strukturelle Arbeitslosigkeit in Kauf nimmt.

Unser *Erkenntnisinteresse* zielt darauf ab, die allgemein vermutete Veränderung des Konfliktpotentials aufgrund struktureller Arbeitslosigkeit für eine spezifische soziale Gruppe, die *gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen,* in Abhängigkeit von *sektoralen, regionalen* und *politischen* Faktoren *konkret* zu untersuchen. Sektoral konzentrieren wir uns auf die seit 3 Jahren in einer tiefgreifenden Strukturkrise steckende Eisen- und Stahlindustrie; regional auf das dadurch von überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit betroffene Saarland; politisch darauf, ob die saarländische IG Metall ihre bisher kooperative Politik zu ändern gezwungen und in der Lage ist.

2. Entkopplung von Wachstum und Beschäftigung

Der faktische Verlauf der ökonomischen Entwicklung seit Beginn der Krise 1974, der nicht mehr lediglich als konjunkturelles ‚Tal', sondern als massive strukturelle Verwerfung (2) zu interpretieren ist, hat eine für die Bundesrepublik qualitativ neue Dimension des Beschäftigungsproblems eröffnet. Denn die Bedeutung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit liegt – neben den bekannten und vergleichsweise harmlosen konjunkturellen und friktionellen Komponenten – gerade in ihrer – wenn auch qualitativ und quantitativ umstrittenen – strukturellen Komponente (3).

Da ökonomischen Strukturproblemen bis zu ihrem manifesten Ausbruch regelmäßig eine längere Latenzzeit vorausgeht, scheint es notwendig, den Zusammenhang zwischen Produktionswachstum und Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik über einen längeren Zeitraum zu verfolgen; dabei lassen sich im wesentlichen vier Phasen unterscheiden(Glastetter 1976, S. 22 ff.):

---

2 Ökonomische Erklärungen für diese Erscheinung sucht mit Hilfe von Strukturwandel-Theoremen vor allem die ‚Kieler Schule' zu entwickeln. Vgl. Fels/Schatz, 1976; Schatz, 1976

3 Eine ausführliche, hier nicht zu referierende Diskussion über die unterschiedlichen Ansätze der bisherigen Problemanalysen zur strukturellen Arbeitslosigkeit (Politik-, Angebot/Nachfrage- und Kausalansatz) findet sich in Schmid, 1977.

a) Die erste Phase bildet die ökonomische Rekonstruktionsperiode während der 50er Jahre, in der sich bekanntlich die Konstellation zwischen Wachstum, Kapitalintensität und Kapitalproduktivität gesamtwirtschaftlich ausgesprochen günstig darstellt. Mit vergleichsweise geringem Investitionsvolumen lassen sich ausgeprägte Produktions- und Beschäftigungseffekte erzielen, weil der überwiegende Teil der Investitionen der Erweiterung der Produktionskapazitäten und nur ein kleiner Teil der Verbesserung der Kapitalausstattung der Arbeitsplätze dient (Buttler/Hof 1977, S.76 ff.). Entsprechend hoch ist während dieser Phase der beschäftigungspolitische Absorptionseffekt: d.h. trotz wegfallender Arbeitsplätze (1.3 Mill. im primären Sektor) ist die Arbeitsplatzbilanz per Saldo positiv. Das insgesamt steil ansteigende Erwerbspersonenpotential – die Wohnbevölkerung nimmt um 5,5 Mill. zu, die Erwerbsquote steigt auf über 48 % – wird nicht nur vollständig im Sekundär- und Tertiärsektor absorbiert, sondern zusätzlich sinkt die Arbeitslosenquote von 11 % auf ca. 1 %. Wachstumseffekt und Beschäftigungseffekt sind während dieser Periode also in geradezu idealer Weise miteinander verkoppelt.

b) Während der zweiten Phase, von Anfang der 60er Jahre bis zur ersten Krise 1966/67, setzen sich bereits andere Entwicklungsdeterminanten durch. Aufgrund der Vollauslastung des Faktors Arbeitskraft erwächst ein unabweisbarer Zwang zu einer Forcierung der Kapitalintensivierung. Daß die Arbeitslosenquote durchschnittlich unter 1 % gehalten werden kann, gelingt vor allem dank einer deutlich sinkenden Erwerbsquote (durchschnittlich 44,5 %) bei weiter ansteigender Wohnbevölkerung und erheblich verminderten realen Wachstumsraten.

Für die sektorale Entwicklung der Wirtschaftsstruktur während dieser Phase ist der Tatbestand von Bedeutung, daß sich die Fähigkeit des sekundären Sektors zur Aufnahme weiterer Arbeitskräfte erschöpft. Einen Absorptionseffekt strukturell oder konjunkturell freigesetzter Arbeitskräfte weist nur noch der Dienstleistungssektor auf.

Während dieser Periode deutet sich also im warenproduzierenden Sektor der Effekt einer Entkopplung von Produktionswachstum und Absorption von Arbeitskraft bereits an.

c) Die dritte Phase, die sich bis zum Ausbruch der Krise 1974 erstreckt, weist ein erneut geändertes Entwicklungsmuster auf: Zwar werden im konjunkturellen Aufschwung ab 1968 reale Wachstumsraten bis zu 7 % erreicht, steigt die Wohnbevölkerung nur noch in ganz schwachem Ausmaß und sinkt die Erwerbsquote weiter ab. Trotzdem steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht mit dem Fortschritt der Produktionsraten: als zentrale Änderung der bisherigen Bedingungskonstellation des wirtschaftlichen Wachstums in der BRD kehrt sich das Verhältnis zwischen dem Wachstum des Kapitalstocks und der Kapitalintensität erstmals um, als Folge gehen Arbeitsplätze verloren.

Im sekundären Sektor bleibt die Beschäftigungsrate nahezu konstant, Arbeitskräfte nimmt nur noch der Tertiärsektor auf. Das herausragende Kennzeichen dieser Periode in der Entwicklung der Relation zwischen Wachstum und Beschäftigung besteht darin, daß trotz anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Wachstums, der Entlastungseffekte durch eine sinkende Erwerbsquote und noch funktionierender Ab-

sorptionsfähigkeit des Dienstleistungssektors, die Arbeitslosenquote bereits ab 1970 kontinuierlich ansteigt, das dramatische Hochschnellen 1974 zwar konjunkturell ausgelöst wird, aber bereits längst strukturell durch die nunmehr auch gesamtwirtschaftlich dominante Entkopplung von Wachstum und Beschäftigung angelegt ist.

d) Der Verlauf der Krise ab 1974 zeigt recht bald ein Erscheinungsbild, das von einer ‚normalen' rezessiven Konjunkturphase signifikant abweicht und auf das Wirksamwerden der strukturellen Faktoren hinweist.

Die zunächst von der Preisentwicklung auf den Rohstoffmärkten ausgelöste Absatzkrise macht bereichsweise Überkapazitäten in der westdeutschen Industrie deutlich, mit dem sinkenden Auslastungsgrad sinkt auch die Kapitalrentabilität. Aufgrund des Kostendrucks und der Intensität des Einbruchs werden Arbeitskräfte nicht mehr (wie bei früheren konjunkturellen Rückgängen) gehortet, sondern in großem Maßstab entlassen; gleichzeitig läßt in der ersten Phase der Krise die Investitionstätigkeit stark nach (Sachverständigenrat 1976/77, S. 6).

Bereits 1976 wächst das reale Bruttoinlandsprodukt wieder um 5,4 %, die Zahl der Erwerbstätigen aber nimmt um ein weiteres Prozent ab. Die Investitionstätigkeit – auf einem für die Bundesrepublik ungewohnt niedrigen Niveau verbleibend – besteht zu weitaus überwiegenden Teilen aus Rationalisierungsinvestitionen (Sachverständigenrat 1967/77, S. 8), die zumindest kurzfristig Lohnkosten zu senken vermögen und damit eine einzelbetrieblich höchst sinnvolle Option darstellen. Gesamtwirtschaftlich aber verschärfen sie das Problem sektoraler Überkapazitäten und bewirken neben einer weiteren Steigerung der Arbeitsintensität die fortlaufende Vernichtung von Arbeitsplätzen. Da Erweiterungsinvestitionen völlig fehlen und auch in Zukunft nicht mehr erwartbar sind (ebd.), ist eine Absorption freigesetzter Arbeitskräfte im industriellen Sektor weitgehend ausgeschlossen.

Hinzu kommt, daß aufgrund einer, wenngleich schwächer ausgeprägten Rationalisierungswelle im Dienstleistungssektor auch dieser zur Aufnahme von Erwerbslosen außerstande erscheint; längerfristig zeichnet sich außerdem die bisherige Annahme von autonomen Beschäftigungsimpulsen des Dienstleistungssektors als Fehleinschätzung ab. Wegen restriktiver Haushaltsführung verhalten sich zudem die öffentlichen Arbeitgeber bei Bund, Ländern und Gemeinden beschäftigungspolitisch ausgesprochen prozyklisch.

Dieses in der Krise sichtbargewordene Grundmuster dürfte auch die weitere ökonomische Entwicklung bestimmen. Der langfristig fallende Trend der Kapitalrentabilität (Altvater et al. 1974, S. 101 ff. bzw. S. 55 ff.) in der Gesamtwirtschaft erzwingt Investitionen, die vor allem eine weitere Erhöhung der Kapitalintensität bewirken. Liegen auf diese Weise allerdings die Zuwachsraten der Kapitalintensität (als dem Bindeglied zwischen Investitionen und Beschäftigung) über jenen des Kapitalstocks, gehen unweigerlich Arbeitsplätze verloren. Die Beschäftigungseffekte eines wirtschaftlichen Wachstums, das vorwiegend auf Intensivierungsinvestitionen beruht, sind gering (4).

---

4 Buttler/Hof 1977, S. 127 kommen bei alternativ angenommenen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten zu folgenden alternativen Prognosen für die Arbeitslosenquote (jahresdurchschnittlich für die Jahre 1980 - 1990):

Gegenüber dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt gestalten sich die Bedingungen im industriellen Sektor noch ungünstiger: Bei bereits erreichtem hohen Stand der Produktionstechnik und Kapitalausstattung, sowie dem unter Weltmarktbedingungen erzeugten Zwang nach spezialisierten, qualitativ hochwertigen Industrieerzeugnissen erhöht sich die Notwendigkeit zu beschleunigter Kapitalintensivierung. Entsprechend steigt auch die Beschäftigungsschwelle – jener Punkt, ab dem bei identischen Veränderungsraten von Arbeitsproduktivität und Produktion Beschäftigung aufgebaut wird – im sekundären Sektor auf unrealistische Werte: es wären jährliche Zuwachsraten der Produktivität je Erwerbstätigem *und* der Produktion von je + 5 % erforderlich (Buttler/Hof 1977, S. 118).

Als vorläufiges Fazit scheint sich also herauszukristallisieren, daß der Verlauf der naturwüchsigen ökonomischen Entwicklung, wie er sich seit Beginn der Krise 1974 abzuzeichnen begonnen hat und bestimmend für die Zukunft bleiben wird, das gravierende wirtschaftliche Strukturproblem: dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit hervorgebracht hat.

Die spezifischen Ausprägungen dieses Phänomens sollen nun im folgenden anhand der besonders betroffenen Branche: der Eisen- und Stahlindustrie, in der überdurchschnittlich anfälligen Region: dem Saarland, etwas eingehender dargestellt werden.

3. Ökonomische Anpassung und strukturelle Arbeitslosigkeit: Das Beispiel der saarländischen Stahlindustrie I

3.1. Strukturwandel, Strukturkrise und Beschäftigungsabbau in der westdeutschen Stahlindustrie

Die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie ist bereits seit Beginn der 60er Jahre einem tiefgreifenden *Strukturwandel* mit kontinuierlich wirkendem negativen Beschäftigungseffekt ausgesetzt; eine krisenhafte Zuspitzung der Lage, die es erlaubt, von einer *Strukturkrise* zu sprechen, existiert jedoch erst seit 1975. Während der 50er Jahre gehört sie zu den *expansivsten* Wirtschaftszweigen, die Zuwachsraten der *Nettoproduktion* liegen durchgängig über den Raten im Durchschnitt aller Industriezweige und weit über dem Wachstum des Bruttosozialprodukts. Das Produktionswachstum beruht zu rund 60 % auf Beschäftigungswachstum und nur zu rund 40 % auf einer Zunahme der Arbeitsproduktivität (Jessen 1977). Ab etwa 1962/63 verändert sich der Trend. Das Wachstum liegt stets unter dem der Gesamtindustrie und dem des Bruttosozialprodukts. Zur gleichen Zeit nimmt die Kapitalintensität zu und liegt 1971 um rund das 3-fache über dem Durchschnitt aller deutschen Unternehmen (Klaus/Lang, S. 2 ff.).

Dieser Wandel ist *1.* auf das veränderte Wachstumsverhältnis der beiden makroökonomischen Größen Konsum und Investition zurückzuführen. Während die

Gesamtwirtschaftliches Wachstum (in %)	4	3	2	0
Arbeitslose (in Tausend)	760	1490	2780	4350
Erwerbslosenquote (in %)	2.8	5.5	10.2	16.0

nominalen Investitionen von 1950 – 1960 um jährlich 13,7 % und nominaler Verbrauch um 10,6 % wachsen, verlagern sich diese Relationen ab 1960 aufgrund steigenden Volkseinkommens: die Investitionen steigen nur noch um durchschnittlich 8,6 %, der Konsum um 8,9 % (ebd., S. 4 ff.). Von den stahlverarbeitenden Industrien, dem Hauptabnehmer der eisenschaffenden Industrie, deren Erzeugnisse zu 2/3 im Investitionssektor und nur zu 1/3 im Verbrauch abgesetzt werden, haben lediglich der Fahrzeugbau und die Elektrotechnik als ausgesprochene Wachstumsbranchen ihre Stellung innerhalb der Industrie verbessern können, andere wichtige Stahlkonsumenten dagegen, wie Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, Stahlbau, Maschinenbau, Schiffbau und Bauwirtschaft, weisen ein unterdurchschnittliches Wachstum auf (ebd. S. 31). Ein *2.* Grund ist die Senkung des *spezifischen Stahlverbrauchs.* Neben einer Abnahme des gewichtsmäßigen Stahleinsatzes bei besseren Stahlqualitäten (zwischen 25 und 30 %) und Methoden, die das Lebensalter des Rohstoffs Stahl verlängern *(Entrostung),* tritt die *Substitution* von Eisen durch Aluminium, Kunststoff und Beton (S. 33). Ergänzt werden diese internen Faktoren *3.* durch veränderte Bedingungen beim *Stahlexport.* Bis Anfang der 60er Jahre war dieser durch die Höhe der Produktionskapazitäten in Verbindung mit einem intakten Verteilersystem bestimmt. Aufgrund eines zunehmenden Angebotsüberschusses auf dem Weltstahlmarkt und der damit einhergehenden Verschärfung des Wettbewerbs mit dem Zwang zur Senkung der Produktionskosten kommt es zu beträchtlichen Anpassungsschwierigkeiten. Um den Exportanteil von 30 % der inländischen Gesamtproduktion bis 1974 zu halten, verändert sich die Sortenstruktur entscheidend. „An die Stelle des ursprünglich weitergehend durch die Nachfrage nach *Massenstählen* bestimmten Exports trat ... zunehmend ein Spezialhandel mit *Sonderstählen* und Stahlerzeugnissen hoher Qualität oder besonderen Ausmaßen, wie zum Beispiel Feinblechen oder Großrohren“ (S. 35).

Diese Faktoren zusammengenommen, bewirken bereits vor Ausbruch der weltweiten Stahlflaute ab 1975 einen permanenten *Beschäftigungsabbau.* Produktionswachstum wird durch Steigerung der Investitionsintensität und Arbeitsproduktivität erreicht, die Beschäftigtenzahlen gehen von 363.000 im Jahre 1962 (Höchststand) auf 316.000 im Jahre 1974 um rund 13 % zurück.

Somit kann festgehalten werden, daß das für die Gesamtindustrie kennzeichnende Charakteristikum seit Beginn der 60er Jahre: *Entkopplung von Produktions- und Beschäftigungswachstum* für die Stahlbranche in besonders ausgeprägter Weise gilt. Allerdings verläuft dieser strukturelle Anpassungsprozeß im Branchendurchschnitt ohne sonderlich dramatische Einbrüche im Beschäftigungsniveau. Seit Mitte der 60er Jahre verstärkt einsetzende Fusionen mit entsprechenden internen Umsetzungen sowie vor allem das gesamtwirtschaftlich ausreichende Absorptionspotential anderer Branchen und Sektoren sorgen für eine – jedenfalls an ökonomischen Indikatoren gemessene – relativ reibungslose Problembewältigung. Diese Konstellation ändert sich auch nicht während des größten Stahlbooms seit Kriegsende im Jahre 1974. Immense Zuwachsraten der Produktion (Erhöhung der Nettoproduktionswerte zwischen 1971 und 1973 um ca. 25 %) gehen einher mit einem Beschäftigungsabbau um ca. 3,5 %; die nochmalige Produktionssteigerung um 11 % 1974

erfolgt bei gleichbleibendem Beschäftigtenstand (Jessen).

Umso gravierender wirkt der Einbruch ab 1975: Nach einer fast stetigen Aufwärtsentwicklung der Stahlproduktion aller wichtigen stahlerzeugenden Länder der westlichen Welt bis 1974 ist deren Lage seit 1975 von sinkenden Produktionsergebnissen, fallenden Umsätzen, unausgelasteten Produktionskapazitäten, stillgelegten Betrieben, steigender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie verschärftem Verdrängungswettbewerb bestimmt. Der prozentuale Anteil an der Weltrohstahlproduktion geht in den USA, BRD, Frankreich, Großbritannien zurück, in Japan und Italien stagniert er. Gleichzeitig schreitet die Verschiebung der Rangordnung der wichtigsten Rohstahlerzeuger der Welt zuungunsten der westlich-kapitalistischen Länder voran. 1976 steht die Sowjetunion vor den USA und Japan an der Spitze, nach der BRD (4. Platz) folgt bereits China vor Italien, Frankreich und Großbritannien; Platz 9 – 12 nehmen Polen, CSSR, Kanada und Spanien ein. Neben dem *Rückgang* vor allem der Stahlproduktion in der EG, der *starken Ausweitung* in den sozialistischen Ländern von 37,2 Mill. t (1950) auf 227,2 Mill. t (1976), dem imposanten *Aufstieg Japans* von 3 Mill. t (1950) auf 107,4 Mill. t (1976) ist für die derzeitige Lage das relative Anwachsen der Stahlerzeugung in den sog. *Billiglohn-Ländern* (Mexiko, Brasilien, Venezuela, Spanien, Südafrika, Iran, Nigeria, Indonesien) charakteristisch.

Mit einer Umkehrung dieses Trends vor allem für die europäische Stahlindustrie wird trotz kurzfristiger Produktionssteigerungen im 1. Halbjahr 1976 nicht gerechnet. An dem für die nächsten Jahre veranschlagten, jährlich um 3 % steigenden Weltstahlbedarf dürften die kapitalistischen Länder (außer Japan) kaum partizipieren (Eisen- und Stahl-Institut Brüssel; Prognos 7).

Für die deutsche Stahlbranche wirkt sich die Krise in einer seit 1975 *stagnierenden Rohstahlproduktion* (1975: 40.4 Mill. t; 1976: 42.4; 1977: geschätzt 40), einem *Rückgang des Anteils* an der Weltrohstahlproduktion von 10 % 1960 auf 6.2 % 1976, einem *sinkenden Nettoexportsaldo* (1974: 11 Mill. t; 1975: 4 Mill. t; 1976: 1 Mill. t; 1977: wahrscheinlich Umschlag zu Negativsaldo) und *unausgelasteten Kapazitäten* (Auslastung der Hüttenwerke 1976 60 %; der Walzwerke 52 %) aus.

Als Ursachen für die nun schon seit 3 Jahren anhaltende Krise werden neben konjunkturellen vor allem längerfristig wirkende strukturelle Faktoren genannt.

Konjunkturelle Ursachen sind neben der Weltrezession der Produktionsrückgang der meisten stahlverarbeitenden Zweige, wovon nur der vor allem Feinblech nachfragende Fahrzeugbau ausgenommen ist. *Strukturelle* Ursachen werden deutlich an der im Massenstahlgeschäft nicht mehr vorhandenen *Konkurrenzfähigkeit,* die in dem durch die konjunkturelle Abwärtsbewegung hervorgerufenen Preis- und Verdrängungswettbewerb umso stärker hervortritt.

Diese mangelnde Konkurrenzfähigkeit im Massenstahlgeschäft wiederum resultiert aus *Standort-Nachteilen,* geringerer *Produktivität,* ungünstigen Wechselkurs-Relationen, höheren *Lohn- und Material*kosten sowie einem von den kapitalistischen Konzernen selbst eingeleiteten Prozeß der *Verlagerung* der Rohstahlproduktion in andere Regionen der Welt:

Die europäischen Stahlproduzenten an Ruhr, Saar, in Belgien und Nordfrankreich waren bei der Wahl ihrer *Standorte rohstofforientiert,* wobei die Nähe der

Kokskohle als dem wichtigsten Rohstoff ausschlaggebend war. Bereits in den 60er Jahren führte die technische Entwicklung im Verhüttungsprozeß mit metallurgischer Direktreduktion und Halbierung des Kokskohleverbrauchs durch gasförmige und flüssige Brennstoffe, Veränderung der Erzversorgungsströme hin zu überseeischen, eisenhaltigeren Erzen sowie die durch die technische Entwicklung im Schiffsbau verursachte erhebliche Senkung der Frachtraten im Überseetransport zu einer Lösung der Stahlerzeugung von ihren traditionellen Standorten in der Nähe von Kohle- und Erzgruben hin zu *Küstenstandorten,* wovon vor allem die japanische Stahlindustrie profitierte.

Japan und die Sowjetunion haben durch den Bau extrem wirtschaftlich arbeitender Riesenanlagen die *Produktivität* im Verhüttungsprozeß enorm gesteigert; dagegen wirken die europäischen Anlagen veraltet. Der Trend zu immer größeren Betriebsgrößen schränkt natürlich die Flexibilität hinsichtlich der Anpassung an Nachfrageschwankungen erheblich ein. Und da im Massenstahlgeschäft kaum noch qualitative Unterschiede möglich sind, ist das Verkaufs-Risiko der Länder mit günstigeren Standorten und niedrigeren Lohn- und Materialkosten weitaus geringer als das der Europäer. Dieser Konkurrenznachteil ließe sich wohl kaum dadurch ausgleichen, daß man diese Riesenanlagen nachbaut. Hinzu kommt jedoch noch die höhere Arbeitsproduktivität der Japaner: die zur Herstellung einer Tonne Rohstahl notwendige Arbeitszeit wurde dort von 69 Stunden 1955 auf weniger als 9 Stunden 1974 gesenkt. In der BRD betrug die Zeit 1974 12, in Frankreich 15, in Großbritannien 22 Stunden (The Economist, 12.2.77).

Die Strukturkrise erhöht Schnelligkeit und Intensität des Beschäftigungsabbaus. Neben einem Rückgang des *Beschäftigungsniveaus* in der BRD von 1974-76 um 3 % ist ein kontinuierlicher Anstieg der *Kurzarbeit* festzustellen; Ende 1976 arbeitet jeder fünfte deutsche Stahlarbeiter kurz, im Mai 1977 bereits jeder vierte. Im gesamten EG-Bereich sind Mitte 1977 rund 20 % aller Stahlarbeiter teilzeitbeschäftigt.

Auch alle *Strategien,* die die westdeutschen Stahlkonzerne zur Rettung ihrer ökonomischen Existenz langfristig einschlagen, laufen auf *Massenentlassungen* hinaus:

Neben das *Stillegen* veralteter personalintensiver Anlagen (1965 gab es in der BRD noch 145, 1975 noch 85 Hochöfen) und deren Ablösung durch kapitalintensive Großstahlwerke in japanischer Größenordnung *(Modernisierung)* soll eine weitere *Spezialisierung* auf höherwertige Qualitäts- und Edelstähle und der Abbau des Massenstahlgeschäftes treten. Ergänzt wird dieser Prozeß durch die Abkehr vom Konzept der reinen Stahlerzeugung und stärkerer Orientierung auf die *Stahlweiterverarbeitung* (Vertikale Integration). Dies alles erfordert wegen der hohen Kapitalkosten eine weitere *Konzentration* auf wenige leistungsstarke Einheiten.

Nur kurzfristig erfordert diese Langfriststrategie nach Auffassung der westdeutschen Manager eine Abstützung durch den seit Anfang 1977 von der EG-Kommission verabschiedeten *„Krisenplan“*. Dieser soll Produktion und Absatz im gesamten EG-Bereich mittels beschränkter Ablieferungsquoten, Mindest- bzw. Indikativpreise sowie Importrestriktionen regulieren, enthält jedoch auch Mittel für die Um-

stellung auf modernere, produktivitätssteigernde Anlagen und wird begleitet von einem aufwendigen Stahl-Forschungsprogramm.

3.2 Folgen für die saarländische Eisen- und Stahlindustrie

Die nun schon seit 3 Jahren fortwirkende sektorale Strukturkrise im Stahlbereich erfordert dann umso härtere ökonomische Anpassungsprozesse mit weitaus dramatischeren Beschäftigungsproblemen, wenn eine *regionale* und *lokale* Standortkonzentration der Branche mit *dominanter* Stellung in der Wirtschaftsstruktur wie im Fall des Saarlandes vorliegt.

Gemeinsam mit Lothringen und Luxemburg bildet das Saarland das durch seine Eisen- und Kohle-Monostruktur charakterisierte *Montan-Dreieck.* Fast jeder vierte Industriebeschäftigte und fast jeder zehnte Erwerbstätige arbeitet im Saarland in der eisenschaffenden Industrie. Damit ist die regionale Konzentration rund dreimal so hoch wie in Nordrhein-Westfalen, dem – nach absoluten Zahlen bemessenen – Zentrum der Eisen- und Stahlindustrie. Gegenüber dem Bundesdurchschnitt erreicht der regionale Konzentrationsgrad den mehr als 6-fachen Wert (Guckelmus). Mitbetroffen von rezessiven Erscheinungen sind dann auch die um den Stahlkern gruppierten und von ihm abhängigen Zuliefer- und Komplementärindustrien.

Weitere Standortnachteile verstärken die Beschäftigungsprobleme:

1. Die im Vergleich zu NRW zu *kleinen Betriebsgrößen* bewirken, daß die jährliche Rohstahlerzeugung pro Beschäftigtem zwar nicht sehr ausgeprägt, aber konstant unter dem entsprechenden Wert für die gesamte Branche liegt. Der Nettoproduktionsindex bleibt ab 1967 mit Ausnahme 1974 unter dem Branchendurchschnitt und ab 1975 scheint sich die Schere – wie bisher ersichtlich – zu öffnen.
2. Die bisher vorherrschende *einseitige Produktionsausrichtung* auf Massenstähle setzt die Saarhütten stärker als die anderen Werke, wo Spezialisierung und Weiterverarbeitung bereits früher forciert wurden, dem brutalen Verdrängungswettbewerb mit entsprechendem Preisverfall auf diesem Teilmarkt aus, so daß trotz Konstanthaltung der absoluten Produktionsziffern die Produktionswerte stärker zurückgehen.
3. Da eine *stahlverbrauchsintensive* Weiterverarbeitungsindustrie an der Saar fehlt, müssen die Konzerne ihre Produkte in andere Regionen der BRD oder ins Ausland ausführen (die Hälfte der saarländischen Stahlprodukte geht in den Export; die übrigen deutschen Hütten setzen nur 1/3 ihrer Produkte im Ausland ab). Insofern treffen Konjunktur- und Strukturkrise die Saarhütten weitaus stärker als die übrigen deutschen Hütten.
4. Das *Fehlen einer Wasserstraße* erschwert die Verbindung zu den vorteilhaften Küstenplätzen. Nachdem zunächst das Projekt eines Saar-Pfalz-Kanals lange Jahre debattiert, aber nicht verwirklicht wird, beginnen im Oktober 1975 die Bauarbeiten für einen Saar-Mosel-Kanal, mit dessen Fertigstellung jedoch frühestens 1983 zu rechnen ist.

Die konkreten Anpassungsstrategien der drei saarländischen Stahlkonzerne und die aktuelle Beschäftigtenproblematik sollen jetzt im einzelnen dargestellt werden:

Die *Stahlwerke Röchling-Burbach AG,* mit 18.600 Beschäftigten und einer Rohstahlproduktion von ca. 2.5 Mill. t jährlich die größte Hütte und gleichzeitig das größte Unternehmen des Saarlandes, hat bereits 1976 den Hüttenbereich unternehmensrechtlich vom Bereich Weiterverarbeitung getrennt. Seit Jahren forciert man die Umstellung der Rohstahlerzeugung auf größere personalsparende und qualitätsmäßig höherwertige Oxygen- und Elektrostahlwerke. Thomas- bzw. Siemens-Martin-Stahlwerke werden allmählich stillgelegt. 1979/80 soll ein neues Blasstahlwerk mit einer Kapazität von 2.3 Mill. t Rohstahl jährlich in Betrieb genommen werden (Geschäftsberichte 1975 und 1976). Die Beschäftigtenzahlen gingen in den letzten Jahren durch natürlichen Abgang, Vorziehen der Altersgrenze und Einstellungsstopp um 1.500 zurück; seit 1975 arbeiten 15.000 Belegschaftsmitglieder kurz. Im Februar 1977 gibt die Geschäftsleitung ein weiteres Rationalisierungsprogramm bekannt, dem noch 1977 1.300 bis 1.600 Arbeiter und 400 Angestellte zum Opfer fallen sollen; weitere Entlassungen werden angedeutet.

Für die betroffenen Arbeitsamtsbereiche *Völklingen* und *Saarbrücken* beträgt die Arbeitslosenquote bereits im Februar 1977, also vor den spektakulären Ankündigungen, 8.1 bzw. 8.3 %. Offene Stellen sind nicht vorhanden.

Auch die Stadt *Neunkirchen* lebt im wesentlichen von der Hütte der *Neunkircher Eisenwerke AG* (vorm. Gebr. Stumm). Die Rohstahlproduktion liegt knapp unter 1 Mill. t jährlich bei ca. 8.500 Beschäftigten. Neben der hauptsächlichen Produktion von Walzstahlerzeugnissen ist eine kleinere Abteilung Weiterverarbeitung im Werk *Homburg* angesiedelt. Durch natürliche Fluktuation reduziert sich die Belegschaft 1975 um 3.3 %, im 1. Halbjahr 1976 um weitere 2 %; der größte Teil der Mitarbeiter steht seit 1975 in Kurzarbeit. Seit 1974 werden Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, die ebenfalls ein modernes Werk mit Sauerstoff-Blasverfahren, die Stillegung eines SM-Stahlwerks und von sechs Thomas-Konvertern und einen größeren Anteil an Qualitätsstählen vorsehen. Wird bis Ende 1975 die Belegschaftsverringerung durch vorzeitige Pensionierung und Kurzarbeit aufgefangen, so führt die Umstellung auf den neuen Stahl-Konverter ab 1977 zu einer dramatischen Zuspitzung der Lage. Beim Arbeitsamt werden am 1.2.1977 Anträge auf Massenentlassungen bis Ende des Jahres gestellt: 900 Arbeiter und 150 Angestellte sind davon betroffen.

Die Ost-Region des Saarlandes, deren Hauptstadt Neunkirchen ist, hat seit 1960 aufgrund der hier besonders stark ausgeprägten Monostruktur von Bergbau und Stahlindustrie insgesamt 20.000 Arbeitsplätze verloren. Ende September 1976 beträgt in der Ost-Region die Arbeitslosenquote 8.5 %, allein in Neunkirchen 10 %. Auf 14 Arbeitslose kommt eine offene Stelle.

Die AG der *Dillinger Hüttenwerke* ist auf die Produktion von Fahrzeugblechen spezialisiert. Die Rohstahlerzeugung beträgt 1976 1.9 Mill. t, die Beschäftigtenzahl 5.676. Aufgrund der relativ guten Konjunktur im Fahrzeugbau kann sie ihre strukturellen Probleme durch stetige Rationalisierungsmaßnahmen in engen Grenzen halten. Die Beschäftigtenzahl wird durch Einstellungsstop, natürlichen Abgang etc. von

6.240 1974 auf 5.676 1976 verringert. Seit 1975 stehen große Teile und seit Oktober 1976 fast die ganze Belegschaft in Kurzarbeit. Durch die starke Spezialisierung und zurückhaltende Personalpolitik in der Vergangenheit werden bisher spektakuläre Auswirkungen auf die Beschäftigtensituation im Saarland vermieden, allerdings besteht auch hier keine Möglichkeit, andernorts freigesetzte Stahlarbeiter einzustellen.

Die bisherigen Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen werden von allen 3 Hütten jedoch nur als erster Schritt angesehen. Unter *Stabilisierung des Montanbereichs* an der Saar verstehen die Konzerne längerfristig eine *engere Kooperation* bis hin zu einer Saarhütten-AG, auch wenn dem vorerst noch komplizierte Besitzverhältnisse entgegenstehen. Im Juli 1977 einigen sich die Konzerne auf ein *gemeinsames Hochofenwerk* in Dillingen, das künftig alle Hütten mit flüssigem Roheisen versorgen soll. Nach dieser Maßnahme werden 3.500 Stahlarbeiter bei Röchling und Neunkirchen überflüssig (Frankfurter Rundschau vom 2.8.77). Damit aber nicht genug. Für die nächsten Jahre soll nach Auskunft der Konzerne die Belegschaft von jetzt 37.500 auf höchstens 25.000 reduziert werden. Damit würden noch die Prognosen der IHK und der Prognos AG übertroffen, die mit einem Rückgang bis 1985 auf 27.000 (Prognos) bzw. 32.000 (IHK) rechneten (Prognos Nr. 7, S. 172; IHK 1976, S. 44).

Eine solche Entwicklung träfe eine Region, in der bereits im Februar 1977 27.900 Arbeitslose und 28.600 Kurzarbeiter registriert sind, die Arbeitslosenquote mit 7.4 % weit über dem Bundesdurchschnitt von 5.3 % liegt, wo auf 15 Arbeitslose eine offene Stelle kommt und die die niedrigste Erwerbsquote der BRD besitzt. Sie träfe Lohnabhängige, die im Saarland selber kaum Beschäftigungsalternativen vorfinden und aufgrund besonderer sozialstruktureller Bedingungen in ihrer Mehrheit nicht so mobil sind, um in anderen Teilen der BRD Arbeit zu suchen. Die mobilen Lohnabhängigen haben das Saarland längst verlassen; im Durchschnitt der letzten 10 Jahre sind pro Jahr 3.000 mehr ab- als zugewandert; die Abgewanderten sind überwiegend zwischen 18 und 40 Jahre alt und verfügen über das für Mobilität so wichtige überdurchschnittliche Ausbildungsniveau.

Die Landesregierung hat die Gefahr zu spät erkannt und versucht erst ab 1969 intensiver, die Ansiedlung neuer verarbeitender Industrien und die Ausweitung des Dienstleistungsbereichs zu forcieren. (Politische Gegner werfen ihr sogar vor, in den 60er Jahren zum Schutz der einheimischen Industrie teilweise bewußt die Neuansiedlung neuer Betriebe verhindert zu haben.) Bisher ist diese Ansiedlungspolitik hinter den prognostizierten Soll-Werten zurückgeblieben; seit 1974/75 erleidet sie rezessionsbedingt sogar einen nicht erwarteten Rückschlag mit Betriebsstillegungen, Rationalisierungsmaßnahmen und dem Abwandern gerade angesiedelter, mit Subventionen geförderter Betriebe (IHK des Saarlandes, 1976, S. 10 ff.). Auch folgende Tabelle, die die Entwicklung der Industriebeschäftigten des Saarlandes enthält, demonstriert, daß die Monostruktur der saarländischen Industrie bisher nicht nachhaltig durchbrochen werden konnte:

Industrielle Beschäftigte im Saarland

	1965	*1970*	*1976*
Steinkohlenbergbau	39.600	26.900	22.300
eisenschaffende Industrie	43.000	39.400	36.500
Stahlbau	10.100	12.100	10.000
Maschinenbau	12.000	12.800	11.400
Fahrzeugbau	4.300	9.200	14.200
Elektrotechnik	8.000	9.600	8.100
Verbrauchsgüter	21.200	25.700	20.100
Insgesamt	171.000	168.900	152.600

Quelle: NZZ vom 7./8.8.77

Inwieweit hier ein Konfliktpotential für staatliche und gewerkschaftliche Legitimität entsteht, das zu gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen führen kann, soll im nächsten Abschnitt allgemein untersucht werden.

4. Arbeitslosigkeit und Konfliktbereitschaft

4.1 Arbeitslosigkeit, Verelendung, Resignation

Die gegenwärtige und erwartbare Entwicklung der Arbeitslosenzahlen produziert immer wieder Spekulationen über die gesellschaftlich tragbare Obergrenze: 1 Million erzeugt amtliche Besorgnis und demonstrative Aktivität; 2 Millionen gehen (so Jochen Steffen) „an das Selbstverständnis der SPD, der Gewerkschaften, der Arbeiterbewegung"; 6 Millionen haben Hitler zur Macht verholfen. Solche Kalkulationen haben zumindest eines gemeinsam: Wissentlich oder unwissentlich werden sie auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen – nicht *ihr* Schicksal interessiert eigentlich, sondern der schlechte Eindruck, den es bei den (Noch-)*Beschäftigten* hinterlassen könnte. Deren Konfliktpotential wird offensichtlich sehr viel höher eingestuft als das des Arbeitslosen-„Heeres".

Ob und inwiefern diese Arbeitslosen selbst für das gesellschaftliche Stabilitätsniveau eine Gefahr, vielleicht sogar die größere darstellen, dazu existieren bisher nur sporadische Überlegungen. Wenigstens für die BRD hat sich das Problem praktisch auch *noch* nicht direkt aufgedrängt.

Seine *systematische* Analyse hat an dem simplen Sachverhalt anzusetzen, daß in kapitalistischen Gesellschaften Arbeits*willige* arbeits*los* werden (Wacker). Die Tragweite dieser Diskrepanz zwischen subjektivem Wollen und objektiver Möglichkeit bemißt sich am Stellenwert, den *Arbeit* für „das" Individuum hat. Von allen notwendigen gesellschafts- bzw. klassenspezifischen Qualifikationen zunächst einmal abgesehen, sind die *empirisch* ermittelten Resultate auf einen – freilich widersprüchlichen – Nenner zu bringen: den *Arbeitenden* kommt ihre Tätigkeit als im ganzen recht mühselige Angelegenheit vor, die man eben, um die eigene Existenz zu sichern, auf sich nehmen muß – es gibt keine andere Wahl. Dieser *instrumentellen* Orientierung ist Arbeit allein (materieller) *Reproduktionsfaktor* (dazu vor allem Goldthorpe et al. 1970).

Ganz anders fällt dagegen das Urteil derer aus, die um ihre Beschäftigung ge-

bracht worden sind – für sie scheint mit der Arbeit auch ein unersetzliches Stück ihrer Identität, das sinnstiftende *Organisationsprinzip* ihrer Lebenswelt verlorengegangen zu sein. Denn: „... für die meisten Männer in unserem Kulturkreis ist Arbeit offensichtlich das einzige Organisationsprinzip und der einzige Weg, um ihr Selbst auszudrücken und darzustellen" (Komarovsky 1940, S. 81).

Was an der Oberfläche als individuelle Inkonsequenz erscheint – instrumentelle Reduzierung der Arbeit bei den Arbeitenden, existentielle Aufwertung bei den Arbeitslosen –, „entspringt der widersprüchlichen gesellschaftlichen Formbestimmtheit des Produktionsprozesses selbst" (Wacker 1976b, S. 88). Zugleich drückt sich darin die Doppelfunktion von (Lohn-)Arbeit aus, das Individuum physisch und psychisch zu „stabilisieren", materielle Reproduktion und „Sinnstiftung" (wie immer reduziert) zu garantieren.

Mit dem Verlust des Arbeitsplatzes fällt beides weg – systematischer Ersatz wird ökonomisch beschränkt (Arbeitslosenversicherung), sozial überhaupt nicht bereitgestellt. Die Gesellschaft schleift ihre Arbeitslosen mit, diskriminiert sie und profitiert dadurch von ihnen (industrielle Reservearmee).

Aus dem zweifachen „Einbruch" der Arbeitslosen würde *verelendungstheoretisch* ein brisantes politisches *Konfliktpotential* folgen. Diese Vorstellung ist in anderem Zusammenhang schon kritisiert worden (Wagner 1976) und bestätigt sich auch hier nicht – zumindest, wenn eine revolutionäre Entwicklung erwartet wird: „Contrary to current belief the unemployed may develop a fascist rather than a radical attitude". Die einleuchtende Begründung: „... they are sympathetic to fascism because, having practically nothing, they will support any system which promises them an easy way out of their distress ..." (Eisenberg/Lazarsfeld 1938, S. 370).

Freilich – auch eine autoritäre Wendung setzt Aktivierungsstrategien voraus, an denen die Arbeitslosen sich orientieren können – von selbst sind sie zur Entwicklung einer politischen Perspektive unfähig, ihre Grundhaltung ist *Resignation.* Von ihr werden auch jene erfaßt, deren allgemeines Aktivitätsniveau noch nicht den Nullpunkt erreicht hat. Denn Teilnahme an politischen Veranstaltungen und Mitgliedschaft in politischen Organisationen bringt „keine sofortigen Resultate, sondern bedeutet nur einen Extra-Aufwand an Geld, Zeit und Energie, den sich allgemein nur die Arbeiter erlauben können, denen es noch verhältnismäßig gut geht. Die Arbeitslosen haben jedoch nichts zu opfern, weder Zeit noch Geld; sie können an keiner Politik auf längere Sicht interessiert sein, da ihre augenblickliche Lage nach sofortiger Änderung drängt. Nicht die Erweiterung ihres Horizonts, sondern die Verringerung entspricht ihren direkten Notwendigkeiten am besten. Die Organisationsaktivität würde sie in ihrem auch weiterhin individuell zu leistenden Existenzkampf eher behindern als unterstützen" (Mattick 1969, S. 109). Dieses Kalkül wird durch ein anderes ergänzt und in seinem strukturell erzwungenen Konservativismus verstärkt – es geht um die bewußte oder unbewußte Realisierung „that all he has, little as it is, and all he can hope to have is bound closely to things as they are ... The change in emphasis is not apt to be rapid as long as the cultural stability and daily habits of men are intricately bound up with the arrangements and products of a capitalistic system" (Bakke 1969, S. 58 f.). Dieser Tatbestand spielt für die Frage nach

möglichen gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen eine wichtige Rolle; sein Geltungsbereich muß allerdings in doppelter Hinsicht relativiert werden: erstens lockert Arbeitslosigkeit die soziale Verankerung des einzelnen; das, zweitens, umso stärker, je länger sie andauert und je geringer die Chance auf (adäquate) Wiederbeschäftigung wird. Ist eine „Erschöpfungsschwelle" erst einmal überschritten, bleibt Apathie die einzige Bindung an den status quo – mit welcher Belastbarkeit, läßt sich allein situationsspezifisch ausmachen: während historische Erfahrungen skeptisch stimmen, existiert andererseits doch der empirische Befund, daß politische Entfremdung nach einer gewissen Zeitspanne wieder abnimmt (Aiken et al. 1968, S. 102). Jedenfalls kann nicht ohne weiteres geschlossen werden, daß aus der faktischen Übernahme einer Vollbeschäftigungsgarantie dem versagenden Staatsapparat von den (potentiell oder aktuell) Geschädigten „ein gefährliches Legitimationsdefizit" drohe (Paul/Wacker 1975, S. 67). Sei es, weil seine Durchsetzungskapazität gegenüber den ökonomischen Machtgruppen schon immer skeptisch beurteilt wurde (Baethge/Schumann 1975), sei es, weil man ihm unter Umständen noch im Mißerfolg den guten Willen hoch anrechnet (Eckart et al. 1974); sei es schließlich, weil das *vage* Krisen- und Ohnmachts*bewußtsein* keine entsprechenden *Handlungen* hervorruft (man geht pflichtschuldig weiter zur Wahl – Aiken et al. 1968, S. 102; generell: Citrin 1974) oder weil die einst verbitterte Apathie sich mit dem status quo allmählich arrangiert (Aiken et al. 1968, S. 96).

4.2 Konfliktpotentiale

Dann hätten doch all jene recht, denen Arbeitslosigkeit an sich kein legitimatorisch relevantes Problem zu sein scheint? Dieses Fazit wäre vorschnell, weil es zumindest zwei Prämissen vernachlässigt. Erstens: der Skizze des Handlungs- und Widerstandspotentials bei Beschäftigungsverlust liegt ein bestimmter Typ von Arbeitslosen zugrunde: „Der des im ‚besten Schaffensalter' stehenden männlichen, leistungs- und aufstiegsorientierten, von seiner Unersetzbarkeit für den Betrieb überzeugten und an die Sicherheit seines Arbeitsplatzes glaubenden Facharbeiters ..." (Brandes 1977, S. 216). Brandes weist richtig darauf hin, daß die physisch-psychischen Reaktionsweisen dieses Arbeiter„kerns", der „unteren Schicht des primären Arbeitsmarkts" (Freiburghaus/Schmid 1975), nicht umstandslos auf solche Schichten zu übertragen sind, deren Arbeitsplatzrisiko *permanent* hoch ist: *Un-* und *Angelernte* sowie nichtausgebildete oder *arbeitslose Jugendliche*, um von den verschiedenen Gruppen nur den Kreis herauszugreifen, dessen Verhaltensformen sich noch am ehesten staatlichen/gesellschaftlichen Domestizierungsversuchen entziehen könnte. Tatsächlich hat Arbeitslosigkeit für ihn wohl keine demoralisierenden Effekte: er „übt sich ein in die Dauersituation des Arbeitslosen oder Gelegenheitsarbeiters" (Brandes), dessen Identität sich von Arbeit schrittweise abkoppelt, der beginnt, eine „(Gegen-)kultur der Arbeitslosigkeit" (Schwartz/Henderson 1965) aufzubauen. Statt protestantischer Ethik leitet ihn eine vorkapitalistische Arbeitsmoral – von D. Defoe (1704) einst auf die bissige Formel gebracht: „There is a general taint of slothfulness upon our

poor; there's nothing more frequent for an Englishman than to work untill he has got his pocket full of money, and then to go and be idle, *or perhaps drunk* till 't is all gone".

Diese Renaissance des kurzfristigen Überlebensplans „von der Hand in den Mund" mit Hilfe allerlei legaler oder illegaler Aktivitäten macht seine Anhänger für den Arbeitsprozeß unbrauchbar (Schwartz/Henderson 1965) – doch daß sie, selbst bei erwartbar zunehmender Verbreitung, die Keimzelle eines status-quo-*gefährdenden* „way of living" bilden (so mit unterschiedlicher Sicherheit: Schwartz/Henderson 1965; Leggett/Street 1965; Brandes 1977), ist eher unwahrscheinlich. Denn reproduzieren kann sich die Arbeitslosenkultur nur als *Sub*kultur, vor dem Hintergrund einer dominanten und intakten Arbeitsmoral, an deren Produkt sie mehr oder weniger parasitär partizipiert: individuell, bestenfalls hordenmäßig vorgehend, ohne Tendenz zur (aktiven) Ausweitung.

Zweitens: die systemstabilisierende Segmentierung des Arbeitslosen„heeres" in isolierte, ihr Schicksal passiv erleidende Individuen ist keine sachgesetzlich-unumstößliche oder -unumkehrbare Tendenz. Zwar müssen ökonomisch beschränkte Initiativen aus dem Betroffenenkreise selbst heraus wegen vielerlei Behinderungen scheitern (vgl. Bakke 1969, S. 82 ff.; Mattick 1969, S. 93 ff.; Brandes 1977, S. 230), doch lassen sich zeitlich, sozial und sachlich verschobene *Kollektiv*strategien durchaus denken und sind auch praktiziert worden:

- *zeitliche* Verschiebung meint: Widerstand schon im *Vorfeld* der Arbeitslosigkeit oder im Punkte ihres Eintritts (Entlassung), wo die Spaltung der Arbeitslosen untereinander und von ihren weiterbeschäftigten Kollegen noch nicht etabliert ist (Coates 1973; Wacker 1976b, S. 146 ff.; Brandes 1977, S. 231 f.). Spektakulärste Reaktionsform ist die *Betriebsbesetzung* (Paradebeispiele: LIP in Frankreich, Seibel-Erwitte in der BRD, UCS in Schottland, Enka-Glanzstoff in Holland). Daß sich mit dieser Variante je nachdem große Hoffnungen oder aber arge Ängste verknüpfen, liegt weniger am kurzfristigen, schnell reparablen „Enteignungs"-Effekt als an dem initiierten „Klassen-Lernprozeß" (Wacker) und seiner Ausstrahlung: die herrschende Markt- und Eigentumsideologie wird „angekratzt", sie „hätte keinen größeren Schlag erleiden können als durch die jüngste Bewegung der Fabrikbesetzungen, die eine radikale Herausforderung an das heilige Recht auf Privateigentum und eine vernichtende Kritik an den Harmonievorstellungen des freien Marktes darstellen" (Coates 1973, S. 240). Allerdings: zumindest in der BRD scheinen sich Realisierungschancen und Erfolgsaussichten spontaner Besetzungsaktionen in (örtlich/zeitlich) engen Grenzen zu halten: das gering entwickelte allgemeine Konfliktbewußtsein (dank einer fragmentierten Arbeiterklasse, wohlfahrtsstaatlicher Daseinsvorsorge, „volks"parteilicher Nivellierung, „kooperativer" Gewerkschaftspolitik) verhindert weitgehend ein „Überschwappen" aggressiver Aktionen;
- *soziale* Verschiebung meint: die Mobilisierung der Arbeitslosen geschieht von *außen,* durch „radikale" oder sich „radikalisierende" politische (u.U. auch gewerkschaftliche) Organisationen. Sie dringen in das entstandene normative Vakuum ein und propagieren den, sei es schleichenden, sei es abrupten Regime- oder Sy-

stemwechsel als einzig wirksames Abhilfeprogramm. Der Notsituation entsprechend hat jene Strategie den meisten Zulauf zu erwarten, die den schnelleren, risikoloseren, unkomplizierteren Erfolg verspricht (Eisenberg/Lazarsfeld 1938, S. 370; Bakke 1969, S. 46 ff.): eine Regimeveränderung auf dem Boden der existierenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung – d.h. die totalitäre Variante. Aber auch derartige Bewegungen haben keine Erfolgschance, wenn sie bei den *Arbeitenden* nicht Fuß fassen können – eben solange, wie, um Mattick zu wiederholen, „die große Mehrheit noch imstande ist, auf Basis der bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen auskömmlich zu leben";

– *sachliche* Verschiebung meint: der Kristallisationspunkt: Arbeit wird aufgelöst zugunsten einer Artikulation umfassender *„Lebens- und Überlebensinteressen"* (Brandes) des Reproduktionsbereichs – Arbeitslosigkeit steht dann im politisch-organisatorischen Kontext von menschenwürdigem Wohnen, Umweltschutz, humaner Schule etc. . „Hier könnte ... ein Ansatz liegen, um zu gemeinsamem Handeln von Arbeitslosen und Arbeitenden zu kommen, das in sich Momente des Widerstands gegen die kapitalistisch bestimmte Form der Arbeit enthält und nicht nur unmittelbare, begrenzte materielle Interessen artikuliert" – so Brandes (1977, S. 232 f.). Das strategische Kalkül mit breitenwirksamen Einbruchsstellen *gebrauchswert*regulierter Interessenperzeption in die dominante *Tauschwert*orientierung überzeugt indessen kaum mehr als in anderen Zusammenhängen (Offe 1972; Wagner 1976). Dies wegen der sozial und politisch äußerst heterogenen Verankerung des „Initiativen"-Booms; vor allem aber, weil sich „Lebensqualität" bloß leisten kann, wer materiell abgesichert ist – also gerade nicht die (aktuell oder potentiell) Arbeitslosen. Daran haben erst jüngst Stellungnahmen von Gewerkschaftsvertretungen und Betriebsräten erinnert: Kernkraftwerke, obwohl eingestandenermaßen riskant, sollen der Beschäftigungsmöglichkeiten wegen gebaut werden – Waffenexporte, obwohl eingestandenermaßen amoralisch, sollen erleichtert werden, um die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie zu sichern.

Das Fazit, um wieder an unsere Ausgangsfrage anzuknüpfen, bleibt mithin negativ. *Für die BRD* und *in der gegenwärtigen Arbeits- und Lebenssituation* ist das Phänomen: Arbeitslosigkeit kein stabilitätszerstörender Faktor – von daher droht unmittelbar weder eine Veränderung des politischen Herrschaftssystems noch der ökonomischen Verfügungssstrukturen.

Gesellschaftliche Desintegration findet nicht statt, obwohl massenhaft Individuen entsozialisiert werden, d.h. aus dem Tauschsystem herausfallen. Dies macht nochmals den grundlegenden Stabilisierungsmechanismus der bürgerlichen Gesellschaft deutlich: sie kann sich *sozial* eine Zerstörung *individueller* Identität so lange leisten, wie es ihr gelingt, die Herausbildung *kollektiver* Identität zu verhindern. Dazu Baethge/Schumann: „Als gesellschaftliche Integration fördernd sehen wir solche Momente im gesellschaftlichen Denken der Arbeiter an, in denen sich tendenziell das Bewußtsein der kollektiven Klassenlage, der Notwendigkeit kollektiver Interessenvertretung und eine Perspektive grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen verflüchtigt und statt dessen Interpretationsmuster individueller Lebensgestaltung und Vorsorge in den Vordergrund drängen" (1975, S. 44).

Das Resultat dieses Mechanismus – die Isolierung der Arbeitslosen untereinander wie von den Arbeitenden – läßt sich an *individuellen Bewußtseins*formen und *Verhaltens*weisen festmachen. Seine Realisierungsvoraussetzungen reichen jedoch weiter: in den ökonomischen, rechtlichen und politischen „Raum". *Ökonomisch:* der von den Arbeitenden geschaffene Wert muß hinreichen, um die Reproduktion auch der Arbeitslosen irgendwie zu sichern; *rechtlich:* gesellschaftliche Widersprüche werden via Verrechtlichung in persönliche Ansprüche transformiert und dadurch neutralisiert (Tennstedt 1976); *politisch:* die Interessenvertretung der Arbeiterklasse ist im „Block an der Macht" integriert und bewirkt faktisch die Desorganisation ihrer Klientel (Poulantzas 1975).

Während – wieder auf die BRD bezogen – dieser Stabilitätskomplex ökonomisch und rechtlich, permanenter Schwankungen ungeachtet, keine integrationsgefährdenden Aufweichungstendenzen zeigt, dürfte gerade im Zuge einer gelingenden volkswirtschaftlichen Anpassungs-Modernisierung seine politische Konsolidierung prekär werden. Dann nämlich, wenn der konkurrenzbestimmte Rationalisierungskurs quantitativ wie qualitativ Konsequenzen zeitigt, die das „Systemvertrauen" der Massen und Massenorganisationen erschüttern.

Quantitativ: Die empirisch nachgewiesene Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung impliziert nicht nur, daß wachstumspolitische Strategien Arbeitsplätze eher vernichten, sondern auch, daß beschäftigungspolitische Maßnahmen das Wachstum eher beeinträchtigen. Solange Wachstum der zentrale volkswirtschaftliche Imperativ ist (und sein muß), haben arbeitsmarktpolitische Programme deshalb primär symbolischen Charakter: sie suggerieren dem *Arbeitenden,* für die Sicherheit seines Arbeitsplatzes werde gesorgt, und erwecken beim *Arbeitslosen* den Glauben, sein Zustand sei nur vorübergehend, veränderbar durch individuelle Chancenauswertung. Ihre Glaubwürdigkeit verhält sich freilich umgekehrt proportional zur Nachfrage: je weiter die (objektive) Enttäuschungsrate beim *aktuellen* Interessentenkreis steigt, desto mehr verliert beim *potentiellen* das Pazifizierungsmanöver an Effekt – die Sicherheitsillusion schwindet (Bierbaum et al. 1977) und mit ihr die Barriere zu den Arbeitslosen. Arbeitsplatzverlust kann nicht mehr umstandslos als *individuell* verschuldet und daher vermeidbar interpretiert werden – Konturen einer *kollektiven Existenzbedrohung* (vgl. Nickel 1972) beginnen sich abzuzeichnen *(Verunsicherung „unten").*

Qualitativ: Das Risiko des Arbeitsplatzverlustes ist bislang ungleich verteilt gewesen und auf bestimmte „Problemgruppen" mit besonders niedriger Konfliktfähigkeit abgeladen worden: Un-/Angelernte, Ausländer, Ältere, Frauen, Jugendliche. Doch der Rationalisierungs-, Dequalifizierungs- und Verlagerungstrend geht unaufhaltsam weiter (vgl. Fröbel et al. 1977), die technologische Entwicklung trifft zwangsläufig auch den Arbeiter„kern", das Rekrutierungsfeld des *gewerkschaftlichen Mitgliederstammes.* Kooperative Gewerkschaftspolitik führt sich hier ad absurdum und beginnt abzubröckeln. Allein um ihres organisatorischen Bestands willen sind Gewerkschaften dann gezwungen, zur staatlichen Wirtschaftsregulierung Distanz zu gewinnen; im „Block an der Macht" entstehen Risse. Daß dieses Umlernen *faktisch* in Gang kommt, demonstriert das Verhalten der IG Druck und Papier in den

Druckerstreiks (Erd 1976; Schaile 1976) *(Verunsicherung „oben").*

Das Zusammentreffen von quantitativer Ausdehnung und qualitativer Zuspitzung, von institutioneller und massenhafter Verunsicherung könnte auch dann eine *politische* Gefährdung des status quo heraufbeschwören, wenn es nicht „flächendeckend" auftritt, sondern – der wahrscheinlichere Fall – in bestimmten Regionen/Sektoren *konzentriert* ist. Am Beispiel: Energiepolitik wird exemplarisch deutlich, wie leicht ein selbst über lange Zeit „anfechtungsfreies" politisches System unversehens aus dem Gleichgewicht gerät und welche unerwartet weitreichenden Konsequenzen daraus entstehen können.

5. Konfliktpotential und gewerkschaftliche Strategie: Das Beispiel der saarländischen Stahlindustrie II

5.1 Gewerkschaften und das Problem der Arbeitslosigkeit

Daß es – nicht nur programmatisch – das primäre Ziel jeder Gewerkschaftspolitik sein muß, für Arbeitsplatzsicherheit und Vollbeschäftigung zu sorgen, liegt auf der Hand. Dies gebietet ihr organisatorisches Bestands- wie strategisches Handlungsinteresse: Arbeitslose zahlen keine Beiträge, drücken das Lohn-/Humanisierungsniveau, reduzieren den Konfliktspielraum und mindern allein durch ihre Existenz die gewerkschaftliche Attraktivität an der Basis.

So fehlt denn in DGB-Grundsatz-/Aktionsprogrammen niemals das Ziel der „gesicherten Arbeitsplätze". Zwar schaffen, wie man weiß, „Dynamik und Wachstum der Wirtschaft" nicht nur neue Arbeitsplätze, sondern vernichten auch alte – doch sollen sich, grob kalkuliert, die Bewegungen neutralisieren. *Friktionen* am Rande sind sozialpolitisch zu kompensieren (Rationalisierungsschutzabkommen, Sozialpläne), gegen *strukturelle* Reibungen hilft eine antizipative Arbeitsmarktpolitik (Ausbau von Berufsaus-/-fortbildung, Verbesserung der Arbeitsmarkt-/Berufsforschung).

Allerdings: Seitdem die Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung ihre Prämisse obsolet gemacht hat, stimmt diese Rechnung nicht mehr: um den quasi automatischen Ausgleich der Arbeitsplatzbilanz zu gewährleisten, bedürfte es jetzt einer unerreichbar hohen Produktionsausweitung.

Aus der (scheinbar) „prästabilierten Harmonie" ist ein existentielles Dilemma geworden: wirtschaftliches Wachstum *und* Vollbeschäftigung war das programmatische Credo kooperativer Gewerkschaftspolitik; jetzt heißt Wachstum *oder* Beschäftigung ihre prekäre Alternative – die *faktisch* freilich keine ist. Denn unter den Bedingungen kapitalistischer Weltkonkurrenz wäre eine konsequent betriebene *autonome Beschäftigungspolitik* volkswirtschaftlich selbstzerstörerisch.

Daß genau diese autonome Beschäftigungspolitik neuerdings zum gewerkschaftlichen Programm erhoben wird („Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung", Juli 1977), macht dreierlei deutlich: die Gewerkschaften reagieren auf das ihnen strukturell aufgenötigte Dilemma, unterschätzen aber, zweitens, bewußt oder unbewußt seine Dimension: Unternehmer werden als autonom

agierende Subjekte angesehen, deren konzentrierte politisch-ökonomische Macht nur gleichmäßig auf Kapital, Arbeit und Staat verteilt werden muß, um Profit- und Beschäftigungsinteresse wieder zu „versöhnen". Darum fordern sie, drittens, das ebenso Naheliegende wie Unmögliche: die *radikale* Umkehrung des gesellschaftlichen Prioritätsmusters *im Rahmen* des gesellschaftlichen status quo: „ ... das Grundrecht auf Arbeit, d.h. das Recht jedes Arbeitnehmers, der arbeiten kann und will, auf einen angemessenen Arbeitsplatz unter menschengerechten Arbeitsbedingungen (muß) Vorrang vor dem privaten Gewinninteresse haben".

Der gewerkschaftliche Kooperationskurs hat damit eine neue (und letzte) Rückzugslinie erreicht: ihre unausgetragene Widersprüchlichkeit ist die Vorstufe des offenen Konflikts. *Praktische* wie *programmatische* „Übergangswahrscheinlichkeit" gehorchen freilich weniger logischen Zwängen denn sozialen Machtkonstellationen.

5.2 Gewerkschaftskrise im Saarland?

Die saarländische „Szene" begünstigt einen gesellschaftlichen Desintegrationsprozeß in mehrfacher Hinsicht:

- die Stahlindustrie steckt in einer tiefgreifenden Verwertungskrise, angezeigt durch hohe Verluste, allgemeine Kurzarbeit (seit 1975), weitreichende Rationalisierungs-(Konzentrations-)Strategien, vorbereitete und prognostizierte Massenentlassungen;
- dank der ausgeprägten industriellen Monostruktur (Stahl, Kohle) stehen im Krisenfall kaum alternative Arbeitsplatzangebote zur Verfügung;
- der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Stahlsektor liegt mit 73 % weit über dem Bundesdurchschnitt; einen ähnlich hohen Anteil kann die IG Metall bei Betriebsratswahlen erwarten;
- die Gewerkschaftsbasis zeichnet sich durch eine vergleichsweise hohe Konfliktbereitschaft aus: abzulesen an ihrer massiven Beteiligung an den spontanen Streiks 1969 (7.000 Stahlarbeiter in Neunkirchen) und 1973 (7.000 in Neunkirchen, 10.000 in Völklingen). Die Gewerkschaftsdemonstrationen gegen angekündigte Massenentlassungen anfangs 1977 zählten zusammen 23.000 Teilnehmer (Neunkirchen, Völklingen und Saarbrücken) und fanden breite Unterstützung in der Bevölkerung bis hin zu den Kirchen.

Trotz dieser „objektiv" brisanten Lage herrscht einstweilen relative Ruhe, auch die Gewerkschaftspolitik verläuft in alten Bahnen. Sozialpläne und gewerkschaftliche Hilfsappelle an Bundes- bzw. Landesregierung haben genügt, die Wogen wieder zu glätten. Daß das Pazifizierungsprogramm ein weiteres Mal Erfolg hatte, liegt an der quantitativ wie qualitativ *noch* beherrschbaren Problemdimension. „Freiwillige" Abwanderung (vor allem jüngerer Facharbeiter), Einstellungsstops, natürlicher Abgang und Kurzarbeit haben den Beschäftigungsrückgang aufgefangen und die Kernarbeiterschaft vorläufig intakt gelassen. Allerdings: Sobald die angekündigten, gewerkschaftlicherseits unterstützten (!) Rationalisierungs-, d.h. auch Freisetzungspläne realisiert werden, verschärft sich die Situation quantitativ wie qualitativ; und diese Zuspitzung trifft auf eine programmatisch wie strategisch völlig unvorbereitete

Gewerkschaftsbewegung (auch an der Saar). Im unauflösbaren Widerspruch zwischen „kapitallogischer" Rationalisierung und „arbeitslogischer" Humanisierung befangen, setzt sie weiter auf oberflächliche, abgegriffene Machtumverteilungs-Parolen. Doch die verlegene Forderung nach mehr *Mitbestimmung* sichert keine Arbeitsplätze – gerade das Schicksal des Montanbereichs macht dies überdeutlich.

6. Fazit

Was das politische Stabilitätsniveau der BRD anbelangt, ist Arbeitslosigkeit – allen Befürchtungen/Hoffnungen zum Trotz – einstweilen kein gefährlicher Störfaktor. Um den status quo zu erschüttern, muß sie innerhalb spezifischer Bedingungskonstellationen auftreten, die wir für die saarländische Stahlindustrie vermuten. Allerdings zeigen die inzwischen (ab Januar 1978) eingetretenen *ökonomischen* Veränderungen, daß diese Bedingungskonstellationen nicht *kurzfristig* und *bruchlos* wirken: die bisherigen Massenentlassungen in Neunkirchen (900) und Burbach (3.500), teils durch Frühverrentung, teils durch Sozialpläne „abgefedert", konnten die Individualisierung kaum in größerem Umfang aufbrechen. Beim Sanierungskonzept des luxemburgischen ARBED-Konzerns, das nach Eingliederung der Neunkircher Eisenwerke und der Stahlwerke Röchling-Burbach in einen Einheitskonzern die Stabilisierung des Stahlbereichs bis 1983 auf ca. 25.000 Arbeitsplätze vorsieht (Verlust von weiteren 8.800 Arbeitsplätzen), geht der *politische* und *ideologische* Streit nur darum, ob eine *Streckung* der Entlassungen bis 1990 (Saar-SPD und IG Metall) sowie bestimmte Auflagen zur langfristigen Erhaltung des saarländischen Montankerns (Bau einer Zentral-Kokerei und eines Blasstahlwerks) über vertragliche Abmachungen (Landes- und Bundesregierung) oder staatliche Beteiligung (Saar-SPD, teilweise IG Metall) abgesichert werden kann. Die von der IG Metall bei Demonstrationen vorgetragene Forderung nach Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum hat vorwiegend deklamatorischen Wert. Trotz alledem: Die Basis scheint immer noch darauf zu hoffen, daß „ihre" Gewerkschaft schon einen Weg aus der Misere finden wird.

Literatur

Aiken, M. et al. 1968: Economic Failure, Alienation, and Extremism. Ann Arbor.

Altvater/Hoffmann/Schöller/Semmler 1974: Entwicklungsphasen und -tendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland. In: Prokla 13 (Teil 1), S. 101 ff.; 16 (Teil 2), S. 55 ff.

Baethge, M., M. Schumann 1975: Legitimation und Staatsillusion im Bewußtsein der Arbeiter – Überlegungen zum Staatsverständnis der Arbeiter anläßlich einer empirischen Studie. In: M. Osterland (Hg.), Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential. Frankfurt. S. 38-69.

Bakke, E.W. 1969: Citizens Without Work. Hamden (Orig.: 1940).

Bierbaum, C. et al. 1977: Ende der Illusionen? Frankfurt-Köln.

Brandes, V. 1977: Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik – Erscheinungsformen, Auswirkungen, Verarbeitungsweisen und Abwehrperspektiven. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 10. Frankfurt. S. 187-245.

Buttler, G., B. Hof, 1977: Bevölkerung und Arbeitsmarkt bis zum Jahr 2000, Köln.

Citrin, J. 1974: Comment: The Political Relevance of Trust in Government. In: American Political Science Review, 68, S. 973-988.

Coates, K. 1974: Fabrikbesetzungen in Großbritannien. In: O. Jacobi et al. (Hg.), Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch 1973. Frankfurt. S. 242-257.

Das Saarland als Grenzregion und Kernzone. In: Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe v. 7.8.1977.

Dombois, R. 1976: Massenentlassungen bei VW: Individualisierung der Krise. In: Leviathan, 4, S. 432-464.

Eckart, C. et al. 1975: Arbeiterbewußtsein, Klassenzusammensetzung und ökonomische Entwicklung. Empirische Thesen zum „instrumentellen Bewußtsein". In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 4. Frankfurt. S. 7-64.

Eisenberg, P., P.F. Lazarsfeld 1938: The Psychological Effects of Unemployment, 35, S. 358-390.

Erd, R. 1976: Der Arbeitskampf in der Druckindustrie – ein politischer Streik. In: Leviathan, 4, S. 517-542.

Esser, J. W. Fach, W. Väth 1978: Die sozialen Kosten einer modernisierten Volkswirtschaft: Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Desintegration. In: PVS-Sonderheft 9

Freiburghaus, D., G. Schmid 1975: Theorie der Segmentierung von Arbeitsmärkten. In: Leviathan, 4, S. 417-448.

Fröbel, F. et al. 1977: Die neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek.

Geschäftsberichte 1974-76 Röchling Burbach, 1974-75 Eisenwerke Neunkirchen AG, 1976 Dillinger Hütte AG.

Glastetter, W. 1976: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik im Zeitraum 1950-1975. In: IG Metall (Hg.), Krise und Reform in der Industriegesellschaft, Bd. 1. Frankfurt. S. 22 ff.

Goldthorpe, J.H. et al. 1970: Der „wohlhabende" Arbeiter in England I. München.

Guckelmus, K. 1977: Bröckelt der Montankern auseinander? In: Arbeitnehmer, 3-4.

Hauff, V., F. W. Scharpf 1975: Modernisierung der Volkswirtschaft. Frankfurt/M.-Köln.

Hildebrandt, E. 1975: Entwicklung der Beschäftigtenstruktur und der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. In: Prokla 19-20-21, S. 41 ff.

Hopf, S., W. Hopf 1976. Gleichgültigkeit und Identifikation als Kategorien der Analyse von Klassenbewußtsein. In: Probleme des Klassenkampfes, 22, S. 67-100.

IGM-Dokumentation aus Presseberichten: Stahlkrise/Saar 77, St. Ingbert 1977.

Industrie- und Handelskammer des Saarlandes: Saarwirtschaft 1976, Jahresbericht. Dillingen 1977.

Jahoda, M. et al. 1975. Die Arbeitslosen von Marienthal. Frankfurt (Orig.: 1933).

Jessen, T. 1977: Entwicklung der industriellen Branchenstruktur in Frankreich und der Bundesrepublik. Diplomarbeit Konstanz.

Klaus, P./B. Lang 1974. Überblick über die deutsche Stahlindustrie unter besonderer einzelwirtschaftlicher Berücksichtigung der wichtigsten Hüttenbetriebe. Veröffentlichungen aus dem Arbeitsbereich der Kreditanstalt für Wiederaufbau Nr. 12/74.

Komarowsky, M. 1940: The Unemployed Man and his Family. The Effect of Unemployment Upon the State of the Man in Fifty-nine Families. New York.
Leggett, J. C., D. Street 1965: Economic Crisis and Expectations of Violence: A Study of Unemployed Negroes. In: A. B. Shostak, W. Gomberg (eds.), Blue-Collar World. Englewood Cliffs. S. 506-512.
Mann, M. 1970: The Social Cohesion of Liberal Democracy. In: American Sociological Review, 35, S. 423-439.
– 1975. The Ideology of Intellectuals and Other People in the Development of Capitalism. In: L. Lindberg et al. (eds.), Stress and Contradiction in Modern Capitalism. Lexington, S. 275-305.
Mattick, P. 1969: Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung in den USA 1929 bis 1935. Frankfurt (Orig.: 1936).
Narr, W., C. Offe 1976: Was heißt hier Strukturpolitik? In: Technologie und Politik 6, Reinbek b. Hamburg 1976, S. 5 ff.
Nickel, W. 1972: Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Gewerkschaft. Köln.
Offe, C. 1970: Leistungsprinzip und industrielle Arbeit. Frankfurt.
– 1972: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Frankfurt.
Oppolzer, Entfremdung und Industriearbeit. Köln 1974.
Orzak, L. H. 1972: Work as a "Central Life Interest" of Professionals. In: C. D. Bryant (ed.), The Social Dimensions of Work, Englewood Cliffs. S. 8 - 16
Paul, G., A. Wacker 1975: Staatsloyalität und Krisenbewußtsein – ein marxistischer Deutungsversuch. In: S. Laturner, B. Schön (Hg.), Jugendarbeitslosigkeit. Reinbek b. Hamburg. S. 62-70.
Piven, F. F., R. A. Cloward 1977: Regulierung der Armut. Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt. Frankfurt (Orig.: 1971).
Poulantzas, N. 1975: Klassen im Kapitalismus – heute. Westberlin.
Prognos Report Nr. 7: Die Bundesrepublik Deutschland 1980 - 1985 - 1990. Basel 1976.
Redaktionskollektiv „express": Spontane Streiks: 1973, Offenbach 1974.
Röchling, P. 1961: Die eisenschaffende Industrie an der Saar im Montandreieck. Kiel.
Röper, B. 1974: Rationalisierungseffekte der Walzstahlkontore und der Rationalisierungsgruppen, Berlin.
Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Zeit zum Investieren, Jahresgutachten 1976/77.
Saterdag, H. 1975: Situationsmerkmale von Arbeitslosen Anfang 1975 und Voraussetzungen für die Aufnahme einer neuen Beschäftigung. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 8, S. 136-148.
Schaile, U. 1976: Der Arbeitskampf der Druckarbeiter in der Tarifrunde 1976. In: Probleme des Klassenkampfes, 24, S. 3-25.
Scharpf, F. W. 1974 Krisenpolitik. In: P. v. Oertzen/H. Ehmke/H. Ehrenberg (Hrsg.): Thema Wirtschaftspolitik. Bonn-Bad Godesberg.
Scharpf, F.W. 1976: Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, Entwicklung und Perspektiven. In: Krise und Reform in der Industriegesellschaft, Protokoll der IG Metall-Tagung, Frankfurt/M.
Schatz, K. 1976: Zum sektoralen und regionalen Strukturwandel in der BRD. In: WSI-Mitteilungen, 11, S. 653 ff.
Schmid, G. 1977. Zum Problem der ‚strukturellen Arbeitslosigkeit', WZB discussion papers.
Schröder, D. 1976: Regionale und sektorale Strukturpolitik als Beschäftigungspolitik. In: IG Metall, a.a.O., Bd. 2, S. 205 ff.
Schwartz, M., G. Henderson 1965: The Culture of Unemployment: Some Notes on Negro Children. In. A. B. Shostak, W. Gomberg (eds.), Blue-Collar World. Englewood Cliffs. S. 467-476.
Stahlkrise und Arbeitslosigkeit an der Saar. In: express Nr. 5, 17.5.1977.
Sykes, A. J. M. 1965: Some Differences in the Attitudes of Clerical and Manual Workers. In: Sociological Review, 13, S. 297-310.

Tennstedt, F. 1976: Zur Ökonomisierung und Verrechtlichung in der Sozialpolitik. In: A. Murswieck (Hg.), Staatliche Politik im Sozialsektor. München. S. 139-165.
Volmerg, U. 1976: Zum Verhältnis von Produktion und Sozialisation am Beispiel industrieller Lohnarbeit. In: T. Leithäuser, W. R. Heinz (Hg.), Produktion, Arbeit, Sozialisation. Frankfurt. S. 105-127.
Wacker, A. 1976 a: Arbeitslosigkeit als Sozialisationserfahrung – Skizze eines Interpretationsansatzes. In. Th. Leithäuser, W. R. Heinz (Hg.), Produktion, Arbeit, Sozialisation. Frankfurt. S. 171-187.
– 1976 b: Arbeitslosigkeit. Frankfurt.
Wacker, A., G. Paul 1975: Der Zumutbarkeitsbegriff des Arbeitsförderungsgesetzes oder ein Lehrstück der Widersprüche von Reformen im Sozialstaat. In: Kritische Justiz 8, S. 339-356.
Wagner, W. 1976: Verelendungstheorie – die hilflose Kapitalismuskritik. Frankfurt.
Wolter, E. 1974: Strukturelle Anpassungsprobleme der westdeutschen Stahlindustrie. Tübingen.
Zeh, A. 1977: Krise der Stahlindustrie in den kapitalistischen Ländern. In: IPW-Berichte 7.

Alfred Frosch
Mikroprozessoren – zentrale Technologie einer umfassenden Rationalisierung

Die widersprüchliche Enwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse wird in der gegenwärtigen Akkumulationsphase besonders deutlich. Die wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse und ihr Transfer in alle gesellschaftlichen Produktionsbereiche zur Produktivitätssteigerung hat zwar – wie jeder technische Fortschritt – den Ersatz manueller und geistiger Arbeit zur Folge, doch, so scheint es, kann die substituierte menschliche Arbeitskraft nicht mehr durch Mehrproduktion beschäftigt oder in anderen gesellschaftlichen Bereichen eingesetzt werden. Da Kompensation nicht mehr möglich erscheint, ist ein qualitativer Unterschied der realen Auswirkungen des technischen Fortschritts innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Produktion gegenüber bisheriger technologischer Entwicklungen erkennbar.

Die moderne Technologie in Form der Mikroelektronik ist als universelles Ratinalisierungsinstrument sowohl in der unmittelbaren Produktion, wie auch in den ihr vor- bzw. nachgelagerten Bereichen anwendbar. Die Automation in nahezu allen Bereichen der Produktion und Verwaltung, im Industrie- und Dienstleistungssektor, wird möglich durch den Einsatz elektronischer Steuerungs- und Rechenelemente in Gestalt von Mikroprozessoren.

Für eine umfassende technische Innovation durch dieses elektronische Rationalisierungsmittel spricht der damit verbundene geringe Investitionsaufwand. Ursache dafür ist u.a. das kostengünstige Preis/Leistungsverhältnis der Elektronik, bei Steigerung der Produktionskapazität und -flexibilität. Auf dieser Grundlage läßt sich die Zahl der Steuerungs- und Regelungsfunktionen und -vorgänge stark ausweiten, was aber dann bei dieser Technologie in ihrer Anwendung hohe maschinelle und organisatorische Umstellungskosten verursacht. Voraussetzung für ihren rationellen Einsatz ist eine weitgehende Standardisierung und Vereinfachung von Arbeits- und Informationsverarbeitungsprozessen. Fortschritte in der Steuerungs- und Regelungstechnik ermöglichen die Automation besonders der Klein- und Mittelserienfertigung (kleine Losgrößen mit komplexem Steuerungsaufwand). An die Stelle der Kontrolle und Steuerung durch die menschliche Arbeitskraft tritt die Kontrolle, Steuerung und Koordination mittels elektronischer Systeme.

Da auch die betriebliche Informationsverarbeitung automatisierbar wird, nimmt die Möglichkeit der Arbeitsplatzerhaltung durch innerbetriebliche Umsetzung ab. Der umfassende Rationalisierungseffekt verengt die Weiterbeschäftigung der Arbeitskräfte bei Umstellungsmaßnahmen auf neue Technologien in der betrieb-

lichen Fertigung und Beschaffung.

Der kapitallogische Zwang zur Rationalisierung durch Anwendung neuer Techniken, durch Abbau von Lohnkosten und Intensivierung der Arbeit, erhält seine ideologische Absicherung in der Begründung einer notwendigen Rationalisierung bzw. Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen zur Erhaltung und Schaffung qualifizierter Arbeitsmöglichkeiten und zur Sicherung des gesellschaftlichen Wachstums im Rahmen der Weltmarktkonkurrenz. Das fortschrittliche Element der modernen Technologie sei neben ihrer Wirtschaftlichkeit (Produktivitätssteigerung) vor allem in ihrem humanen Aspekt zu sehen: die Vernichtung von Arbeitsplätzen mit besonders unmenschlichen monotonen und repetitiven Arbeitsverrichtungen. Der Humanisierungsaspekt und die Wirtschaftlichkeit der neuen Technologie bilden so die Basis eines Zivilisationsoptimismus, der gleichzeitig „Lebensqualität" und Wachstum verheißt.

Dies ist jedoch für die Mehrheit der Betroffenen individuell nicht nachvollziehbar. Die bisherigen Auswirkungen widersprechen den euphorischen Aussagen der EDV-Technologen, die die Übernahme repetitiver und monotoner Tätigkeiten durch den Computer prophezeien, um dafür interessantere und kreativere Tätigkeiten für die Beschäftigten zu erhalten und zu schaffen.

Der Aufbau einer betrieblichen Infrastruktur auf der Grundlage der elektronischen Datenverarbeitung mit Hilfe der Mikroelektronik führt zu einer systematischen Umorganisation des gesamten Produktionsapparates, zu sinkenden Fertigungskosten und zu verkürzten Produktionszeiten. Dem wirtschaftlichen Vorteil stehen massive soziale Folgen gegenüber: Verlust des Arbeitsplatzes, Entwertung traditioneller Qualifikationen, Auftreten neuer physischer und psychischer Belastungsmomente bei den abhängig Beschäftigten und steigende Beschäftigungsunsicherheit in den von der Elektronik unmittelbar erfaßten Produktions- und Verwaltungsbereichen. Bereits formalisierte und regelbare Tätigkeiten werden durch die Technik der elektronischen Datenverarbeitung automatisiert, wodurch sich der Zugang auch zu solchen Arbeitsaufgaben eröffnet, die noch Gestaltungsfreiräume bieten. Auch sie werden nun stärker formalisiert und damit zu Routinetätigkeiten, die zukünftig automatisierbar sind.

Mit der zunehmenden Standardisierung der Produktionstechniken und der Arbeitsprozesse und dem Zwang zur Vollauslastung der Kapazitäten entwickeln sich ebenso Möglichkeiten der direkten Leistungsmessung und Planbarkeit menschlicher Arbeit. Verstärkte Kontrolle und straffe Planung der Arbeitsprozesse verschärfen den Arbeits- und Leistungsdruck. Auch die schöpferische Tätigkeit wird dabei erfaßt. Die Orientierung menschlicher Kreativität auf die Notwendigkeiten der elektronischen Datenverarbeitung und ihre Begrenzung auf die Möglichkeiten der Elektronik stellt eine perspektivische Umkehrung dar. War sie bisher auf eine phantasievolle Problemlösung ausgerichtet, so kann sie sich nur noch in vollkommener Maschinenorientierung entfalten.

So gesehen erweist sich die moderne Elektronik als kapitalistisches Herrschaftsinstrument, das die totale Unterordnung unter die verobjektivierten Profitinteressen auf der technischen Ebene möglich macht, Arbeitsplatzgeschehen und Un-

ternehmensziel integriert.

Die Mikroelektronik mit ihrem enormen Potential zur Steigerung der Produktivität und ihrer Auswirkung auf die Arbeitsplätze und die Qualifikation beeinflußt die aktuelle Rationalisierungsdebatte. Vor diesem Hintergrund und angesichts der jüngsten Tarifbewegungen um den Rastertarifvertrag im Druckgewerbe ist eine Positionsbestimmung notwendig. Wenn für gewerkschaftliches Handeln Positionen erarbeitet werden sollen, so genügt es nicht, einerseits die neue Technologie als Grundlage wirtschaftlichen Wachstums und internationaler Konkurrenzfähigkeit zu befürworten und anzuerkennen, andererseits aber ihre sozialen Folgen als „Jobkiller" zu geißeln.

Die Technik selbst muß aufgrund der inzwischen offensichtlich gewordenen sozialen Folgen hinterfragt, d.h. die Trennung zwischen Technik, ökonomischer Anwendung und sozialen Folgen aufgebrochen werden. Erst eine konkrete Beschäftigung mit den technischen Eigenschaften und Einsatzmöglichkeiten der neuen Technologie erlaubt eine fundierte Einschätzung und ermöglicht differenziertes Beurteilen.

Die folgende Beschreibung der technologischen Entwicklung des Mikroprozesses und seiner Anwendung soll ein Beitrag zum technischen Verständnis sein. Auf eine differenzierte Darstellung der unterschiedlichen Technologiesysteme und elektronischen Schaltungstechniken wird zugunsten der Verständlichkeit verzichtet.

1. Was ist ein Mikroprozessor?

Der Mikroprozessor (im weiteren: Mp) stellt derzeit den höchsten Entwicklungsstand in der Halbleitertechnologie (1) dar. Eine lückenlose Beschreibung ihrer Entwicklung ist nicht Ziel des Aufsatzes. Dafür sollen einige markante Stufen der technischen Entwicklung dargestellt werden, die zum Verständnis der Mikroprozessorentechnologie beitragen können.

1.1. Die Entwicklung der elektronischen Hardware (2)

Die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitungsanlagen (EDVA) ist charakterisiert durch die Steigerung der Rechengeschwindigkeit und -genauigkeit, der Zuverlässigkeit und Flexibilität. Gleichzeitig wird sie von einer weitgehenden Miniaturisierung und Integration ihrer elektronischen Bauelemente begleitet. Diese ist begründet im ökonomischen Zwang zur Verringerung der Herstellungskosten der elektronischen Bauteile, um mittels niedriger Preise und damit für die Käufer billiger Datenverarbeitungsanlagen einen breiten Absatzmarkt erschließen zu können.

---

1 *Die Halbleitertechnik nützt die physikalischen Eigenschaften von sogenannten Halbleitern zur Verarbeitung oder Übertragung von Informationen in Form elektrischer Signale. Die Halbleiter sind Kristalle (aus Silicium oder Germanium), die den elektrischen Strom besser als Isolatoren leiten, aber schlechter als Metalle. Aus den Kristallen werden Dioden (Gleichrichter) oder Transistoren (elektr. Verstärker) hergestellt, die als Bausteine sogenannter „logischer Schaltkreise" die Technik der digitalen und analogen Datenverarbeitung verbessern und beschleunigen.*

2 *Als Hardware wird die Gesamtheit der technischen Ausrüstung einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage (EDVA) bezeichnet; sie umfaßt die einzelnen Bauteile ebenso wie die für bestimmte Operationen notwendigen elektrischen Schaltungen.*

Als entscheidende Triebfeder der Elektronikentwicklung gilt die Rüstung. Die Computerentwicklung begann während des II. Weltkrieges und diente zur schnelleren Berechnung von Geschoßbahnen (Ballistikkurven, Bombenabwurftabellen; etc.), zur Steuerung und Lenkung von Fernraketen und Torpedos, zum Entschlüsseln feindlicher Codes und als Wahrnehmungssystem schnellfliegender Flugzeuge (z.B. als Radargerät).

Der in den USA entwickelte und gebaute Computer „Eniac" (Electronic Numerical Integrator and Computer) zählt als die erste Generation und war nur zur Berechnung militärischer Aufgaben eingesetzt (3).

Wichtige Impulse zur Weiterentwicklung der elektronischen Rechenanlagen kamen nach dem Kriege vor allem aus den Bereichen der Nuklearwaffentechnik (Wasserstoffbombenbau), der Bomberflugzeug- und Raumfahrttechnik.

Die Ersetzung menschlicher Wahrnehmungs-, Mess- und Steuerungstätigkeit durch geschlossene, automatische Regelsysteme zwang zur Miniaturisierung der Anlagen bzw. der verwendeten Bauteile, wenn diese z.B. in Fernbomberflugzeugen oder als selbstoptimierende Zielfindungs- und Lenkungssysteme in Interkontinentalraketen Einsatz finden sollen. Grund dafür ist die Vielzahl von Operationen, die eine Maschine für eine beim Menschen vergleichbare Aufgabenlösung benötigt. Zugleich mußte sich auch die Rechengeschwindigkeit, die Zuverlässigkeit und Vielseitigkeit steigern, um einen „blitzschnellen Vernichtungsschlag" führen zu können.

Die dafür notwendigen ungeheuren kapitalintensiven Forschungs- und Entwicklungskosten werden weitgehend durch den Staat übernommen (4).

Eine schnelle Ausweitung der Anwendung von Computertechnik außerhalb militärischer Bereiche ist aber erst möglich, wenn es gelingt, die komplexen und teuren, auf die jeweiligen spezifischen Kundenwünsche spezialisierten, elektronischen Schaltungen zur Informationsverarbeitung durch einen Universalschaltkreis zu ersetzen, d.h. mit Hilfe komplizierter Schaltungstechniken raffinierter Fertigungstechnologien elektronische Logikelemente zu entwickeln, die trotz steigender Komplexität der zu lösenden Aufgaben eine gewisse Standardisierung erlauben. Damit wären die technischen Voraussetzungen für eine gewinnbringende Massenproduktion gegeben.

Die Zentralisationsbestrebung (zentrale Leitung und Kontrolle) in der Betriebsorganisation kapitalistischer Konzerne schuf die Voraussetzung für den Einsatz von teuren Großrechnern und führte zur Vereinheitlichung und Standardisierung der Informationen, Informationsbeziehungen und Arbeitsprozesse. Eine breite Anwendung des Computers als Rationalisierungsmittel nicht nur im Verwaltungsbereich (z.B. Textverarbeitung), sondern auch in den Produktionsbereichen (z.B. Meß- und Regelungsautomatisierung) ist aber erst möglich mit dem Bau kleiner und billiger Anlagen, wobei besonders den Klein- und Mittelbetrieben die technischen und wirtschaftlichen Vorteile der EDV zugänglich gemacht werden können.

Mit der Entwicklung der Halbleitertransistoren war die Grundlage einer neuen technischen Generation der elektronischen Datenverarbeitung (Computer der 2. Generation) entstanden.

Dieses elektronische Halbleiterbauelement zeichnete sich gegenüber den bisher verwendeten Elektronenröhren durch eine Reihe verbesserter technischer Eigenschaften aus und war in der Herstellung wesentlich billiger. Die mit Transistoren und Dioden bestückten Anlagen erreichten eine um mehr als das hundertfache gesteigerte Rechengeschwindigkeit gegenüber den Elektronenröhren. Sie beanspruchen wesentlich weniger Raum und waren weit weniger störanfällig (geringer Verschleiß durch nahezu unbegrenzte Lebensdauer der Transistoren). Dennoch war dieses diskrete Bauteil (Halbleiterelement) bei komplizierten elektronischen Schaltungen bzw. entsprechend komplexer Aufgabe nicht optimal (5).

---

3 *Diese Großrechenanlage hatte ein Gewicht von ca. 30 t und war über 30 m lang. Der 1943 gebaute Rechner war mit 18 000 Elektronenröhren bestückt.*

4 *Vgl. dazu „Das Argument" – Sonderband 7, Automation in der BRD, Berlin 1975, S. 161 ff.*

5 *Besonders die Temperaturabhängigkeit bezüglich ihrer Funktionsfähigkeit war problematisch (Störanfälligkeit aufgrund von Klimaeinflüssen).*

Rationellere Fertigungstechnologien und neuartige Schaltungstechniken ermöglichten die Ablösung sogenannter „gedruckter Schaltungen“ (6) durch die Technik der „integrierten Schaltkreise“. Sie bildeten Anfang der 60er Jahre den entscheidenden technologischen Schritt zur eigentlichen Mikroelektronik.

Integrierte Schaltkreise werden auf einem Halbleiterkristall hergestellt, wobei ein Silicium-Kristall von nur ca 1 mm^2 Größe, ein sogenannter Monolith, alle Bauelemente einer Schaltkreislogik und ihre Verbindungsbahnen ohne Lötvorgänge aufnimmt. Ein derartiger Monolith (auch als Modul bezeichnet) trägt eine kleine standardisierte Baugruppe, wie sie bisher nur auf einer gedruckten Schaltung unterzubringen war.

Der inzwischen erreichte „Integrationsgrad“ läßt sich daran verdeutlichen, daß die ersten Schaltungen (sogenannte logische Gatter) nur aus etwa einem Dutzend Transistoren bestanden, heute bereits über 50 000 Transistoren auf einem Modul – als „Chip“ bezeichnet – integriert werden. Es wird damit gerechnet, daß noch bis 1980 die Integration von 1 000 000 (!) Elementen erreichbar ist (7).

Stets neue und verbesserte Fertigungstechniken zur Herstellung integrierter Computerbauteile ermöglichen diese großen Packungsdichten (8). Die Winzigkeit dieser Elemente und die Notwendigkeit äußerster Präzision bei ihrer Herstellung ist nur noch mit hochmechanisierten – automatisierten – Produktionsverfahren möglich. Die hierbei entwickelten Automatisierungstechniken sind Grundlage für die Verallgemeinerung der Automation in anderen Produktionssphären (9).

---

6 *Entstanden die bisherigen elektrischen Schaltungen durch verdrahten von einzelnen Bauelementen, wie Widerständen, Kondensatoren, Spulen, Transistoren, d.h. diese wurden mit Drähten zusammengelötet, so werden hier auf postkartengroßen Kunststoffplatten (Isolierplatten) die einzeln produzierten Bauelemente aufgesteckt und mittels eines Schwallbades verlötet. Auf den Platten sind bereits entsprechende Kupferleitbahnen aufgeätzt, die Löcher enthalten, um die Bauteile (bis zu 30 Teile) aufnehmen zu können. Die Herstellung dieser gedruckten Schaltungen verbilligte sich durch den Fortfall aller bisherigen Montage- und Lötarbeiten; die Verbindungen entstanden durch chemische Prozesse. Die Verkleinerung der Baugruppen und -elemente ließ zudem eine sichere manuelle Verlötung nicht mehr zu – automatisierte Fertigungsverfahren mußten entwickelt werden.*

7 *Vgl. VDI-Nachrichten Nr. 32/77, wobei die Fläche der Chips unter 30 mm^2 liegen soll.*

8 *Mit verschiedenen Fertigungstechnologien lassen sich unterschiedliche Verkleinerungen der Chipgrößen bei gleichen Schaltfunktionen erzielen, wobei jedoch die Leistungsaufnahme und Verarbeitungsgeschwindigkeit eingegebener Signale variieren.*

Eine schon standardisierte Schaltkreistechnik ist die MOS-Technik (Metal Oxid Semiconductor). Der Fertigungsprozeß verläuft dabei so, daß zunächst eine Halbleiterscheibe (Silicium) mit einer Oxidschicht überzogen wird. Mit Hilfe von phototechnisch, mit hoher Präzision hergestellten „Masken“ ätzt man diese Oxidschicht an bestimmten Zonen wieder weg. Durch genau dotiertes Eindiffundieren von Zusatzstoffen an den freien Stellen werden dann wahlweise Transistor-, Widerstands- oder Kondensatoreneigenschaften erzeugt. Die notwendigen Verbindungsbahnen entstehen durch Aufdampfen von Leiterbahnen. Der Entwurf (Berechnung und Design) dieser hochintegrierten Systeme kann heute nur noch mit Rechnerunterstützung geleistet werden. (Vgl. VDI-Nachrichten Nr. 48/77)

Packungsdichte ist die Anzahl der Einzelelemente, die auf einem Chip zusammengefaßt sind. Grundlage dafür sind unterschiedliche Integrationstechniken, wobei die heute praktizierte LSI-Technologie (Large Scale Integration = Großintegration) die fortschrittlichste ist. Vgl. Matthöfer, H.; Prommer, A., Die Industrie im Zeichen der elektronischen Großintegration; Siemens AG (Hrsg.), Berlin-München 1975.

9 *Besonders die Verfahren zur Automatisierung von Mess- und Regelsystemen und die Steuerung von automatisierten Produktionsprozessen werden für andere Produktionsabläufe grundlegend sein. (Z.B. die elektr. Prüfautomaten mittels computergesteuerter*

Mit der Halbleitertechnologie wird auch die Technik der Datenspeicherung verändert. Der Magnetspeicher, als Ablösung der Elektronenröhre, kann durch den Halbleiterspeicher verbessert und ergänzt werden. Damit läßt sich sowohl die interne Arbeitsspeicherkapazität des Rechners steigern, als auch die Zugriffszeit zu den gespeicherten Informationen (kleinste Dateneinheit: „bit") minimieren bzw. die Rechengeschwindigkeit erhöhen.

Zum besseren Verständnis sei hier kurz der Aufbau einer Rechenanlage skizziert, dessen Konzeption sich bis heute nicht veränderte.

Jede EDVA arbeitet nach dem Prinzip, daß bestimmte Daten in sie eingegeben werden und diese – gemäß im Programm (Software) festgelegten Anleitungen – verarbeitet werden. Das Ergebnis wird wiederum in Datenform ausgegeben. Diese schematische Grundstruktur hat ihre Entsprechung in den einzelnen Komponenten der Computeranlagen.

Zentraleinheit und periphere Einheiten bilden eine EDVA. In der Zentraleinheit sind das Rechenwerk, das Steuer- oder Leitwerk und der interne Arbeitsspeicher zusammengefaßt (10). Zur Peripherie zählt man die Programmbbliothek (sogenannte Software: Organisations- und Übersetzungsprogramme, Betriebssysteme, Testhilfen) und die Bedienungseinheiten (11). Der interne Arbeitsspeicher, dessen Speicherkapazität ein Maß der Leistungsbeurteilung von Computern ist, wird ergänzt durch externe Speichermedien in Form von Magnetbändern, -trommeln und -platten, auf denen einige Millionen Daten gespeichert werden können. Durch Auswechseln der einzelnen Speichereinrichtungen ist praktisch eine unbegrenzte Speicherkapazität erreichbar und damit ein Moment des flexiblen Rechnereinsatzes.

Wenn es auch der Halbleitertechnologie gelang, tausende von Transistoren auf einem winzigen Silicium-Kristall zu integrieren, so konnten diese hochintegrierten Schaltungen nur anwendungsspezifisch entworfen und speziell eingesetzt werden. Für jeden kundenspezifischen Anwendungsfall (z.B. Lohnabrechnung, Maschinensteuerung) war eine eigene integrierte Schaltung notwendig, die trotz weitgehender Automation einen großen Zeitaufwand der Entwicklung erforderte und in kleinen Stückzahlen unrationell gefertigt werden mußte. Das erlaubte nur geringe Stückzahlproduktion dieser elektronischen Bauteile. Die damit gebauten Computer, sogenannte „Minicomputer" (12), repräsentieren ausgereifte Technik der Datenverarbeitung (Eigenschaften wie hohe Rechengeschwindigkeiten, geringe Störanfälligkeit, leichte Wartung und Reparatur und flexibler Einsatz – auch als Prozeßrechner – zeichnen diese Geräte aus), sind aber für den Anwender mit hohen Fixkosten verbunden (13). Eine starke Abhängigkeit der Anwender von der Programmiertechnik (Software) des jeweiligen Geräteherstellers bremste einen breiten Einsatz des Computers.

Mit der Entwicklung der Mikroprozessoren erzielte hier die Halbleiterindustrie einen *technologischen* wie auch *ökonomischen* Durchbruch. Im Rahmen der LSI-Technologie gelang es

---

Tests (120 Tests in 1 Sek.) oder opto-elektronische Einrichtungen zur Automatisierung von Industrie-Roboter-Greifvorrichtungen.)

10 *Im Arbeitsspeicher befindet sich das Programm (Software), das den Ablauf der Daten-Verarbeitung bestimmt. Das Steuer- oder Leitwerk interpretiert die einzelnen Programminstruktionen und überwacht (steuert) die Ausführung der Operationsanweisungen. Das Rechenwerk – als arithmetische und logische Einheit – (ALU = arithmetical and logical unit) löst die eigentlichen arithmetischen und logischen Aufgaben und führt entsprechende Operationen oder logische Entscheidungen durch.*
Rechenwerk und Leitwerk werden auch als „Prozessor" (CPU = Central Processing Unit) bezeichnet. (Vgl. Davidson, C.H.; Koenig, E.C., Computers – Introduction to Computers and Applied Computing Concepts, New York 1967, S. 17).

11 *Dazu gehören zur Dateneingabe die Bedienungsschreibmaschine und zur Datenausgabe entweder ein Drucker oder ein Sichtgerät.*

12 *Diese Geräte werden als 3. Computer-Generation bezeichnet.*

13 *Besonders in der Klein- und Mittelindustrie begrenzen die hohen Gesamtinvestitionen und die Überdimensionierung der Geräte für die dort anfallenden Aufgaben den Einsatz der EDV-Technik (vgl. Fleischmann, G.; Halbleitertechnologie – eine Chance für die mittelständische Industrie, in: Rationalisierung, Heft 4/1977, S. 81 ff.)*

Anfang der siebziger Jahre Rechen- und Steuerwerk eines Computers auf einem Chip zu integrieren. Wegen der beschränkten Leistungsfähigkeit dieses Bausteins entstand der Begriff „Mikroprozessor" (14). Dieses Bauelement mit der Integration einer vollständigen CPU (Prozessoreinheit eines Computers) ist standardisiert und universell einsetzbar und läßt sich nun auch in großen Stückzahlen produzieren. Die rasche Weiterentwicklung des Mikroprozessors (Mp) vermag man daraus ersehen, daß es von der ersten Generation bis zur dritten Generation (1976) nicht einmal sechs Jahre dauerte und heute Rechengeschwindigkeiten möglich sind, die denen der Minicomputer entsprechen. Für die weitere Entwicklung dieser elektronischen Bauteile rechnet man mit einem Innovationszyklus von zwei bis drei Jahren (15).

Für sich alleine ist der Mp nicht arbeitsfähig. Er benötigt zusätzliche Bauteile, die den Programmablauf speichern und die Ein- und Ausgabe der Daten ermöglichen. Im Unterschied zum festverdrahteten Logiknetzwerk aus vielen Transistoren läßt sich durch Ändern des Programms das logische Verhalten des Mp schnell den Bedürfnissen anpassen – was man bei einem herkömmlichen Netzwerk aus Logikbausteinen nicht konnte. Mit dieser sogenannten freien Programmierbarkeit steht der Mp für eine Vielfalt von Anwendungsfällen zur Verfügung ohne technischen Mehraufwand und Fertigungsumstellung. Wird der Mp mit einem Halbleiterspeicher, einer Stromversorgung und peripheren Eingabe- und Ausgabe-Einheiten ergänzt, so bildet dieses System einen „Mikrocomputer" (16).

Die Zentraleinheit bestehend aus Arithmetik- und Logikeinheit, Arbeitsspeicher und Kontrolleinheit eines Mikrocomputers bezeichnet man also mit Mikroprozessor.

1.2. Die Anpassung des Mikroprozessors an spezielle Aufgaben durch Software.

Der Mikroprozessor bzw. Mikrocomputer (ohne Peripherie-Einheiten kaum größer als ein Schuhkarton) ist erst nach einer entsprechenden Programmierung in der Lage, digitale Informationen zu verarbeiten. Die Gesamtheit aller Anweisungen (Ablaufschritte) für die Lösung eines Problems bezeichnen dabei das Programm. Ergänzt durch ein Betriebssystem (17) bilden diese zusammen die Software. Mit ihr geschieht die Anpassung eines universellen Mp an den jeweiligen Anwendungsfall (z.B. als Steuerungs- oder Rechenelement). Die damit erreichte Flexibilität ist durch

---

14 *Die Rechengeschwindigkeit war etwa 50 - 100mal langsamer als die üblicher Minicomputer; auch stand nur ein begrenzter Befehlsvorrat (Speicher) zur Verfügung. Häufig werden die Begriffe „Mikroprozessor", „Mikrocomputer", „Minicomputer" synonym gebraucht. Eine begriffliche Abgrenzung wird hier nicht vorgenommen; doch soll der Begriff „Mikroprozessor" nur im Zusammenhang als Bauteil eines Mikrocomputers verwendet werden. (Vgl. Diehl, W., Mikroprozessoren und Mikrocomputer, Würzburg 1978, S. 9)*

15 *D. h. maximal alle drei Jahre ist eine neue Technologie entwickelt worden, die die vorangegangene an Leistungsfähigkeit in Bezug auf die Integration, Packungsdichte und Datenverarbeitungsgeschwindigkeit übertrifft. Diese Innovationsgeschwindigkeit wird noch beschleunigt durch die weltweit bestehenden Überkapazitäten der Bauelementehersteller, die zu einem starken Konkurrenzdruck führen (vgl. Niess/Rock/Schlauch; Mikroprozessoren und Mikrocomputer, RKW-Studie (1. Teil), Frankfurt/Main 1976, S. 18).*

16 *Diese kleinen und äußerst leistungsfähigen Geräte (entsprechend den Anforderungen mit einem oder mehreren Chips und unterschiedlichen Speicherelementen bzw. -kapazitäten ausgelegt) unterscheiden sich heute vom Minicomputer nur noch in der Größe und im Preis. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Mikrocomputer nur das Hardware-System darstellen, während für Minicomputer auch ein umfangreiches Software-Angebot mit zur Verfügung steht.*
Nach Hoffman beträgt der Preis der Mikrocomputer nur noch ein Zehntel eines Minicomputers; ca. 2000 US-Dollar. (Vgl. Hoffman, Mini- und Mikrocomputer, in: Angewandte Informatik, Heft 10 1977, S. 451).

17 *Es umfaßt das Programmsystem, das computerinternen Abläufe steuert und enthält Programmteile, die das Programmieren und Testen durch den Bediener erleichtern.*

die Funktionstrennung von Hardware und Software erst möglich geworden. Diese Trennung war aber auch Voraussetzung der Integrationstechnik in der Hardware (z.B. der LSI-Technik) und der damit realisierbaren Massenproduktion.

Da die Programmierung, bzw. die Software, gegenüber der Hardware einen immer größer werdenden Kostenfaktor darstellt, gewinnt die Programmierung an Bedeutung. „Allgemein ist festzustellen, daß die Entwicklung auf dem Software-Sektor mit der raschen Hardware-Entwicklung nicht schritthalten konnte. Es fehlen vor allem geeignete Software-Hilfsmittel, um anwendungsspezifische Software rationell zu entwickeln.“ (18)

Rationalisierung der EDV durch Standardisierung von Programmen (bzw. Programmiertechniken), Vereinheitlichung der Programmsprachen und Aufbau kompatibler Software-Pakete (komplette, anwendungsspezifische Programme; Unterprogramme für bestimmte Anwendungsprobleme) sollen diesen Engpaß überwinden. Die Folge wird eine Normierung von zu steuernden Arbeitsprozessen bzw. Umwandlung bestimmter produktionsorientierter Fertigungsabläufe auf das Niveau der Digitalelektronik sein.

1.3. Billiger Elektronik-Baustein

Um die Durchsetzungsmöglichkeiten der neuen elektronischen Technik in verschiedenen Industriezweigen zu prognostizieren, wird besonders der Preisverfall bei den Mp hervorgehoben und damit die Einmaligkeit und das Revolutionäre dieses technologischen Fortschritts begründet. Als etwas völlig neues und unterscheidbares gegenüber sonstigen Innovationen sei dabei, daß eine leistungsfähigere Technologie nicht teurer, sondern stets billiger angeboten würde.

Dieses Preisphänomen ist technisch wie auch ökonomisch erklärbar. Da die Packungsdichte, d.h. die Anzahl der realisierten Funktionen, durch die Miniaturisierung und die Großintegration stark zugenommen hat, bei gleichbleibendem oder ähnlichem Materialbedarf und nur geringfügigem Fertigungsmehraufwand, verläuft die Entwicklung für die Funktionssteigerung exponentiell. Dabei wird die Grundeinheit, der Schaltkreis, nur unwesentlich teurer, und durch die exponentielle Mehrung der in ihr enthaltenen Funktionen ergibt sich eine enorme Verbilligung in der Herstellung. Die automatisierte Produktion und vor allem die Funktionstrennung von Hardware und Software und die damit erreichbare Massenproduktion der elektronischen Logikelemente bilden weitere Faktoren des Preisverfalls (20).

Aber auch die großen Produktionskapazitäten der Elektronikhersteller, die nicht ausgelastet sind, wirken sich auf die Preisgestaltung aus, sowie die staatlich subventionierte Forschung und Entwicklung der Mikroelektronik (Weltraumtechnik, Nuklearwaffen etc.).

Mit der enormen Verbilligung der Elektronik-Bauteile, verbunden mit immer günstigeren Preis/Leistungsverhältnissen, erhoffen sich die Elektronikhersteller einen breiten Absatzmarkt in allen Bereichen der Produktion, wo Steuerungs- und Rechenaufgaben zu den Fertigungseigenschaften gehören. Allein in Westeuropa soll sich der Absatz von Mp bis 1985 auf das 50-fache erhöhen.

Hauptanwendungsbereich der Mikrocomputer bleibt auch weiterhin die Daten- und Kommunikationstechnik. Daneben wird es aber eine Fülle anderer Anwendungsgebiete geben, wobei zum einen mechanische Funktionsträger durch elektronische Funktionen substituiert (z.B. ersetzt ein elektronischer Chip 936 mechanische Teile eines herkömmlichen Fernschreibers), zum anderen völlig neue Anwendungsmöglichkeiten erschlossen werden. Das Eindringen

---

18 Niess/Röck/Schlauch, a.a.O., S. 23.

19 Vgl. Fleischmann, G., a.a.O., S. 81.

20 Innerhalb von 15 Jahren verbilligte sich eine Halbleiterschaltung um den Faktor 1000. Anschaulicher erklärt sich das ein Betriebsrat: „Ein Volkswagen, der vor dem gleichen Zeitraum 5000 DM kostete, dürfte – hätten wir im Automobilbau die gleiche Kostenreduktion wie in der Halbleitertechnik – heute nur noch 5 DM kosten“. (Glöck, M. in: Technologischer Wandel und Rationalisierung, hrsg. DGB Mainz 1977).

der Elektronik in den tertiären Sektor (Handel, Banken, Dienstleistungen etc.), in die medizinische Technik, in die Haushaltstechnik und Unterhaltungselektronik wie auch in die Automobiltechnik werden als Anwendungsbereiche genannt. Der Schwerpunkt aber des sich anbahnenden technischen Strukturwandels ist die Möglichkeit der elektronischen Steuerung industrieller Prozesse, d.h. der Möglichkeit zur Automatisierung. Durch die freie Programmierbarkeit der elektronischen Schaltungen ist ein flexibler Einsatz möglich, ohne daß dabei besonders in der Klein- und Mittelserienfertigung ein technischer Mehraufwand oder eine Fertigungsumstellung erforderlich werden. Prozeßautomatisierung und damit bedingte Arbeitsplatzvernichtung sind so auch Beginn einer Entwicklung, deren Tragweite noch gar nicht eingeschätzt werden kann (22). Wobei die zukünftige Lage der anhängig Beschäftigten – meist Facharbeiter und mithin der Kern der Mitgliedschaft der Industriegewerkschaften – sich tendenziell verschlechtern wird.

2. Ein Anwendungsbeispiel: Mikroprozessoren steuern Werkzeugmaschine

Ein Beispiel aus dem Bereich des Werkzeugmaschinenbaus soll demonstrieren, welche Einsatzmöglichkeit sich dem Mikrocomputer (Mikroprozessor) eröffnet. Dieser Industriezweig wurde gewählt, weil von ihm die meisten Arbeitsplätze in der Bundesrepublik abhängen und seine Exportorientierung ihn zwingt, durch technisch hochwertige Produkte die am Weltmarkt erreichte Stellung zu erhalten und auszubauen.

Werkzeugmaschinen lassen sich je nach ihrer Fertigungsart klassifizieren (spanlose, spangebende und Nichtmetall-Bearbeitung) und aufgrund ihres Verwendungszwecks in der Produktion unterschiedlich typisieren (als Vielzweckmaschinen – auch Universalmaschinen – mit verschiedenen Bearbeitungsmöglichkeiten; als Einzweckmaschine mit gleichartiger Werkstückbearbeitung). Die Steuerung (Einstellen bestimmter Größen) und Regelung (Einhaltung der angesteuerten Größen) der Werkzeugmaschinen veranlassen Einzelfunktionen und/oder Bewegungsfolgen von Werkzeugmaschine und Werkstück. Im Gegensatz zu konventionellen, d.h. handgesteuerten Werkzeugmaschinen erfolgt die Steuerung sogenannter NC-Maschinen (Numerical Control = numerisch gesteuerte Werkzeugmaschine) automatisch. Die für die Bearbeitung des Werkstücks erforderlichen Maschinenbefehle wie Schnittgeschwindigkeiten, Vorschübe, Werkzeugwahl sind in verschlüsselter Form (Zahlenwerte als Eingabeinformation) im sogenannten Befehlsgeber – meist ein Lochstreifen oder Magnetband – enthalten. Sie gelangen über ein Lesegerät in den Steuerungsteil der Maschine, werden umgesetzt und an den entsprechenden Maschinenteil zur Ausführung weitergegeben (23).

Der Befehlsträger, der in der Regel in der Arbeitsvorbereitung hergestellt (programmiert) wird, kann bei hochwertigen Maschinen neben der Wegesteuerung von Werkstück und Werkzeug auch Befehle zur Meßsteuerung (24) enthalten. Je umfangreicher die Informationen zur Steuerung und Regelung der Maschinen sind, desto aufwendiger wird ihre Bereitstellung. Zeitlicher Aufwand der Steuerungsvorbereitung, erhebliche Anforderungen an die betriebliche Fertigungsorganisation und hohe Anschaffungskosten (25) kennzeichnen so den Einsatz von NC-Maschinen.

Dem stehen jedoch schnelle und genaue Fertigung auch komplizierter Teile (geringe Durchlaufzeit der Werkstücke, minimale Umrüstzeit der Maschine), flexibler Einsatz durch leichtes Auswechseln des Informationsträgers, einfache Bedienbarkeit der Maschine gegenüber.

---

22 *Der damit verbundene Strukturwandel enthält eine permanente Besonderheit insoweit, als zusätzliche Forderungen für Funktionen und Komfort auf der elektronischen Ebene leicht und billig erfüllt werden können.*

23 *Vgl. Dubbel – Taschenbuch für den Maschinenbau, Berlin-Heidelberg-New York 1970, S. 739.*

24 *Auch Anpaßsteuerung – die Maschine vergleicht gemessene Ist-Werte mit den Soll-Werten und führt gegebenenfalls Korrekturen der Werkzeugposition durch.*

25 *Gegenüber konventionellen Werkzeugmaschinen sind NC-Maschinen bis zu 10mal teurer.*

Die Entwicklung der Halbleitertechnologie beeinflußte auch die Steuerungs- und Regelungstechniken an der Werkzeugmaschine; es konnten immer umfangreichere Steuerungsaufgaben bewältigt werden, was stets auch Produktivitätssteigerungen zur Folge hatte. Durch den Einsatz von Kleinrechnern (Minicomputern) war die Ablösung sogenannter festverdrahteter Schaltsysteme möglich geworden. Computergesteuerte Werkzeugmaschinen wurden als CNC-Systeme bezeichnet (26). Diese waren aber wegen hoher Investitionskosten nur bei sehr komplexen Steuerungen wirtschaftlich einsetzbar.

Mit der Entwicklung der Mikroprozessoren bzw. der Mikrocomputer lassen sich nun Steuerungs- und Regelsysteme konzipieren, die frei programmierbar (27) und wesentlich billiger und wartungsfreundlicher sind als festverdrahtete Steuerungen konventioneller NC-Systeme. Darüberhinaus liegt der Vorteil dieser sogenannten M-CNC-(Mikrocomputer Numerical Control) -Steuerung in seiner Flexibilität und der einfachen Handhabung bzw. Programmierung. Bei gleichbleibender Hardware lassen sich weitere produktivitätssteigernde Eigenschaften der Maschinen mittels entsprechender Programmierung erreichen. Durch die Verfügbarkeit billiger Halbleiterspeicher kann die Steuerung bei geringem Aufwand immer mehr Maschinenfunktionen verwirklichen bzw. es lassen sich bisherige mechanische/manuelle Steuerungen durch kostengünstige elektronische Bausteine substituieren (28). Mit der Mikrocomputer-Steuerung ist auch der Aufbau „übergeordneter DNC- (Direct Numerical Control) -Systeme" (29) möglich. Damit sind die technischen Voraussetzungen der Integration von Werkzeugmaschinen in eine automatische Fertigung gegeben (30).

Die preisgünstige elektronische Hardware und das zu Billiglösungen geeignete maschinenbautechnische Baukastenprinzip bewirken eine starke Verbilligung der Werkzeugmaschinen (31). Die elektronische Steuerung und die Verbesserung des maschinellen Aufbaus, verschleißfestere Werkzeuge und rationelle Auf- und Abspannvorrichtungen für die Werkstücke lassen Produktivitätssteigerungen von 50 bis 200 % erreichen (Herstellerangaben).

Ein wichtiger technischer Aspekt für die Beurteilung der Qualifikationsentwicklung der Beschäftigten ist die Bedienung und Programmierung der M-CNC-Maschinen. Wesentliche Vereinfachung und der Versuch einer Standardisierung der Programmsprachen bzw. der Steuerungspakete kennzeichnen die Software-Entwicklung. Dabei ist bedeutend die Möglichkeit der „Vor-Ort-Programmierung", bei der der Bedienungsmann Befehle bzw. Arbeitsabläufe über eine Bedienungseinheiten direkt an der Maschine eingeben kann (32).

---

26 *„Computer Numerical Control"-Systeme waren als erste Automatisierungsstufe konzipiert, zeichneten sich durch Produktivitätssteigerung und als flexibles Rationalisierungsinstrument aus.*

27 *Auch werkstattnahe Programmierung; damit wird der für die konventionelle NC-Fertigung erforderliche organisatorische Aufwand in der Arbeitsvorbereitung eliminiert, zugleich kann die Maschine während des Bearbeitungsvorganges korrigiert werden bzw. Bearbeitungsvorgänge optimiert werden.*

28 *So werden z.B. aufwendige Ausgleichs-Zahnradgetriebe zur Maschinensteuerung durch Funktionsverlagerung in den Mikroprozessor ersetzt; damit weniger störanfällige und wartungsaufwendige Teile in der Werkzeugmaschine, was einen Faktor der Verbilligung darstellt.*

29 *Hierbei werden mehrere CNC-Werkzeugmaschinen zusammengefaßt und von einem Prozeßrechner gesteuert. (Vgl. Werkstatt und Betrieb, Nr. 5/77, S. 278).*

30 *Vgl. Auer, B.H., Flexible Fertigungszellen für automatisierte Fabriken; in: Werkstatt und Betrieb, Nr. 10/77, S. 707 ff.)*

31 *Große Preisunterschiede zwischen konventionellen Werkzeugmaschinen und M-CNC-gesteuerten bestehen heute kaum mehr.*

32 *Damit kann die M-CNC-Werkzeugmaschine auch in Kleinbetrieben eingesetzt werden, auch wenn dort weder eine Arbeitsvorbereitung oder ein Programmierbüro existieren. Bisherige Facharbeiter werden zu „Software-Technikern" umgeschult. Da der eigentliche Maschinen- bzw. Produktionsablauf selbsttätig ist, wird Intensivierung der Arbeit durch*

Die einfache Bedienung und Programmierung der M-CNC-gesteuerten Werkzeugmaschine hat eine drastische Dequalifikation der in diesem Bereich tätigen Facharbeiter zu Folge. „Der Facharbeiter, der durch seine Ausbildung in der Lage war, eine Werkzeugmaschine manuell bedienen zu können, wird überflüssig. An seine Stelle tritt eine Hilfskraft, die lediglich die Maschinen beschicken muß." (33)

Um eine rationelle Nutzung der modernen Werkzeugmaschinen zu realisieren, müssen auch die der unmittelbaren Produktion zeitlich vorgelagerten Fertigungsbereiche den Erfordernissen der Mikroelektronik bzw. der NC-Technologie angepaßt werden. Besonders die Bereiche der Materialbeschaffung, Konstruktion und Arbeitsvorbereitung werden auf diese technischen und organisatorischen Bedingungen ausgerichtet und in die Technik der Datenverarbeitung einbezogen. Durch dezentralen Computereinsatz (Terminal) am Arbeitsplatz zur Abwicklung organisatorischer und Unterstützung kreativer Tätigkeiten reduzieren sich Routinetätigkeiten in Konstruktion und Arbeitsvorbereitung und vermindern sich die Arbeitsplätze. Wobei in einer bestimmten Übergangszeit bei der Umstellung auf neue Technologien sich der organisatorische Aufwand in Arbeitsvorbereitung und Programmierung der Werkzeugmaschinen kurzfristig erhöht, langfristig jedoch durch Beherrschung der Elektronik und Erfahrung in der Produktionssteuerung sich auch hier Personaleinsparungen durchsetzen.

Rechnerunterstützte Konstruktion und automatisierte Arbeitsvorbereitung lassen Rationalisierungseffekte bis zu 80 % der ursprünglichen Vorbereitungszeit erreichen (34).

Fertigungsplaner und Arbeitsvorbereiter – überflüssig geworden – können dann nur schwer in anderen Unternehmensbereichen beschäftigt werden, da diese bereits hochautomatisiert sind.

Wie die Entwicklung der Anwendung der Mikroprozessoren/Mikrocomputer als Rationalisierungsmittel und potentielle Möglichkeit der Steuerungs- und Prozeßautomatisierung sich durchsetzen wird, kann noch nicht beantwortet werden.

Wird sich der Einsatz des Mikroprozessors „zwangsläufig" durchsetzen, weil durch diese neue Technologie eine große Zahl bisheriger Technologien oder Problemlösungen obsolet werden?

Bleibt die „Eigengesetzlichkeit" der Technologie-Entwicklung, auch wenn es sich abzeichnet, daß Mikroprozessoren Arbeitskräfte in großem Umfang beschäftigungslos machen?

Mehrmaschinenbedienung möglich. „Humanisierung" der Arbeitsplätze mit „Job-Enrichment-Systemen" läßt weitere Rationalisierungsvorteile erhoffen. (Vgl. „manager magazin", Nr. 9/1977, S. 55 f.)

33 *Niess/Röck/Schlauch, a.a.O., S. 33.*

34 *Vgl. Opitz, H., Auslegung und Nutzung rechnergesteuerter Fertigungssysteme, Essen 1971*

Wolfgang Roos/Boris Penth
Rationalisierung bei der Deutschen Bundespost (1)

Ähnlich dem öffentlichen Dienst insgesamt sind auch bei der Deutschen Bundespost (DBP) die Beschäftigten seit Mitte der 60er Jahre einer verschärften Rationalisierungswelle ausgesetzt. Der folgende Artikel untersucht die sozio-ökonomischen Grundlagen dieses Prozesses, skizziert seine wichtigsten Formen und diskutiert Ansatzpunkte der Gegenwehr.

1. Die sozio-ökonomischen Ursachen der Rationalisierung bei der Bundespost

Der Druck zu Rationalisierung und Ökonomisierung im öffentlichen Dienst entspringt wesentlich aus der Beziehung zwischen staatlichem Bereich und dem Reproduktionsprozeß des Kapitals. Um die Triebkräfte und Verlaufsformen der Rationalisierungsvorgänge sowie der Unternehmensreform bei der DBP zu bestimmen, ist es daher notwendig, zunächst die gesamtgesellschaftliche Funktion der Post zu umreißen.

1.1. Zur Stellung der Bundespost im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß (2)

Die DBP ist mit einer Bilanzsumme von 74.8 Milliarden DM (1974) und über einer halben Million Beschäftigten das mit Abstand größte Unternehmen in der Bundesre-

---

1 Ein erstes Manuskript für einen Artikel zur Postverfassungsreform wurde 1975 gemeinsam mit Ulrich Grothus erarbeitet. Seine Examens-Arbeit leistete uns auch bei der endgültigen Überarbeitung wichtige Hilfestellung (U. Grothus, Der Wandel gewerkschaftlicher Politik am Beispiel der Deutschen Postgewerkschaft, politolog. Diplom-Arbeit, FU Berlin Frühjahr 1976; siehe v.a. Abschnitt 3 und 5).
Unter „Rationalisierung" werden von uns alle diejenigen Maßnahmen erfaßt, die technologische oder/und organisatorische Veränderungen in den Arbeitsprozessen implizieren und die darauf abzielen, die Kosten-Nutzen-Relation durch eine Reduzierung des Arbeits- und Personalaufwandes je Leistungseinheit zu verbessern. Diese Definition, welche die unmittelbare Nähe der „Rationalisierung" zum Arbeitsprozeß zum begrifflichen Konstituens macht, ordnet sowohl die direkte Reduktion des Dienstangebots wie auch das gesamte Spektrum der Personal- und Materialökonomie nicht unter den Begriff der „Rationalisierung" ein. Unter „Ökonomisierung" werden im folgenden Maßnahmen verstanden, die auf eine Ersparnis an den äußeren Rahmenbedingungen des Arbeitsprozesses, des Einsatzes von Arbeitskräften und -mitteln abzielen, ohne unmittelbar und primär an den Arbeitsprozessen selbst anzusetzen.

2 Vgl. zum folgenden Abschnitt: G. Armanski, B. Penth, J. Pohlmann, Lohnarbeit im öffentlichen Dienst der BRD – Staatstreue oder Klassenkampf?, Berlin 1976, S. 92 ff.

publik Deutschland (3). Zentrale und wichtigste Aufgabe der Deutschen Bundespost bildet die Übermittlung von Nachrichten und Informationen, wobei ca. 80 % des Nachrichtenverkehrs „ausschließlich dem Wirtschaftsgeschehen" (4) dienen. Eine zweite Funktion der Post stellt der Transport von Waren durch den Paket- und Päckchendienst dar. Der dritte schwerpunktmäßige Tätigkeitsbereich besteht in der Aufbewahrung, Verrechnung und Zirkulation von Geld (5). Im Unterschied zur Monopolstellung im Brief- und Fernsprechverkehr muß die DBP beim Versand von Leichtgütern (6) und bei ihren Bankdiensten mit privaten Kapitalen konkurrieren. Z.B. transportiert die Post lediglich ein Drittel der Kleingutsendungen in der BRD (7).

Der weitaus größte Teil der Funktionen der Bundespost ist unabdingbares Element der gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion (8). Das Gros ihrer Dienstleistungen geht unmittelbar in den Verwertungsprozeß der einzelnen Privatkapitale (9) ein. Zum geringeren Teil stellen die Postdienste allgemeine Bedingungen der Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt dar. In der Mehrzahl han-

---

3 Geschäftsbericht der Deutschen Bundespost 1974, Bonn 1975, S. 111.

4 R. Stücklen, Die Deutsche Bundespost 1957 bis 1964, Starnberg 1965, S. 231.

5 Der Postscheckdienst, der umfangreichste der Geldverkehrsdienste, wurde bezeichnenderweise auf „Drängen der Wirtschaft" (1909) eingerichtet und besitzt eine „Geldsammelfunktion für die Wirtschaft". (Die Deutsche Bundespost, Ihre Leistungen und ihre Bedeutung für die Wirtschaft, Köln o.J., Text S. 67 f.)

6 Obgleich das Höchstgewicht für Postpakete bei 20 Kilogramm liegt, kommt bereits ab 10 kg die Beförderung von Paketen durch die Bundesbahn billiger, von der Konkurrenz privater LKW-Transportunternehmen ganz abgesehen.

7 Von rd. 900 Mio. Sendungen zwischen 2 und 20 kg im Jahr 1972 in der BRD entfielen 320 Mio. auf die Post, 110 Mio. auf die Bundesbahn; 140 Mio. wurden von privaten Spediteuren und die restlichen 330 Mio. mit werkseigenen Fahrzeugen befördert. Bis 1975 ging der Anteil der Post im Paketverkehr um 20 % zurück! (FAZ, Blick durch die Wirtschaft, vom 16.8.1976). Eine neue verschärfte Konkurrenz für den postalischen Paketdienst entsteht seit Sommer 1976 durch das Engagement des amerikanischen privatkapitalistischen Paketdienstes „United Parcel Service" in der BRD. (Vgl. hierzu Pressespiegel, Sonderausgabe Paketdienst, hrsg. v. Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft, September 1976).

8 Auf die logischen und historischen Gründe für die Übernahme der postalischen Dienstleistungen durch den Staat kann hier nicht eingegangen werden.

9 Schätzungen gehen bis zu 90 %. (Vgl. Gutachten über die Deutsche Bundespost, hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung, o.O., o.J., im Manuskript gedruckt, S. 42). Unseres Erachtens dürfte auf jeden Fall mehr als die Hälfte der Dienstleistungen der DBP in die Reproduktion der Einzelkapitale einfließen, was selbst durch den zu niedrigen Indikator des Gebührenaufkommens gestützt wird: Die postalischen Gebühreneinnahmen stammen nach Rittershofer, der sich auf postinterne Berechnungen bezieht, aus: Industrie 19 %; öffentliche Verwaltungen 6 %; Handel, Banken, Versicherungen 24 %; private Haushalte, Landwirtschaft, freie Berufe und Handwerk 51 %. (Werner Rittershofer, Die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung des öffentlichen Dienstes – dargestellt am Beispiel der Deutschen Bundespost, in: WSI-Mitteilungen 10/1974, S. 425). Die spärlichen Zahlenangaben schwanken allerdings stark und sind nicht gesichert. Laut „Deutsche Bundespost, Partner der Wirtschaft", in: Der Volkswirt, Beiheft zu Nr. 21/1968, S. 26, beläuft sich der Anteil der privaten Haushalte nur auf 10 %. (S. a. K. Belz, Die Belastung der gewerblichen Wirtschaft mit Post- und Fernmeldegebühren, in: Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen Nr. 13/1960, S. 490).

delt es sich hierbei um Kommunikationsmittel, die allen Gesellschaftsmitgliedern gemäß Zahlungsfähigkeit zur individuellen Reproduktion zur Verfügung gestellt und aus der individuellen Revenue bezahlt werden. Darüberhinaus schließen diese allgemeinen Funktionen einzelne Aufgaben ein, die der Staat in Ausnutzung der dezentralen Streuung von Postämtern an die DBP übertragen hat, u.a. die Auszahlung von Renten.

Aus dem Verwertungsprozeß der Einzelkapitale resultiert ein prinzipielles Interesse, die Postdienstleistungen zu ökonomisieren. Dies gilt sowohl für die Transport- und Kommunikationsarbeiten, die als „Fortdauer eines Produktionsprozesses innerhalb des Zirkulationsprozesses" (10) in der Ortsveränderung den Produkten Wert zusetzen, als auch für die Zirkulationsarbeiten, die nur indirekt als Ökonomisierung der Zirkulationskosten zur Mehrwertproduktion beitragen. Während die Kommunikations- und Transportkosten als wertbildende Faktoren in die Reproduktion der Einzelkapitale eingehen, und daher ihre Minimierung den zirkulierenden Teil des konstanten Kapitals verringert und somit die Profitrate des Einzelkapitals direkt erhöht, stellen die Zirkulationskosten faux frais der kapitalistischen Produktion, also Abzüge von Mehrwert der Einzelkapitale dar, die jedoch gleichfalls im Hinblick auf den akkumulierbaren Mehrwertteil möglichst gering zu halten sind. Die Entwicklung von Profiten und Akkumulationsfonds der Einzelkapitale ist damit auch von der Kostenstruktur in ausgelagerten Postbereichen abhängig (11), was die ständige Tendenz bewirkt, auf die Preise der Dienstleistungen (12) der DBP zu drükken. Im Gegensatz dazu entsteht auf der Gebrauchswertseite der ständige Zwang, möglichst hohe Qualität und breiten Umfang bei den postalischen Diensten zu erhalten.

Dieser Zusammenhang konstituiert einen grundsätzlichen Rationalisierungsdruck, der noch durch die spezifische Preisbildung im staatlichen Postbetrieb verschärft wird. Das in der Post angelegte Geld fungiert nicht als Kapital, wenngleich der Bund nach geltenden Gesetzesregelungen 6 2/3 % des Jahresumsatzes der Post als steuerähnliche Ablieferung erhält, so ist doch nicht der Verwertungszwang eines „Kostkapitals", sondern lediglich das vorgeschriebene globale Kostendeckungsprinzip Maxime der Dienstleistungsproduktion und Gebührenpolitik bei der DBP. Preismäßig liegt der entscheidende Vorteil des staatlichen Betriebes des Post- und Fernmeldewesens folglich darin, daß die für den kapitalistischen Reproduktionsprozeß benötigten Tätigkeiten in ihrer Erstellung und ihrem Verkauf nicht den Kriterien der durchschnittlichen Profitabilität unterworfen sind. Ein in diesen Sektoren angelegtes privates Kapital dagegen müßte die gesellschaftliche Durchschnittsprofitrate erreichen; nicht der Kostpreis, sondern der Produktionspreis (Kostpreis plus Durchschnittsprofit) müßte bezahlt werden (13).

---

10 K. Marx, Das Kapital, Bd. II, MEW 24, S. 153.

11 Der Anteil der Post- und Fernmeldegebühren am Umsatz lag 1970 nach Rittershofer in der Industrie bei 0.5 %, im Versandhandel bei 3.87 %. (W. Rittershofer, a.a.O., S. 424).

12 „Dienstleistungen" wird von uns als Sammelbegriff für die verschiedenen Tätigkeiten der DBP verwandt und nicht als Marx'sche Begrifflichkeit für unproduktive Dienste.

13 Das bedeutet keineswegs, daß es nicht möglich sei, in größeren Teilen des Postbetriebes

Der charakterisierte grundsätzliche Ökonomisierungsdruck wird noch durch vier weitere Momente zugespitzt.

a) Neben dem allgemeinen Interesse der privatkapitalistischen Kunden an möglichst niedrigen Postgebühren schlagen einzelne Kapitale und Kapitalgruppen (z.B. Versandhandel) zusätzlich Sondervergünstigungen heraus, sodaß für etliche Dienstleistungen der Post nicht einmal der Kostpreis entrichtet werden muß.

b) Die Eigenschaft der postalischen Dienste, allgemeine Bedingungen der Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt zu sein, bedeutet, daß die Leistungen auf dem ganzen Staatsgebiet, kontinuierlich und in vereinheitlichter Form zugänglich sein müssen (14). Ertrag und Aufwendung für die jeweilige Dienstleistung fallen deshalb in vielen Fällen auseinander, was auf die „Rentabilität" der Post drückt.

c) Zwischen der DBP und der Privatwirtschaft (15) besteht nicht nur der oben skizzierte Zusammenhang als Lieferant der Dienste zum Kostpreis, sondern auch ein umgekehrtes Zuliefererverhältnis: Die Post bezieht den überwiegenden Teil ihrer Maschinen, Roh- und Betriebsstoffe von der Privatwirtschaft und vergibt darüber hinaus Teile der Dienstleistungsproduktion aus dem Staatssektor hinaus an Einzelkapitale (16). In den Kostpreis der Postleistungen geht dadurch der Preis privatkapitalistisch produzierter Produktionsmittel und Teildienstleistungen ein. Die privaten Kapitale trachten, mit dem Verkauf ihrer Waren nicht nur den Durchschnittsprofit, sondern darüber hinaus Extraprofite zu realisieren. In einigen Fällen (besonders in der Kabelindustrie) ermöglichen von der DBP selbst geförderte kartellmäßige Zusammenschlüsse monopolartige Preisbildung.

d) Die Post ist wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung unterworfen und verpflichtet, durch ihre Auftragsvergabe sowie durch ermäßigte Berlin-Gebühren die schlechteren Verwertungsbedingungen in Westberlin und den Grenzge-

---

ein Gebührenaufkommen zu erzielen, das über dem Kostenpreis der Postdienstleistungen liegt und als Überschuß zur stofflichen Reproduktion des Unternehmens auf erweiterter Stufenleiter einsetzbar ist. Daß ein solcher „Gewinn" selbst bei staatlichem Betrieb der Post zu verwirklichen ist, beweist z.B. das Fernmeldewesen der DBP, das seit Jahren einen kontinuierlichen „Kostenüberdeckungsgrad" (1974 von 112 %) aufweist.

Wenn auch die DBP insgesamt für eine Reprivatisierung zu wenig profitabel ist, so wächst umgekehrt die Attraktivität einzelner Postdienstleistungen in dem Maße für Einzelkapitale, wie sie eben mit durchschnittlichen Profiterwartungen kapitalistisch produziert werden können. Insbesondere im Fernsprechbau finden sich dabei eine Reihe von Pfründen für die Fernmeldeindustrie, dabei geht – wie z.B. auch im Postreisedienst – die partielle Reprivatisierung meist mit einer Verschlechterung der ursprünglichen Dienste einher.

14 Dem entspricht der Zwang, ohne Rücksicht auf Kostendeckung beispielsweise auch 13 Mio. Personen in Orten unter 5 000 Einwohnern und außerhalb geschlossener Ortschaften etwa 8 Mio. Menschen postalisch zu betreuen. (FAZ, Blick durch die Wirtschaft v. 16.8.1976).

15 Eine materialreiche Darstellung über die Durchsetzung der Kapitalinteressen bei der DBP findet sich in: M. Raabe/ W. Stöhr, a.a.O.

16 Nach Bundeswehr und Bahn ist die Post der drittgrößte Auftraggeber für die Privatwirtschaft, wobei fernmeldetechnische Erzeugnisse weit über 2/3 der Gesamtaufträge von 9.5 Milliarden DM (1973) ausmachen. Allein die Firma Siemens tätigt rd. 1/4 der Gesamtlieferleistungen für das Fernmeldewesen. (50 Jahre Postministerium, Frankfurt/Main 1969, S. 12).

bieten zur DDR teilweise auszugleichen. 1973 vergab die DBP von Gesamtausgaben für „Lieferungen und Leistungen der Wirtschaft" in Höhe von 9.5 Mrd. DM fast 1.7 Mrd. DM an offiziell „bevorzugte Bewerber" (17). Die niedrigen Gebührensätze brachten der Westberliner gewerblichen Wirtschaft 1971 Einsparungen von schätzungsweise 90 Mio. DM (18).

Alle vier Momente wirken negativ auf die Gebühreneinnahmen bzw. auf die Produktionskosten der Bundespost. Sie sind widersprüchlich zu der Intention, die Kosten für die allgemeinen Produktionsbedingungen durch ihre staatliche Erstellung niedrig zu halten, und verschärfen daher den Druck zur Ökonomisierung und Rationalisierung im Postbereich.

Die Zange von niedrigen Gebühren einerseits, hohen Preisen für Vorleistungen und notwendiger Expansion der Postdienste andererseits treibt ein prinzipielles Finanzdilemma bei der DBP hervor – ähnlich der allgemeinen Haushaltsklemme der öffentlichen Verwaltung. Als bürgerliche Gegenstrategien zur defizitären Entwicklung stehen der Bundespost vier Hebel zur Disposition:

1) Die DBP versucht, über Gebührenstruktur und Gebührenerhöhungen die Lohnarbeiter und die einkommensschwachen Schichten überproportional zu belasten (19). Die beschränkte Inanspruchnahme der Postleistungen durch die Masse der Bevölkerung und der oftmalige Verzicht auf die verteuerten Dienste bilden jedoch eine absolute Schranke für diese Finanzierungsquelle.

2) Aus der Tatsache, daß die Post staatlich betrieben wird, ergibt sich ferner die Möglichkeit, postalische Defizite aus dem allgemeinen Staatshaushalt, d.h. letztlich aus der Steuer, abzudecken. Solcherart Finanzspritzen werden aber umso schwieriger, wie sich mit der krisenhaften Entwicklung des BRD-Kapitals nicht nur die finanzielle Situation der DBP, sondern auch die des Bundeshaushalts verschlechtert.

Beide Versuche, die Einnahmenseite im Posthaushalt zu verbessern, implizieren allerdings einen steigenden Abzug vom gesellschaftlichen Wertprodukt für den Betrieb der DBP. Abgesehen davon, daß mit klassenspezifischen Belastungserhöhungen allein den wachsenden budgetären Engpässen im Postbereich keinesfalls beizukommen ist, muß sogar diese Finanzierungsmethode der allgemeinen Tendenz nach und auf lange Sicht auf den Preis der Arbeitskraft und somit mindernd auf den Mehrwert durchschlagen.

3) Wie im öffentlichen Dienst insgesamt führt die Finanzkrise auch bei der DBP zu Bemühungen, ihre Dienstleistungsangebot einzuschränken (20). Solche Möglichkeiten sind allerdings – z.B. im Unterschied zu staatlichen Sozialleistungen – als gering anzusehen, weil das Gros der postalischen Dienste unmittelbar in den Reproduktionsprozeß des Kapitals eingeht.

---

17 Geschäftsbericht der Deutschen Bundespost 1973, S. 50 und 52.

18 Geschäftsbericht der DBP 1971, S. 33.

19 Zwei Beispiele: Drucksachen kosten nur 40-60 % der normalen Briefgebühr; Massendrucksachen und Warensendungen sind noch billiger. Seit 1948 wurden die Telefongrundgebühren um über 200 %, die Gesprächsgebühren (die kommerzielle Viel-Telefonierer relativ mehr belasten) dagegen nicht einmal um die Hälfte erhöht. (W. Rittershofer, a.a.O., S. 424).

20 U. a. wären hier die Konzentration der Postämter, die der Bevölkerung Wegezeiten abverlangt, und Privatisierungen im Busverkehr der DBP zu nennen.

4) Nicht zuletzt aufgrund der angedeuteten Schranken der anderen Maßnahmen fordert der Verwertungszwang des Kapitals in erster Linie und in immer stärkerem Maße die Ökonomisierung und Rationalisierung innerhalb des Postbetriebes heraus.

Der Druck auf die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Postler, die Intensivierung und die Steigerung der Produktivkraft der Postarbeit bilden folglich die zentralen Instrumente zur „Sanierung" der prekären Finanzlage der DBP. Die verschärfte Ausbeutung des Personals als Hauptstrategie der Mitteleinsparung und „Effektivierung" im Postbereich entspricht ebenso wie der dargestellte grundlegende Rationalisierungszwang den Gesetzmäßigkeiten, die im öffentlichen Dienst insgesamt wirken. Ausmaß und Form der Rationalisierung bei der DBP werden allerdings neben dem direkteren und umfangreicheren Bezug der postalischen Dienstleistungsproduktion zum kapitalistischen Verwertungsprozeß durch einige weitere Besonderheiten der Post geprägt.

1.2. Spezifische Rationalisierungsbedingungen bei der DBP im Unterschied zur öffentlichen Verwaltung

Analog den übrigen Betrieben der öffentlichen Hand (z.B. Verkehrs- und Versorgungsunternehmen) ist die Hauptaufgabe der Bundespost die Erstellung materieller Produktionsbedingungen. Im Gegensatz zu anderen Sektoren des öffentlichen Dienstes, wie Polizei oder Bildungswesen, ist die DBP nur ganz peripheres Element des materiellen und ideologischen Herrschaftsapparates des bürgerlichen Staates. Die gebrauchswertmäßige Struktur vieler Arbeitsvorgänge bei der postalischen Dienstleistungserstellung hat relativ große Ähnlichkeit mit Arbeitsprozessen unter der Ägide des privaten Kapitals (21), so daß in den kapitalistischen Betrieben entwickelte Technologien und arbeitswissenschaftliche Methoden relativ leicht auf die Bundespost übertragen werden können. Solcherart „günstige" arbeitsprozeßliche Voraussetzungen für die Ökonomisierung und Rationalisierung im Postbereich finden sich v.a. im hochtechnisierten Fernmeldewesen sowie in den Gelddiensten; nur partiell jedoch im sonstigen „Postwesen" (22). Die Interessen der entsprechenden Zulieferindustrie wirken dabei als bedeutende Steuergröße technisch-organisatorischer Veränderungen bei der DBP.

Eine weitere den Rationalisierungsbestrebungen förderliche Differenz der Bundespost zur öffentlichen Verwaltung besteht darin, daß die postalischen Dienstleistungen überwiegend Warenform annehmen und zu einem bestimmten Preis (Gebühr) verkauft werden. Die hierauf fußende Aussonderung der DBP als „Sondervermögen"

21 Dem entspricht auch der hohe Anteil gering qualifizierter Beamter. Die Laufbahn „einfacher Dienst" erfaßte 1969 48.1 % aller Postbeamten; beim Bund waren es dagegen 4.1 % und bei Ländern und Gemeinden jeweils 1.3 %. (Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechts, Bericht der Kommission, Baden-Baden 1973, S. 81).

22 Zum „Postwesen" zählen: Brief-, Paket- und Postzeitungsdienst; Postreise- und sämtliche Gelddienste.

aus dem allgemeinen Staatshaushalt (23) ermöglicht eine besondere politische Vermittlungsinstanz: den „Verwaltungsrat", in welchem u.a. Unternehmerverbände und „Sachverständige auf dem Gebiet des Nachrichtenwesens" nach Art des Siemens-Vorstandsmitgliedes v. Sanden Kapitalinteressen vehement vertreten. Aus dem unmittelbaren Tausch von Postdienstleistung gegen Gebühr resultiert ferner, daß bei starkem Auseinanderklaffen von Gebührenaufkommen und innerbetrieblichen Kosten der politische Druck zur Rationalisierung im jeweiligen Dienstzweig besonders groß wird. Obwohl die postalischen Preise zum Großteil nach politischen Kriterien festgesetzt werden und Kostenunterdeckung daher – im Gegensatz zum kapitalistischen Betrieb – kein zuverlässiger Indikator für unterdurchschnittliche Produktivität ist, wird der Kostendeckungsgrad der einzelnen Dienstzweige zu einem zentralen Maßstab der Rationalisierungsbemühungen des Bundespostministeriums. Die arbeitsprozeßlichen Anforderungen für die Postdienste und deren Warenform gestatten außerdem, Teile derselben privatkapitalistisch zu erstellen. Durch die „Privatisierung" profitabler Bereiche verschlechtert sich die Finanzsituation der DBP. Teilweise eskaliert der Rationalisierungsdruck im Postbetrieb auch durch die direkte Konkurrenz von privatkapitalistischen Dienstleistungsproduzenten mit der DBP.

Die Herstellung materieller Produktionsbedingungen und ihre Warenform sind schließlich die Grundlage dafür, daß die Bindung der Bundespost an die Kapitalakkumulation und deren zyklischen Verlauf enger ist als z.B. in der „Hoheitsverwaltung". Sowohl 1966/67 wie 1974/75 gingen die Verkehrsleistungen im Postwesen zurück. Expandierte das Fernmeldewesen in der ersten Rezession weiter, so fielen 1973-75 die Wachstumsraten deutlich ab (24). Wenngleich – im Unterschied zum privaten Kapital – der Personalbestand nicht einmal im selben Maße reduziert wurde, so dürften doch die Auswirkungen des Krisenzyklus auf die Sicherheit des (angestammten) Arbeitsplatzes bei der Post größer sein als in der staatlichen Verwaltung (25).

Zusammengenommen wirken die Spezifika der DBP gegenüber der öffentlichen Verwaltung alle in die Richtung, daß sich der Druck zur Ökonomisierung und Rationalisierung im Postbereich besonders akzentuiert und sich hier rascher durchsetzen kann als in vielen anderen Teilen des öffentlichen Dienstes.

---

23 Dies geschah bereits 1924. (S. u. Zeittafel zur Geschichte der Postverfassung).

24 Die Indizes der Verkehrsleistungen veränderten sich wie folgt (1970 = 100):

Jahr	Postwesen	Fernmeldewesen
1965	92.6	57.1
1966	90.7	63.5
1967	89.7	69.1
1971	105.9	109.3
1972		118.7
1973		130.9
1974	100.2	135.2

(Geschäftsbericht der DBP 1974, S. 27)

25 Diese These könnte nur durch umfangreiche Materialaufbereitung empirisch verifiziert werden, was hier nicht leistbar ist. Sie wird allerdings durch Untersuchungen der Autoren gestützt, die eine direktere Konjunkturreagibilität und in Krisenzeiten relativ stärkeren Personalabbau für die gemeindlichen Wirtschaftsunternehmen im Vergleich zur Kommunalverwaltung nachweisen.

Die historische Zuspitzung der postalischen Finanznöte als ökonomische Basis des Rationalisierungsdrucks bei der DBP soll nun im folgenden Abschnitt genauer beleuchtet werden.

1.3. Die Krise der Postfinanzen

Wie bereits von uns entwickelt, stellt sich bei der Bundespost der akute Zwang zu Rationalisierungs- und Ökonomisierungsmaßnahmen – analog dem öffentlichen Dienst insgesamt – über das zunehmende Auseinanderklaffen zwischen Einnahmen einerseits und Ausgaben bzw. Anforderungen andererseits her. Grundsätzlich verfügt die DBP über drei Mittel, ihre Kosten zu decken: Gebühren, Zuschüsse aus dem Staatshaushalt und Verschuldung auf dem Kreditmarkt (Emission von Postanleihen). Die Gebührensätze wurden in den 50er und frühen 60er Jahren nur zögernd erhöht; ihr Index kletterte von 100 im Jahre 1955 bis 1964 lediglich auf 128 (26). Die Ablieferungen von 6 2/3 % der postalischen Betriebseinnahmen an den Bund mußten bis 1962 in voller Höhe gezahlt werden, und bis 1964 wurden mit Ausnahme von 1958 (27) kaum direkte Zuschüsse aus dem staatlichen Haushalt gewährt. Keinesfalls aber war die ökonomische Situation der Bundespost im betriebswirtschaftlichen Sinne gesund: Die Kosten überstiegen zunehmend die Gebühreneinkünfte. Seit 1957 machte die DBP, nur unterbrochen durch zwei magere Gewinnjahre 1959/60, jährlich und in der Tendenz wachsende Verluste (28). Bei relativ konstanten Gebühren und kärglichen Bundeshilfen blieb nur ein Weg, die Defizite abzufangen: extensive Verschuldung. Die rasche Expansion des Post- und Fernmeldewesens wurde fast ausschließlich durch Fremdkapital finanziert. Bei einer Ausweitung des gesamten Anlagevermögens der DBP von 1950 bis 1964 um 11 Mrd. DM sanken ihre Eigenmittel um fast 70 Mrd. DM. Der Eigen„kapital"anteil fiel von der stolzen Höhe von 75.1 % (1950) kontinuierlich auf den Tiefststand von 12.1 % im Jahre 1964. Immer stärker belastete der Schuldenberg die ohnehin prekäre Haushaltslage: 1964 mußten bereits von jeder neu geliehenen Mark 45 Pfennige zur Tilgung alter Schulden verwandt werden.

Durch diese drastische Zuspitzung der postalischen Finanzkrise wurde die notwendige rasche Expansion v.a. des Fernmeldewesens zusehends in Frage gestellt. Dies umso mehr, als weitere Steigerungen der Verkehrsleistungen – insbesondere aufgrund der technologischen Arbeitsprozeßstruktur – ein überproportionales Wachstum der Investitionen erheischten:

---

26 W. Fricke u.a., Auf dem Wege zur Dienstleistungsindustrie? (Forschungsprojekt des RKW, Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der BRD, 4. Band), S. 212 f.

27 1958 übernahm der Bund erst- und in dieser Höhe bis 1965 einmalig die Schuldentilgung für 214.2 Mio. DM, was nicht unwesentlich zu der gewissen vorübergehenden Verbesserung der Ertragslage in den beiden folgenden Jahren beigetragen haben dürfte. Zahlenangaben zur ökonomischen Entwicklung der Bundespost entstammen, wenn nicht gesondert nachgewiesen, den jährlichen Geschäftsberichten der DBP bzw. sind hiernach berechnet.

28 Das höchste Jahresdefizit im Zeitraum 1955-64 lag 1962 bei 382 Mio. DM.

29 Berechnet nach Geschäftsbericht der DBP 1966, S. 157.

Tabelle 1:
Verkehrsentwicklung und Nettoinvestitionen in Sachanlagen bei der DBP (1955 = 100) (30)

	Verkehrsentwicklung	Nettoinvestitionen
1955	100.0	100.0
1960	142.7	132.0
1965	189.0	317.5

Allein für Fernmeldeanlagen mußten 1962-1966 8.8 Mrd. DM neu investiert werden (31).

Fassen wir zusammen: Bis etwa 1963 wurde die Ausweitung der Postdienste nahezu vollständig mittels Schuldenaufnahme finanziert. Dies war zunächst die bequemste „Lösung“: Statt mit dauernden Gebührenerhöhungen oder Belastungen des Staatshaushalts wurde die Expansion durch Postanleihen gedeckt, in denen zugleich privates Geldkapital zinsträchtig veranlagt wurde. Diese Übertünchung des postalischen Finanzdilemmas stieß jedoch Anfang der 60er Jahre an ihre Schranke, denn die Anleihen konnten nur einen Vorgriff auf spätere Einnahmen darstellen und der Schuldendienst engte den laufenden Posthaushalt in steigendem Maße ein. Der schon immer angelegte und durch die Verschuldung nur verschleppte Widerspruch zwischen den Gebühreneinkünften und der Ausweitung des Aufgabenvolumens der DBP drängte nach den beiden auf Dauer einzig adäquaten Bewegungsformen:

Zum einen mußte ein größeres Stück der gesellschaftlichen Wertproduktion für die Unterhaltung der Post abgezweigt werden. Die Sicherstellung ihrer Funktionen machte sowohl beachtliche Gebührenanhebungen als auch Bundeshilfen unvermeidlich. Allein in den Jahren 1964-1967 wurden die Gebühren um 36 % erhöht (32), 2.4 Mrd. DM direkte Bundeszuschüsse gezahlt und verzichtete der Bund auf 1.2 Mrd. DM an Ablieferung.

Gerade um den Anstieg der Abzüge vom gesellschaftlichen Wertprodukt in Grenzen zu halten, galt es zum anderen, die Kosten der DBP für ihre Dienstleistungserstellung zu minimieren. Entsprechend beschleunigten sich seit den frühen 60er Jahren die Bestrebungen zur Rationalisierung und Ökonomisierung im Postbetrieb immens.

Die zur Sicherstellung der Postfunktionen seit 1964 eingeleiteten Maßnahmen brachten lediglich eine vorübergehende Linderung ihrer Finanznöte, wie folgende Zeitreihe veranschaulicht:

---

30 nach: von Thelen/Koch/Luxem, Deutsche Bundespost, (Forschungsprojekt des RKW, Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der BRD, Materialberichte Bd. 16), S. 58 und 94.

31 Geschäftsbericht der DBP 1966, S. 155.

32 Berechnet nach W. Fricke u.a., a.a.O., S. 212.

Tabelle 2: Unterstützung aus dem Bundeshaushalt und Entwicklung der Ertragslage der DBP seit 1965 (in Mio. DM) (33)

	a	b	c	d	
Jahr	Bundeshilfe	Ablieferungs-erlaß	a + b	Eigen„kapital"-wachstum	d – c
1965	544.8	325.4	870.2	490.7	– 379.5
1966	814.8	402.9	1217.7	1048.1	– 169.6
1967	1049.7	497.4	1547.1	1438.6	– 108.5
1968	753.1	155.0	908.1	1160.2	252.1
1969	779.8	151.8	931.6	971.8	40.2
1970	808.0	168.9	976.9	137.7	– 839.2
1971	966.8	276.1	1242.9	– 708.6	–1951.5
1972	1070.7	880.0	1950.7	– 118.0	–2068.7

Auf Basis von Gebührenerhöhungen, Bundeshilfen und beschleunigter Rationalisierung konnte der Eigen„kapital"anteil der Post vom Tiefpunkt 12.1 % (1964) auf 24.4 % im Jahre 1967 verdoppelt werden. Die DBP bewältigte die rapide Verkehrsexpansion nach der Rezession 1966/67 (34) und erwirtschaftete 1966 bis 1969 sogar wieder Überschüsse. Die notwendige Ausdehnung des Postbetriebes kostete den allgemeinen Staatshaushalt zwischen 1965 und 1972 jedoch per Saldo 5.5 Mrd. DM (35) – ein nicht unerheblicher Beitrag zur Verschärfung der Finanzklemme im Bundeshaushalt. Mit Ausnahme der beiden Jahre 1968/69 wurde das gesamte Wachstum des Eigen„kapitals" der DBP durch direkte Bundeszuschüsse und teilweisen Erlaß der Pflichtablieferung bestritten, und das mit dem Ergebnis, daß die Eigenmittel 1971 sogar erneut absolut zu sinken begannen und trotz der enormen Aufwendungen des Bundes der Eigen„kapital"anteil 1973 mit 16.3 % schon fast wieder den Tiefstand von 1964 erreicht hatte.

Der mit der Permanenz der Misere der Postfinanzen gesetzte Rationalisierungs- und Ökonomisierungszwang mußte sich weiter verschärfen, denn mit den steigenden Verwertungsschwierigkeiten des BRD-Kapitals verengte sich der ökonomische Spielraum, in Form von Gebührenanhebungen und Bundeszuschüssen ein erhöhtes Quantum der gesellschaftlichen Arbeit für den Postbetrieb aufzuwenden.

---

33 Die Zahlen ohne Vorzeichen sind positive Werte. Quelle: Die Novellierung des Postverfassungsgesetzes in der Sicht Außenstehender (Dok. hersg. v. Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft, o.O., o.J., S. 96. (Diese gewerkschaftliche Dokumentation enthält eine gute Zusammenstellung der wichtigsten Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundespost).

34 Die postalischen Verkehrsleistungen stiegen in der Periode 1966-71 durchschnittlich um 7.8 % pro Jahr, während das jährliche Wachstum 1955-60 nur 5.3 % und 1960-66 nur 2.0 % im Mittel betragen hatte. (W. Fricke u.a., a.a.O., S. 63).

35 Im Zeitraum 1965-72 standen 6.7 Mrd. DM an direkten Bundeszuschüssen plus 2.8 Mrd. DM Ablieferungsverzicht lediglich 4 Mrd. getätigte Ablieferungen an den Staatshaushalt gegenüber.

2. Die Reform der Postverfassung

In der charakterisierten defizitären Finanzlage der Bundespost, in der intensivere Rationalisierungsanstrengungen zur „Sanierung“ nicht ausreichten, sondern gleichzeitig in den Jahren 1963 und 1964 ein Schub von Gebührenerhöhungen und ab 1965 zusätzlich wachsende direkte und indirekte Bundeszuschüsse erforderlich wurden, begann auch eine Debatte um eine „Postverfassungsreform“, die bis 1973 andauerte. Quasi als Überbauregelung sollten durch unternehmensrechtliche Formveränderungen verbesserte Rahmenbedingungen für die beiden unausweichlichen Sanierungsstrategien Steigerung der Einnahmen und Minimierung der Kosten geschaffen werden. Der Höhepunkt der Reformdiskussion fiel in die Jahre der Hochkonjunktur nach der Rezession 1966/67. Materielle Grundlage war eine vorübergehende wieder angestiegene Profitrate, die im Interesse der erforderten Erweiterung der postalischen Dienstleistungen gewisse Zugeständnisse der Einzelkapitale an den Haushalt der DBP als zumutbar erscheinen ließ. Die wesentlichen geplanten Veränderungen der verschiedenen Reformmodelle gegenüber dem gültigen Postverwaltungsgesetz waren (35a):

1. In der Finanzverfassung sollte die finanzielle Eigenständigkeit der Post gegenüber dem Staatshaushalt gestärkt werden.

– „Politische Lasten“ und betriebsfremde Ausgaben müssen der DBP aus dem allgemeinen Haushalt entgolten werden.

– Die Ablieferungspflicht der Bundespost an den Staat wird bis zu einem präzisierten Eigenkapitalanteil ausgesetzt.

2. In der Wirtschaftsführung sollte anstatt des globalen Kostendeckungsprinzips angestrebt werden, für jeden einzelnen Dienstzweig Gewinne zur teilweisen Selbstfinanzierung der Investitionen zu erwirtschaften.

3. In der Organisationsstruktur der DBP wollte man das Unternehmen gegenüber dem unmittelbaren Regierungsbereich stärken.

– Die unterschiedlichen organisationstechnischen Regelungen, die dies bewirken sollen, und der für erforderlich gehaltene Umfang der Loslösung der Unternehmensleitung vom Ministerium konstituieren die verschiedenen Varianten der Postverfassungsreform-Konzeptionen.

Als einziges Vorhaben des Gesetzesentwurfes der Regierung wurde die Erhöhung des Eigen„kapital“anteils durch das teilweise Aussetzen der Ablieferung von 6 2/3 % der postalischen Betriebseinnahmen an den Bund sofort praktisch in Kraft gesetzt (35 b). Ansonsten aber blieb das großangelegte Reformprojekt ohne Verwirklichung. Das endgültige Zugrabetragen der langjährig und hitzig erörterten Reform im Jahre 1976 (35 c) läßt sich folgendermaßen erklären:

35a Zur Geschichte der Unternehmensverfassung im Einzelnen vgl.: Dieter Kühn, Die neue Unternehmensverfassung der Deutschen Bundespost, in: Jahrbuch des Postwesens 1971, S. 9 - 101.

35b Zur Größenordnung vgl. oben Tabelle 2.

35c In der Regierungserklärung vom 16.12.1976 wurde der Schlußstrich gezogen: „Die deutsche Bundespost wird durch konsequente Weiterführung der eingeleiteten Rationalisie-

Die angestrebte Postverfassungsreform war unseres Erachtens kein brauchbares Instrumentarium zur Sanierung der Postfinanzen und zur Ökonomisierung des Postbetriebes. Die wenigen Teile, die von den geplanten Maßnahmen eine reale partielle Verbesserung bewirken könnten, wurden entweder bereits vorher – ohne Postverfassungsänderung – eingeleitet bzw. praktiziert oder wurden aus dem Reformvorhaben herausgelöst und separat verwirklicht. Der ebenfalls beabsichtigte Zweck, Methoden zur verschärften Ausbeutung der Beschäftigten aufzuspüren und durchzusetzen, kann durch eine Postverfassungsreform kaum, durch andere, bereits angewandte Mittel dagegen wesentlich wirkungsvoller erreicht werden. Hinzu kommt, daß einerseits mit der Entwicklung der kapitalistischen Krise der Spielraum für die Durchsetzung eines – immer nur ideell vorhandenen – Gesamtinteresses gegen die Einzelkapitale, was zur Ausschaltung von überhöhten Preisen für Vorleistungen und Sondergebühren im Posthaushalt notwendig wäre, sich verengt, und daß andererseits die gesteigerte Ausbeutung der staatlichen Lohnarbeiter immer mehr in den Vordergrund tritt. Weil diese zu einem großen Teil nicht der Schaffung neuer juristischer Grundlagen bedarf, sondern mit vorhandenen und gestützt auf die Organe der Dienstaufsicht verwirklicht werden kann bzw. auf dem Verhandlungswege gegen die Gewerkschaften durchgesetzt werden muß, tritt die Bedeutung großangelegter Gesetzeswerke zur „Reform des Öffentlichen Dienstes" zurück (35 d).

Der Niedergang der Postverfassungsreform-Debatte ist zugleich ein durchaus exemplarisches Beispiel dafür, daß mit der Zuspitzung der Finanzkrise des Staates reformerisch-ideologische Überwölbungen und Umrahmungen für die verschärfte Rationalisierung zunehmend entbehrlich geworden sind. Der eskalierende Ökonomisierungs- und Rationalisierungsdruck im Postbereich reflektiert sich vor allem in der verschärften Auspressung der Beschäftigten durch die Intensivierung der Postarbeit. In einem gerafften Überblick soll kurz veranschaulicht werden, daß traditionell die zentrale Antwort des „Arbeitgebers" Post auf seine Finanznöte umfassende Rationalisierungsmaßnahmen sind.

3. Rationalisierungsprozesse bei der DBP

Eine globale Vorstellung über das Ausmaß der Rationalisierungs„erfolge" im Postbereich bietet folgende Übersicht:

---

rungsmaßnahmen und Modernisierung des Dienstleistungsangebots (z.B. Zeittakt beim Telefon? – d.Verf.) den mit großem Erfolg bestrittenen Weg fortsetzen. Sie soll in der bisherigen Rechtsform weitergeführt werden." Zitiert nach; Der Deutsche Beamte, Nr. 1/1977, S. 19.

35d Dabei muß berücksichtigt werden, daß die bestehenden Gesetze selbst eine äußerst dehnbare Hülle für die tatsächlichen Maßnahmen des staatlichen Dienstherren darstellen. So wird z.B. in letzter Zeit der „Radikalenerlaß" verstärkt auch auf Angestellte und Arbeiter angewandt und damit die Einführung einer einheitlichen Dienstrechtslosigkeit für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vorbereitet.

Tabelle 3: Verkehrs- und Personalentwicklung bei der DBP (1960 = 100) (36)

Jahr	Verkehrsleistungen			Personalbestand		
	Postwesen	Fernmeldewesen	DBP insgesamt	P-wesen	F-wesen	DBP insges.
1960	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
1965	114.7	148.3	132.5	108.3	112.0	109.7
1970	123.9	259.7	187.6	105.2	127.7	112.9
1974	124.2	351.2	226.3	108.7	149.8	122.6

Die postalischen Verkehrsleistungen sind erheblich schneller gestiegen als der Personalbestand. In welchem Umfang durch Rationalisierung Personal „eingespart", mit anderen Worten das (wachsende) Arbeitsvolumen auf die verbleibenden Kollegen „umverteilt" wurde, zeigt nachstehende Auflistung:

Tabelle 4: Personaleinsparungen durch Rationalisierung (37)

Jahr	Personalbestand			eingesparte Arbeitskosten im	
	Postwesen		F-wesen	Postwesen	Fernmeldewesen
1966	282 371		144 593	2 120	1 704
1968	275 049		152 162	2 452	2 337
1969		426 715		5 716	
1970		435 767		ca. 5 100	
1971		455 559		ca. 4 500	

Die Substitution menschlicher Arbeitskraft bei der DBP setzte nicht erst Mitte der 60er Jahre ein, sondern ist ein kontinuierlicher Prozeß. Fricke u.a. errechneten für die Phase 1955 bis 1966 einen „Beschäftigungseffekt durch gestiegene Beschäftigtenproduktivität" von minus 195.700 (38). Die Tabelle 3 indiziert, daß die größte Rationalisierungswelle anscheinend in der 2. Hälfte der 60er Jahre stattfand. Die Zuwachsrate der Verkehrsleistungen betrug für die Post insgesamt 1965 bis 1970 mehr als das 14fache des prozentualen Personalanstiegs, während sie 1960-65 mehr als das dreifache, 1970-74 mehr als das Doppelte der Zunahme beim Personalbestand ausmachte.

Die Rationalisierung vollzog sich hinsichtlich Umfang und Form in den einzelnen Dienstzweigen der Bundespost durchaus unterschiedlich, was primär durch ihre sehr verschiedene technologische Arbeitsprozeßstruktur bedingt ist (39). So konn-

---

36 Eigene Berechnungen nach Geschäftsbericht der DBP 1974, S. 27.

37 Quelle: Geschäftsberichte der DBP.

38 W. Fricke u.a., a.a.O., S. 219. Der negative „Beschäftigungseffekt" durch die Steigerung der „Arbeits- bzw. Beschäftigtenproduktivität" bezeichnet bei Fricke u.a. die Differenz, „die zwischen der effektiven Beschäftigtenzahl und der *fiktiven* Zahl der Beschäftigten besteht, die bei gleicher Arbeitsproduktivität wie im Basisjahr (1955) notwendig wären, um den Output des Berichtsjahres (1966) zu erstellen." (a.a.O., S. 218). Da diese Berechnung auf Basis des Output pro Beschäftigtem die stattgefundenen Arbeitszeitverkürzungen einbezieht, liegen die Einsparungen an Personalzuwachs durch den Anstieg der Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde eigentlich noch höher. Gleichwohl waren die Outputsteigerungen so groß, daß der *effektive* Personalbestand bei der Post 1966 um 76.800 über dem von 1955 lag (a.a.O., S. 220). Die bürgerliche Kategorie der „Arbeitsproduktivität" differenziert außerdem nicht nach den beiden Faktoren des Output-Wachstums: Intensivierung der Arbeit und Steigerung der Produktivkraft.

39 Eine genauere Analyse der Rationalisierungsprozesse bei der DBP müßte daher differenziert für die einzelnen postalischen Dienste vorgenommen werden, was hier weder erfor-

ten im besonders rasch expandierenden Fernmeldewesen durch forcierte Automation relativ höhere Rationalisierungs„gewinne" erzielt werden als im Postwesen, dessen Arbeitsvorgänge noch weitgehend von manuellen Verfahren und einfachen Mechanisierungsschritten geprägt sind, wenn auch in den Postbankdiensten und dem Personalbezügewesen die Rationalisierungsstrategie vom EDV-Einsatz dominiert wird. Speziell im Postwesen, aber ebenfalls bei der DBP insgesamt, spielen arbeitsprozeßlich-organisatorische Umstellungen eine hervorragende Rolle im Rationalisierungsspektrum. Hauptinstrument der Intensivierung der Postarbeit ist dabei die Änderung der „Bemessungswerte" für den Personalbedarf (40). Nach den Planungsdaten von 1973 z.B. sollen bis 1977 im Fernmeldewesen allein durch die „Anpassung der Bemessung" 8.580 vorhandene Arbeitsplätze gestrichen werden, während ohne diese Maßnahme der Personalbedarf um 35.500 zugenommen hätte (41).

Bezüglich der Finanzmisere der Post bleibt abschließend festzuhalten, daß die Rationalisierungen zwar zu einem beachtlichen relativen Rückgang der Personalkosten geführt haben. Gleichzeitig traten jedoch Tendenzen auf, welche die Ertragslage der DBP zusätzlich komplizierten und die vergleichbar sind mit einem wesentlichen Faktor für die wachsenden Verwertungsschwierigkeiten des privaten Kapitals: Die Steigerung der Produktivkraft der Postarbeit war nur auf Basis rasch wachsender Investitionen möglich (42). Während der Anteil der Personalaufwendungen an den Gesamtkosten von 61.9 % 1960 auf 55.4 % im Jahr 1972 sank, stieg die Quote der Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen im gleichen Zeitraum von 8.7 % auf 12.9 % (43). In den Kategorien der bürgerlichen Ökonomie drückt sich dieser Zusammenhang auch darin aus, daß die Steigerung der „Arbeitsproduktivität" im Postbetrieb von 1950 bis 1966 um 45.1 % von einem Anwachsen der „Kapitalintensität" um 113 % begleitet wurde (44). Diese Verschiebung des Verhältnisses von toter und lebendiger Arbeit dürfte neue Probleme bei der Finanzierung der Investitionen aufgeworfen haben und die Möglichkeit, durch Rationalisierungen die Ertragslage der DBP zu verbessern, tendenziell beschränkt haben.

Die hier nur andeutbaren realen Rationalisierungsprozesse bilden auch einen wichtigen Bezugspunkt der Postverfassungsreform-Debatte: zum ersten, indem sich

---

derlich noch zu leisten ist. (Vgl. hierzu G. Armanski u.a., a.a.O., S. 107-128 und von Thelen u.a., a.a.O.).

40 Unter „Bemessung" werden bei der DBP analytische Arbeitsuntersuchungen zur Festlegung der Zahl der für ein ermitteltes Arbeitsquantum benötigten Arbeitskräfte verstanden. (Vgl. Ministerialrat A. Dohmen, Die Dienstanweisung für die Personalbemessung bei den Ämtern der DBP, in: Jahrbuch des Postwesens 1972, Bad Windsheim 1972, S. 174-268). In einem anschaulichen Artikel dechiffriert Bock den Schein der wissenschaftlichen Neutralität von Personalbemessungsverfahren. (M. Bock, Bemerkungen zu objektiven Daten in Personalbemessung und Dienstpostenbewertung, in: Gewerkschaftliche Praxis, Zeitschrift der Deutschen Postgewerkschaft, Frankfurt/Main, H. 1/1974, S. 22-28).

41 Unternehmensplanung bei der DBP – Verzeichnis der Vorhaben, unveröffentlichtes („vertrauliches") Papier des Bundespostministeriums vom April 1973.

42 Vgl. auch Tab. 1 und Tab. 3 oben im Text.

43 Vgl. Geschäftsberichte der DBP 1960 passim.

44 Gutachten über die Deutsche Bundespost, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, o.O., o.J. (im Manuskript gedruckt), S. 176 und 193.

die „Reformer" durch die Veränderung des unternehmensrechtlichen Gefüges verbesserte Durchsetzungsbedingungen für Ökonomisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen versprachen, zum zweiten insofern das neuere Abdanken der großangelegten Postverfassungsreform nicht ohne die beschleunigten Rationalisierungserfolge verstanden werden kann.

4. Perspektiven und Probleme der Gegenwehr

Durch Ökonimisierungsmaßnahmen und insbesondere durch die erneut beschleunigten Rationalisierungsprozesse werden bei der Bundespost – wie im öffentlichen Dienst insgesamt – mehr und mehr Arbeitsplätze wegrationalisiert, werden Arbeitsintensität und Belastung der postalischen Lohnarbeiter gesteigert. Zugleich verteuern sich für große Bevölkerungsteile die Dienstleistungen und sinkt deren Qualität.

Die im folgenden angedeuteten Ansatzpunkte und Schwierigkeiten für den Widerstand gegen die Rationalisierungspolitik des staatlichen Arbeitgebers verstehen wir eher als stichwortartige Problematisierung, denn als wünschenswerte Feinanalyse der widersprüchlichen Entwicklung der gewerkschaftlichen Politik und des Bewußtseins der Postbediensteten. Eine genaue Untersuchung müßte – entgegen gängiger pauschalisierender Kritik mit dem groben Raster sozialdemokratischer Partnerschaftsideologie – durch das Medium der konkreten arbeitsprozeßlichen Veränderungen hindurch die offizielle Gewerkschaftspolitik und die Stellvertreterstrukturen der betrieblichen Interessenvertretung immer auch als Ausdruck realer Erfahrungen und Bewußtseinsformen der Beschäftigten dechiffrieren (45). Vorbehaltlich dieser Anforderungen materialistischer Kritik wollen wir einige wichtige Erfordernisse und strukturelle Momente für Praxis und Strategie der Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst benennen. Mangels einer speziellen Analyse der Politik der Deutschen Postgewerkschaft (46) und in Anbetracht gemeinsamer Problemstellungen aller Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes beziehen sich die Ausführungen sinngemäß auf den Bereich staatlicher Lohnarbeit insgesamt.

Welches sind die hauptsächlichen Aufgaben für die Abwehr dieser gerade in der Wirtschaftskrise beschleunigten Spar- und Rationalisierungsprozesse im Öffentlichen Dienst?

Ein primärer Aufgabenbereich ist die Information über die negativen Auswirkungen auf die Staatsdiener. Die personellen Folgen der einzelnen Maßnahmen müssen detailliert herausgearbeitet und publik gemacht werden. Angesichts der Zersplitterung des öffentlichen Dienstes und der undurchsichtigen Vielgestalt der Maßnahmen des Dienstherren sind dabei immer wieder die verallgemeinerbare Spar- und Rationalisierungspolitik in den einzelnen Vorhaben herauszustellen. Die umfassende Aufklärung der Beschäftigten über die zu erwartenden Verschlechterungen ist zwar

45 Zu solcherart materialistischer Analyse der gewerkschaftlichen Politik vgl. Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Bedingungen sozialistischer Gewerkschaftsarbeit, in: Prokla 13/74.

46 Einen materialreichen Anfang bietet hierzu Ulrich Grothus in seiner anfangs genannten Diplomarbeit.

eine klassische Funktion der gewerkschaftlichen Organisation, wird aber bislang weitgehend vernachlässigt. Betriebliche und überbetriebliche Öffentlichkeit über die Vorhaben der staatlichen „Arbeitgeber“ sowie über Ansätze von Widerstand ermöglichen erst das Bewußtsein gemeinsamer Betroffenheit und bilden eine Voraussetzung für die Gegenwehr der Beschäftigten.

Auf der betrieblichen Ebene stellt die frühzeitige Information der Belegschaft über Spar-, Rationalisierungs- und Privatisierungspläne und deren Auswirkungen eine wichtige Aufgabe konsequenter Betriebsrats- und Personalratspolitik dar. Wenngleich Personalräte mit Personalversammlungen zur Aktivierung der Betroffenen beitragen können, besitzen sie keine gesetzlichen Möglichkeiten, die Maßnahmen grundsätzlich zu verhindern. Dennoch sind sie in der Lage, durch extensive Interpretation ihrer Mitbestimmungsmöglichkeiten die geplanten Umstellungen zu verzögern, um Zeit für gewerkschaftliche Informations- und Mobilisierungspolitik zu gewinnen. Gleichfalls gilt es, die beschränkten Beteiligungsrechte auszuschöpfen, um materielle Rationalisierungsfolgen abzumildern. Gefährlich ist allerdings der gängige resignative Rückzug der Personalräte auf die enger werdenden Verhandlungsspielräume, oft noch verbrämt durch angebliche Erfolgsmeldungen. Eine fortschrittliche, bewußtseinsfördernde Personalratsarbeit hat stattdessen die Betroffenen in die Diskussion und Vertretung der Belegschaftsinteressen einzubeziehen und die objektiven Schranken der gesetzlichen Interessensorgane aufzuzeigen (z.B. Friedenspflicht, keine Mitbestimmung über die Rationalisierungsvorhaben selbst). Inwieweit Abbau von Arbeitsplätzen und Verschlechterung der Arbeitssituation abgewehrt werden können, hängt wesentlich von der Stärke des kollektiven Widerstands der Betroffenen ab. Die Gegenwehrstrategie der staatlichen Lohnarbeiter muß bei Rationalisierungsprozessen unvermeidlich die Blockade der Anwendung neuer Technologien einschließen, denn die Einführung wird immer von Arbeitgeberinteressen der Personalkosteneinsparung und Arbeitsintensivierung bestimmt. Schon die technische Struktur der Maschinerie ist vielfach nicht neutraler „Fortschritt“, sondern zielt auf weitere Arbeitsteilung und Monotonisierung der Tätigkeiten.

Die Interessenartikulation und die Aktionsbereitschaft der staatlichen Lohnarbeiter sind nach wie vor durch ein recht unentwickeltes Konfliktbewußtsein geprägt, das nur durch das Zusammenwirken verschiedener hemmender Faktoren erklärt werden kann. Neben Mängeln der offiziellen gewerkschaftlichen Politik und der Personalratsarbeit seien hier einige wichtige Elemente genannt:

Zum einen setzen die Rationalisierungsprozesse selbst widersprüchliche Erfahrungen. Sie beinhalten häufig eine technische Vervollkommnung der Arbeitsmittel und eine Vergesellschaftung der Arbeitsprozesse. Die negativen Auswirkungen sind begleitet und überlappt von bestimmten Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen. Die verschiedenen Belegschaftsteile werden von der Rationalisierung insgesamt zwar zunehmend betroffen, aber die Maßnahmen vollziehen sich zeitlich versetzt und in vielfältigen konkreten Ausprägungen, womit eine Zersplitterung der Erfahrung gemeinsamer Betroffenheit einhergeht. Die Intensifikation der Arbeit, die in aller Regel mit den Rationalisierungsprozessen gekoppelt ist, zeigt meist erst nach einem längeren Zeitraum ihre gesundheitsschädigenden und psychischen Verschleißfolgen.

Die genannten Momente verschleiern oft noch die Zielsetzung der Rationalisierung und überdecken vor allem anfangs ihre breiten negativen Auswirkungen für die Bediensteten.

Zum anderen erschweren strukturelle Bedingungen der staatlichen Lohnarbeit eine kämpferische kollektive Interessenartikulation der Beschäftigten. Unter dem Druck von anhaltender Massenarbeitslosigkeit verstärkt die größere Arbeitsplatzsicherheit, speziell das Berufsbeamtentum, eine resignative Passivität der Lohnarbeiter im öffentlichen Dienst. In ihren Gewerkschaften nimmt die objektive Abhängigkeit der staatlichen Finanzmasse und Tätigkeit von der Kapitalakkumulation gerade in der Krise weitgehend die Form einer Nachtrabpolitik gegenüber den großen Industriegewerkschaften an.

Für die Entwicklung von Bewußtsein und Gegenwehr der staatlichen Lohnarbeiter müssen die fortschrittlichen Teile der Gewerkschaftsorganisation vorrangig auf der betrieblichen Ebene und an den direkten Rationalisierungserfahrungen am Arbeitsplatz ansetzen. Es gilt, die durch grundlegend gemeinsame Betroffenheit und arbeitsprozeßliche Kooperation konstituierten objektiven Zusammenhänge unter den Beschäftigten zur bewußten Grundlage ihrer Diskussionen und Aktivitäten zu machen. Ferment einer solchen kollektiven Interessenartikulation in der Belegschaft kann eine arbeitsplatzorientierte gewerkschaftliche Vertrauensleutearbeit sein, die nach wie vor in Ansätzen steckt. Bei diesem erforderten Schwergewicht auf der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit darf die zentrale überbetriebliche Gewerkschaftspolitik nicht außer Acht bleiben, denn sie behält wegen des hierarchischen Kompetenzaufbaus des Staatsapparates entscheidende Relevanz. Die Grenzen des betrieblichen Kampfes sind im öffentlichen Dienst relativ eng, denn den Beschäftigten stehen nicht einzelkapitalistische Geschäftsleitungen gegenüber, die unter dem Druck der Konkurrenz zu Einzelzugeständnissen gezwungen werden können. Die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Bereichen staatlicher Tätigkeit sind weitgehend vereinheitlicht und zentral geregelt. Bei Post, Bahn und vielen Verwaltungen werden die Rahmenbedingungen der Arbeitssituation (Einkommen, Bemessungswerte, technologische Umstellungen usw.) auf oberster Bundesbehördenebene fixiert. Hinzu kommt der Status der Beamtenschaft, der eine Institutionalisierung und zentralisierte Verrechtlichung in der sozialen Konfliktregelung im öffentlichen Dienst befördert (47). Insbesondere das durch die jüngste Rechtsprechung erneut bestätigte Ar-

---

47 Die Deutsche Postgewerkschaft ist neben der GEW die einzige DGB-Gewerkschaft, deren Mitgliedschaft mehrheitlich aus Beamten besteht. Am 31.10.1973 betrug der Anteil der Beamten an den Mitgliedern der DPG 62.8 %, am Postpersonal 57.9 %. (Berechnet nach Geschäftsbericht des Hauptvorstandes und des Gewerkschaftsausschusses der Deutschen Postgewerkschaft vom 1.7.1971 bis 30.6.1974, Seite 515). In den Gewerkschaftsfunktionen haben die Beamten (besonders die des „Gehobenen Dienstes") ein erdrückendes Übergewicht. Von den 418 Delegierten des DPG-Kongresses 1974 waren 330 Beamte gegenüber nur 36 Angestellten und 48 Arbeitern. Der Laufbahn des „Einfachen Dienstes", die fast die Hälfte aller Postbeamten umfaßt, gehörten lediglich 26 Delegierte an. (Vgl. Bericht der Mandatsprüfungskommission, in: Tagesprotokolle, 11. ordentlicher Kongreß der DPG, 20. bis 26. 10. 1974, Hamburg, S. 238).

beitskampfverbot für Beamte ist ein erhebliches Handicap für den betrieblichen Widerstand gegen die Rationalisierung.

Als wichtiges Instrument der gewerkschaftlichen Rationalisierungsschutzpolitik gilt es ebenfalls, die tariflichen Schutzabkommen weiterzuentwickeln. Bestehende Tarifverträge beschränken sich auf die Verhinderung von Entlassungen und auf Verdienstsicherung für maximal 2 Jahre; der technisch-soziale Gesamtkomplex betrieblicher Veränderungen bleibt außer Reichweite. Es fehlen nicht nur offensive Elemente wie Kontrolle über den Arbeitsprozeß, über Qualifikationsentwicklung und Arbeitsbedingungen. Die bisherige gewerkschaftliche Rationalisierungspolitik erfaßt auch nicht einmal die zentralen Auswirkungen der Arbeitsintensivierung und der veränderten Belastungsstrukturen. Der Schutz vor Entlassungen und Einkommensverlusten bleibt gleichwohl weiterhin im öffentlichen Dienst bitter notwendig und muß tarifvertraglich auf Privatisierungsmaßnahmen und Verwaltungsstrukturreformen ausgedehnt werden.

Mit fortschreitender Rationalisierung und Sparpolitik ist durch wachsende sogenannte „Personalüberhänge" ein zunehmender Druck bis hin zu Entlassungen zu erwarten. Die konkreten Pläne der Deutschen Bundesbahn – trotz Unterbesetzung und extremer Arbeitsüberlastung in vielen ihrer Bereiche – 20 000 „überhängige" Facharbeiter an die Automobilkonzerne zu verleihen, weist bereits in diese Richtung.

Die gewerkschaftliche Politik gegen Rationalisierung, Privatisierung und Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst darf sich nicht auf die Abwehr ökonomischer Betroffenheit der Staatsdiener beschränken. Sie muß, schon um den gesellschaftlichen Vorurteilen gegen die staatlichen Bediensteten entgegenwirken zu können – eine klassenpolitische Orientierung entwickeln.

Erstens muß der innere Widerspruch der Staatsdienerschaft – der Gegensatz zwischen Leitungsagenten einerseits und der Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten andererseits – bewußt in die Gewerkschaftspolitik eingehen. Strukturelle Forderungen, die sich gegen die hierarchische Privilegierung der höheren Ränge, insbesondere der Beamten richten, müssen verstärkt eingebracht werden (z.B. Festgeldforderungen oder die Tarifforderung des Jahres 1978 einer Urlaubsstaffelung nach Alter statt nach Einkommensgruppen).

Zweitens muß die Frage der gesellschaftlichen Nützlichkeit der Spar- und Rationalisierungspolitik zum Element gewerkschaftlicher Politik gemacht werden. Die Abwehrperspektiven müssen von den staatlichen Lohnarbeitern auch aus der Sicht ihrer lohnarbeitenden Kunden und Klienten gestellt werden. In der Krise, wenn die staatlichen Finanzhähne dünner fließen, spitzt sich das Problem der klassenmäßigen Verteilung staatlicher Gelder zu: die öffentlichen Haushalte werden stark zugunsten der Kapitalinteressen umgeschichtet, während bei Diensten gekürzt wird, die für die Masse der Bevölkerung relevant sind. Neben der öffentlich geführten Kritik der Steupolitik und der Verteilung öffentlicher Gelder heißt es, die Kürzung, Verschlechterung und Verteuerung staatlicher Dienstleistungen für die lohnarbeitende Bevölkerung, die Alten und die Kinder, als Folge der staatlichen Spar- und Rationalisierungsstrategie aufzuzeigen. Entgegen der bisherigen weitgehend klassenunspezifischen Be-

trachtung des öffentlichen Dienstes erscheint uns gerade in der Krise eine klassenbezogene „Umverteilungsdiskussion" als wichtiges Element offensiver gewerkschaftlicher Politik. Forderungen nach Arbeitsplatzbeschaffung im öffentlichen Dienst müßten sich auf die Reproduktionsbereiche konzentrieren, die eine wichtige Bedeutung für den Erhalt bzw. die Verbesserung des Lebens der lohnarbeitenden Massen besitzen.

Analysen zu den staatlichen Lohnarbeitern in der PROKLA:

Gerhard Armanski: Zur Kritik der Theorie der neuen Mittelklasse, in: PROKLA Nr. 4 (1972)
Norbert Kostede: Akkumulation und Mittelklassen, in: PROKLA Nr. 12 (1974)
Gerhard Armanski: Staatliche Lohnarbeiter im Kapitalismus, in: PROKLA Nr. 16 (1974)

ALTERNATIVE ÖKONOMIE



ALTERNATIVBEWEGUNG und SOZIALISMUS?

Das Sozialistische Büro Hamburg lädt im Rahmen seines Arbeitsschwerpunktes "Rationalisierung und Arbeitslosigkeit" alle zu einem Arbeitstreffen ein, die sich praktisch oder theoretisch mit alternativer Ökonomie auseinandersetzen.

Wir bitten alle, die an dem "Großen Ratschlag"(etwa Ende Sept./Anfang Okt.) Interesse haben und/oder ihn unterstützen wollen, sich möglichst bald zu melden. Wir schicken Euch dann weitere Informationen zu. Macht auch Vorschläge! Welche Beiträge könnt Ihr leisten? Über welche Erfahrungen könnt Ihr berichten? Auf jeden Fall Rückporto beilegen, am besten eine Spende von 5,-DM (und mehr) als Scheck oder als Überweisung an:

Arbeitsgruppe Alternative Ökonomie
c/o Sozialistisches Büro, Altonaer
Str. 28, 2 Hamburg 6,(040/433289)

Konto: Georg Habich, Sonderkonto Alternative Ökonomie, Nr. 1314 / 121 342
Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50

„In der Krise haben sich die Prioritäten gewerkschaftlicher Politik verändert“ Ein Interview mit Bruno Trentin (CGIL)

Dr.Bruno Trentin war bis Mai 1977 der Vorsitzende der größten italienischen Einzelgewerkschaft, der Einheitsgewerkschaft der Metallarbeiter FLM. Danach hat er die Leitung des gewerkschaftlichen Studienzentrums in Arriccia des kommunistisch-sozialistischen Gewerkschaftsbundes CGIL übernommen. Bruno Trentin hat eine Reihe von Schriften zum gewerkschaftlichen Selbstverständnis und zur gewerkschaftlichen Strategie veröffentlicht. Erst jüngst ist das viel diskutierte Buch "Da Sfruttati a Produttore" (Vom Ausgebeuteten zum Produzenten) veröffentlicht worden.

Auf einem Seminar, das im Februar 1978 an der Freien und der Technischen Universität Berlin zu Problemen gewerkschaftlicher Politik in der Krise in der BRD, Italien und Frankreich durchgeführt wurde, hat Bruno Trentin über die strategischen Überlegungen in der italienischen Gewerkschaftsbewegung angesichts von Arbeitslosigkeit, Rationalisierungstendenzen und des Problems der Weltmarktposition des Landes berichtet. Wir haben die Gelegenheit benutzt, mit Bruno Trentin ein Gespräch zu führen über die Probleme gewerkschaftlicher Politik in der Krise, in der Absicht, in die westdeutsche Diskussion auch Überlegungen einzubringen, die in Italien diskutiert werden.

Prokla: Die Krise hat in allen kapitalistischen Ländern veränderte Entwicklungsbedingungen zur Folge. Für die Gewerkschaften ergeben sich daraus neue Kampfbedingungen, die eine Diskussion über eine Umorientierung der bisherigen Politik provoziert haben. Auch in Italien sind in den vergangenen Jahren, seit Ausbruch der Krise, Überlegungen angestellt worden, wie auf die Krise adäquat von Seiten der Arbeiterbewegung, also auch der Gewerkschaften, geantwortet werden muß. Die bisherige Politik der Klassenoffensive scheint an Grenzen gestoßen zu sein – zumindest im Selbstverständnis der italienischen Gewerkschaften.

zumin-

Trentin: Die Politik der sechziger und siebziger Jahre hat durch die Krise wichtige Veränderungen erfahren. Es haben sich die Prioritäten verändert und die Gewerkschaftsbewegung hat eine selbstkritische Reflexion dieser Erfahrungen begonnen. Was ist das wichtigste an der gewerkschaftlichen Politik in den sechziger und siebziger Jahren gewesen? Es ist eine Politik gewesen, die einerseits erlaubte, die Differenzen zwischen dem italienischen und dem europäischen Lohnniveau zu verkürzen. Sie hat einen wirklichen Sprung des durchschnittlichen Lohnniveaus herbeigeführt, eine Angleichung der bis dato niedrigen italienischen Löhne an das westeuropäische Niveau. Außerdem sind wichtige Reformen des Systems der sozialen Sicherheit eingeführt worden. Die wichtigste Reform ist sicherlich die der Altersversorgung, nach der jeder Arbeiter das Recht auf eine dynamische Rente hat, die 80 Prozent seines Einkommens umfaßt und die sich sowohl mit den Lebenshaltungskosten, als auch entsprechend den Lohnerhöhungen, die die Arbeiterklasse mit

neuen Tarifverträgen jeweils durchsetzt, entwickelt. Vor allem ist aber zu bemerken, daß die Gewerkschaft in den sechziger und siebziger Jahren ziemlich radikal die Arbeitsbedingungen verändert hat. Dabei ging es um die Kontrolle beinahe aller Aspekte der Arbeitsgestaltung, von der Arbeitszeit bis zur Schichtregelung, vom Arbeitstempo bis zur Gesundheitsversorgung des Arbeiters, und schließlich um den Kampf für die Einführung einer neuen Arbeitsorganisation im Betrieb, von den einfachsten Formen einer Veränderung am Arbeitsplatz bis zu den ausgetüfteltsten Formen des job enrichment und der Neuzusammensetzung der Arbeitsaufgaben in den Großbetrieben. Ein weiterer wichtiger Punkt war schließlich auch der Kampf dafür, die politischen Ansatzpunkte der Gewerkschaftsbewegung über den Fabrikbereich hinaus auszuweiten durch Vorschläge zur Ausweitung der Beschäftigung, zur Dezentralisierung der Produktion vom Norden in den Süden, zur Restrukturierung des sogenannten produktiven Apparats.

Jetzt hat die Krise diese Prioritäten verändert, und über diese Veränderungen hinaus hat sie die Gewerkschaften auch zu einer selbstkritischen Reflexion veranlaßt, und zwar in dem Sinne, daß neue Beschäftigungsmöglichkeiten das wichtigste Ziel geworden sind, neben der Kontrolle über die Mobilität der Arbeitskraft. Denn ich glaube nicht an die Möglichkeit, daß die Beschäftigung erhöht wird, ohne daß die Verteilung der Ressourcen, und das heißt letztlich auch der Arbeitskräfte, in regionaler und brachenmäßiger Hinsicht verändert wird.

Prokla: Alle kapitalistischen Länder befinden sich in der Krise, doch ihre Auswirkungen und Ausdrucksformen, daher auch die Ansätze ihrer Überwindung in den nationalen Arbeiterbewegungen sind sehr verschieden. Worin besteht die Besonderheit der italienischen Krise?

Trentin: Es ist in der Tat wichtig, die besonderen Züge der ökonomischen, sozialen und politischen Krise in Italien zu begreifen und hervorzuheben. Sonst ist es schwierig oder gar unmöglich, die Probleme und Haltungen der italienischen Gewerkschaftsbewegung zu verstehen. Es handelt sich hier um eine Krise, die zunächst die Stellung der italienischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt betrifft. Die Wechselkurse mit dem Ausland zeigen, daß unser industrielles System „Tiefschläge" sowohl in der Konkurrenz mit den Ländern der dritten Welt, als auch mit den hochindustrialisierten Ländern erhalten hat. Und auch, wenn die italienischen Exporte weiterhin zunehmen, steigt die Abhängigkeit der italienischen Wirtschaft vom Rest der Welt, was die Rohstoffe und das technische Knowhow angehen. Diese Tatsache fällt zusammen mit einer Krise des Entwicklungsmodells des sogenannten italienischen Wirtschaftswunders in den fünfziger Jahren, das zwei wesentliche Grundlagen hatte: erstens die Entwicklung einer starken Basisindustrie, der Massenproduktion im Stahlbereich und in der Grundstoffchemie, und zweitens die Entwicklung einer Industrie dauerhafter Konsumgütern, in der hohe Arbeitsintensität herrschte, vom Auto bis zu den elektrischen Haushaltsgeräten. Diese beiden Grundlagen sind heute in die Krise geraten, und können nicht mehr dieselbe Rolle wie in der Vergangenheit spielen. Man kann sagen, daß in dieser Krise mehrere Faktoren – ich sage dies jetzt sehr schematisch – zusammengetroffen sind. Erstens der Druck der neu auftretenden Länder, die auf dem einen oder anderen Sektor eine immer stärkere Konkurrenz

für das italienische Modell geworden sind, zweitens der Klassenkampf, der seit den fünfziger Jahren geführt worden ist, und eine Industrie mit hoher Arbeitsintensität und einem niedrigen Technologieniveau immer unmöglicher gemacht hat. Und drittens haben wir es in der italienischen Krise auch noch mit einer Krise des Staates zu tun.

Prokla: Du hast eben die Rolle der Konkurrenz für die Krise des italienischen Kapitalismus und die Bedeutung der Klassenkämpfe, die das alte Entwicklungsmodell fragwürdig gemacht haben, hervorgehoben. Du hast weiterhin die Krise des Staates benannt. Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang der Staatssektor, der ja in Italien ein wesentlich größeres Gewicht hat, als beispielsweise in der BRD?

Trentin: Wir haben es in der Tat mit einer Krise des Staates zu tun, d. h. mit einer Krise der italienischen Form des Steuerstaats oder des Sozialstaats, der länger als dreißig Jahre gegenüber den gesellschaftlichen Widersprüchen als eine Art Stoßdämpfer funktioniert hat. Auf diese Art ist ein Monstrum entstanden, das seine Strukturen seit der bourbonischen Zeit nicht mehr verändert hat, und das gleichzeitig immer einschneidender auf das ökonomische und gesellschaftliche Leben des Landes einwirkt. Dabei beziehe ich mich nicht nur auf die Staatsbeteiligungen in der Industrie, sondern auch auf die sozialen Ausgaben, wodurch eine bombastische Maschinerie entstanden ist, die heute insgesamt mehr als 50 Prozent des Nationaleinkommens verschlingt. Nehmen wir als Beispiel die Art und Weise, wie der italienische Staat, und vor allem die Christdemokraten, die Politik der sozialen Sicherheit betreiben. Um ein Beispiel zu nennen: die Invalidenrente wird in der Regel entweder als Entschädigung oder als Rente an einen Lohnabhängigen gezahlt, der physisch so behindert ist, daß er seine Arbeit nicht mehr ausführen kann. So weit, so gut. Doch ist dieses System zu einer Art Entgelt für alle die gesellschaftlichen Widersprüche geworden, die die kapitalistische Entwicklung auf dem Land und in den unterentwickelten Gebieten des Südens produziert hat. Es ist gewissermaßen die italienische Version des Trinkgelds. Wir haben heute 8 Millionen Bürger, die eine Invalidenrente erhalten. Wir haben im südlichen Teil unseres Landes ein Verhältnis zwischen Invaliden- und Altersrentnern, das zwischen 8 : 1 und 10 : 1 beträgt; auf einen Altersrentner kommen also 8 bis 10 Invalidenrentner! Das sind zwar Elendsrenten von 50 000 oder 60 000 und manchmal nur 30 000 Lire (30 000 Lire sind ungefähr 75 DM). Fast alle Kleinbauern im Süden erhalten dieses Taschengeld, ebenso eine Reihe von Lohnabhängigen und Arbeitslosen, und insgesamt macht das dann doch Hunderte von Milliarden aus (1 Mrd. DM sind ungefähr 400 Mrd. Lire). Noch ein weiteres Beispiel: die Altersrente aller sogenannten unabhängigen Werktätigen, wie Handwerker, Bauern, Kleineigentümer wird faktisch mit den Beiträgen der Lohnabhängigen in der Industrie bezahlt. Um die Renten der sogenannten unabhängigen Werktätigen bezahlen zu können, müßte man ihren Beitrag heute verzehnfachen. Ein industrieller Lohnarbeiter zahlt etwa acht Mal soviel in die Rentenversicherung wie sein Arbeitgeber, wenn dieser einer von den sogenannten unabhängigen Werktätigen, z. B. ein Handwerker, ist. Dieser Sozialstaat hat heute einen Kollaps erlitten, und dabei kommt noch hinzu, daß die extrem überalterte Verwaltungsmaschine selbst immer höhere Kosten verursacht, ohne damit effizienter zu werden. Die italie-

nische Version des Sozialstaats ist in eine ausweglose Krise geraten, die sich auch in dem schon furchterregenden staatlichen Defizit ausdrückt. Die Krise des Staates ist also der dritte Aspekt der Krise des italienischen Kapitalismus, der mir bedeutsam zu sein scheint.

Prokla: Um noch einmal darauf hinzuweisen; es handelt sich also um einen Kapitalismus in Italien, dessen Krise spezifisch durch die Art staatlicher Eingriffe vermittelt ist?

Trentin: Ja, und wenn diese Analyse begründet ist, dann muß die Frage nach der Autonomie des Kapitals differenzierter sein als in der traditionellen Analyse. In der Krise wird auch die Tatsache wichtig, daß dieser Kapitalismus schon in der vergangenen langen Geschichte Italiens stets im Staat ein Element der Unterstützung und des Eingriffs gehabt hat, wie übrigens auch im deutschen Modell. Dieser Kapitalismus ist immer mehr von der Vermittlung des Staates abhängig und ihr ausgesetzt; das drückt sich auch in der Finanzkrise der Großunternehmen aus, die heute ein besonders dramatischer Aspekt der italienischen Wirtschaftskrise ist (von einigen Ausnahmen abgesehen: multinationale italienische Unternehmen, die daher ihre Finanzstruktur haben ausgleichen können). Doch die großen Industrieunternehmen des Landes, seien sie staatlich oder privat, zeigen alle eine Finanzkrise von gigantischen Ausmaßen und drohen dazu noch die mittleren und kleineren Unternehmen, die ihre Zulieferer oder Kunden sind, mit in die Krise hineinzureißen. Wir stehen also vor einer Situation in der Industrie, in der für eine Reihe von Unternehmen der Profit auf Null reduziert ist. Die strukturelle Krise des italienischen Kapitalismus ist so verfahren, daß wir heute nicht an einen Aufschwung denken können, der 3 bis 4 % Wachstum des realen Volkseinkommens überschreitet, ohne eine Inflation auszulösen, die unkontrollierbar wäre. Die Abhängigkeit von den Importen, die qualitative Schwäche der Produktion also, ist so stark, daß, wenn man die Schwelle von 3 oder 4 % überschreitet, das Defizit in der Handelsbilanz eine Inflation hervorruft, die 18 bis 20 % übersteigt.

Prokla: Die Inflation also als Ausdruck der strukturellen Probleme des italienischen Kapitalismus. Nun wird in dieser Hinsicht gerade die Diskussion – auch in der BRD – darüber geführt, inwiefern zu diesen strukturellen Problemen auch die, wie es in der Regel heißt, „zu hohen Lohnkosten" gehören. Gerade in Italien sind infolge der Klassenoffensive seit Ende der 60er Jahre ja die Lohnkosten angestiegen. In den Gewerkschaften ist zu hören, daß tatsächlich eine Reduzierung der Arbeitskosten notwendig sein sollte, als ein Moment einer neuen tarifpolitischen Strategie. Ist das eine Rücknahme der vorherigen Lohnpolitik?

Trentin: Wir haben in Italien eine Struktur der Arbeitskosten, die paradox und unhaltbar geworden ist, weil der tariflich auszuhandelnde Teil des Lohns 35 bis 40 % der Arbeitskosten nicht übersteigt. Der direkt vom Arbeiter bezogene Lohn, der von den Gewerkschaften ausgehandelt wird, zusammen mit der Erhöhung durch die automatische Lohnangleichung (1), umfaßt nicht einmal 48 %; der übrige Teil

---

1 Die „gleitende Lohnskala", d.h. die automatische Anpassung der Lohnentwicklung an die Steigerung der Lebenshaltungskosten wurde von den italienischen Gewerkschaften un-

sind Sozialleistungen oder Formen des indirekten Lohns wie die Alterszulage und die Entschädigung beim Austritt aus dem Betrieb oder bei Entlassung.

Unter diesen Bedingungen ist es nicht mehr möglich, an eine fortschreitende Entwicklung des direkten Lohns zu denken, wenn diese Struktur der Arbeitskosten aufrecht erhalten bleibt. Hier existiert also ein Widerspruch, der schmerzliche Reformen notwendig macht, die wir meiner Ansicht nach im richtigen Augenblick versäumt haben. Als wir z. B. die Renten in einer Höhe von 80 % durchgesetzt haben, hätten wir die Austrittsentschädigung abschaffen müssen. Es ist nicht möglich, 80 % des Lohns als Rente durchzusetzen und wenn das Arbeitsverhältnis beendet ist, weitere 10 - 15 Millionen Lire, die aufgespart wurden, zu beanspruchen. Wenn wir nicht die Arbeitskosten reformieren, akzeptieren wir entweder die Paralyse der Löhne für die kommenden 3 oder 4 Jahre, oder aber, daß andere Errungenschaften, die unserer Ansicht nach nicht aufgegeben werden dürfen – wie die automatische Lohnangleichung und das Rentensystem – drastisch modifiziert werden. Die Reform der Struktur der Arbeitskosten ist Teil der Austerityvorschläge, die wir machen. Wir fordern eine Austerity, die das Wachstum bestimmter Konsumarten begrenzt, die eine Vielzahl öffentlicher Ausgaben einschränkt; das aber ist ohne Eroberung von Machtpositionen seitens der Klassengewerkschaft nicht denkbar. Wenn ich von Machtpositionen spreche, beziehe ich mich nicht auf die Frage der Regierungsbeteiligung einer oder zweier Parteien der Linken. Das kann ein Element sein, aber nur ein Element. Die Frage der Macht stellt sich in Italien viel komplexer, und zwar als Beteiligung aller Kräfte der Arbeiterbewegung von der Fabrik angefangen auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Dies scheint mir ein Unterschied zu einer Logik der schlichten Rationalisierung zu sein, wie sie sich vielleicht in Deutschland stellt.

Prokla: In Italien spricht man von einem gespaltenen Arbeitsmarkt, von der gewerkschaftlich organisierten und beschützten Arbeit und von der Heim- und Schwarzarbeit. Liegt in dieser Spaltung nicht ein Moment der Schwäche, das überwunden werden muß, um die Machtpositionen, von denen Du gesprochen hast, zu erobern?

Trentin: Wir haben in Italien in den letzten Jahren ein ungeahntes Wachstum der Schwarzarbeit erlebt. In den letzten zehn Jahren, während es uns gelungen ist, wichtige Machtstellungen in den großen und mittleren Fabriken zu behaupten, hat sich gleichzeitig ein paralleler Arbeitsmarkt entwickelt, der es den alten Strukturen erlaubt hat zu überleben. Man kann heute schätzen, daß es 6 Millionen Arbeiter sind, die in verschiedenen Formen diesen zweiten Arbeitsmarkt auffüllen, der sich von

---

mittelbar nach dem zweiten Weltkrieg durchgesetzt. Der Mechanismus der Anpassung ist ausgesprochen kompliziert und mehreren Veränderungen unterworfen worden. Als Resultat der Klassenkämpfe in den 70er Jahren ist es den Gewerkschaften 1975 gelungen, die automatische Lohnangleichung für die unterschiedlichen Lohn- und Gehaltsgruppen anzunähern, so daß die bis dahin darin angelegten Differenzierungen zwischen Lohngruppen und Beschäftigtenkategorien abgebaut werden konnten. In der Diskussion um Krise und Inflation ist insbesondere die „scala mobile“ angegriffen worden, weil sie angeblich die Inflation befördern würde. Bis heute konnte sie aber von den Gewerkschaften gegen alle Angriffe von Kapital, Staat und Wissenschaft verteidigt werden.

der Hausarbeit über kleine Fabriken bis zu Formen von Doppelarbeit im Dienstleistungsbereich und in der Industrie erstreckt.

Wir haben in Italien die „beschützte" Arbeit, dort, wo die Gewerkschaft stark ist: in den großen, mittleren und kleinen Betrieben, soweit man sie noch als industriell bezeichnen kann; und wir haben einen schwarzen Arbeitsmarkt im Land (der deutsche Kapitalismus hat ihn auch; z. B. in Hongkong oder in Singapur, d. h. international dezentralisiert). Der schwarze Markt gerät in eine Krise, weil es eine Konkurrenz unter den schwarzen Märkten gibt: die marokkanische Heimarbeit kostet bei der Herstellung von Cardins Krawatten und Schuhen jetzt weniger als die italienische, und ebenso konkurriert der schwarze Markt Rumäniens und Bulgariens mit uns. Darüber hinaus gibt es Arbeitslose, die unterstützt, und andere, die nicht unterstützt werden, also eine Atomisierung der Arbeitskraft, die für das Kapital gleichzeitig Verteidigung gegen und Antwort auf die Offensive der Gewerkschaft darstellt. Aus dieser Struktur kommen wir aber nur heraus, wenn wir für Veränderungen kämpfen, auch wenn uns das viel kostet. Wir sprechen von Opfern der Arbeiterklasse für die Veränderung dieses Systems. Ich möchte das mit Garibaldis Eroberung des Südens vergleichen. Es gibt da einen Ausspruch, den man in der Schule zitiert. In der Schlacht von Calatafimi, angesichts einer eventuellen Niederlage, rief Garibaldi: „Hier schaffen wir Italien – oder wir sterben". Diesen Satz bringt man den Kindern bei. Die wahre Geschichte, so wie sie einer von Garibaldis Soldaten in seinen Memoiren erzählt, ist anders. Als sich die Truppen Garibaldis, besiegt von den Bourbonen, zurückzogen, sagte Garibaldi zu seinem Feldadjutanten: „Was sollen wir tun? Hinter uns ist das Meer, und wir haben keine Schiffe mehr. Also bleibt uns nichts, als zu siegen oder zu sterben, weil wir keine Fluchtmöglichkeit mehr haben." Ich glaube, daß wir uns in dieser Situation befinden, weil es keinen Weg zurück gibt.

Prokla: Welche politischen Konsequenzen ergeben sich denn aus diesen Feststellungen? Wie kann ein positiver, vorwärts weisender Ausweg aus dieser – wie Dein Beispiel nahelegen könnte – ausweglosen Sackgasse aussehen?

Trentin: Um aus dieser Zwangslage herauszukommen, muß man die industriellen Strukturen und daher diesen zweiten Arbeitsmarkt, der die „Lunge" des italienischen kapitalistischen Systems ist, angreifen und verändern. Dies ist nicht möglich ohne rigide Planungsmaßnahmen, natürlich der Investitionen, aber auch des Konsums, weil die Überwindung der Krise ohne eine Reform des Staates und ohne schmerzliche und schwierige Eingriffe im Rahmen der Sozialpolitik unmöglich ist.

Das italienische Paradoxon besteht darin: Wir haben Arbeitslose, und es sind viele; und auf der anderen Seite haben wir auch Erscheinungsformen einer gereiften Ökonomie, d. h., daß immer weniger junge Leute dequalifizierte „Dreckarbeit" akzeptieren. So gibt es tatsächlich ein Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage, trotz der Arbeitslosigkeit. Ein junger Mann von mittlerem kulturellen Niveau, der die Pflichtschuljahre durchlaufen hat, will nicht die repetitive Arbeit in den rückständigen Betrieben machen. Es gibt also das Problem einer Veränderung der „Qualität" der Arbeit für eine neue industrielle Politik. Machtfragen können sich auch im Hinblick auf ein anderes Problem stellen: Die regionalen Arbeitsbeschaffungsprogramme im Rahmen wichtiger sozialer Dienstleistungen, die auch in der Planung der

(allerdings erst einmal zeitweisen) Beschäftigung auf neue Weise organisiert werden, sollten eine Teilung in Halbtagsarbeit und Halbtagsschule vorsehen (oder eine Aufteilung in zwei Wochenhälften für Arbeit und Schule). Das gäbe den Jugendlichen die Möglichkeit, sich kulturell und beruflich weiterzubilden, vor allem, wenn die Jugendlichen gemeinsam mit den Gewerkschaften die Arbeits- und Unterrichtsinhalte organisieren können. Deshalb verlangen wir, daß möglichst viele dieser Tätigkeiten sich in Kooperativen abwickeln: in der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich, in den Städten, um die Zentren zu sanieren, um vernachlässigte Museen provisorisch zu verwalten, um Alphabetisierungskurse und Kurse der Erwachsenenbildung zu veranstalten. Es geht also hier nicht nur um Arbeitsvergabe, sondern darum, die lokalen Machtverhältnisse neu zu organisieren.

Schließlich versuchen wir in den Großbetrieben Forderungen durchzusetzen, die mit den von uns unterstützten nationalen Plänen in Beziehung stehen. Hier möchte ich auf eine Besonderheit der italienischen Realität hinweisen: Wir verhandeln mit den Großbetrieben gleichzeitig den Lohn, die Einstufungen, die Arbeitsbedingungen, die Investitionen, die regionale Verteilung der Produktion und das Beschäftigungsniveau. Wir haben also nicht zwei getrennte Organe: eines, das die Tarifpolitik macht und ein anderes, das in irgendeiner Weise Industriepolitik betreibt. Diese Probleme werden von derselben organisatorischen Instanz angegangen. Damit können wir in die Fabrik eine Logik einführen, die der nationalen Gewerkschaftspolitik folgt. In den Großbetrieben des Nordens sorgen wir dafür, daß auch die Vertreter der armen Gebiete des Südens an den Verhandlungen beteiligt werden; und nicht nur Gewerkschafter! An den Verhandlungen mit FIAT haben z. B. Vertreter der jugendlichen Arbeitslosen aus den Gebieten teilgenommen, wo unserem Plan nach FIAT investieren sollte.

Wir versuchen besonders dringliche Beschäftigungsprogramme in den Gebieten zu entwickeln, die am stärksten von der Arbeitslosigkeit geschlagen sind. Es handelt sich dabei z. B. darum, ein Gesetz zu verwirklichen und mit Leben auszufüllen, das mit unserer Unterstützung das Parlament passiert hat und den arbeitslosen Jugendlichen zugutekommen soll; in allen Gebieten können außerordentliche Beschäftigungsprogramme diskutiert und beschlossen werden; dabei wird den jugendlichen Arbeitslosen ein Lohn angeboten und gleichzeitig die Möglichkeit eröffnet, sich die Hälfte des Tages weiterzubilden, die andere Hälfte zu arbeiten.

Prokla: Also auf der einen Seite Bereitschaft zur Reduzierung der Lohnkosten, und auf der anderen Seite Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen durch Kontrolle über Beschäftigung, Arbeitsinhalte, Mobilität; Qualifikation. Ist dies nicht eine – sicherlich durch die Krise genährte – defensive Position der italienischen Gewerkschaftsbewegung?

Trentin: In Italien stellt sich die Alternative zwischen „Defensive" und „Gegenangriff" auf besondere Art. Welcher Hauptunterschied besteht z. B. zwischen meiner Position und der meines Freundes Bruno Manghi (von der CISL), der meiner Meinung nach heute eine defensive Position vertritt? Sie läuft Gefahr, nicht nur eine grundsätzliche Unterwerfung der Gewerkschaft unter die Entscheidung des Kapitals zu fixieren, sondern in der italienischen Realität die schnelle Regression in

Richtung auf eine neue Art von Bürgerkrieg unter den Armen zu provozieren! Ich habe schon in den anderen Antworten darauf hingewiesen, daß nach meiner Meinung das politisch-ökonomische System in Italien inzwischen alle Elastizität verloren hat, und daß jede Entscheidung der herrschenden Klassen sofort auf die Sozialstruktur durchschlägt und immer größere Widersprüche im Volk verursacht, wie Mao sagte, – Widersprüche, die in diesem Fall zu gewaltsamen Zerreißproben führen. Entweder gelingt es der Arbeiterklasse, den Kampf für tiefgreifende Veränderungen zu führen, für die sie auch den Preis bezahlt, oder aber es kommt nicht zu einem Stillstand, sondern in Wirklichkeit zu einem Krieg unter den armen Leuten. Das haben wir im Süden schon klar vor Augen, wo es schon fast zu physischen Zusammenstößen zwischen den Fabrikarbeitern der „Kathedralen der Wüste" und den Unterbeschäftigten und Arbeitslosen gekommen ist (2). Das heißt auch, daß der Weg der reinen und einfachen Defensive verschlossen ist, weil das den Bürgerkrieg unter den Armen und die unerträgliche Zuspitzung der Widersprüche innerhalb der arbeitenden Klassen bedeuten würde, ohne daß man diese gegen das Kapital wenden könnte. Gerade die zerrissene Struktur des Arbeitsmarkts hat es den herrschenden Klassen in Italien ja bis heute ermöglicht, ihre Hegemonie auszuüben (3).

Man kann daher sagen, daß es eine sehr klare Verschiebung der Prioritäten gegeben hat, auch mit Auswirkungen auf die Lohnpolitik. Hier kommt die Selbstkritik herein, von der ich gesprochen habe. Die Forderungen der 60er Jahre haben meiner Ansicht nach entscheidende Grenzen gehabt; sie haben völlig neue Aspekte in die Struktur des Arbeitsverhältnisses eingeführt, die jedoch in zunehmende Widersprüche mit der gesamten alten Einkommensstruktur getreten sind. Wenn ich von Arbeitsorganisation und Rigidität der Arbeit spreche, so will ich darauf hindeuten, daß die Gewerkschaften einsehen müssen, daß sie unmöglich die Qualität der Arbeit verändern können, ohne dabei zu berücksichtigen, daß sie auch die Produktionsstrukturen ändern und damit auch ein anderes Verhältnis zur Mobilität der Arbeit in territorialer Hinsicht bekommen müssen (3a). Lange Zeit hat es auch in der Gewerk-

---

2 Mit „Kathedralen in der Wüste" sind die industriellen Projekte im Süden Italiens bezeichnet worden, da sie massiv vom Staat durch die Südkasse (cassa per il mezzogiorno) gefördert wurden, ohne daß in einer umfassenden Entwicklungsplanung den regionalen Bedürfnissen Rechnung getragen worden wäre. So wurden Stahl- und Chemiekomplexe errichtet ohne Infrastruktur, ohne Auswirkungen auf die Beschäftigung, die industrielle Struktur oder die Qualifikation – eben Kathedralen in der Wüste.

3 Die Spaltung der Arbeiterklasse ist ein Moment der Herrschaftssicherung des „Blocks an der Macht" und insofern für die Arbeiterbewegung von zentraler Bedeutung. Vgl. dazu die Aufsätze zu Italien in PROKLA 26, 27, 29.

3a In der italienischen Gewerkschaftsbewegung wird seit etwa zwei Jahren heftig um die Mobilität bzw. – als Gegensatz von Mobilität – Rigidität der Arbeit diskutiert. Von Seiten der Unternehmer und des Staates wird von der Arbeiterklasse mehr Mobilität verlangt, in regionaler und qualifikatorischer Hinsicht, während von der Arbeiterklasse die Rigidität der Arbeit verteidigt wird. In jüngster Zeit wird von der Gewerkschaftsbewegung die Notwendigkeit einer größeren Mobilität der Arbeitskraft akzeptiert, allerdings unter der Bedingung, daß deren Kosten vom Kapital übernommen werden. In diesem Zusammenhang wird auch verlangt, daß die notwendige Infrastruktur (Wohnungen, öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser usw.) geschaffen wird, die für eine grö-

schaft Widerstände gegeben, diese Tatsache zur Kenntnis zu nehmen. So hat sich eine fast schizophrene Haltung entwickelt: Einerseits kämpft man, um die Qualität der Arbeit zu verändern, andererseits aber verteidigt man die Fabrik so, wie sie ist, mit Zähnen und Klauen.

Prokla: Und die konkreten Aufgaben der Gewerkschaften heute?

Trentin: Für die Gewerkschaft ist ein Ausgang aus der Krise ohne eine tiefgreifreinde Umstrukturierung der industriellen Entwicklung undenkbar; dabei muß akzeptiert werden, daß Betriebe schließen, daß einige tiefgehend verändert werden und daß damit auch unvermeidlich eine Mobilität der Arbeitskräfte in der Industrie, aber sicher auch in der öffentlichen Verwaltung, einsetzen muß. Ich will sagen: wenn wir einige der Errungenschaften der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in diesen zehn Jahren verteidigen, wenn wir nicht zurückweichen, sondern diese erkämpften Freiheitsräume erhalten wollen, dann müssen wir die Fabrik verändern und damit auch die Ressourcen verlagern. Das mag als ein Widerspruch erscheinen, aber die Verteidigung der Arbeitsplätze verlangt eine Mobilität in territorialer Hinsicht, zwischen Norden und Süden, zwischen den verschiedenen Industriebereichen. Dies in dem Sinn, daß die Industrien begünstigt werden, die im Hinblick auf die neue internationale Arbeitsteilung, im Hinblick auf die organische Zusammensetzung des Kapitals fähig sind, Arbeiter auf der Basis neuer Formen der Arbeitsorganisation zu beschäftigen. Dabei handelt es sich – und hier treten wir schon in die Vorschläge ein –, um Sektoren, die auf technologisch fortgeschrittener Basis produzieren, um Sektoren, die Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Industrie liefern, die forschungs- und entwicklungsintensiv sind.

Das also sind die Sektoren, auf die die Entwicklung sich orientieren muß, damit Italien nicht auf eine Situation der Dritten Welt regrediert. Wir müssen in erster Linie einen allgemeinen Kampf für die Entwicklungsplanung auf Regierungs- und Staatsebene führen. Es müssen also erste Elemente mittelfristiger industrieller Planung eingeführt werden, die sowohl die Finanzkrise der Unternehmen, wie das Problem der Umstrukturierung der Produktion und der territorialen Mobilität der Arbeit lösen helfen; es geht also um die sektoralen Pläne zur Umgestaltung der Produktion, wie wir das nennen. Aber wir wissen genau, daß auch, wenn es uns gelingt, Kontrolle über diese Pläne zu erlangen, deren Erfolge sich erst in zwei oder drei Jahren bemerkbar machen werden. Neben dem unmittelbaren und explosiven Problem der zwei Millionen Arbeitslosen haben wir das der jungen Generation. So muß die andere Seite dieser Programmierung auch darin bestehen, daß Ressourcen für eine spezielle Beschäftigungspolitik mobilisiert werden, die vor allem Gebiete mit starker Arbeitslosigkeit betrifft, nämlich den Süden. In beiden Fällen könnten sich wesentliche Machtproben ergeben. Was die Umstrukturierung der Produktion – die sekto-

---

ßere Mobilität unabdingbar ist. Die Eigentümlichkeit der Reaktionsweise der italienischen Gewerkschaften besteht also darin: Durch die Krise ist zwar die größere Mobilität der Arbeit erzwungen worden; aber, anstatt diesem Kapitalbedürfnis einfach nachzugeben, soll die Kontrolle über die Mobilität der Arbeit durch die Gewerkschaften entwickelt werden, um nicht den einzelnen Arbeiter schutzlos den Allokationsbedürfnissen des Marktes auszuliefern.

ralen Pläne – angeht, so verlangen wir die gewerkschaftliche Kontrolle über die nationalen Pläne und über die Durchführung der Programmierung auf regionaler Ebene, damit die Umstrukturierung der Produktion gleichzeitig zur Entstehung technologisch fortgeschrittener Industrien, zur Einführung neuer Formen der Arbeitsorganisation, sowie zu einer weiteren Veränderung der „Qualität" der Arbeit und natürlich zur Ausweitung der Beschäftigung führt.

Prokla: Ist dies aber mehr als eine bloße technische Verbesserung des Systems? Die Aufgabe und die große Schwierigkeit zugleich besteht ja darin, in der Krise zu verhindern, daß eine bloße Modernisierung stattfindet, die dem Kapital nutzt und die Arbeiterklasse als Opfer der „Bereinigungskrise" hinterläßt. Wie kann also gewerkschaftliche Politik in der Krise aussehen, die offensiv ist und Machtpositionen erobert?

Trentin: Es handelt sich nicht darum, dieses alte System zu modernisieren, sondern darum, es radikal zu verändern. Dies muß nicht nur entschiedene Widerstände des italienischen Kapitalismus hervorrufen, sondern auch politische Widerstände erzeugen, da – wenn wir sehr genau sein wollen – eine produktive industrielle Erneuerung in Italien ohne die Einführung von Elementen der Planung, der Kontrolle, von neuer Macht also, praktisch unmöglich ist. Und es ist dies der Punkt, wo die entscheidende Schlacht geschlagen wird. Planung und Kontrolle nicht nur, um die Investitionen in einer neuen Weise zu lenken, sondern auch, um die Ressourcen neu zu verteilen. In der italienischen Situation heißt, die Krise zu überwinden: Entscheidungen über die Verwendung der produktiven Ressourcen treffen.

Es geht um die Instrumente für die Gewerkschaften, im Betrieb und auf territorialer Ebene bei Investitionen und Beschäftigungsniveau intervenieren zu können. Auf dem Papier haben wir diese Rechte schon seit 1976 in der gesamten Industrie. Das bedeutet, daß in die Tarifverhandlungen Fragen der Investitionen in den kleinen und mittleren Betrieben und der territorialen Beschäftigungspolitik (Provinzen und Regionen) aufgenommen werden. Es wird also über die Gesamtinvestitionen, das Beschäftigungsniveau, die Dezentralisierung der Produktion und auch über die Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche verhandelt. Das große Problem ist, wie wir diese unterschiedlichen Kampfebenen miteinander verbinden: den nationalen Kampf für sektorale Planung, um neue Formen der Arbeit und Beschäftigung, und wie es uns gelingt, Einfluß auf das Kapital in der Fabrik und in der Region zu bekommen; gleichzeitiger Kampf mit öffentlichen Bürokratien und Privatunternehmern, ohne in eine Art konzertierte Aktion zu geraten. In dem Moment also, in dem wir um diese drei Instrumente kämpfen oder über sie verfügen, verhandeln wir mit der Regierung, mit den Regionen und mit den Kapitalisten, aber wir wollen nicht mit allen zugleich verhandeln. Sicherlich kann es dann Probleme mit den unterschiedlichen Verhandlungsergebnissen geben, aber das muß man in Rechnung stellen. In diesem Punkt bin ich ein wenig ketzerisch, weil ich sage, daß wir einen politischen Kampf gewonnen haben, wenn wir nur ein Zehntel von dem erreichen, was wir fordern. Und das zählt sehr viel. Außerdem schätze ich das bisher Erreichte keineswegs gering ein. Zum dritten Mal im Laufe von vier Jahren gab es auch in diesem Jahr Streiks für Investitionsprogramme, eine wunderbare Sache, wenn man sieht, wie ein-

heitlich die FIAT-Arbeiter für dieses Programm kämpfen. Im letzten Jahr gab es pro Arbeiter 200 Streikstunden, während man sich über die Lohnforderungen in fünf Minuten geeinigt hatte. Das Wenige, das wir im Hinblick auf die Investitionsprogramme bisher erreicht haben, stellt an einigen Orten des Südens schon einen Bezugspunkt für die weitere Entwicklung dar und hat eine erste Einheit von Beschäftigten und Arbeitslosen hergestellt. Wir haben den Bau einer neuen Autobusfabrik im Süden (in der Provinz von Avellino) und den einer neuen Fabrik in Foggia erreicht, um nur von FIAT allein zu sprechen; und wir kämpfen immer noch um einhunderttausend Arbeitsplätze, die von den Unternehmern für überflüssig gehalten werden. Auch während dieser Verhandlungen ging es um die Diskussion der Programme schon existierender Betriebe von FIAT in Turin und gleichzeitig um die Schaffung einer Massenmobilisierung, die Druck ausübt. Wenn wir also vielleicht zehn Prozent vom Erwarteten erreicht haben, haben wir damit das politische Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten verändert. Das ist meine Meinung.

Man kann daher sagen, daß das erste Ziel der Gewerkschaften heute nichts anderes sein kann als die Kontrolle der Beschäftigungspolitik und der Mobilität der Arbeit. Das zweite Ziel wird und bleibt jenes einer weiteren Veränderung der Arbeitsorganisation, der Verteidigung des Rechts auf Arbeit, von dem ich gesprochen habe. Das dritte Ziel wird die Rettung einiger sozialer Errungenschaften wie der Renten sein; und das letzte ist in der Krise jenes der Lohnverbesserungen.

(Übersetzung und Bearbeitung: Italiengruppe)

Gerhard Armanski/Gerd Burger/Ulf Dammann/Claudia Rinne
US-Gewerkschaften und Arbeitsbedingungen*

„Management should manage" – das ist noch immer die Devise der meisten amerikanischen Gewerkschaften. In vielen Tarifverträgen ist ausdrücklich festgelegt: „Dem Unternehmen ist das ausschließliche Recht vorbehalten, die Geschäfte und Anlagen zu führen und den Arbeitseinsatz zu regeln ... Das beinhaltet das Recht, Arbeitskräfte einzustellen oder begründet zu entlassen, an einen anderen Arbeitsplatz zu versetzen und das Recht, Arbeitnehmer wegen Arbeitsmangels oder aus anderen legitimen Gründen von ihren Pflichten zu entbinden" (1). Die Gewerkschaften verstehen ihre Vertretungsaufgabe vorwiegend dahin, möglichst hohe Löhne und Sozialleistungen zu erkämpfen. Hierbei befinden sie sich im Einklang mit der Mehrheit der amerikanischen Arbeiter – nicht unverständlich in einer Zeit sinkender Reallöhne und in einem Land mit ungenügender Sozialgesetzgebung.

Dennoch ist bereits seit einiger Zeit ein deutlicher Trend zu verstärkter Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen in amerikanischen Fabriken und Bergwerken erkennbar, die sich häufig neben und auch gegen die offizielle Gewerkschaftspolitik Luft verschafft. Darauf wird zurückzukommen sein. Das ausgeklügelte Tarifvertrags- und Beschwerdesystem versucht die Unzufriedenheit der Arbeiter zu kanalisieren und niederzuhalten. Der Druck sich umwälzender Produktionsbedingungen aber wächst: schon jetzt ist die technologische Rationalisierung in einigen Branchen ein zentrales Problem der Gewerkschaft, in anderen sind das auch Sicherheitsbedingungen. Im Bergbau z.B. wurden seit dem Ende des zweiten Weltkriegs fast vier von fünf Arbeitsplätzen wegrationalisiert, fast jeder zweite Hafenarbeiter verlor innerhalb von 12 Jahren seinen Job (2).

Die Kämpfe der betrieblichen Basis gegen Verlust von Arbeitsplätzen und verschlechterte Arbeitsbedingungen haben in den letzten Jahren – nicht zufällig jene der ausbrechenden strukturellen und zyklischen Krise der US-Wirtschaft (3) – erheblich zugenommen. „Die Militanz der Basis setzte genau wegen des Versagens der Gewerkschaften ein, sich mit den Fragen erhöhter Arbeitsgeschwindigkeit, Stillegung, stärkerer Arbeitsbelastung, technologischen Veränderungen und willkürlichen Entlassungen von Gewerkschaftsaktiven zu befassen" (4).

---

* *Der Artikel entstand im Zusammenhang der Joseph-Weydemeyer-Gesellschaft für sozialwissenschaftliche USA-Forschung, Berlin 31, Postfach 311463. Die Gesellschaft hat sich vorgenommen, progressive sozialwissenschaftliche Arbeiten über die USA anzuregen, zu koordinieren und zu publizieren. Wir sind an Mitarbeit und Bezug unserer Zeitschrift „Dollars und Träume" interessiert.*

1 *Zit. nach Greif Sander, Amerikas Gewerkschaften, Wiesbaden 1966, S. 63. Ähnliche Bestimmungen lassen sich vielfach in Tarifverträgen finden. Sie schließen auch Produktions- und Auftragsverlagerungen ein.*

2 *Vgl. Gil Green, What's Happening to Labor, New York 1976, S. 89 ff.*

3 *Zu diesem Hintergrund und der allgemeinen Gewerkschaftspolitik vgl. Gerhard Armanski, Krise und Klassenkämpfe in den USA, in: Kritik der politischen Ökonomie, Berlin (W), Nr. 11/12-1976. Weiterhin verschiedene Artikel in den „Beiträgen zum wissenschaftlichen Sozialismus", Hamburg (Nr. 3/76, 1/77, 3/77, 1/78).*

4 *Stanley Aronowitz, Trade Unionism and Worker's Control, in: Hunnius/Garson/Case (Hrsg.), Worker's Control, New York 1973, S. 63*

Die offizielle Streikstatistik belegt das. Von ca. 6 000 Streiks 1974 fanden fast 70 % bei Tarifverhandlungen, rund 27 % während der Laufzeit der jeweiligen Abkommen statt. Von den letzteren wiederum drehten sich über zwei Drittel um Arbeitsbedingungen, bei den offiziellen Streiks um Tarife hingegen waren es nur knapp 9 % (5). Das zeigt, daß sich die Arbeiter auf betrieblicher und häufig spontaner Basis („wild cat strike") heftig gegen die ihnen zugemuteten Verhältnisse in der Fabrik wehrten.

Diese Entwicklung ist natürlich auch den Spitzen der Gewerkschaften nicht entgangen. Bislang bewegen sie sich aber im wesentlichen weiter in den traditionellen tarifpolitischen Bahnen und sind meist schnell bereit, Basisforderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und Rationalisierungsschutz gegen Lohnentschädigungen fallen zu lassen. Der beschäftigungspolitischen Folgen wachsender Technologisierung der Produktion ist sich auch die offizielle Gewerkschaft durchaus bewußt. Weiß sie doch, daß der technische Fortschritt möglicherweise auch die Arbeitsbedingungen verbessert, zugleich aber die Arbeitsbelastung erhöht und die Beschäftigten- und damit Mitgliederzahl der Gewerkschaft senkt. Die Umsetzung einer solchen Erkenntnis wird durch eine fast naive Fortschrittsgläubigkeit beschränkt. Die aus diesen Widersprüchen resultierenden Lösungsversuche sehen folgendermaßen aus:

Gewerkschaftliche Lösungsmodelle

Die häufigste und dem Selbstverständnis der amerikanischen Gewerkschaften am meisten entsprechende Herangehensweise ist der Versuch, die durch den technologischen Fortschritt aufgeworfenen Probleme auf dem Wege von Tarifverhandlungen zu lösen. Als bahnbrechend wird ein 1960 von der Gewerkschaft der Hafenarbeiter der Westküste, der ILWU, erreichtes Abkommen, das „Mechanization and Modernization Agreement", angesehen. Zunächst wurde hierin dem Unternehmen das Recht zugesichert, innerhalb der 5-jährigen Laufzeit die Zahl der Beschäftigten zu verringern. Den Arbeitern mit der höchsten „seniority" (Beschäftigungsdauer) im Betrieb wurde dafür garantiert, daß sie für mindestens 35 Stunden in der Woche bezahlt würden, auch wenn es keine Arbeit für sie gebe. Diese Arbeiter erhielten absoluten Kündigungsschutz, wurden aber durch Abschlagszahlungen von mehreren tausend Dollar und zusätzliches Altersgeld ermuntert, vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Zur Finanzierung dieses Programms errichteten die Unternehmer einen Fonds, in den sie jährlich 5.5 Mio Dollar einzahlten. Für andere Arbeitergruppen waren entsprechend ihrer sinkenden „seniority" geringere Schutzbestimmungen vorgesehen, die schließlich ganz entfielen. Darauf werden wir unten zurückkommen.

Den zumindest vom Ansatz her fortschrittlichsten Weg hat die Automobilarbeitergewerkschaft UAW eingeschlagen – jedenfalls verbal, die Praxis sieht bisher dagegen bescheiden aus: In der Tarifrunde 1977 wurde mit den Automobilkonzernen vereinbart, die Arbeitszeit der Arbeiter bei gleichem Lohn schrittweise zu verkürzen – bis zu einem Tag monatlich im letzten Jahr der 3-jährigen Laufzeit des Vertrags, insgesamt aber bloß 13 Tage in den gesamten drei Jahren (6). Mit diesem Abkommen wurde ein eher symbolisch-propagandistischer Anfang gemacht, der von Forderungen der Gewerkschaft nach der 4-Tage-Woche noch weit entfernt ist. Erst die Zukunft wird zeigen, wie ernst es der UAW-Führung ist und auch, ob der Druck der Mitglieder

---

5 *US Department of Labor, Analysis of Work Stoppages, S. 1*

6 *Alle Auto-Tarifverträge enthalten außerdem allgemeine Klauseln über „seniority", Entlassungen, Beschwerdesystem, Pensionierung und zusätzliches Arbeitslosengeld, die auch bei Arbeitsplatzverlust infolge technologischer Veränderungen anwendbar sind. In zwei Fällen wurden zusätzlich besondere Bestimmungen hierfür aufgenommen, die rechtzeitige Unterrichtung der Gewerkschaft, Einrichtung von Fortbildungs- und Umschulungskursen und das Beschreiten des normalen Beschwerdeweges bei technologischen Veränderungen vorsehen. Vgl. US Department of Labor, Technological Change and its Labor Impact in Five Industries, Bulletin 1961, Washington D.C. 1977*

ausreicht, um wirklich relevante Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen bzw. die jetzige Regelung von einem repressiven Bonussystem zu befreien.

Hat sich schon oben („seniority") ein spezifisches Strukturmerkmal der amerikanischen Gewerkschaften bemerkbar gemacht, so zeigt auch die Antwort der „attrition", des „natürlichen" Verschleißes auf Rationalisierungsprobleme, daß vorrangiges Ziel der Schutz der eigenen (vor allem langjährigen) Mitglieder ist – auch auf Kosten erst kurz oder gar nicht Organisierter. Gemäß solchen Tarifverträgen darf die Beschäftigtenzahl nur durch Tod, Pensionierung, Beförderung oder Kündigung (seitens des Arbeiters) reduziert werden.

Doch alle diese Lösungen bergen für die Gewerkschaften die Gefahr des langsam, aber unaufhaltsam sinkenden Organisierungsgrades bis hin zum absoluten Mitgliederverlust (der in den letzten Jahren zum erstenmal in der amerikanischen Gewerkschaftsgeschichte seit 50 Jahren eingetreten ist). Um dennoch nicht kontinuierlich an Einfluß zu verlieren und eine spürbare Schwächung der Verhandlungsposition hinnehmen zu müssen, sehen sich die betroffenen Gewerkschaften einer Branche immer häufiger gezwungen, sich zusammenzuschließen oder mindestens gemeinsame Tarifverhandlungskomitees einzurichten. Aufgrund der Zersplitterung und Konkurrenzhaftigkeit des amerikanischen Gewerkschaftssystems ist dies ein ebenso notwendiger wie langwieriger Prozeß.

In einigen Fällen haben Gewerkschaften und Unternehmen zu Modellen gegriffen, die bisher als eher „unamerikanisch" galten: Formen der im allgemeinen abgelehnten Mitbestimmung. Um die Möglichkeit der Kontrolle über technische Veränderungen zu erlangen, überwanden einige Gewerkschaften ihre Abneigung, sich mit Kapitalvertretern in ein Boot zu setzen. Das Management seinerseits verspricht sich durch die Mitbestimmung eine höhere Kooperationsbereitschaft und Produktivität der „Mitarbeiter" und deren bessere Einsicht in „Sachzwänge". Die „Joint Committees" aus Management- und Gewerkschaftsvertretern sind betriebliche Ratgebergremien, in denen alle Vorschläge zur Verbesserung des Produktionsprozesses und der Arbeitsbedingungen diskutiert werden können – allerdings nur dann, wenn keine genauen tarifvertraglichen Bestimmungen existieren. Solche Komitees bestehen z.B. in der Stahl- und in der Autoindustrie. Dort ist der Widerstand gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen besonders stark – die Komitees sollen ihn abzufangen helfen. In der Stahlindustrie sind die Komitees Teil des 1973 ausgehandelten „Experimental Negotiating Agreement", das die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit neu zu definieren beansprucht, indem die Gewerkschaft auf das Streikrecht verzichtete, um ihren Beitrag zur Sanierung der notleidenden Stahlindustrie zu leisten. Industrieweite „joint committees" gibt es im Lebensmitteleinzelhandel und bei den Eisenbahnen. Ihre Arbeitsresultate sind bisher mehr als unbefriedigend.

Staatliche Maßnahmen

Entsprechend der in den USA herrschenden Auffassung („collective bargaining") über die Rolle des Staates in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit wird der Ruf nach staatlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der technologischen Entwicklung, der Arbeitsbedingungen und der strukturellen Arbeitslosigkeit nur selten laut. Dennoch hat sich auch hier unter dem wachsenden Problemdruck in den letzten Jahren einiges geändert, u.a. daran zu sehen, daß der AFL-CIO jüngst die Vollbeschäftigung zu seiner Aufgabe Nr. 1 (wenn auch zunächst an die Krise gekoppelt) erklärt hat, der er allerdings mit vorwiegend arbeitsmarktmäßigen Mitteln nachgehen will.

Bezüglich der Automation wurde schon 1965/66 eine National Commission on Technology, Automation and Economic Progress durch den Präsidenten ernannt, die von den Gewerkschaften mitgetragen wurde. Ihre Lösungsempfehlungen hielten sich wiederum auf der Ebene des Marktes und entsprachen den typischen Forderungen des amerikanischen Liberalismus: Förderung des Wirtschaftswachstums, Staatsinvestitionen, „Vollbeschäftigung", garantiertes Einkommen, Verbesserung des Bildungswesens und Ausweitung der öffentlichen Dienstleistungen. Es ging weniger um die Behebung der Ursachen struktureller Arbeitslosigkeit durch Rationalisierung als um die Milderung ihrer sozialen Folgen. Zwölf Jahre nach Veröffentlichung dieser Empfehlungen, die in verschiedenen Varianten immer wieder aufgelegt worden sind, wissen wir, daß

sie nicht einmal ansatzweise verwirklicht worden oder weitgehend wirkungslos geblieben sind.*

Eine weitergehende, auch durch gewerkschaftlichen Druck hervorgebrachte staatliche Maßnahme stellt die Verabschiedung des Occupational Safety and Health Act (OSHA) von 1970 dar. Vor dem Hintergrund einer seit Mitte der 60-er Jahre steil gestiegenen Unfallrate in der Industrie – 1970 wurde geschätzt, daß jährlich 14 000 Arbeiter tödlich verunglückten, 2.2 Mio verletzt und fast 400 000 von Berufskrankheiten betroffen wurden, von denen ca. 1/4 tödlich endete (7) – sollte im Zuge der Reformphase in den USA eine Art „unveräußerliches Recht" auf einen gesunden Arbeitsplatz geschaffen werden.

Die wichtigste Aufgabe der OSHA-Verwaltung ist es, mittels Inspektionen vor Ort Sicherheitsstandards für die Ausrüstung von Arbeitsplätzen fest- bzw. durchzusetzen. Meist handelt es sich um technische Ausrüstungsfragen, weniger um Arbeitsbedingungen (Hitze, Lärm usw.), die schlechter zu kontrollieren sind. Der OSHA ist die Verantwortung für die Gesundheit und Sicherheit von ungefähr 60 Millionen Arbeitern in etwa 5 Mio. Betriebsstätten übertragen. Hierfür ist sie drastisch unterbesetzt. Die statistische Wahrscheinlichkeit einer Inspektion beträgt für den einzelnen Betrieb 77 Jahre. Dem vermag auch nicht die absolute Priorität für Fälle, denen Beschwerden von Arbeitern zugrundeliegen, abzuhelfen. In der Regel entspricht nur knapp ein Viertel der besuchten Firmen den Sicherheits- und Gesundheitsbestimmungen. Die verhängten Bußen sind aber sehr gering; sie bewegen sich im Schnitt zwischen 50 und 200 Dollar pro Verstoß und können vom Unternehmen auch noch angefochten werden.

So ist es kein Wunder, daß sich weder in der Erwartung noch in der Folge von Inspektionen viel an den Arbeitsbedingungen und ihren gesundheitlichen Auswirkungen zu ändern scheint. Einige spektakuläre Erfolge sind freilich gelungen, und die Verhältnisse wären ohne den OSHA mit Sicherheit noch schlechter. Der Hauptgrund für ihre relativ geringe Wirksamkeit ist der starke Widerstand der Kapitale, Geld für Sicherheitsinvestitionen auszugeben und eine wirksame Kontrolle des Arbeitsprozesses durch den Staat zuzulassen. Die Verabschiedung neuer Sicherheitsstandards gestaltet sich äußerst schleppend. Außer mit der Ideologie der „free enterprise" argumentieren die Unternehmen auch mit Kostengründen.

Die Gewerkschaften treten im allgemeinen für eine Stärkung der OSHA ein – mit den oben erwähnten Widersprüchen und Grenzen. Daß sie hierbei mit den Problemen des technischen Wandels und der strukturellen Arbeitslosigkeit in Konflikt geraten können, bleibt meist aus der Diskussion ausgeklammert.

Der noch immer nicht allzu hohe Stellenwert der Arbeitssicherheit in der offiziellen Gewerkschaftspolitik, das Fehlen eines dem deutschen ähnlichen Betriebsverfassungsrechts und die relative Wirkungslosigkeit staatlicher Kontrolle der Arbeitsbedingungen – all dies sind Gründe und Voraussetzungen dafür, daß der Widerstand der Arbeiter gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen sich immer wieder in „wild cat strikes" Luft macht. Aber auch die Gewerkschaften regen sich: in einem mehrmonatigen Streik ist es z.B. den Gummiarbeitern 1976 gelungen, Lohnzuschläge für gesundheitsgefährdende und von Wegrationalisierung bedrohte Arbeitsplätze zu erreichen – wiederum kompensatorisch also. Wie die einzelnen Gewerkschaften auf die Probleme der Technologie und Sicherheit des Arbeitsplatzes eingehen (8a), soll nun abschließend an den Beispielen der Dockarbeiter, der Drucker, der Automobilarbeiter, der Bergarbeiter und der Stahlarbeiter dargestellt werden.

---

* *Manche Gewerkschaften, z.B. die UAW und die USW verlegen sich anscheinend stärker auf handelsprotektionistische Forderungen.*

7 *Albert L. Nichols/Richard Zeckhauser, Government comes to the workplaces: an assessment of OSHA, in: The Public Interest, No. 49, Fall 1977, S. 39 f. Vgl. auch Work in America, Report of a Special Task Force to the Secretary of HEW, Cambridge/Mass. 1975, S. 25 f.*

8a *Zur gewerkschaftlichen Politik insbesondere der letzten Jahre in den USA insgesamt vgl. diverse Artikel von uns (u.a. Gerhard Armanski und Peter Tergeist in verschiedenen Nummern von „links" und „express", Offenbach, Jan./Juni/August 1975 und April 1976).*

Dockarbeiter

kämpfen schon seit Beginn der Einführung des Containers im Schiffsfrachtverkehr um ihre Arbeitsplätze. Vom „Mechanization and Modernization Agreement" von 1960 war schon oben die Rede. Nach weiteren Kämpfen und einem zweimonatigen Streik der Hafenarbeiter der Ostküste wurde das „Guaranteed Annual Income" (GAI) errungen, das allen Dockarbeitern ein bestimmtes Jahreseinkommen garantiert, gleichgültig ob sie an allen garantierten Arbeitstagen Arbeit haben oder nicht. Höhe und Beginn dieser Einkommensgarantie war von Hafen zu Hafen verschieden

Konkret sieht das z.B. in New York folgendermaßen aus (8b):„Die Hafenanlagen sind weitgehend mechanisiert. Der Containerverkehr beansprucht etwa 70 % des gesamten Frachtumschlags von 22 Mio T (1976), bringt aber nur 40 % der Arbeit für die Docker ... Von den 12 000 registrierten Hafenarbeitern finden im Durchschnitt bereits jetzt nur 7 500 Arbeit, während nach einer Untersuchung einer Schiffahrtsgesellschaft etwa 3 000 Docker regelmäßig Zahlungen via Einkommensgarantie beanspruchen. Im letzten Jahr belasteten diese Garantien die New York Shipping Association mit 35 Mio. Dollars, während alle anderen fünf Atlantikhäfen zusammen nur 9 Mio. Dollars aufwenden mußten. Die Beiträge dafür werden auf die umgeschlagene Tonnage berechnet und auf die Frachttarife übergewälzt. In New York ist die Prämie mit 1.60 Dollar je Tonne 60 % höher als beispielsweise in Boston, was New York gegenüber den anderen Häfen einen deutlichen Wettbewerbsverlust verschafft. Der dadurch eintretende Verlust an Umschlagsvolumen verschärft den Trend zu einem selbsttätigen Prozeß". Der Streik im Herbst letzten Jahres zielte auf die Angleichung der GAI-Normen und Einkommensgarantien in allen Häfen und ihre Finanzierung über einen zentralen Fonds, um spalterische Ungleichheiten aufzuheben. Im Gegensatz zu einer weiteren Erhöhung des Lohns und der garantierten Mindestarbeitszeit gelang aber genau dies nicht, u.a. durch massive gerichtliche Unterbindung von Solidaritätsaktionen. Auch wurde die umstrittene Vereinbarung, daß sämtliche Containerladearbeiten in der Hafenzone ausschließlich von registrierten Dockern auszuführen bzw. diese ihnen andernfalls zu vergüten seien, zumindest für die Ostküste bestätigt.

Ein Verlust der exklusiven Entladerechte in der 50-Meilenzone würde die Arbeitsplatzvernichtung in den Häfen noch rapide steigern. Ohnehin ist der Gewerkschaft trotz aller Kämpfe und Erfolge nur Aufschub und Entschädigung gelungen. Allein in New York sank die Zahl der Dockarbeiter von 31 600 im Jahre 1958 auf rund 12 000 im Jahre 1977 (9).

Drucker

„Während die Produktion aller Drucks- und Verlagshäuser von 1954 auf 1971 um 91.2 % gestiegen war, wuchs die Beschäftigung nur um 33.6 %" (10).

Der erste Streik gegen Rationalisierung im Druckgewerbe von nationaler Bedeutung fand 1973 in New York statt. Als der Tarifkontrakt von knapp 2 000 fest- und teilzeitangestellten Setzern, organisiert bei der New York Typographical Union No. 6, mit der New York Times und der Daily News auslief, forderten die Schriftsetzer angesichts der technologischen Umwälzungen im Drucksektor eine lebenslange Anstellungsgarantie. Die Verleger, die schon mit mehreren Berufsgewerkschaften, jeweils getrennt, Verträge ausgehandelt hatten, boten den Setzern lediglich die „Neuklassifizierung" als „Computer typist" an, was unmittelbar eine handfeste Lohnsenkung (auf maximal 75 % des Setzerlohns) und mittelfristig die Verdrängung durch nichtorganisierte Sekretärinnen bedeutet hätte. Kampfmaßnahmen gegen diese Drohung wurden durch die nationale Gewerkschaftszentrale monatelang verzögert. Erst im April 1974 konnten

---

8b Neue Zürcher Zeitung, 18.9.1977

9 Handelsblatt, 12.10.1977

10 Joe Higgins, The Struggle of the New York Printers, in: Political Affairs (8), August 1974, S. 15

die Setzer nach einer Urabstimmung mit dem (Bummel-)Streik beginnen. Die Verleger installierten derweil die neuesten vollautomatischen Fotosetzmaschinen und setzten mit Polizeigewalt eine wochenlange Aussperrung durch. Dessen ungeachtet und trotz mangelnder Unterstützung durch andere Gewerkschaften gelang es der Typographical Union einen zumindest mittelfristig bedeutenden Sieg zu erringen. Der Tarifvertrag vom Mai 1974 sah bei einer 11-jährigen (!) Laufzeit eine lebenslange Anstellungsgarantie für die Setzer vor. Die Verleger ihrerseits können ungehindert jedwedes neues technisches Gerät einführen. Die Arbeiter erhalten zusätzlich bezahlten Urlaub und extra Altersabfindungen. Aber durch „attrition" und Automatisierung wird die Schriftsetzergewerkschaft Mitglieder verlieren; die Tarifrunde nach 1984 wird beträchtlich schwieriger werden. Weiter ist die Lohn- und Beschäftigungsgarantie mit der Verpflichtung verbunden, ungeachtet der jeweiligen Qualifikation jegliche Arbeit in der Composerabteilung zu verrichten. Schließlich bleiben die Folgen der Automatisierung für andere Arbeitergruppen im Druckgewerbe außer Betracht.

Der zweite bedeutende Streik fand bei der „Washington Post" statt. Hier waren die Schriftsetzer bereits befriedet worden. Der Konflikt entzündete sich bei den 220 Druckern. Die Zeitung bot ihnen erhebliche materielle Gratifikationen für das Zugeständnis, dem Management wieder die entglittene Kontrolle über den Druckvorgang einzuräumen, sprich: zu rationalisieren. Den Druckern war die Gefahr bewußt, sie wehrten sich mit radikalen Mitteln: im Oktober 1975 setzten sie alle 9 Druckmaschinen der „Post" außer Funktion. Die Zeitung war aber nicht entscheidend getroffen. Zum einen betätigten sich 5 der 9 vertretenen Berufsgewerkschaften als Streikbrecher (entscheidend vor allem die Journalisten, die sich mit einer knappen Mehrheit gegen den Streikaufruf ihrer nationalen Zentrale stellten) und erstellten die Druckmatrizen, während das Drucken in ein nationales, für solche Zwecke von der Druckindustrie unterhaltenes Zentrum in Oklahoma verlagert wurde. Bereits drei Wochen nach den Sabotageakten konnte die Zeitung wieder in voller Auflage erscheinen. Trotz beträchtlicher (gewerkschafts-)öffentlicher Unterstützung unterlagen die Drucker der Zersplitterung der craft unions und der kapitalistischen Rationalisierung. Ende Dezember 1975 wurden anstelle der 220 organisierten 140 nichtorganisierte Drucker bei der „Washington Post" eingestellt. Das war das bittere Ende der Druckergewerkschaft in diesem liberalen Renommierblatt.

Lernfortschritte in diesen Kämpfen deuten sich im jüngsten Konflikt in Wisconsin an, wo bei zwei Zeitungen in Madison modernes Fotosatzgerät eingeführt worden war, die Mehrzahl der Setzer entlassen und der Lohn der verbliebenen gekürzt wurde. Dagegen hatten sich schon seit Sommer 5 Gewerkschaften der Druckbranche zu einem gemeinsamen Verhandlungskomitee zusammengeschlossen. Wieweit sie damit gegen die Verleger Erfolg haben, die über Streikbrecher und erhebliche finanzielle Reserven (ihr Geschäft in anderen Medienbereichen geht weiter) verfügen, bleibt abzuwarten.

Autoarbeiter

Die Autoindustrie ist ein Paradebeispiel für Rationalisierung und Senkung von Lohnkosten – nicht umsonst steht der Name Ford für die Einführung des Fließbandsystems, das auch heute noch regiert, ausgedehnter und effizienter. „1946 produzierten ca. 555 000 Autoarbeiter etwas über drei Millionen Fahrzeuge, 1970 stellten 750 000 Arbeiter über acht Millionen Fahrzeuge her" (11). Technologische Umwälzung, Umstrukturierung der Belegschaften, Beschleunigung der Arbeitsgeschwindigkeit und erhöhte Arbeitsintensität gingen dabei Hand in Hand. Die große Mehrheit der Arbeiter ist an den Fließbändern in der Teile- und Endmontage beschäftigt. Die Fließbandarbeiter sind vorwiegend Schwarze, während Vor- und Facharbeiter und alle Manager fast ausschließlich Weiße sind. Das macht verständlich, warum in den Autofabriken der Begriff „Automation" zu „Niggermation" gewendet wird.

---

11 Dan Georgakas/Marvin Surkin, Niggermation in Auto, in: Radical America (6), Jan./Feb. 1975, S. 31

Die technologischen Entwicklungstendenzen in der Autoindustrie führten schon 1955 zu einer von der UAW veranstalteten Automationskonferenz. Hauptstoßrichtung war aber nicht der Widerstand gegen den technischen Fortschritt, sondern das Verlangen, an seinen Vorteilen teilzuhaben (12). Erstes und bisher einziges Ergebnis dieser gewerkschaftsoffiziellen Politik war das SUB-Programm (SUB = Supplemental Unemployment Benefit), das für entlassene Arbeiter Unternehmenszuschüsse zum staatlichen Arbeitslosengeld vorsah. Es war den Autofirmen im Austausch für „Arbeitsfrieden" abgerungen worden, d.h. „gewerkschaftliche Kooperation darin, die Arbeiter angesichts der Automation, erhöhten Arbeitshetze und Umorganisation der Produktion ruhig zu halten. Aber die Arbeiter verhielten sich mitnichten so. Eine vorher nicht dagewesene Welle von wilden Streiks brach von Küste zu Küste aus, als der Vertrag unterschrieben wurde. Alle gingen um die ‚local grievances' (örtliches Beschwerderecht), die Behauptung der Arbeitermacht in den Fabriken, im Produktionsprozeß also" (13).

Der Kleinkrieg gegen die kapitalistischen Arbeitsbedingungen in der Autoindustrie setzte sich auch in der folgenden Zeit fort und gipfelte im Streik in der modernsten Fabrik von General Motors in Lordstown im Frühjahr 1972, der sich ausdrücklich nicht um Lohn, sondern um den Arbeitsprozeß drehte. Zu jener Zeit liefen dort pro Stunde 102 Vegas vom Fließband, d.h. die Taktzeit betrug 36 Sekunden. Es gab Tausende von Beschwerden, die alle unbeantwortet blieben (14). Neben dem Streik von Lordstown, der mit einem Teilerfolg endete, gab es auch sonst in der Autoindustrie ständig wild cats, Sabotageakte und steigenden Absentismus als spontane Antwort auf unzumutbare Arbeitsbedingungen.

Selbst in den Tarifverhandlungen in der Autohochkonjunktur 1973 gelang der Gewerkschaft neben relativ mageren Lohnzuwächsen und Sozialleistungen lediglich die Durchsetzung der „30 and out"-Pensionierung nach 30-jähriger Betriebszugehörigkeit ohne Rücksicht auf ein Mindestalter. Zentrale Basisforderungen wie die nach dem Verbot erzwungener Überstunden blieben unerfüllt. Hingegen erweiterte die UAW ihre Disziplinierungskooperation. Schon im Tarifvertrag 1970 hatte sie den Firmen das Recht eingeräumt, bei dreimaliger Absenz vierzehntägigen Arbeits-, d.h. Lohnentzug zu verhängen, nach zehnmaliger Abwesenheit den betreffenden Arbeiter unter Verlust aller seiner Sozialleistungen zu entlassen. 1973 nun „verpflichtet sich die Gewerkschaft zur Mitarbeit an der Bekämpfung ungerechtfertigter Abwesenheit und häufigen Stellenwechsels. Zur Eindämmung des Stellenwechsels gab sie ihre Einwilligung zu einer Bestimmung, nach der bei neueingestellten Arbeitern etwa 10 v. H. des Durchschnittslohnes einbehalten und erst nach sechs Monaten Beschäftigung ausbezahlt wird" (15). Der gleiche Tarifvertrag gestand den Firmen das Recht zu, bei Bedarf bis zu 54 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit zu fordern und obendrein bei Konflikten mit einer Gruppe von Arbeitern für die ganze Fabrik die Überstundenprovision zu streichen (!).

Als kurz nach Vertragsabschluß die Krise hereinbrach, zeigte sich, daß der wesentlichste Erfolg, den die Gewerkschaft u.a. durch derartige Zugeständnisse errungen zu haben hoffte, das SUB, zerstob: schon nach kurzer Zeit ging dem Fonds das Geld aus. Dafür aber brachte die Krise den Verlust von 75 000 Arbeitsplätzen in der Autoindustrie und die Restrukturierung der Produktion im Sinne höherer Rentabilität. 1977 war für die Autoindustrie ein Rekordprofitjahr.

In den letzten Jahren gelangen der Gewerkschaft mit der Übernahme der Kosten für Hörgeräte durch die Unternehmer – laut OSHA hat die Autoindustrie bis 1973 fast 1,7 Mio. Fälle schwerer Beeinträchtigung des Gehörs oder gar Gehörlosigkeit hervorgebracht (16) – , der Gewährung zusätzlicher Abfindungen für entlassene Arbeiter mit hoher „seniority" und schließlich dem Schlager der Arbeitszeitverkürzung kleinere Erfolge, ohne jedoch irgendwo in den Verfü-

---

12 *Vgl. Stanley Aronowitz, False Promises, New York 1974, S. 375*

13 *Martin Glaberman, Be His Payment High or Low, S. 10*

14 *Charles Spencer, Blue Collar, Chicago 1977, S. 126*

15 *George Günther Eckstein, Die neuen Tarifverträge in der amerikanischen Autoindustrie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte (2), Febr. 1974, S. 135*

16 *Georgakas/Surkin, a.a.O., S. 35*

gungsbereich des Managements eingreifen zu können. Die intendierte Beschaffung zusätzlicher Arbeitsplätze verkehrte sich durch die Disziplinierungsklausel in ihr Gegenteil. Die Forderung nach der regulären 4-Tage-Woche u.a. zur Sicherung der Arbeitsplätze ist im übrigen schon recht betagt: sie wurde schon vor einer Generation erhoben und geistert immer wieder durch die Tarifrunden.

Bergarbeiter

Im Bergbau hatte die Mechanisierungswelle die Produktivität enorm erhöht und große Teile der Kohlenarbeiter auf die Straße gesetzt. Die Verelendung einer ganzen Industrieregion, der Appalachen, war hiervon die Folge. Der damalige Führer der UMW (United Mine Workers), John Lewis, unterstützte die Mechanisierungsbestrebungen, nahm massiven Schwund von Arbeitsplätzen und Mitgliedern in Kauf, um dafür höhere Löhne und vor allem ein von den Unternehmern bezahltes Gesundheitssystems einzuhandeln.

Letzteres muß angesichts des generationenlangen Raubbaus mit der Gesundheit der Bergarbeiter als bedeutende Errungenschaft angesehen werden. Allerdings wurden die Unternehmenszahlungen für die Gesundheitseinrichtungen an die Förderungsmenge gebunden – mit der in den letzten Jahren immer schärfer deutlich werdenden fatalen Konsequenz, daß bei Streiks keine Gelder in den Renten- und Krankenversicherungsfonds eingezahlt werden. Davon sind über 100 000 Pensionäre bedroht. Schon im Sommer 1977 war die Rücklage primär durch die schnelle Kostensteigerung für Krankenhausaufenthalte nahezu aufgezehrt. Auch berechneten sich die Unternehmenszahlungen noch nach älteren (niedrigeren) Kohlepreisen. Als Anfang Juli 1977 die Bergarbeiterfamilien mit einer hohen Selbstbeteiligung zur Deckung des drohenden Finanzierungslochs herangezogen werden sollten, antworteten sie mit wochenlangen spontanen Streiks. Diese erschöpften den Krankenkostenfonds vollends, sodaß die Bergarbeiterfamilien nun überhaupt keine Zahlungen mehr erhielten. Die Unternehmer nützen diese desolate Lage zu einer Kampagne für Arbeitsdisziplin und höhere Produktivität: „Die Gesellschaften wollen zwei Hauptkonzessionen, um eine erhöhte Produktion zu garantieren: Unterdrückung spontaner Streiks und Sanktionen gegen Absentismus. Sie wollen auch die gewerkschaftlichen Sicherheitskomitees ihres Einflusses berauben und die gegenwärtige Beschwerdeprozedur, die in ihrem Sinn ist, fortschreiben ... Weiterhin hoffen sie, der neue Vertrag werde den Gesundheits- und Rentenfonds der Gewerkschaft wie bisher an die Produktion binden, zu niedrigeren Sätzen.“ (18) Offensichtlich haben sie die Disziplinierungsfunktion dieser Regelung erkannt.

Auch in dem seit Ende des letzten Tarifvertrages Anfang Dezember 1977 laufenden Streik (mittlerweile abgeschlossen, vgl. „links“, Mai 1978) – dessen Härte und Bedeutung schon aus der Anwendung des repressiven Taft-Hartley-Acts durch die Regierung deutlich wird – lauten die zentralen Forderungen der UMW: ausreichende Alters- und Gesundheitsversorgung ohne Selbstbeteiligung der Arbeiter, bessere Sicherheitsbestimmungen und Verankerung des lokalen Streikrechts – es sind die Forderungen der Gewerkschaftsbasis. Der Streik ist mittlerweile (Ende Februar 1978) zum längsten nationalen Kohlenstreik der US-Geschichte geworden. Er ist für die Arbeiter außerordentlich schwer, weil Alters- und Krankenversorgung deutlich angeschlagen sind, die UMW nur magere Streikgelder zahlt und die Unternehmer vermittels des gewerkschaftlich nicht organisierten Kohlentagebaus im Mittelwesten einen langen Atem haben. Daß der Kampf auch unter diesen Umständen noch andauert, heißt, daß es sich buchstäblich um eine Lebensfrage für die Bergarbeiter handelt.

Die lange kämpferische Geschichte der Mine Workers (19) hat schon immer unter dem doppelten Zeichen des zähen Ringens um bessere Arbeitsbedingungen – insbesondere Sicher-

---

17 entfällt

18 Guardian, New York, 7.12.1977

19 Der ausgezeichnete Film „Harlan County“ schildert diese Klassenbewegung sehr anschaulich

heitsbestimmungen – in den Minen und um gewerkschaftliche Demokratie gestanden. 1972 konnte die Reformbewegung „Miners for Democracy" gegen die korrupte Führung siegen. Während des ersten Streiks zwei Jahre später unter der neuen Führung ging es wesentlich um die Forderung nach mehr Sicherheit – die UMW hatte gewerkschaftliche Sicherheitskomitees verlangt, die das Recht haben sollten, bei schweren Mängeln die Grube zu schließen. Die Gewerkschaftsführung gab sich aber mit reduzierten Befugnissen dieser Komitees, die erst über die grievance-procedure laufen sollten, und Lohntütenerfolgen zufrieden. Daraufhin stimmten 45 Prozent der Bergarbeiter gegen die Annahme dieses Tarifvertrages, der ihnen obendrein ihre alte Hauptwaffe, das Recht auf Streik bei lokalen Anlässen, verwehren wollte.

An den Sicherheitsmängeln änderte sich jedoch nichts. Allein von 1973 bis 1976 kam es zu 395 tödlichen Unfällen (20). Die Beschwerden wurden verschleppt oder von den Schlichtern im Sinne der Unternehmer entschieden. Die Folge war eine breite Welle wilder Streiks, die wesentlich um das lokale Streikrecht und mehr Arbeitssicherheit gingen. Der erste brach knapp sechs Monate nach dem Tarifabschluß von 1974 aus, dauerte acht Wochen und umfaßte fast alle Bergwerke. „Distriktweite wilde Streiks hatte es seit Jahren gegeben. Der Ausstand von 1975 war aber der größte in dreißig Jahren. 1976 und 1977 wiederholte er sich. Der jüngste wild cat war der zehnwöchige Ausstand gegen die Kürzungen des gewerkschaftlichen Gesundheits- und Rentenfonds. Mit der Hälfte der Mitglieder unter 35 Jahren hat die Gewerkschaft die militanteste Basisbewegung im Land" (21).

Stahlarbeiter

In der Stahlindustrie ist der Zusammenhang von Technologisierung der Produktion und Gewerkschaft besonders eng. Seit der Jahrhundertwende hatte sich das Management insbesondere durch niedrige Lohnkosten zu größeren technischen Veränderungen nicht genötigt gesehen. Das änderte sich durch die gewerkschaftliche Organisierung in der Stahlindustrie in den 30-er und 40-er Jahren, erklärt im übrigen zum Teil auch den erbitterten Widerstand der Unternehmer. Anfang der 50-er Jahre kam es zu – eher bescheidenen und auch nicht fortgesetzten – Umwälzungen, die günstige Weltmarkt- und Binnenmarktlage sowie der Widerstand der Gewerkschaft ließen eine weitere rapide Modernisierung nicht nötig und möglich erscheinen. In den Tarifverträgen der USW (United Steel Workers) in jener Zeit war eine Kontrollklausel zum technischen Fortschritt enthalten: „Der Stahlarbeitervertrag sah den Schutz sowohl gegen die einseitige Einführung arbeitssparender Maschinerie wie gegen die neuer Produktionsmethoden, die auf eine Leistungssteigerung hinausliefen, vor. Abschnitt 2 B der nationalen Vereinbarung bestimmte, daß ohne vorherige Befragung der Gewerkschaft keine neuen Methoden eingeführt werden dürften. Am Ende der 50-er Jahre war die Anstrengung, ein bestimmtes Maß an Kontrolle gegen Unternehmerversuche, diesen Schutz zu unterlaufen, zu bewahren, Hauptstoßrichtung des Kampfes der Stahlarbeiter" (22). Hierbei standen sich eher kompromißbereite Führungen und immer neue Wellen militanterer, gewerkschaftsdemokratischer Strömungen gegenüber. Der 116 Tage währende Streik 1959 richtete sich neben dem Unternehmerversuch, den Kern der oben zitierten Vereinbarung abzuschaffen, auch gegen kooperationistische Tendenzen in der Gewerkschaft(sführung). Diese hatte schon in der Dezentralisierungswelle der Stahlindustrie in den beiden Jahren zuvor Stillegungen und Arbeitsplatzverluste nicht verhindern können.

Jener Streik hatte im übrigen nichts wesentliches geändert. Auf Betriebsebene mußte weiterhin gegen die Politik der Produktionsverlagerungen und Rationalisierungsvorstöße gekämpft werden, während die Gewerkschaftsspitze wie vorher zu Produktivitätsvereinbarungen und Kompromissen mit dem Management neigte. Dabei gelang es ihr zwar, überdurchschnittli-

---

20 *Vgl. Peter Tergeist, Gewerkschaften am Scheideweg, unveröff. Manuskript, New York 1977, S. 8*

21 *Guardian, New York, ebendort*

22 *Aronowitz, a.a.O., S. 375 f.*

che Lohnsteigerungen und Urlaubsbedingungen für die Stahlarbeiter auszuhandeln, das aber um den Preis erhöhter Arbeitsgeschwindigkeit und massiven Verlusts von Arbeitsplätzen durch Automatisierung. Zugedeckt wurde das mit dem Argument des Drucks der ausländischen Konkurrenz. Von dem 1971 durch die Gewerkschaft unterzeichneten und 1974 bzw. 1977 bestätigten ENA, das den Streik untersagte und die Zwangsschlichtung einführte, war oben schon die Rede. Erlaubt sind nur noch lokale Streiks. Anläßlich eines Streiks der Eisenerzarbeiter in Minnesota und Michigan im Sommer 1977 erklärte sich die Gewerkschaft gar bereit, auch die Frage, was ein lokaler Streik sei und was nicht, bei strittigen Fällen der Schlichtung zu unterwerfen.

Unter dem Deckmantel der ENA begannen die Unternehmer seit 1971 mit systematischen Entlassungen, die vor allem Arbeiter mit niedriger „seniority" trafen, im Zuge ihrer versuchten Restrukturierung der Produktion. Die „seniority" ist überdies nach Abteilungen geordnet und erlischt beim Übergang von einer in die andere. Dies ist übrigens ein Mittel, um Schwarze und andere Minderheiten, die auch hier die übelsten und schlechtest bezahlten Arbeitsplätze besetzen, in ihrer Lage festzuhalten. Nach einem von schwarzen USW-Mitgliedern erwirkten Gerichtsurteil, das die Änderung jener Regelung verlangte, setzte sich die Gewerkschaft zögernd in dieser Richtung in Bewegung. Was zuallererst heraussprang, war wiedermal eine Entschädigung für durch das alte „seniority"-System erlittene Verluste.

Der Tarifvertrag 1974 schloß jedenfalls die geforderte fabrikweite „seniority" nicht ein. Er realisierte auch nicht die Forderungen nach einer Beschränkung der krebserzeugenden Luftverschmutzung und der früheren Berentung von Arbeitern an den Koksöfen – die nach einer Untersuchung des Arbeitsministeriums mehr als dreimal so stark von Lungenkrebs bedroht sind wie alle anderen Stahlarbeiter (23). Im Zuge der letzten Krise setzte sich die gestiegene internationale Konkurrenz auf dem Stahlsektor auch bei den technologisch hinterherhinkenden US-Unternehmen durch (24); auf dem Rücken der Arbeiter natürlich: 1977 wurden in der Stahlindustrie gegen 60 000 Arbeitsplätze vernichtet (25). Die Tarifverhandlungen im gleichen Jahr liefen denn auch unter der Parole einer lebenslangen Arbeitsplatzgarantie. Heraus kam lediglich die Berentungsmöglichkeit für Gewerkschaftsmitglieder nach 20-jähriger Betriebszugehörigkeit. Eine Massenentlassungsklausel wurde von den Unternehmern erst ab 1.1.1978 als gültig angesehen und entfiel damit z.B. für die über 10 000 von Youngstown Sheet and Tube und von Bethlehem Steel entlassenen Arbeiter.

Angesichts dieser niederschmetternden Resultate gewerkschaftlicher Rationalisierungsschutzpolitik steht die USW in der Tat „am Scheideweg". Die Gewerkschaftsführung macht sich unisono mit den Unternehmern für Importbeschränkungen und die Aussetzung von Umweltschutzbestimmungen stark. Andererseits gelang es bei den gewerkschaftlichen Vorstandswahlen 1977 der oppositionellen Liste unter Sadlowski, der für die Abschaffung des ENA-Knebels und Zurückgewinnung der gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit und Militanz auftrat, 43 % der Stimmen auf sich zu vereinen. Trotz der Niederlage will sich die Bewegung weiter in Betrieben und lokalen Gewerkschaftsstellen für ihre Ziele einsetzen.

Mitbestimmung?

Neue Wege gewerkschaftlicher Rationalisierungsschutzpolitik sind bisher nicht erkennbar. Auffällig ist das Fehlen einer ernstzunehmenden Diskussion um Mitbestimmungsmodelle. In den Programmen der Gewerkschaften taucht das Thema Mitbestimmung kaum auf. Auch von Seiten

---

23 *Vgl. Charles Spencer, a.a.O., S. 224 f. Übrigens gibt es seit Oktober 1976 eine neue OSHA-Regel für die maximal zulässige Luftverschmutzung am Koksofen. In Anbetracht der besonderen ökonomischen Schwierigkeiten der Stahlindustrie müssen die Koksöfen allerdings erst im Januar 1980 den neuen Standards entsprechen (!).*

24 *Vgl. Der Spiegel (36), 29.8.1977, S. 114*

25 *Frankfurter Rundschau, 8.12.1977, S. 7*

der Gewerkschaftsbasis gibt es keine wirkungsvollen Vorstöße und Forderungen in dieser Richtung.

Ausschlaggebend für die geringen Erfolge des Kampfs gegen Rationalisierung sind vor allem zwei Gründe : zum einen bleiben die Arbeitskämpfe trotz aller Militanz punktuell und zersplittert, weitergehende Forderungen nach stärkerer Kontrolle über den Arbeitsplatz fallen bei Tarifverhandlungen regelmäßig heraus. Daher das Aufflackern wilder Streiks selbst unmittelbar nach Unterzeichnung neuer Tarifverträge, in dem sich auch ein Element militanter Hilflosigkeit zeigt. Zum anderen ist die AFL-CIO-Zentrale mit ihrem strikt lobbyistischen Selbstverständnis von den Arbeitsbedingungen und konkreten Arbeitsplatzforderungen zu abgehoben. Für die Gewerkschaftsspitzen erschöpft sich ein Tarifvertrag in rein quantitativem Zuwachs von Lohn und ergänzenden Sozialleistungen („fringe benefits"), die Organisation der Produktion bleibt alleinige Sache des Managements, weitergehende Gewerkschaftspolitik deckt sich für diese Lobbyisten mit Stellungnahmen zu Währungsfragen und Handelspolitik. Statt auf effektiven Rationalisierungsschutz zu drängen, hieß es beim 12. Kongreß der AFL-CIO 1977 bezeichnend: „Eine der Hauptursachen für Arbeitslosigkeit und unausgenutzte Kapazitäten bleibt die (zu liberale) Einfuhrpolitik, welche der Arbeitsplatzvernichtung und der Schädigung einer immer größeren Anzahl amerikanischer Industrien und Gemeinwesen Tür und Tor öffnet." (26)

26 *Handelsblatt, 14.12.1977*